

KÄMMEREI KREIS PADERBORN

Beteiligungsbericht 2021

des Kreises Paderborn

Vorbemerkungen

Gem. § 116 der Gemeindeordnung (GO NRW) ist eine Kommune grundsätzlich verpflichtet, zum Stichtag 31.12. eines jeden Jahres einen Gesamtabchluss aufzustellen, in dem die Jahresabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenbereiche mit dem Jahresabschluss der Kommune zu konsolidieren sind.

Mit dem zweiten NKF-Weiterentwicklungsgesetz wurde in § 116a GO NRW ab dem Jahr 2019 erstmalig die Möglichkeit der größenabhängigen Befreiung von der Pflicht, einen Gesamtabchluss aufzustellen, geschaffen.

Die Gesetzesbegründung zum zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (Landtag NRW, DS 17/3570) führt zur Schaffung der Befreiungsmöglichkeit u.a. wie folgt aus:

„Aus den gemeindlichen Erfahrungen mit der Erstellung und der Beratung von Gesamtab schlüssen ergibt sich, dass die damit erwartete Transparenz der kommunalen Mutter – der Stadt – zu ihren Unternehmensbeteiligungen überwiegend nicht im Ergebnis erzielt worden ist. ... Die Zielsetzung ist es, gegenüber den Mitgliedern der kommunalen Vertretungskörperschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern das kommunale (Verwaltungs-)Handeln transparent und nachvollziehbar darzulegen. Der Gesamtab schluss und der Gesamtlagebericht in seiner bisherigen Form hat diese Zielsetzung überwiegend – als Rückspiegelung aus der kommunalen Verwaltungspraxis sowie aus kommunalen Vertretungskörperschaften - nicht erreicht.“

Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtab schlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 GO NRW zu erstellen.

Da das verbindlich für den Beteiligungsbericht vorgeschriebene Muster erst im April 2021 veröffentlicht wurde, hat der Kreis Paderborn für das Jahr 2019 nochmals einen Gesamtab schluss aufgestellt.

Für das Jahr 2021 hat der Kreistag in seiner Sitzung am 22.08.2022 beschlossen, von der Befreiungsmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde seitens des Kreises Paderborn ein umfangreicher (rd. 340 Seiten) Beteiligungsbericht aufgestellt und als Anlage dem Gesamtab schluss beigefügt.

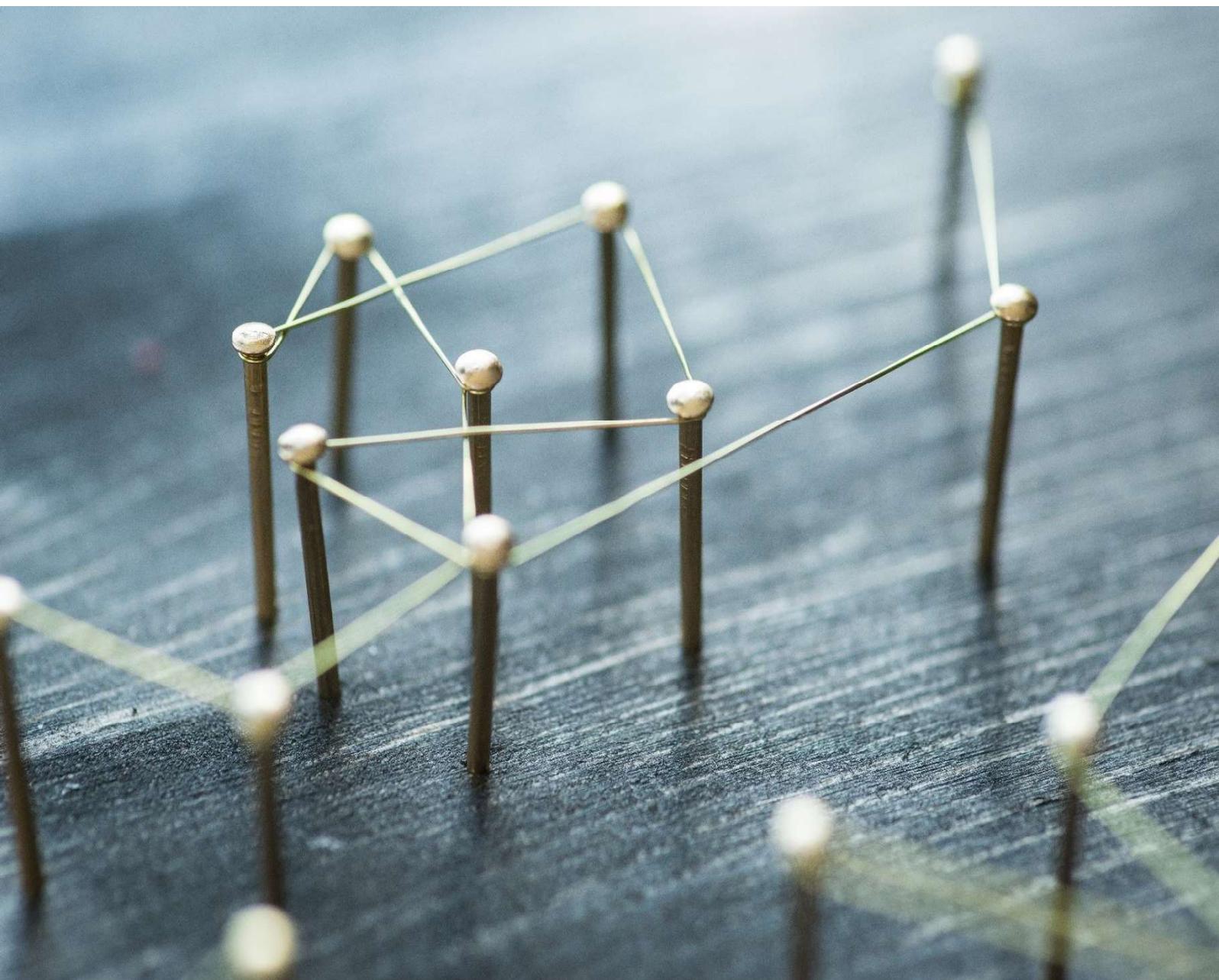
Der nachfolgende Beteiligungsbericht 2021 wurde auf die Gliederung des vorgeschriebenen Musters geändert und um die zusätzlich geforderten Angaben ergänzt.

Da der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung vom Kreistag zu beschließen ist, enthält dieser keine Informationen, die nur in nichtöffentlicher Sitzung beraten/beschlossen werden dürften.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----------|
| Vorbemerkungen..... | 2 |
| Inhaltsverzeichnis..... | 2 |
| 1. EINFÜHRUNG..... | 6 |
| 1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn..... | 8 |
| 2. BETEILIGUNGSBERICHT | 12 |
| 2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes..... | 14 |
| 2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes | 14 |
| 3. DAS BETEILIGUNGSPORTFOLIO DES KREISES PADERBORN..... | 16 |
| 3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio im Jahr 2021 | 18 |
| 3.2 Beteiligungsstruktur | 19 |
| 3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen | 26 |
| 3.3 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2021 | 27 |
| 4. EINZELDARSTELLUNG DER BETEILIGUNGEN IN PRIVATER UND ÖFFENTLICHER RECHTSFORM..... | 28 |
| 4.1 Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH..... | 30 |
| 4.2 RWE AG | 44 |
| 4.3 Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG | 56 |
| 4.4 Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH | 68 |
| 4.5 Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH | 76 |
| 4.6 A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH..... | 82 |
| 4.7 Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG | 88 |
| 4.8 Wege durch das Land gGmbH | 94 |
| 4.9 „OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region | 96 |
| 4.10 Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB) | 106 |
| 4.11 Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH i. L. | 114 |
| 4.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung Essen | 118 |
| 4.13 Interargem GmbH | 126 |
| 4.14 Landestheater Detmold GmbH..... | 136 |
| 4.15 Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH i.L. | 146 |
| 4.16 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH | 150 |
| 4.17 Klärschlammverwertung OWL GmbH | 166 |
| 4.18 Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E) | 174 |
| 4.19 Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren | 188 |
| 4.20 Gemeindeforstamtsverband Willebadessen..... | 190 |
| 4.21 Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn | 192 |

| | | |
|------------|---|------------|
| 4.22 | Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter..... | 196 |
| 4.23 | Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge | 200 |
| 4.24 | Sparkassenzweckverband | 202 |
| 4.25 | Sparkasse Paderborn-Detmold | 204 |
| 4.26 | Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland..... | 218 |
| 4.27 | Zweckverband Wertstoffeffassung und -verwertung Paderborner Land..... | 228 |
| 4.28 | Wasserverband Aabach-Talsperre | 232 |
| 4.29 | Wasserverband Obere Lippe..... | 242 |
| 4.30 | Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe..... | 250 |
| 4.31 | d-NRW AöR | 264 |
| 4.32 | Breitband OWL eG | 272 |
| 5. | ORGANISATION DER BETEILIGUNGSVERWALTUNG..... | 276 |
| 5.1 | Organisation der Beteiligungsverwaltung | 278 |
| | Impressum | 279 |
| | Satz und Gestaltung | 279 |



1. EINFÜHRUNG

1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises

Paderborn

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben. Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform –öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich –die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“). Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3). Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

Die Aufgaben des Kreises Paderborn können sowohl durch die eigene Behörde als auch durch öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierte Unternehmen erfüllt werden. Die kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, die Errichtung kommunaler Unternehmen, um die den Gebietskörperschaften zugewiesenen öffentlichen Aufgaben zu erfüllen.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird. Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtlichen Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen.

Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt. Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein. Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

Erläuterung von Kennzahlen

Zur Bewertung von Informationen aus Jahresabschlüssen, Prüfberichten und Wirtschaftsplänen sind finanzwirtschaftliche Kennzahlen bzw. Kennzahlensysteme ein geeignetes Instrument. Die Bewertung von Unternehmen anhand von Kennzahlen erfordert umfangreiche zusätzliche Informationen sowie branchenspezifische Fachkenntnisse. Unternehmensvergleiche über Branchengrenzen hinweg sind daher nicht tunlich. Gleichwohl können durch eine mehrjährige Darstellungsform Entwicklungen und Trends von wichtigen Kenngrößen aufgezeigt werden. Nachstehend sind die in diesem Beteiligungsbericht verwendeten Kennzahlen näher erläutert. Die Definition der einzelnen Kennzahlen orientiert sich weitgehend am NKF-Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen. Insofern ist es nicht auszuschließen, dass im Unternehmensabschluss Kennzahlen mit gleichem Namen aufgeführt sind, die jedoch anders definiert werden. Die Kennzahlen werden im Übrigen nicht immer in der vollen Breite bei jeder Beteiligung aufgeführt. So ist mit Blick auf die Regelung in § 52 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO NRW nur bei den wesentlichen Beteiligungen ein breites Kennzahlenspektrum dargestellt.

Analyse der Vermögens- und Kapitallage

a) Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote ist eine Kennzahl, die den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital bzw. an der Bilanzsumme eines Unternehmens angibt. Die Eigenkapitalquote zeigt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit. Sie wird von Banken oft zur Beteiligung der Kreditwürdigkeit herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit einer Gesellschaft. Je geringer die Eigenkapitalquote, umso abhängiger ist das Unternehmen von fremden Geldgebern.

Berechnung:
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (Bilanzsumme)}}$$

b) Eigenkapitalrentabilität

Bei der Eigenkapitalrentabilität handelt es sich um eine Kennzahl, die es Anlegern, Investoren oder Unternehmern ermöglicht, die Verzinsung des eigenen eingesetzten Kapitals festzustellen.

Berechnung:
$$\frac{\text{Bilanzgewinn} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

c) Anlagendeckungsgrad 2

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wieviel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Ein Anlagendeckungsgrad 2 von 100% bedeutet, dass das Anlagevermögen zu 100% mit Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gedeckt ist. Damit ist die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände über langfristig zur Verfügung stehende Finanzmittel sichergestellt. Die sogenannte „goldene Bilanzregel“ fordert einen Anlagendeckungsgrad 2 von mindestens 100%. Je weiter der Anlagendeckungsgrad 2 über 100% liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit -zumindest stichtagsbezogen -die Fähigkeit gegeben, fällig werdende Verbindlichkeiten fristgerecht bedienen zu können. Ist das Anlagevermögen hingegen

zum Teil kurzfristig finanziert (Anlagendeckungsgrad 2 unter 100%) könnte ein privates Unternehmen bei Fälligkeit der kurzfristigen Verbindlichkeiten in Zahlungsschwierigkeiten geraten, da das Umlaufvermögen zur Deckung nicht ausreicht und das Anlagevermögen nicht so schnell liquidierbar ist.

Berechnung: $\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$

d) Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad gibt an, wie hoch die Verschuldung des Unternehmens ist. Dazu werden Eigenkapital und Fremdkapital ins Verhältnis gesetzt. Die betriebswirtschaftliche Kennzahl ist eine Ergänzung zur Fremdkapitalquote und Eigenkapitalquote, die ebenfalls über die Kapital- und Finanzierungsstruktur des Unternehmens informiert. Grundsätzlich gilt:

Je höher der Verschuldungsgrad, desto mehr Schulden hat das Unternehmen gegenüber Gläubigern. Und je höher die Schulden, desto stärker ist wiederum die Abhängigkeit des Unternehmens.

Berechnung: $\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$

e) Umsatzrentabilität

Umsatzrentabilität (Umsatzrendite). Sie ist im Rahmen jeder Unternehmensanalyse von Bedeutung und gibt das prozentuale Verhältnis des Jahresüberschusses zum erzielten Umsatz an. Sie lässt somit erkennen, wie viel Cent Gewinn mit jedem Euro Umsatz erwirtschaftet wurde.

Berechnung: $\frac{\text{Gewinn (nach Steuern)}}{\text{Umsatz}}$



2. BETEILIGUNGSBERICHT

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen. Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen. Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Kreis Paderborn gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Der Kreistag des Kreises Paderborn hat 06.09.2021 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Kommune gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen. Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Kreistag des Kreises Paderborn hat am 28.03.2022 den Beteiligungsbericht 2020 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtlichen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form des Kreises Paderborn. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises Paderborn, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Paderborn durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Paderborn durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Paderborn insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Kommune. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Kommune die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Paderborn unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz1 Satz 2 i. V. m. § 116 Absatz6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2020 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2020. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2020 aus.

Rechtliche Grundlagen für den Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage des Beteiligungsberichtes ist § 117 GO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.



3. DAS BETEILIGUNGSPORTFOLIO DES KREISES PADERBORN

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio im Jahr 2021

Im Jahr 2021 hat es verschiedene Änderungen in der unmittelbaren wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn gegeben.

Zugänge

Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH, Essen

Der Kreistag des Kreises Paderborn hat in seiner Sitzung am 08.02.2021 der Beteiligung an der „Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH“ in Essen mit einem Anteil von 0,4 % beschlossen.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung und Beratung der Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Veränderung der Beteiligungsquote

Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH

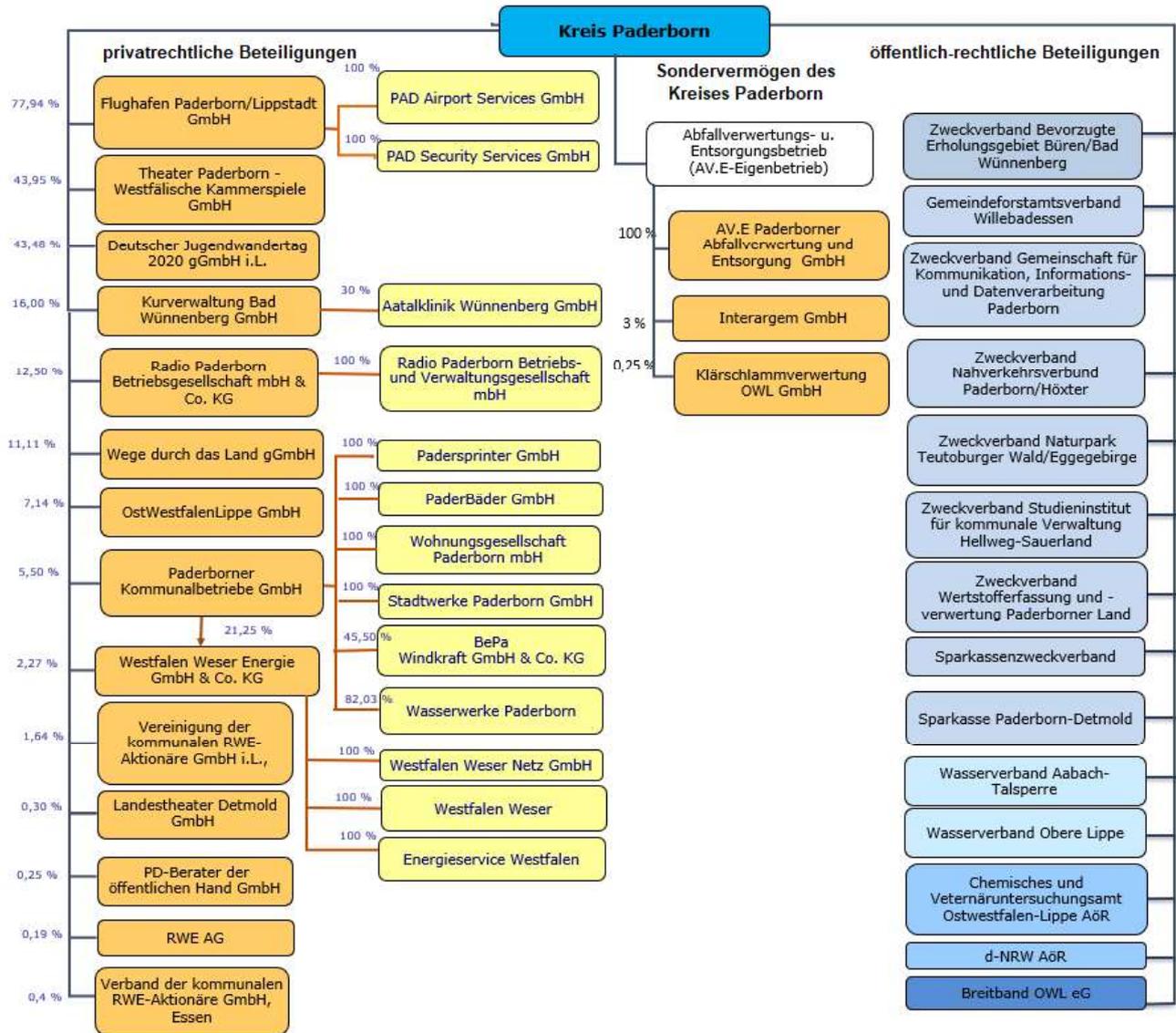
Der Kreis Paderborn hat die Anteile der Kreise Lippstadt (7,84 %) und Gütersloh (7,84 %) in Höhe von insgesamt 15,68 % am Stammkapital des Flughafens Paderborn /Lippstadt GmbH übernommen. Die Beteiligung des Kreises Paderborn am Stammkapital der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH betrug 77,94 % (=7.794.100 €) zum Stichtag 31.12.2021. Die Beschlussfassung erfolgte mit DS.-Nr. 17.0144 am 22.02.2021.

Abgänge

Keine.

3.2 Beteiligungsstruktur

Der Kreis Paderborn war 2021 unmittelbar an 32 Unternehmen beteiligt.



| Lfd. Nr. | Unternehmen | Jahresergebnis zum 31.12.2021 | Höhe des Nennkapitals zum 31.12.2021 | Anteil des Kreises Paderborn am Nennkapital | | Beteiligungsart |
|----------|--|-------------------------------|--------------------------------------|---|--------|-----------------|
| | | T€ | T€ | T€ | % | |
| 1. | A.V.E. GmbH* | -105 | 1.023 | 1.023 | 100,00 | unmittelbar |
| 2. | Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH | 1.050 | 10.000 | 779 | 77,941 | unmittelbar |
| 3. | Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH | -3.784 | 26 | 11 | 43,95 | unmittelbar |
| 4. | Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH | *2 | 25 | 11 | 43,478 | unmittelbar |
| 5. | Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH | 592 | 51 | 8 | 16,00 | unmittelbar |
| 6. | Radio Paderborn | 413 | 520 | 65 | 12,50 | unmittelbar |
| 7. | Wege durch das Land gGmbH*2 | *2 | 99 | 11 | 11,11 | unmittelbar |
| 8. | OstWestfalenLippe GmbH | -35 | 29 | 2 | 7,14 | unmittelbar |
| 9. | Paderborner Kommunalbetriebe GmbH | -2.200 | 2.127 | 117 | 5,50 | unmittelbar |
| 10. | Interargem GmbH* | 21.114 | 2.200 | 66 | 3,00 | unmittelbar |
| 11. | Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG | 40.702 | 72.842 | 1.656 | 2,27 | unmittelbar |
| 12. | Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH i.L. | -1 | 32 | 1 | 1,64 | unmittelbar |
| 13. | Landestheater Detmold GmbH | 1.342 | 3.000 | 9 | 0,30 | unmittelbar |
| 14. | PD -Berater der öffentlichen Hand GmbH | 12.703 | 2.004 | 1> | 0,25 | unmittelbar |
| 15. | Klärschlamm OWL GmbH* | -290 | 50 | 1> | 0,25 | unmittelbar |
| 16. | RWE AG | 609.000 | 8.359.000 | 15.882 | 0,19 | unmittelbar |
| 17. | Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH | -188 | 128 | 0,511 | 0,40 | unmittelbar |

*Als Beteiligungen des A.V.E. Eigenbetriebes (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) werden die A.V.E. GmbH, Interargem GmbH und die Klärschlamm OWL GmbH im Folgenden als unmittelbare Beteiligungen betrachtet.

*2 Die Jahresabschlüsse wurden zum Stichtag noch nicht festgestellt. Daher können für die hier behandelte Gesellschaften keine Angaben zum Jahresergebnis gemacht werden.

| Lfd. Nr. | öffentlich-rechtliche Betriebe | Jahresergebnis zum 31.12.2021 | Summe aller Stimmrechte | Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn | | Beteiligungsart |
|----------|---|-------------------------------|-------------------------|---|--------|-----------------|
| | | T€ | | absolut | % | |
| 18. | Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn | 245 | 15 | 15 | 100,00 | unmittelbar |
| 19. | Nahverkehrsverbund Paderborn/ Höxter*2 | 0 | 22 | 14 | 63,64 | unmittelbar |
| 20. | GKD Paderborn*2 | *2 | 39 | 11 | 28,21 | unmittelbar |
| 21. | Sparkasse Paderborn-Detmold | 22.079 | 76 | 21 | 27,63 | unmittelbar |
| 22. | Sparkassenzweckverband | | | | | unmittelbar |

| | | | | | | |
|-----|--|----|-----|----|-------|-------------|
| 23. | Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/ Eggegebirge*2 | *2 | 23 | 6 | 26,09 | unmittelbar |
| 24. | Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Büren/ Bad Wünnenberg*2 | *2 | 13 | 3 | 23,08 | unmittelbar |
| 25. | Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland | 71 | 7 | 1 | 14,29 | unmittelbar |
| 26. | Zweckverband Wertstofffassung und –verwertung Paderborner Land*2 | *2 | 22 | 2 | 9,09 | unmittelbar |
| 27. | Gemeindeforstamtsverband Paderborner Land*2 | *2 | 806 | 15 | 1,86 | unmittelbar |

| Lfd. Nr. | Wasserverbände | Jahresergebnis zum 31.12.2021 | Summe aller Stimmrechte | Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn | | Beteiligungsart |
|----------|--------------------------------|-------------------------------|-------------------------|---|-------|-----------------|
| | | T€ | | absolut | % | |
| 28. | Wasserverband Obere Lippe | 26 | 15 | 11 | 73,33 | unmittelbar |
| 29. | Wasserverband Aabach-Talsperre | 0 | 25 | 4 | 16,00 | unmittelbar |

| Lfd. Nr. | Anstalten öffentlichen Rechts | Jahresergebnis zum 31.12.2021 | Summe aller Stimmrechte | Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn | | Beteiligungsart |
|----------|---|-------------------------------|-------------------------|---|-------|-----------------|
| | | T€ | | absolut | % | |
| 30. | Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe | 51 | 14 | 1 | 7,14 | unmittelbar |
| 31. | d-NRW AöR | 0 | 13 | 0 | 0,081 | unmittelbar |

| Lfd. Nr. | Andere Rechtsformen | Jahresergebnis zum 31.12.2021 | Summe aller Stimmrechte | Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn | | Beteiligungsart |
|----------|---------------------|-------------------------------|-------------------------|---|-------|-----------------|
| | | T€ | | absolut | % | |
| 32. | Breitband OWL*2 | *2 | 10 | 1 | 10,00 | unmittelbar |

Die meisten **mittelbaren** Beteiligungen werden in tabellarischer Form wiedergegeben:

Anteilseigner: Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|---------------------------------|---|------------------|-----------|--------|
| | | | | € | % |
| 1. | PAD Airport Services GmbH | Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insb. Bodenabfertigung und Passagierhandling | 25.000,00 | 25.000,00 | 100,00 |
| 2. | PAD Security Services GmbH | Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen nach den Vorgaben des Luftsicherungsgesetzes | 25.000,00 | 25.000,00 | 100,00 |

Anteilseigner: RWE

Der Geschäftsbericht der RWE weist als Anteilsbesitz rund 1.100 Beteiligungen aus. Aufgrund der enormen Anzahl wurde auf eine einzelne Nennung an dieser Stelle verzichtet. Der Jahresabschluss 2021 der RWE AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft¹ bereitgestellt und weist auf den Seiten 17 - 50 den Anteilsbesitz der RWE AG aus.

Anteilseigner: Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Der Jahresabschluss 2021 der **Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG** weist den **Anteilsbesitz der Gesellschaft als Anlage**, die Bestandteil des Anhangs ist, wie folgt aus:

| Ifd. Nr. | Name und Sitz der Gesellschaft | u = unmittelbar m = mittelbar | Anteil am Kapital % | beteiligt über | Eigenkapital T€ | Ergebnis T€ |
|----------|--|----------------------------------|---------------------|----------------|-----------------|-------------|
| 1. | Westfalen Weser Netz GmbH, Paderborn | u | 100,00 | | 532.202 | 0 |
| 2. | Energieservice Westfalen Weser GmbH, Kirchlengern | u | 100,00 | | 21.205 | 0 |
| 3. | Westfalen Weser Beteiligungen GmbH, Paderborn | u | 100,00 | | 23.353 | 0 |
| 4. | Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn | u | 100,00 | | 36 | 1 |
| 5. | Wassernetz-Servicegesellschaft mbH, Paderborn | m | 50,00 | 1 | 297 | 37 |
| 6. | GWAdriga GmbH & Co. KG, Berlin | m | 21,00 | 1 | 974 | -2.410 |
| 7. | GWAdriga Verwaltungs GmbH, Berlin | m | 21,00 | 1 | 26 | 0 |
| 8. | Blomberg Netz GmbH & Co. KG, Blomberg | m | 49,00 | 1 | 3.616 | -638 |
| 9. | Ostwestfalen Netz GmbH & Co. KG, Bad Driburg | m | 74,90 | 1 | 4.201 | 898 |
| 10. | Westfälische Energie Effizienz GmbH, Kirchlengern | m | 100,00 | 2 | 158 | 12 |
| 11. | Naturgas Emmerthal GmbH & Co. KG, Emmerthal | m | 71,43 | 2 | 610 | -54 |

¹ www.group.rwe/investor-relations/finanzberichte-praesentationen-videos/finanzberichte

| | | | | | | |
|-----|--|---|--------|--------------|-------|-------|
| 12. | Nahwärmeversorgung Kirchlengern GmbH, Kirchlengern | m | 50,00 | 2 | 480 | 4 |
| 13. | Gesellschaft zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe mbH, Brakel | m | 33,33 | 2 | 192 | -18 |
| 14. | Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn | m | 50,00 | 2 | 195 | -5 |
| 15. | AWP GmbH, Paderborn | m | 100,00 | 3 | 902 | 592 |
| 16. | EPOS Bioenergie Verwaltungs-GmbH, Herford | m | 100,00 | 3 | 83 | 5 |
| 17. | Westfalen Weser Energie 3. Vermögensverwaltungs-UG (haftungsbeschränkt), Herford | m | 100,00 | 3 | 25 | -8 |
| 18. | AWINTO Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf | m | 62,00 | 3 | 6.059 | 63 |
| 19. | AWINTO Windportolio GmbH, Düsseldorf | m | 62,00 | 3 | 30 | 4 |
| 20. | AWINTO Windpark Klosterkumbd GmbH & Co. KG, Hagen | m | 62,00 | 18 | 6.181 | 478 |
| 21. | AWINTO Windpark Rayerschied GmbH & Co. KG, Wiesbaden | m | 62,00 | 18 | 0 | 448 |
| 22. | AWINTO Windpark Schöneseiffen GmbH & Co. KG, Hagen | m | 62,00 | 18 | 1.106 | 111 |
| 23. | ABO Wind UW Hunsrück GmbH & Co. KG, Wiesbaden | m | 38,75 | 20 und 21 | 23 | 4 |
| 24. | Blomberger Versorgungsbetriebe GmbH/Westfalen Weser Beteiligungen GmbH GbR, Blomberg | m | 50,00 | 3 | 666 | -6 |
| 25. | Bad Driburg-EEnergie- Verwaltungsgesellschaft mbH Bad Driburg | m | 49,00 | 3 | 45 | 1 |
| 26. | Wasser GmbH Salzhemmendorf, | m | 49,00 | 3 | 109 | 7 |
| 27. | Bad Driburg-Solar GmbH & Co. KG, Bad Driburg | m | 48,93 | 3 | 726 | 169 |
| 28. | Stadtwerke Lage GmbH, Lage | m | 45,00 | 3 | 8.393 | 1.419 |
| 29. | Stadtwerke Hessisch Oldendorf GmbH, Hessisch Oldendorf | m | 20,00 | 3 | 2.248 | 151 |
| 30. | Stadtwerke Vlotho Stromnetz GmbH | m | 24,90 | 3 | 3.299 | 183 |

Anteilseigner: Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|------------------------------------|--|---------------------|-----------|-------|
| | | | | € | % |
| 1. | Aatalklinik Wünnenberg GmbH | Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen | 51.129,19 | 15.338,76 | 30,00 |

Anteilseigner: Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|---|--|------------------|-----------|--------|
| | | | | € | % |
| 1. | Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH | persönlich haftende Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG und Übernahme dessen Geschäftsführung | 25.600,00 | 25.600,00 | 100,00 |

Anteilseigner: Paderborner Kommunalbetriebe GmbH

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|---------------------------------------|---|------------------|--------------|--------|
| | | | | € | % |
| 1. | PaderBäder GmbH | Betrieb des Hallenbades am Maspornplatz sowie anderer Bäder | 16.566.917,0 | 16.566.917,0 | 100,00 |
| 2. | PaderSprinter GmbH | Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Paderborn | 25.000,00 | 25.000,00 | 100,00 |
| 3. | Stadtwerke Paderborn GmbH | Vertrieb von Energie, insb. Strom und Erdgas | 500.000,00 | 500.000,00 | 100,00 |
| 4. | Wasserwerke Paderborn GmbH | Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung | 9.140.100,00 | 7.497.624,03 | 82,03 |
| 5. | Wohnungsgesellschaft Paderborn GmbH | Sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung | 500.000,00 | 500.000,00 | 100,00 |
| 6. | BePa Windkraft GmbH & Co. KG | Planung, Errichtung und der Betrieb einer Windenergieanlage zur Erzeugung regenerativer Energien in der Gemarkung Benhausen | 300.006,60 | 136.521,00 | 45,51 |
| 7. | Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG | regionaler Energieversorger | 72.842.000,0 | 14.881 | 20,429 |

Anteilseigner: Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|---|--|------------------|--------------|--------|
| | | | | € | % |
| 1. | A.V.E Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH | Abfallverwertung sowie Erzeugung und Vermarktung regenerativer Energien | 1.022.583,76 | 1.022.583,76 | 100,00 |
| 2. | Interargem | Entsorgungsgeschäfte | 2.200.000,00 | 66.000,00 | 3,00 |
| 3. | Klärschlamm OWL GmbH | Verwertung und Entsorgung der bei der Abwasserentsorgung und -aufbereitung anfallenden Abfälle | 50.000,00 | 125,00 | 0,25 |

Anteilseigner: Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung**Paderborn (GKD)**

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|--|--|------------------|--------|-------|
| | | | | € | % |
| 1. | Dachverband kommunaler IT-Dienstleister KDN (Zweckverband) | Betrieb von Rechenanlagen, Daten- und Kommunikationsnetzen und IT-Diensten; Entwicklung, Einführung und Einpflegen von einzelnen Komponenten und IT-Diensten; Beratungsleistungen; Beschaffung von Hard- und Software; Schulungsleistungen und Dienstleistungen zur Einführung und zum Betrieb | / | / | 3,33 |
| 2. | Zweckverband Ostwestfalen-Lippe-IT | technikunterstützende Informationsverarbeitung im Geschäftsfeld Rechenzentrum | / | / | 50,00 |

Anteilseigner: Nahverkehrsverbund Paderborn/ Höxter

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|---|--|------------------|----------|-------|
| | | | | € | % |
| 1. | Verbundgesellschaft/ Paderborn Höxter mbH (VPH) | Aufgaben im Bereich des ÖPNV auf Straße und Schiene; Einsatz von durchschnittlich ca. 300 Bussen täglich | 26.000,00 | 3.640,00 | 14,29 |

Anteilseigner: Sparkassenzweckverband

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|---------------------------------|---|------------------|--------|--------|
| | | | | € | % |
| 1. | Sparkasse Paderborn - Detmold | Geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft | / | / | 100,00 |

Anteilseigner: Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt

| Nr. | Firma und Sitz des Unternehmens | Gegenstand des Unternehmens | Nennkapital in € | Anteil | |
|-----|---|--|------------------|--------|------|
| | | | | € | % |
| 1. | Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn (GKD) | Erbringen von Dienstleistungen als Beratungs-, Organisations-, Software- und Hardwareverbund | / | / | 3,57 |

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Kreis Paderborn nach § 51 KomHVO NRW:

| gegenüber | | Kreis Paderborn | AV.E-Eigenbetrieb | AV.E-GmbH | Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH |
|--|-------------------|-----------------|-------------------|--------------|------------------------------------|
| Kreis Paderborn | Forderungen | | 20.451,68 | 0,00 | 6.375,78 |
| | Verbindlichkeiten | | 13.019,42 | 0,00 | 19.279,36 |
| | Erträge | | 291.746,74 | 5.700,00 | 7.670,48 |
| | Aufwendungen | | 62.476,65 | 0,00 | 8.453.922,26 |
| AV.E-Eigenbetrieb | Forderungen | 45.250,65 | | 2.275.658,86 | 0,00 |
| | Verbindlichkeiten | 20.561,68 | | 18.418,78 | 0,00 |
| | Erträge | 63.851,10 | | 133.781,40 | 0,00 |
| | Aufwendungen | 271.331,97 | | 15.573,55 | 0,00 |
| AV.E-GmbH | Forderungen | 0,00 | 18.418,78 | | 0,00 |
| | Verbindlichkeiten | 5.700,00 | 2.275.658,86 | | 0,00 |
| | Erträge | 0,00 | 15.573,55 | | 0,00 |
| | Aufwendungen | 5.700,00 | 133.781,40 | | 0,00 |
| *Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH | Forderungen | | | | |
| | Verbindlichkeiten | | | | |
| | Erträge | | | | |
| | Aufwendungen | | | | |

* Die Erlöse, Forderungen, Aufwendungen und Verbindlichkeiten sind im Rahmen der Jahresabschlussprüfung noch nicht bestätigt, so dass die Zahlen vom Flughafen Paderborn Lippstadt GmbH nicht aufgenommen werden.

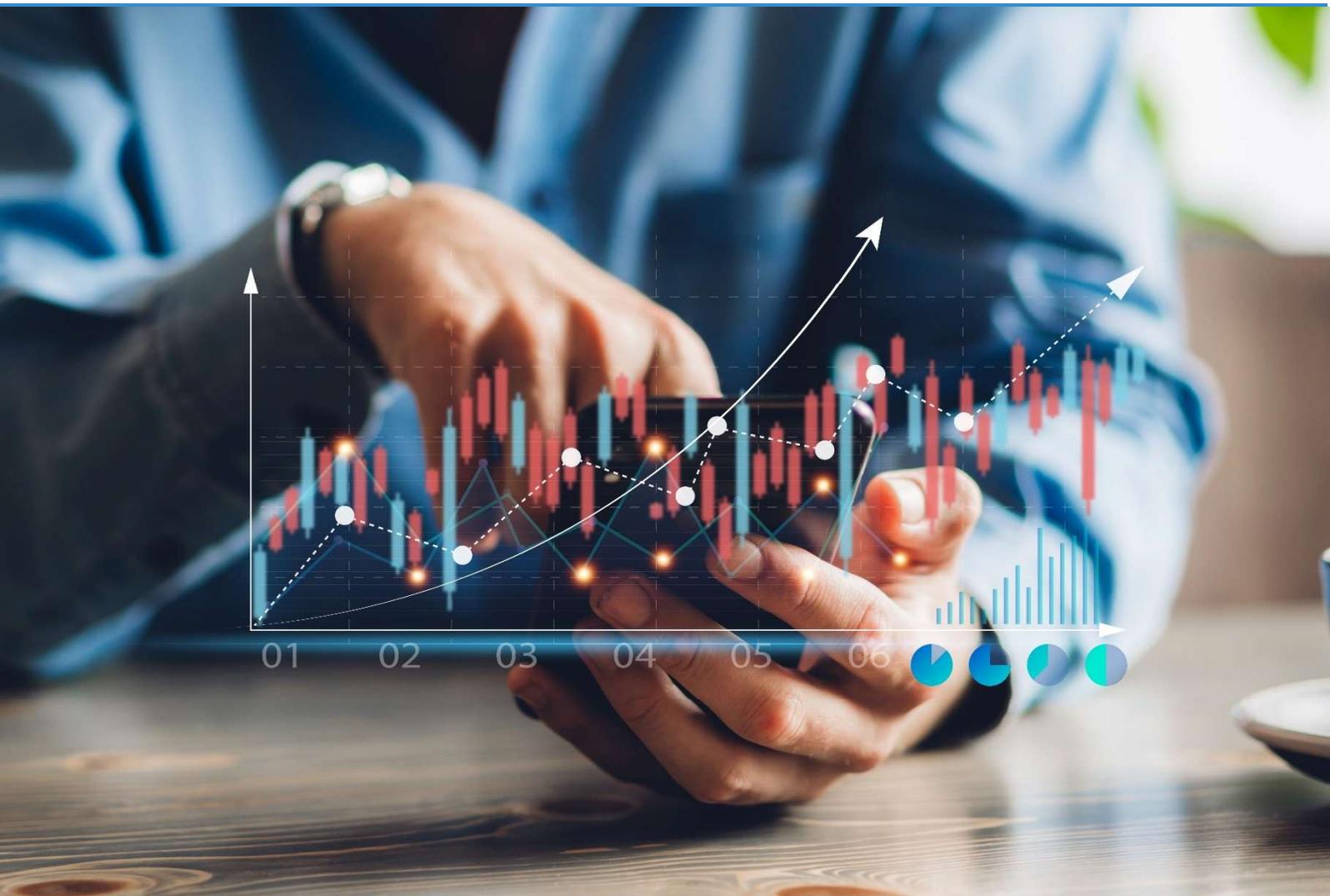
Die genaue Zusammensetzung der einzelnen Beträge sind in den Einzeldarstellungen unter Punkt ##.5 erläutert.

3.3 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2021

Der Kreis Paderborn war 2020 **unmittelbar** an 32 Unternehmen und **mittelbar** an verschiedenen Unternehmen beteiligt.

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Paderborn einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Kommune mehr als 50,0 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt,
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich u.a. um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt des Kreises Paderborn geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliederungsvermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 104 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung zum Kreis Paderborn zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen des Kreises Paderborn gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb des Kreises Paderborn dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich nachrichtlich ausgewiesen.



4. EINZELDARSTELLUNG DER BETEILIGUNGEN IN PRIVATER UND ÖFFENTLICHEN RECHTSFORM

4.1 Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH

4.1.1 Basisdaten

Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH

Flughafenstraße 33

33142 Büren

Tel.:02955/77-0, Fax: 02955/77-147, Internet: www.airport-pad.com

Gründungsdatum: 13. Oktober 1969

4.1.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Errichtung und der Betrieb des Flughafens Paderborn / Lippstadt sowie der Erwerb des dafür benötigten Geländes. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck erreicht und gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich unter den Voraussetzungen des § 108 Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) an ihnen beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten. Ferner ist die Gesellschaft verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

4.1.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck des Unternehmens besteht darin, für den Flugverkehr einen leistungsgerechten Flughafen bereitzustellen und zu betreiben.

4.1.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 10 Mio. € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

| Gesellschafter | EUR | % |
|-------------------------------|----------------------|----------------|
| Kreis Paderborn | 7.794.100,00 | 77,941 |
| Kreis Soest | 1.225.500,00 | 12,255 |
| Hochsauerlandkreis | 392.200,00 | 3,922 |
| Kreis Höxter | 392.200,00 | 3,922 |
| IHK Ostwestfalen zu Bielefeld | 156.800,00 | 1,568 |
| IHK zu Detmold | 39.200,00 | 0,392 |
| Gesamt | 10.000.000,00 | 100,000 |

4.1.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Erträge i.H.v. 7.670,48 € (vgl. Übersicht zu 3.3) setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Provisionen für vom Kreis Paderborn übernommene Bürgschaften (rd. 6,4 T€), Gebühren i.H.v. rd. 0,2 T€ sowie Entgelten für Leistungen der Kreisfeuerwehrzentrale von rd. 1,1 T€. Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr (rd. 98 T€) resultiert aus dem Wegfall von Zins- (25,3 T€) und Tilgungsleistungen (rd. 48,6 T€) für das ehemalige Gesellschafterdarlehen im Rahmen des Insolvenzverfahrens 2020.

Demgegenüber stehen 8.453.922,26 € an entstandenen Aufwendungen und geleisteten Auszahlungen des Kreises Paderborn. Der Gesamtbetrag beinhaltet im Wesentlichen einen Sanierungsbeitrag in Höhe von rd. 6.39 Mio. € zu der im Jahre 2020 durchgeführten Insolvenz in Eigenverwaltung der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH und der anschließenden Re-Dimensionierung des Flughafens. Weiterhin hat der Kreis Paderborn im Rahmen des Vertrages über die finanzielle Beteiligung der Gesellschafter an den Aufwendungen aus Übernahme hoheitlicher Tätigkeiten rd. 1,99 Mio. € geleistet. Hinzu kommen rd. 57,5 T€ für Mieten und Erbbauzinsen sowie rd. 20,9 T€ Aufwand für Sach- und Dienstleistungen. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (rd. 7,46 Mio. €) ergeben sich im Wesentlichen aus einer aufgrund der Übernahme von weiteren Gesellschafteranteilen gestiegenen Beteiligung des Kreises an den Sanierungsbeiträgen und an den Aufwendungen aus Übernahme hoheitlicher Tätigkeiten. Von den ehemaligen Gesellschaftern, deren Anteile übernommen wurden, hat der Kreis Paderborn hierzu entsprechende Ausgleichszahlungen erhalten.

Die in der Übersichtstabelle zu Punkt 3.3 ausgewiesenen geringen Forderungen und Verbindlichkeiten des Kreises gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH resultieren aus am Abschlussstichtag 31.12.2021 offenen Posten, zu denen erst Anfang des Jahres 2022 die Zahlung erfolgt ist.

Zu den wesentlichen finanziellen Leistungsbeziehungen der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH können keine Angaben gemacht werden, da der Jahresabschluss 2021 bisher noch nicht festgestellt worden ist.

4.1.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens begann gem. § 155 Abs. 2 Satz 1 InsO ein neues Geschäftsjahr, so dass vom 1. Januar 2020 bis zum 30. November 2020 ein Rumpfgeschäftsjahr entstand. Mit Aufhebung des Insolvenzverfahrens zum 30. April 2021 entstand ein weiteres Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Dezember 2020 bis 30. April 2021. Aufgrund der Fortsetzung der Gesellschaft ab dem 1. Mai 2021 entsteht ein weiteres Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Mai 2021 bis zum 31. Dezember 2021, so dass die Gesellschaft beginnend ab dem 1. Januar 2022 auf den Geschäftsjahresrhythmus laut Satzung zurückkehrt.

Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahresangaben ist daher insoweit nur eingeschränkt möglich.

| Bilanz (in EUR) | 2019 | 01.01.2020 bis 30.11.2020 | 01.12.2020 bis 30.04.2021 |
|--|----------------------|------------------------------|---------------------------------|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 33.964.110,05 | 34.929.463,37 | 34.288.227,49 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 213.058,00 | 115.795,00 | 90.091,00 |
| II. Sachanlagen | 33.701.052,05 | 34.763.668,37 | 34.148.136,49 |
| III. Finanzanlagen | 50.000,00 | 50.000,00 | 50.000,00 |
| B. Umlaufvermögen | 10.374.709,48 | 8.165.126,29 | 6.345.264,04 |
| I. Vorräte | 406.115,89 | 217.384,21 | 266.248,71 |
| II. Forderungen | 3.719.521,20 | 7.051.361,59 | 2.467.927,84 |
| III. Wertpapiere | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| IV. Flüssige Mittel | 6.249.072,39 | 896.380,49 | 3.611.087,49 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 92.475,18 | 120.635,91 | 429.613,72 |
| Summe Aktiva | 44.431.294,71 | 43.215.225,57 | 41.063.105,25 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 27.158.785,55 | 26.574.490,15 | 27.624.058,91 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 10.000.000,00 | 10.000.000,00 | 10.000.000,00 |
| II. Kapitalrücklage | 276.859,61 | 276.859,61 | 276.859,61 |
| III. Gewinnrücklagen | 17.895.700,47 | 16.881.925,94 | 16.297.630,54 |
| IV. Jahresüberschuss / -fehlbetrag | -1.013.774,53 | -584.295,40 | 1.049.568,76 |
| B. Sonderposten für Investitionszuschüsse | 2.696.316,14 | 3.894.380,76 | 3.672.394,81 |
| C. Rückstellungen | 2.480.190,97 | 1.910.985,67 | 2.227.031,22 |
| D. Verbindlichkeiten | 12.026.161,15 | 10.586.321,28 | 5.244.225,18 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 69.840,90 | 249.047,71 | 2.295.395,13 |
| Summe Passiva | 44.431.294,71 | 43.215.225,57 | 41.063.105,25 |

4.1.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2019 | 01.01.2020 bis 30.11.2020 | 01.12.2020 bis 30.04.2021 |
|---|----------------------|---------------------------------|---------------------------------|
| 1. Umsatzerlöse | 27.647.686,03 | 6.861.367,02 | 1.436.107,37 |
| 2. Bestandsveränderungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 3. andere aktivierte Eigenleistungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 4. sonstige betriebliche Erträge | 5.156.934,73 | 11.835.212,78 | 8.597.134,06 |
| 5. Materialaufwand | 18.246.210,74 | 6.230.593,74 | 2.276.043,30 |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 9.903.995,60 | 2.214.414,23 | 507.525,47 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 8.342.215,14 | 4.016.179,51 | 1.768.517,83 |
| 6. Personalaufwand | 9.343.874,71 | 6.649.354,95 | 2.592.414,47 |
| a) Löhne und Gehälter | 7.411.790,26 | 5.411.863,46 | 2.112.499,35 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen | 1.932.084,45 | 1.237.491,49 | 479.915,12 |
| 7. Abschreibungen | 3.124.393,95 | 2.950.543,48 | 1.337.251,39 |
| 8. sonstige betriebliche Aufwendungen | 2.804.986,16 | 3.190.543,02 | 2.757.890,53 |
| 9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen | 114.179,93 | 0,00 | 145.798,29 |
| 10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 1.269,46 | 140,43 | 7,62 |
| 11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 292.280,02 | 189.905,11 | 74.138,96 |
| 12. Ergebnis nach Steuern | -891.675,43 | -514.220,07 | 1.141.308,69 |
| 13. Sonstige Steuern | 122.099,10 | 70.075,33 | 91.739,93 |
| 14. Erträge aus Verlustübernahme | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 15. Jahresüberschuss / -Jahresfehlbetrag | -1.013.774,53 | -584.295,40 | 1.049.568,76 |

4.1.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | 01.12.2020 bis 30.04.2021 | 01.01.2020 bis 30.11.2020 | 2019 |
|--------------------------|---------------------------------|---------------------------------|--------|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 67,27 | 61,49 | 61,13 |
| Eigenkapitalrentabilität | 3,80 | -2,20 | -3,73 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 95,40 | 106,39 | 115,37 |
| Verschuldungsgrad | 27,05 | 47,03 | 53,41 |
| Umsatzrentabilität | 73,08 | -8,52 | -3,67 |

4.1.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 30. April 2021 beschäftigt die Gesellschaft 110 Mitarbeiter (2020: 110; 2019: 174).

4.1.10 Geschäftsentwicklung

Vorbemerkung

Aufgrund der Entwicklungen im Geschäftsjahr 2020 unter den Rahmenbedingungen der weltweiten Covid19-Pandemie und ihren direkten Auswirkungen auf die Luftverkehrsbranche hat die Gesellschaft am 22.9.2020 Insolvenzantrag gestellt, das Insolvenzverfahren wurde am 1.12.2020 eröffnet. Die Gläubigerversammlung hat am 29.1.2021 dem vorgelegten Insolvenzplan zugestimmt. Es erfolgte ein Planinsolvenzverfahren in Eigenverwaltung, welches am 30.4.2021 durch Gerichtsbeschluss aufgehoben wurde, da der Insolvenzplan erfolgreich umgesetzt wurde. Mit den verschiedenen Gläubigergruppen (insbes. Arbeitnehmer und Kreditinstitute) sowie mit den Gesellschaftern wurden die im Insolvenzplan getroffenen Vereinbarungen umgesetzt, der Belegschaft wurde für den Fall, dass eine Weiterbeschäftigung nicht möglich war, alternativ zur Kündigung der Wechsel in eine Transfergesellschaft angeboten. Das Geschäftsjahr 1.12.2020-30.04.2021 war geprägt von den Auswirkungen der weltweiten Corona-Pandemie insbesondere auch auf die Touristik- und Luftverkehrsbranche sowie infolgedessen von der Durchführung des Planinsolvenzverfahrens zur Sanierung der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Bei dem größten Teil der Kostenpositionen handelt es sich um Fixkosten, die durch die Bereitstellung und den Erhalt der Infrastruktur sowie die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft des Verkehrsflughafens entstehen.

Die Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH lassen sich grundsätzlich in die fünf Gruppen

- Aviation
- Non Aviation
- Treibstoffverkauf
- sonstige Umsatzerlöse und
- sonstige betriebliche Erträge

einteilen.

Die Aviation-Erlöse, wie z.B. Anflug- und Landeentgelte sowie der Treibstoffrohertrag werden maßgeblich von der Entwicklung der Verkehrsarten „Linie“ und „Touristikflugverkehr“ mit größerem Fluggerät beeinflusst.

Die Non Aviation-Erlöse, die z.B. durch das Parkgeschäft und die Vermietung von Einzelhandels-, Gastronomie- und sonstigen Gewerbeflächen erzielt werden, sind zum Großteil ebenfalls verkehrsabhängig. Damit hat die Luftverkehrsentwicklung, die die Verkehrsflughäfen allgemein nur begrenzt steuern können, auf den größten Teil der Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH unmittelbare Auswirkungen.

Die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Beschränkungen haben dazu geführt, dass insbesondere der Touristik- und der Linienflugverkehr, also die beiden wichtigsten Erlöstreiber, im Berichtszeitraum vollständig eingebrochen sind. Der Geschäftsverlauf im Rumpfgeschäftsjahr war nicht zufriedenstellend, allerdings waren diese 5 Monate geprägt von der Umsetzung des Insolvenzplans zur Sanierung der Gesellschaft. Die Insolvenz wurde zum 30.4.2021 aufgehoben, weil das Verfahren dem Plan entsprechend erfolgreich umgesetzt worden war.

Darstellung des Flugbetriebes allgemein

Im Jahr 2020 wurden laut der Statistik des Flughafenverbandes ADV (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Flughäfen) an den deutschen Flughäfen 62,96 Mio. Fluggäste gezählt. Das entspricht einem Rückgang von 74,6% und entspricht damit ungefähr dem Stand von 1986. Der innerdeutsche Luftverkehr lag um 74,7% unter Vorjahr, der Europaverkehr ging um 74% zurück. Der Interkontinentalverkehr verzeichnete einen Rückgang von 77,1%.

Im Zeitraum 1.1.-30.04.2021 lag der Rückgang der Passagierzahlen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vor-Pandemie-Jahres 2019 um 89,8% niedriger.

Darstellung des Flugbetriebes am Paderborn-Lippstadt Airport

Die Fluggastzahlen sind in 2020 gegenüber dem Vorjahr um ca. 600.000 Passagiere bzw. 87% zurückgegangen. Im Laufe des März und dann in den Monaten April bis Juni kamen insbesondere der Linien- und Touristikflugverkehr und damit die wichtigsten Erlöstreiber pandemiebedingt vollständig zum Erliegen. In den Monaten Juli bis Oktober fand dann auf sehr kleinem Niveau wieder Linien- und Touristikflugverkehr statt, der dann ab November wieder ausgesetzt wurde. Die Flugbewegungen der allgemeinen Luftfahrt hingegen bewegten sich im zweiten Halbjahr 2020 bereits wieder auf dem Vorjahresniveau.

Im Zeitraum 1.1.-30.04.2021 fand am Flughafen Paderborn/Lippstadt mit Ausnahme einiger weniger Flüge, bei denen es sich um umgeleitete oder Sonderflüge handelte, kein Linien- oder Touristikflugbetrieb statt. Die 9.451 Flugbewegungen und 2.480 Fluggäste wurden im Wesentlichen von der Allgemeinen Luftfahrt generiert.

Personal- und Sozialbereich

Der oben dargestellte erhebliche Verkehrseinbruch insbesondere im Linien- und Touristikflugbetrieb führte zu einem deutlich geringeren Personalbedarf. Die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH nutzte daher von April bis August 2020 das Instrument der Kurzarbeit, um diesem Umstand Rechnung zu tragen und die Kosten zu reduzieren.

Aufgrund des pandemiebedingten Umsatzausfalles und dem damit verbundenen Sanierungsbedarf wurde gemeinsam mit dem Betriebsrat ein sozialverträglicher Personalabbau beschlossen, in dessen Mittelpunkt ein umfangreicher Sozialplan stand. Im Rahmen der strukturellen Redimensionierung wurde der Personalbedarf an den von den Aufsichtsbehörden zwingend für notwendig erklärten Funktionen ausgerichtet. Die Kündigungen wurden im Dezember 2020 ausgesprochen. Insgesamt erhielten 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Kündigung, 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wechselten zum 01.01.2021 in eine Transfergesellschaft. 73 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verblieben im Unternehmen.

Darstellung der Lage

Ertragslage

Das Berichtsjahr bezieht sich auf die Monate Dezember 2020 bis April 2021. Dieser Zeitraum war weiterhin durch die Corona-Pandemie geprägt. Hinzu kommt, dass der Flugverkehr in diesen Wintermonaten traditionell schwächer ist. Aus diesen Gründen betrugen die Umsatzerlöse lediglich 1,4 Mio. €. Die Einnahmen im Bereich Aviation betrugen inklusive Treibstoffverkauf 696 T€. Im Geschäftsbereich Non-Aviation betrugen die Erlöse 747 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Berichtszeitraum auf 8,6 Mio. €. Im Wesentlichen ist dies auf Verbindlichkeitsausbuchungen im Rahmen der Umsetzung des Insolvenzplans zurückzuführen (4,9 Mio.€) sowie durch Einzahlungen der Gesellschafter in Höhe von 3,0 Mio. € für hoheitliche Kosten, Corona-Fixkostenhilfe sowie für Kosten der Transfergesellschaft im Rahmen der Planinsolvenz. Der Materialaufwand (ohne Treibstoffeinkauf) betrug 2,1 Mio. €. Der Personalaufwand belief sich auf 2,6 Mio. € und aufgrund der Kurzarbeit entsprechend reduziert. Die Abschreibung belief sich im Berichtszeitraum auf 1,3 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 2,8 Mio. € und sind geprägt von der anwaltlichen Rechts- und Beratungskosten im Rahmen der Planinsolvenzumsetzung (1,5 Mio. €). Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betrugen 74 T€. Unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (Grund- und Kfz-Steuer) in Höhe von 92 TEUR ergibt sich für den Zeitraum der Planinsolvenz 1.12.2020 - 30.4.2021 ein Jahresergebnis von 1,05 Mio. €.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme reduzierte sich per Saldo um knapp 5%, was i. W. auf den Rückgang der Forderungen gegen Gesellschafter um rd. 5,4 Mio. €, die Erhöhung des Liquiditätsbestands von rd. 2,7 Mio. € auf der Aktivseite und auf der Passivseite auf den Rückgang der Gesellschafter- und der sonstigen Verbindlichkeiten um 4,0 Mio. € und die Erhöhung der passiven Rechnungsabgrenzung um 2,0 Mio. € zurückgeht. Diese Postenveränderungen haben überwiegend ihren Ursprung in den Zahlungen und Verpflichtungen der Gesellschafter.

Die Eigenkapitalquote beträgt 67,27% (Vorjahr: 61,49%). Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von 775 T€ getätigt. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 83,5% (Vorjahr: 80,8%) der Bilanzsumme. Es ergibt sich ein Finanzmittelbestand zum 30.04.2021 in Höhe von 3.611 T€, welcher i. W. aus den planmäßigen Zahlungen der Gesellschafter stammen und überwiegend bis zum 31.12.2021 die Finanzierung der Gesellschaft sicherstellen.

Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Weiterbetrieb des Flughafens nach Abschluss der Planinsolvenz

Das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung konnte zum 30.04.2021 beendet werden. Die durchgeführten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Verfahrens führten zu einer sehr deutlichen Reduktion der

Fixkosten, insbesondere im Personalbereich. Im Laufe des Jahres 2021 wurden die pandemiebedingten Einschränkungen gelockert, so dass neben der Allgemeinen Luftfahrt jetzt auch der Linien- und Touristikflugverkehr wieder anlaufen konnte. Gerade im Touristikflugverkehr zeigte sich schnell eine rückkehrende Nachfrage, die zu guten Ladefaktoren auf den angebotenen Flügen führte. Insgesamt konnte die Anzahl der Fluggäste im Jahr 2021 auf kleiner Basis um 40% auf 129.292 Fluggäste gesteigert werden. Diese positive Entwicklung setzt sich in 2022 sogar noch verstärkt fort, so dass in 2022 mit mehr als 300.000 Fluggästen gerechnet wird.

Künftige Finanzierung der Flugsicherungskosten

Im Laufe des Jahres 2021 konnte ein Durchbruch bei der seit langem angestrebten Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund erreicht werden. Das Luftverkehrsgesetz wurde geändert, so dass nunmehr auch der Flughafen Paderborn/Lippstadt seit September 2021 von dieser Kostenentlastung profitiert.

Neben der Reduktion der Personalkosten trägt diese Maßnahme erheblich zur Absenkung der Fixkosten bei. Ohne die Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund, würde ohne Berücksichtigung der bisher vereinnahmten Abflugentgelte und abhängig von der Intensität des Flugbetriebes eine Unterdeckung in einer Größenordnung zwischen 1,7 und 2,0 Mio.€ verbleiben.

Chancen und Risiken aus dem Flugverkehrsgeschäft

Nach der erfolgten Sanierung der Gesellschaft durch das Planinsolvenzverfahren bestehen weiterhin folgende wesentliche Chancen und Risiken.

Im Laufe des Jahres 2022 zeigt sich sehr deutlich, dass die Nachfrage im Touristikflugverkehr nach der weitgehenden Aufhebung der pandemiebedingten Beschränkungen nach wie vor nahezu in großem Umfang vorhanden ist. Die Reiseveranstalter und touristischen Fluggesellschaften haben ihr Sitzplatzangebot gegenüber dem Vorjahr nach und nach wieder stark ausgebaut, so dass die Kapazität während der Sommerferien NRW schon fast das Niveau von 2019 erreicht. Auch die Allgemeine Luftfahrt erweist sich als sehr robust. Innerhalb dieses Segments verzeichnet die sog. Business Aviation, also die individuelle Reisetätigkeit mit Geschäftsreiseflugzeugen, im ersten Halbjahr 2022 gar ein Wachstum gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 von über 20%. Im ebenfalls geschäftsreiselastigen Linienflugverkehr nach München zeigt sich hingegen derzeit noch ein anderes Bild. Die Lufthansa bedient die Strecke zwar seit Ende März 2022 wieder, allerdings bislang nur mit zwei statt vier Frequenzen pro Tag. Auch die Auslastung hat das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht. Dies liegt zum einen an den noch fehlenden Weiterflugverbindungen nach Fernost, verbunden mit den dortigen pandemiebedingten Einreisebeschränkungen. Zum anderen scheinen derzeit Geschäftsreisen noch teilweise durch in der Pandemie weiterentwickelte digitale Kommunikationsformen ersetzt zu werden. Hier besteht ein gewisses Risiko, dass das Geschäftsreisevolumen das Vorkrisenniveau erst mittel- bis langfristig wieder erreichen wird.

Für den Touristikflugverkehr kann sich ein Risiko aus den aktuellen Preisentwicklungen an den Energiemärkten und der momentan hohen Inflation ergeben. Die zusätzlichen Belastungen für die privaten Haushalte könnten zu einer reduzierten Nachfrage bei Reiseprodukten führen.

Chancen hingegen bieten die noch nicht ausgeschöpften Potentiale bei bisher nicht bedienten touristischen und ethnischen Destinationen. So ergeben entsprechende Analysen, dass insbesondere Ziele in

Südeuropa (z.B. spanisches Festland, Kanarische Inseln, Kroatien etc.) derzeit nicht oder nicht ausreichend bedient werden, obwohl eine erhebliche Reisetätigkeit aus unserer Region zu diesen Zielen festgestellt werden kann, derzeit jedoch benachbarte Flughäfen dafür genutzt werden.

Eine Chance für den Flughafen Paderborn/Lippstadt kann sich auch aus den aktuellen operativen Schwierigkeiten der größeren Flughäfen ergeben. Während der Pandemie haben sich viele Arbeitskräfte hin zu anderen Branchen orientiert, was dort jetzt beim Wiederaanlaufen des Verkehrs zu großen Personalengpässen führt. In Verbindung mit dem demographischen Wandel und dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge im Laufe der kommenden Jahre, ist zu erwarten, dass große Standorte ihren Personalbedarf nur schwer decken können und insofern auch aus dieser Sicht an Kapazitätsgrenzen stoßen werden. Im Übrigen kann im laufenden Jahr eine große Öffentlichkeit beobachten, dass kleinere Flughafenstandorte beim Wiederaanlaufen des Luftverkehrs kaum oder zumindest erheblich weniger Probleme haben. Auch Fluggesellschaften machen die Erfahrung, dass die operativen Abläufe an kleineren Standorten reibungsloser und damit verzögerungsfreier ablaufen. Vor diesem Hintergrund gewinnen kleinere Standorte sowohl für Endkunden als auch für Systempartner an Attraktivität. Nicht zuletzt die 24-stündige Öffnungszeit des Flughafens stellt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Flughäfen dar, aus dem sich Wachstumschancen ergeben.

Künftige Entwicklung

Wie oben bereits erläutert, entwickeln sich insbesondere die Allgemeine Luftfahrt und der Touristikflugverkehr seit 2021 und noch mehr in 2022 wieder sehr positiv. Auch für den Linienflugverkehr nach München wird trotz der beschriebenen Risiken im Laufe kommenden Jahre wieder mit einer Erholung gerechnet. Diese Erwartung basiert zum einen darauf, dass sich Geschäftsbeziehungen langfristig nur durch persönliche Kontakte aufrechterhalten lassen. Zum anderen arbeiten wir gemeinsam mit den Systempartnern daran, die Drehkreuzanbindung nach München auch für touristische Reisen, insbesondere Fernreisen, attraktiv zu machen. Durch Ansprache auch touristischer Zielgruppen kann der Linienflugverkehr resilienter aufgestellt werden. Die Luftverkehrsnachfrage der Region wird derzeit durch unseren Flughafen noch nicht vollständig bedient. Zusätzliche Verkehre sollen durch die Abschöpfung der Potentiale bisher nicht oder nicht ausreichend bedienter Ziele generiert werden. Dazu laufen aktuell Verhandlungsgespräche auch mit Fluggesellschaften, mit denen der Flughafen Paderborn/Lippstadt bisher noch nicht kooperiert.

Für die kommenden Jahre werden daher bei einer weiteren Erholung der Verkehrszahlen und einem moderaten Wachstum, einer Fortführung der Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund sowie der Übernahme der Kosten für hoheitliche Aufgaben, insbesondere für die Flughafenfeuerwehr, durch die kommunalen Gesellschafter ausgeglichene Jahresergebnisse angestrebt. Die Fluggastzahlen sollen bis 2025 auf ein Niveau von 800.000 gesteigert werden.

Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NW

Nach § 108 GO NW ist über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung Stellung zu nehmen: Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Errichtung und der Betrieb des Flughafens sowie der Erwerb des dafür benötigten Geländes. Da es sich um ein Infrastrukturunternehmen des öffentlichen (Flug)Verkehrs handelt ist somit die öffentliche Zwecksetzung erfüllt.

4.1.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Dr. Marc Cezanne, Paderborn (bis 07/2021)

Roland Hüser, Paderborn (ab 08/2021)

Gesellschafterversammlung

Seit 2021 sind die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung die Herren Kreistagsabgeordneten Bernd Langer und Carsten Birkelbach sowie Herr Dezernent Tiemann.

Aufsichtsrat

| Gesellschaft | Name | |
|--------------------|--------------------|---|
| Kreis Paderborn | Manfred Müller | Landrat a. D., Paderborn (Vorsitzender) bis März 2021 |
| Kreis Paderborn | Christoph Rüther | Landrat, Paderborn (Vorsitzender) ab März 2021 |
| Kreis Soest | Horst Bernsdorf | Rechtspfleger a.D. |
| Kreis Höxter | Michael Stickeln | Landrat, Höxter |
| Hochsauerlandkreis | Dr. Karl Schneider | Landrat, Meschede |
| IHK Ostwestfalen | Thomas Niehoff | Hauptgeschäftsführer, Bielefeld |
| IHK Lippe | Axel Martens | Hauptgeschäftsführer, Detmold |

4.1.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört keine Frau an (Frauenanteil: 0 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

4.1.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und §5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.1.14 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

| Name und Sitz der Gesellschaft | Anteil am Kapital in % |
|----------------------------------|------------------------|
| PAD Airport Services GmbH, Büren | 100,00 |
| PAD Services GmbH, Büren | 100,00 |

PAD Airport Services GmbH

Zweck / Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insbesondere Bodenabfertigung und Passagierhandling. Das Ziel der Beteiligung ist im Zusammenhang mit der Muttergesellschaft zu sehen. Gegenstand der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH ist u. a. der Betrieb des Flughafens Paderborn / Lippstadt. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH auch berechtigt, Unternehmen zu errichten, wovon die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH mit der Gründung der PAD Airport Services GmbH auch Gebrauch gemacht hat.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck des Unternehmens besteht darin, Dienstleistungen für die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH zu erbringen, die wiederum den Flughafen betreibt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist eine 100 %-iges Tochterunternehmen der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Der Jahresabschluss 2021 wurde bisher noch nicht von der Gesellschafterversammlung festgestellt. Zu den Punkten „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, „Kennzahlen“ und „Geschäftsentwicklung“ können für die hier behandelte Gesellschaft daher keine Angaben gemacht werden.

| Bilanz (in EUR) | 2019 | 2020 |
|--|-------------------|-------------------|
| Aktiva | | |
| A. Anlagevermögen | 18.937,00 | 16.418,00 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 1.100,00 | 700,00 |
| II. Sachanlagen | 17.837,00 | 15.718,00 |
| B. Umlaufvermögen | 220.358,00 | 309.649,86 |
| I. Vorräte | 3.531,00 | 9.608,20 |
| II. Forderungen /sonstige Vermögensgegenstände | 220,15 | 23.542,10 |
| III. Flüssige Mittel | 216.606,85 | 276.499,56 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 10,08 | 633,55 |
| Summe Aktiva | 239.305,08 | 326.701,41 |
| Passiva | | |
| A. Eigenkapital | 25.000,00 | 25.000,00 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.000,00 | 25.000,00 |
| B. Rückstellungen | 47.146,76 | 19.250,00 |
| C. Verbindlichkeiten | 167.158,32 | 282.451,41 |
| Summe Passiva | 239.305,08 | 326.701,41 |

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2019 | 2020 |
|--|--------------|--------------|
| 1. Umsatzerlöse | 1.954.235,19 | 1.318.704,47 |
| 2. sonstige betriebliche Erträge | 10.234,92 | 11.790,68 |
| 3. Materialaufwand | 28.236,97 | 18.182,21 |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 22.676,29 | 15.239,94 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 5.560,68 | 2.942,27 |
| 4. Personalaufwand | 1.466.526,53 | 980.647,36 |
| a) Löhne und Gehälter | 1.228.365,69 | 827.524,35 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen | 238.160,84 | 153.123,01 |
| 5. Abschreibungen auf Sachanlagen | 7.100,13 | 4.669,96 |
| 6. sonstige betriebliche Aufwendungen | 348.090,55 | 180.365,36 |
| 7. Ergebnis nach Steuern | 114.515,93 | 146.630,26 |
| 8. Sonstige Steuern | 336,00 | 832,00 |
| 9. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne | 114.179,93 | 145.798,29 |
| 10. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 0,00 | 0,00 |

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich im Berichtsjahr zusammen aus 6 Vollzeit- und 43 Teilzeitbeschäftigten (VJ.: 7 bzw. 52).

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführerin: Frau Nadja Bliss

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Gesellschafterversammlung wird nach § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der PAD Airport Services GmbH durch den Geschäftsführer der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH wahrgenommen. Ferner hat die Geschäftsführung der PAD Airport Services GmbH dem Aufsichtsrat der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH in dem in § 90 AktG genannten Umfang zu berichten.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, wonach die PAD Airport Services GmbH die Verpflichtung hat, das jeweilige Jahresergebnis an die Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH abzuführen.

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Dienstleistungsvertrag über die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Passagierabfertigung und von Sicherheitsleistungen sowie die personelle Besetzung der Flughafeninformation, der Serviceeinrichtungen TSA sowie der Vorabend Check-In der Außenstelle in Bielefeld.

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag über die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Buchhaltung, IT-Betreuung, elektronische Betreuung, Brandschutzbetreuung sowie sonstiger Leistungen.

PAD Services GmbH

Beteiligungsziel und Unternehmenszweck

Gegenstand der GmbH sind sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Flughafenbetrieb sowie mit dem vorgenannten Unternehmenszweck im Zusammenhang stehende Umfeldleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bis auf weiteres ist die Gesellschaft operativ nicht tätig, sodass die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks derzeit nicht gegeben ist.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Der Jahresabschluss 2021 wurde bisher noch nicht von der Gesellschafterversammlung festgestellt. Zu den Punkten „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, „Kennzahlen“ und „Geschäftsentwicklung“ können für die hier behandelte Gesellschaft daher keine Angaben gemacht werden.

| Bilanz (in EUR) | 2019 | 2020 |
|--------------------------------------|------------------|------------------|
| Aktiva | | |
| A. Anlagevermögen | 0,00 | 0,00 |
| B. Umlaufvermögen | 18.015,18 | 17.477,58 |
| I. Forderungen | 224,10 | 167,39 |
| II. Flüssige Mittel | 17.791,08 | 17.310,19 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 |
| Summe Aktiva | 18.015,18 | 17.477,58 |
| Passiva | | |
| A. Eigenkapital | 17.515,18 | 16.457,58 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.000,00 | 25.000,00 |
| II. Gewinn-/ Verlustvortrag | -6.744,92 | -7.484,82 |
| III. Jahresüberschuss / -fehlbetrag | -739,90 | -1.057,60 |
| B. Rückstellungen | 500,00 | 1.020,00 |
| C. Verbindlichkeiten | 0,00 | 0,00 |
| Summe Passiva | 18.015,18 | 17.477,58 |

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2019 | 2020 |
|---|----------------|------------------|
| 1. sonstige betriebliche Erträge | 0,00 | 150,00 |
| 2. sonstige betriebliche Aufwendungen | 739,9 | 1.207,60 |
| 3. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0,00 | 0,00 |
| 4. Steuern vom Einkommen und Ertrag | 0,00 | 0,00 |
| 5. Ergebnis nach Steuern/ Jahresfehlbetrag | -739,90 | -1.057,60 |
| 6. Jahresfehlbetrag | -739,90 | -1.057,60 |

Personalbestandes

Neben dem Geschäftsführer, der für seine Tätigkeit von der Gesellschaft keinerlei Bezüge erhält, beschäftigt die GmbH kein Personal.

Leistungen der Beteiligung

Ab 01.12.2021 begann die Umsetzung der Neuausrichtung der Gesellschaft. Sie wird künftig neben der Flugzeugabfertigung insbesondere die Bereiche Instandhaltung und Grünanlagenpflege für den Flughafen Paderborn-Lippstadt betreiben. Hierzu ist geplant, für die Sommersaison ca. 60 Mitarbeiter einzustellen, was einem Vollzeitäquivalent von rd. 25 Personen entspricht. Im Winter wird sich die Anzahl der Mitarbeitenden auf ca. 20 Mitarbeiter reduzieren, was einem Vollzeitäquivalent von rd. 8 Vollzeitäquivalenten entspricht.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführung:

Roland Hüser, Dipl.-Betriebswirt, Büren (bis zum 30.11.2021)

Thomas Keck, Industriekaufmann, Büren (ab dem 01.12.2021)

4.2 RWE AG

4.2.1 Basisdaten

RWE AG

Altenessener Straße 35

451141 Essen

Tel.: 0201/12-00, Fax: 0201/12-15199, Internet: www.group.rwe

Gründungsdatum: 25. April 1898

4.2.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die RWE AG leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den o. g. Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

4.2.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

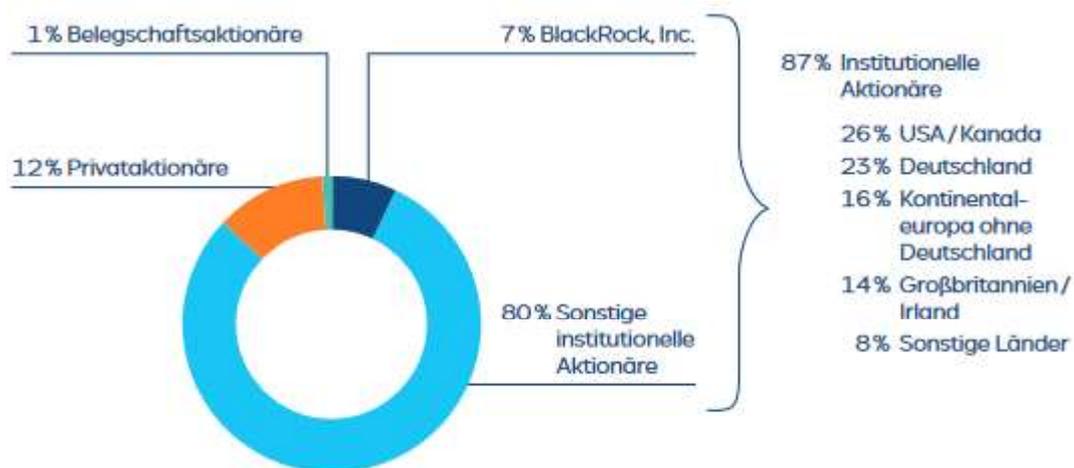
Insbesondere mit dem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung leistet die RWE AG einen entscheidenden Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger einerseits und der Aufrechterhaltung des öffentlichen Einflusses bei der RWE AG andererseits ist eine Beteiligung geboten.

4.2.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Grundkapital beträgt 1.731.123.322,88 € und besteht aus 676.220.048 auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit 676.220.048 Stimmen.

Der Kreis Paderborn ist mit 1.273.917 Stück Stammaktien (3.261.227,52 €) an der RWE AG beteiligt. Dies entspricht einer Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft von rd. 0,19 %

Aktionärsstruktur (Stand: Ende 2021):



4.2.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2021 eine Ausschüttung in Höhe von 911.471,69 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.2.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in Mio. €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr Mio.€ |
|-----------------------------------|---------------|---------------|--|
| Aktiva | | | |
| Anlagevermögen | 20.524 | 17.866 | -2.658 |
| flüssige Mittel | 9.276 | 20.239 | 10.963 |
| Forderungen | 2.612 | 8.530 | 5.918 |
| Wertpapiere | 2.879 | 6.941 | 4.062 |
| Flüssige Mittel | 3.785 | 4.768 | 983 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 1 | 8 | 7 |
| Summe Aktiva | 29.801 | 38.113 | 8.312 |
| Passiva | | | |
| Eigenkapital | 7.826 | 8.359 | 533 |
| Stammaktien | 1.731 | 1.731 | 0 |
| Kapitalrücklage | 4.228 | 4.228 | 0 |
| Andere Gewinnrücklagen | 1.292 | 1.791 | 499 |
| Bilanzgewinn | 575 | 609 | 34 |
| Rückstellungen | 1.996 | 2.245 | 249 |
| Verbindlichkeiten | 19.979 | 27.509 | 7.530 |
| Summe Passiva | 29.801 | 38.113 | 8.312 |

4.2.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in Mio. €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr Mio.€ |
|--|------------|--------------|--|
| Umsatzerlöse | 25 | 31 | 6 |
| Ergebnis aus Finanzanlagen | 1.114 | 378 | -736 |
| Zinsergebnis | -72 | 318 | 390 |
| sonstige betriebliche Erträge | 295 | 756 | 461 |
| Personalaufwand | -78 | -93 | -15 |
| sonst. betriebliche Aufwendungen | -954 | -562 | 392 |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 250 | 280 | 30 |
| Ergebnis nach Steuern | 580 | 1.108 | 528 |
| Jahresüberschuss | 580 | 1.108 | 528 |
| Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | 0 | 0 | 0 |
| Einstellung in andere Gewinnrücklagen | -5 | -499 | -494 |
| Bilanzgewinn | 575 | 609 | 34 |

4.2.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 22 | 26 | -4 |
| Eigenkapitalrentabilität | 7 | 7 | 0 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 201 | 135 | 66 |
| Verschuldungsgrad | 356 | 281 | 75 |
| Umsatzrentabilität | 41 | 42 | -1 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Stromerzeugungs- kapazität (in MW) | 31. Dezember 2020 | 31. Dezember 2021 | Ver- ände- rung (in %) |
|--|----------------------|-------------------------|---------------------------------|
| Steinkohle | 2.257 | 1.469 | -788 |
| Braunkohle | 8.548 | 7.638 | -910 |
| Kernenergie | 2.770 | 1.482 | -1.288 |
| Gas | 14.301 | 14.301 | 0 |
| Erneuerbare Energien | 10.148 | 10.697 | 549 |
| Pumpwasser, Sonstige | 2.358 | 199 | -2.159 |
| Gesamt | 40.382 | 35.786 | -4.596 |

Quelle: <http://rwe-kennzahlentool.de/>

| Stromerzeugung (in Mrd. kWh) | 31. Dezember 2020 | 31. Dezember 2021 | Ver- ände- rung (in %) |
|---------------------------------|----------------------|-------------------------|---------------------------------|
| Steinkohle | 7,4 | 7,1 | 0 |
| Braunkohle | 36,6 | 45,9 | 9 |
| Kernenergie | 20,7 | 22,7 | 2 |
| Gas | 50,1 | 52,4 | 2 |
| Erneuerbare Energien | 29,7 | 32,2 | 3 |
| Pumpwasser, Sonstige | 2,1 | 0,0 | -2 |
| Gesamt | 146,6 | 160,3 | 14 |

| Außenabsatz des RWE-Konzerns (in Mrd. kWh) | 2020 | 2021 | Ver- ände- rung (in %) |
|--|--------------|--------------|---------------------------------|
| Gas | 36,5 | 45,7 | 9,20 |
| Strom | 194,5 | 203,1 | 8,60 |
| Summe | 231,0 | 248,8 | 17,80 |

4.2.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 beschäftigt die AG 18.246 Mitarbeiter (VJ. 19.498).

4.2.10 Geschäftsentwicklung

2021 war für RWE ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. Dabei war der Jahresauftakt alles andere als gut gewesen: Extreme Wetterbedingungen in Texas hatten im Februar zu Ausfällen von Windkraftanlagen und hohen finanziellen Belastungen aus Stromzukaufen geführt. Im weiteren Jahresverlauf haben wir die Ergebniseinbußen aber mehr als wettgemacht – vor allem dank einer außergewöhnlich starken Performance im Energiehandel. Auch Margenverbesserungen in der Stromerzeugung brachten zusätzliche Erträge. Das bereinigte Konzern-EBITDA konnten wir deshalb um 11 % gegenüber dem Vorjahr steigern. Unsere Ergebnisprognose für 2021, die wir nach den Ereignissen von Texas veröffentlicht hatten, haben wir ebenfalls deutlich übertroffen.

Stromerzeugung 14 % über Vorjahr.

Der RWE-Konzern hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 160.773 GWh Strom produziert. Abweichend von der bisherigen Erfassungsmethodik enthält die Zahl keine Strombezüge aus Erzeugungsanlagen, die uns nicht mehrheitlich gehören, selbst wenn wir langfristige Nutzungsrechte an der Anlage haben. Die Vorjahreswerte, in denen die Bezüge noch enthalten waren, haben wir entsprechend angepasst. Gegenüber 2020 hat sich unsere Stromproduktion um 14 % erhöht. Den deutlichsten Anstieg verzeichneten wir bei unseren deutschen Braunkohlekraftwerken, die von günstigen Marktbedingungen profitierten. Eine Rolle spielte dabei, dass aufgrund der Konjunkturerholung mehr Strom verbraucht wurde als im Vorjahr und dass die Windkraft wetterbedingt weniger zur Energieversorgung beitragen konnte. Aus diesen Gründen und trotz stark erhöhter Brennstoffkosten waren auch unsere britischen Gaskraftwerke besser ausgelastet als 2020, während in Deutschland und den Niederlanden weniger Gas verstromt wurde. Unsere niederländischen Kraftwerke Amer 9 und Eemshaven, die mit Biomasse und Steinkohle betrieben werden, haben ihre Erzeugung erheblich gesteigert. Bei Eemshaven lag das auch daran, dass die Anlage nach einem Brandschaden im Vorjahr wieder nahezu uneingeschränkt verfügbar war. Unsere deutschen Kernkraftwerke konnten ebenfalls zulegen, weil es weniger revisionsbedingte Stillstände gab. Gegenläufige Mengeneffekte ergaben sich aus dem deutschen Kohleausstieg: Ende 2020 haben wir den kommerziellen Betrieb der Steinkohlekraftwerke Ibbenbüren B (794 MW) und Westfalen E (764 MW) beendet und den Braunkohleblock Niederaußem D (297 MW) stillgelegt.

Die Stromproduktion unserer Windkraftanlagen lag etwa auf Vorjahresniveau. Positiv wirkte, dass wir unseren Anteil am britischen Offshore-Windpark Rampion (400 MW) zum 1. April 2021 von 30,1 % auf 50,1 % erhöht haben und Rampion seither vollkonsolidieren. Außerdem haben wir die US-Windparks Scioto Ridge (250 MW) und Cassadaga (125 MW) in Betrieb genommen und die ersten Strommengen des britischen Offshore-Windparks Triton Knoll (857 MW) ins Netz eingespeist. Gegenläufige Effekte resultierten aus dem niedrigeren Windaufkommen und dem Verkauf von Mehrheitsanteilen an Windparks in Texas.

Strom produzieren wir nicht nur selbst, sondern beziehen ihn auch von Anbietern außerhalb des Konzerns. Im Berichtsjahr beliefen sich diese Bezüge auf 48.131 GWh. Eigenerzeugung und Fremdstrombezug ergaben zusammen ein Stromaufkommen von 208.904 GWh (Vorjahr: 200.715 GWh).

Geringere Erzeugungsleistung wegen Schließung von Kohlekraftwerken.

Ende 2021 verfügten wir über Stromerzeugungsanlagen mit einer Gesamtleistung von 36,1 GW. In die Zahl nicht eingerechnet sind unsere drei deutschen Braunkohleblöcke, die sich in der gesetzlichen Sicherheitsbereitschaft befinden und 2022/2023 endgültig stillgelegt werden. Ebenfalls nicht erfasst sind bestimmte Anlagen, die uns nicht mehrheitlich gehören, über die wir aber aufgrund langfristiger Nutzungsverträge ganz oder teilweise verfügen können. Bisher hatten wir die Kapazitäten dieser Anlagen in den Zahlen berücksichtigt, soweit uns ihre Erzeugung zustand. Die Vorjahreswerte wurden angepasst

Gegenüber 2020 hat sich unsere Erzeugungskapazität um 1,6 GW verringert. Im Rahmen des deutschen Kohleausstiegs haben wir die Braunkohleblöcke Niederaußem C (295 MW), Neurath B (294 MW) und Weisweiler E (321 MW) zum 31. Dezember 2021 stillgelegt. Am gleichen Tag endete die gesetzliche Laufzeit des Kernkraftwerks Gundremmingen C (1.288 MW). Bei den erneuerbaren Energien konnten wir die Erzeugungsleistung dagegen um 0,6 GW steigern, u. a. wegen der erstmaligen Vollkonsolidierung des Offshore-Windparks Rampion. Hinzu kam, dass wir das australische Solarkraftwerk Limondale (249 MW) und die US-Windparks Scioto Ridge und Cassadaga fertiggestellt haben, während der Verkauf von Mehrheitsanteilen an den texanischen Windparks Stella (201 MW), Cranell (220 MW) und East Raymond (200 MW) gegenläufig wirkte.

Bezogen auf die Erzeugungskapazität ist Gas unser Energieträger Nr. 1. Sein Anteil belief sich Ende 2021 auf 40 %. Auf Platz zwei liegen die erneuerbaren Energien mit 30 %. Unsere wichtigste regenerative Energiequelle ist die Windkraft (8,9 GW), gefolgt von Biomasse (0,8 GW), Wasserkraft (0,5 GW) und Solarenergie (0,5 GW). Regionaler Schwerpunkt unseres Erzeugungsgeschäfts ist Deutschland: Hier befinden sich 42 % unserer installierten Leistung. Großbritannien und die Niederlande nehmen mit 27 % bzw. 14 % die nächsten Plätze ein. An vierter Stelle stehen die USA: Etwa die Hälfte unserer Onshore-Windkraftkapazität befindet sich dort, davon der Großteil im Bundesstaat Texas.

CO₂-Emissionen wegen schwacher Windverhältnisse gestiegen.

Im vergangenen Jahr emittierten unsere Kraftwerke 80,9 Mio. Tonnen CO₂. Das sind 13,9 Mio. Tonnen mehr als 2020. Nach acht Jahren, in denen wir unsere Emissionen um insgesamt 62 % gesenkt haben, und trotz fortgesetzter Schließungen von Kohlekraftwerken verzeichneten wir erstmals wieder einen Anstieg. 2021 kamen einige Faktoren zusammen, die zu einer höheren Auslastung unserer Braunkohlekraftwerke führten: Neben der Erholung der Stromnachfrage waren dies vor allem die wetterbedingt niedrigeren Erzeugungsmengen von Windkraftanlagen und Wettbewerbsnachteile von Gaskraftwerken infolge stark gestiegener Brennstoffkosten. Für 2022 rechnen wir damit, wieder auf unseren ambitionierten Emissionsminderungspfad einschwenken zu können.

Unsere spezifischen Emissionen, d. h. der CO₂-Ausstoß je erzeugter Megawattstunde Strom, beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 0,50 Tonnen. Der Vorjahreswert hatte bei 0,47 Tonnen gelegen.

62,6 Mio. Tonnen Braunkohle gefördert.

Unsere Erzeugungsgesellschaften beziehen die benötigten Brennstoffe entweder direkt am Markt oder über RWE Supply & Trading. Braunkohle gewinnen wir in eigenen Tagebauen. In unserem Abbaug Gebiet westlich von Köln, dem Rheinischen Revier, haben wir im vergangenen Jahr 62,6 Mio. Tonnen gefördert. Das sind 11,2 Mio. Tonnen mehr als im Vorjahr – eine Folge der höheren Auslastung unserer Kraftwerke. Mit 53,2 Mio. Tonnen

haben wir den Großteil der gewonnenen Braunkohle für die Stromerzeugung eingesetzt. Die übrigen Mengen wurden zur Herstellung von Veredelungsprodukten (z. B. Braunkohlestaub, Herdofenkoks und Briketts) und in geringem Umfang auch zur Erzeugung von Prozessdampf und Fernwärme verwendet.

Strom- und Gasabsatz 4 % bzw. 25% über Vorjahr.

Im vergangenen Jahr haben wir 203.101 GWh Strom und 45.721 GWh Gas verkauft. Die Geschäfte wurden größtenteils im Segment Energiehandel getätigt. Von unserem Hauptprodukt Strom konnten wir 4 % mehr absetzen als im Vorjahr. Hintergrund ist die gestiegene Erzeugung unserer Kraftwerke, deren Strom wir in aller Regel über die Konzerngesellschaft RWE Supply & Trading extern vermarkten. Unsere Gaslieferungen sind um 25 % gestiegen. Eine Rolle spielte dabei, dass RWE Supply & Trading neue Großkunden gewonnen hat, darunter insbesondere Stadtwerke. Aber auch bestehende Abnehmer haben mehr Gas von uns bezogen.

Außenumsatz 79 % höher als 2020.

Unser Umsatz mit konzernexternen Kunden belief sich 2021 auf 24.526 Mio. € (ohne Erdgas- und Stromsteuer). Das sind 79 % mehr als im Vorjahr. Die Stromerlöse sind um 75 % auf 20.476 Mio. € gestiegen, was vor allem auf die massive Verteuerung von Strom im vergangenen Jahr zurückzuführen ist. Preiseffekte trugen auch maßgeblich dazu bei, dass sich unsere Gaserlöse auf 2.142 Mio. € vervierfacht haben.

Eine Kennzahl, die vor allem bei nachhaltigkeitsorientierten Investoren auf Interesse stößt, ist der Prozentsatz, den die Erlöse aus Kohlestrom und sonstigen Kohleprodukten am Konzernumsatz ausmachen. Im vergangenen Jahr betrug der Anteil 22 % (Vorjahr: 23 %).

Bereinigtes EBITDA mit 3.650 Mio. € deutlich über den Erwartungen.

Unser bereinigtes Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (bereinigtes EBITDA) belief sich auf 3.650 Mio. €. Das ist wesentlich mehr, als wir im März 2021 prognostiziert hatten. Unser Ausblick, der im Geschäftsbericht 2020 auf Seite 67 f. veröffentlicht wurde, sah einen Korridor von 2.650 Mio. € bis 3.050 Mio. € vor. Auch das bereinigte EBITDA des Kerngeschäfts war wesentlich höher als veranschlagt. Hier erreichten wir einen Wert von 2.761 Mio. €. Erwartet hatten wir eine Bandbreite von 1.800 Mio. € bis 2.200 Mio. €. Dass wir unsere Prognose deutlich übertroffen haben, verdanken wir in erster Linie einer außergewöhnlich guten Performance im Energiehandel. Auch in den Segmenten Onshore Wind / Solar und Wasser / Biomasse / Gas lagen wir oberhalb der prognostizierten Korridore.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich unser bereinigtes EBITDA um 11 % erhöht. Neben der außerordentlich guten Handelsperformance haben vor allem verbesserte Margen unserer Braunkohle- und Kernkraftwerke dazu beigetragen. Dem standen hohe Belastungen im US-Windkraftgeschäft gegenüber: Wie auf Seite 43 erläutert, führte Anfang 2021 eine Jahrhundertkälte in Texas zu ungeplanten Anlagenstillständen, wodurch wir gezwungen waren, bestehende Stromlieferverpflichtungen durch teure Zukäufe am Markt zu erfüllen.

In den Segmenten zeigte sich folgende Entwicklung:

- **Offshore Wind:** Das bereinigte EBITDA betrug hier 1.110 Mio. €. Prognostiziert hatten wir 1.050 Mio. € bis 1.250 Mio. €. Gegenüber 2020 (1.069 Mio. €) konnten wir um 4 % zulegen. Ein positiver Effekt ergab sich dadurch, dass wir zum 1. April 2021 die Mehrheit am britischen Offshore-Windpark Rampion übernommen haben und diesen seither vollkonsolidieren. Außerdem profitierten wir davon, dass wir den neuen Offshore-

Windpark Triton Knoll bereits teilweise in Betrieb nehmen konnten. Dem standen Ergebniseinbußen infolge der wetterbedingt niedrigeren Auslastung unserer Anlagen gegenüber.

• **Onshore Wind / Solar:** In diesem Segment erwirtschafteten wir ein bereinigtes EBITDA von 258 Mio. €. Wir lagen damit knapp über der Prognose-Bandbreite von 50 Mio. € bis 250 Mio. €. Margenverbesserungen aufgrund der zuletzt stark gestiegenen Stromgroßhandelspreise gaben dafür den Ausschlag. Im Vergleich zum Vorjahr (523 Mio. €) hat sich das bereinigte EBITDA aber deutlich verringert. Hauptursache dafür waren die Ergebniseinbußen von rund 400 Mio. € infolge der Jahrhundertkälte in Texas im Februar 2021. Neben diesem Sondereffekt machte sich das niedrigere Windaufkommen bemerkbar. Demgegenüber profitierten wir von der Inbetriebnahme neuer Erzeugungsanlagen und vom Buchgewinn aus dem Verkauf von Anteilen an den US-Windparks Stella, Cranell, East Raymond und West Raymond.

• **Wasser / Biomasse / Gas:** Hier erreichten wir ein bereinigtes EBITDA von 731 Mio. €. Die prognostizierte Bandbreite von 500 Mio. € bis 600 Mio. € wurde damit deutlich übertroffen. Unser Ausblick basierte auf der Annahme, dass die Erträge aus der kommerziellen Optimierung unseres Kraftwerkseinsatzes unterhalb des hohen Niveaus von 2020 liegen würden. Tatsächlich sind sie sogar gestiegen, insbesondere im vierten Quartal. Aus diesem Grund übertrafen wir auch das bereinigte EBITDA des Vorjahres (621 Mio. €). Mit dazu beigetragen hat die stark verbesserte Verfügbarkeit des Kraftwerks Eemshaven.

• **Energiehandel:** Unsere Performance im Handelsgeschäft war außergewöhnlich gut. Das bereinigte EBITDA des Segments lag mit 769 Mio. € deutlich oberhalb des prognostizierten Korridors von 150 Mio. € bis 350 Mio. €. Auch das bereits hohe Vorjahresergebnis (539 Mio. €) haben wir übertroffen. Neben der starken Handelsperformance hat dazu eine verbesserte Ertragslage im Gasgeschäft beigetragen.

• **Kohle / Kernenergie:** Das bereinigte EBITDA des Segments lag bei 889 Mio. € und damit innerhalb der erwarteten Bandbreite von 800 Mio. € bis 900 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr (559 Mio. €) ist es stark angestiegen. Ausschlaggebend dafür war, dass wir für den Strom unserer Braunkohle- und Kernkraftwerke einen höheren Großhandelspreis erzielten als 2020. Die Erzeugung dieser Anlagen hatten wir bereits in Vorjahren nahezu vollständig auf Termin verkauft. Gestiegen sind auch die Erträge aus der kommerziellen Optimierung des Kraftwerkseinsatzes. Außerdem profitierten wir von einer höheren Verfügbarkeit unserer Kernkraftwerke. Dem standen Ergebniseinbußen durch umfangreiche Wartungsarbeiten bei Braunkohlekraftwerken gegenüber. Weitere Belastungen ergaben sich aus der Umsetzung des deutschen Kohleausstiegsgesetzes und aus den Überschwemmungen im Rheinischen Revier, über die wir auf Seite 44 berichten

Überleitung zum Nettoergebnis:

Sondereinflüsse überlagern operative Entwicklung. Die Überleitung vom bereinigten EBITDA zum Nettoergebnis war von Einmaleffekten geprägt, die sich per Saldo negativ niederschlugen. Im Folgenden stellen wir dar, wie sich die Einzelposten der Überleitungsrechnung entwickelt haben.

Das bereinigte EBIT des RWE-Konzerns hat sich um 20 % auf 2.185 Mio. € erhöht und lag damit über dem im März 2021 prognostizierten Korridor von 1.150 Mio. € bis 1.550 Mio. €. Dabei kamen die gleichen Effekte zum Tragen wie beim bereinigten EBITDA. Die beiden Kennzahlen unterscheiden sich dadurch, dass im bereinigten EBIT die betrieblichen Abschreibungen enthalten sind. Diese waren mit 1.465 Mio. € etwa so hoch wie 2020 (1.463 Mio. €).

Das neutrale Ergebnis, in dem wir bestimmte nicht operative oder aperiodische Sachverhalte erfassen, belief sich auf –650 Mio. €, gegenüber –104 Mio. € im Vorjahr. Seine Einzelpositionen entwickelten sich wie folgt:

- Das Ergebnis aus der Veräußerung von Beteiligungen und Vermögenswerten fiel mit 21 Mio. € wie schon im Vorjahr (13 Mio. €) kaum ins Gewicht. Es resultierte hauptsächlich aus dem Verkauf kleiner Wasserkraftwerke in Frankreich und Portugal (siehe Seite 43).

- Effekte aus der Bewertung von Derivaten minderten das Ergebnis um 503 Mio. €, nachdem sie es im Vorjahr um 1.886 Mio. € erhöht hatten. Solche Einflüsse sind nur temporär. Sie entstehen hauptsächlich dadurch, dass Finanzinstrumente zur Absicherung von Preisrisiken gemäß IFRS mit ihren Marktwerten am jeweiligen Stichtag zu bilanzieren sind, während die abgesicherten Grundgeschäfte erst bei ihrer Realisierung erfolgswirksam erfasst werden dürfen.

- Unter „Sonstige“ weisen wir einen Verlust von 168 Mio. € aus, der aber wesentlich niedriger ist als im Vorjahr (2.003 Mio. €). Das Ergebnis von 2020 war durch außerplanmäßige Abschreibungen auf Kraftwerke und Braunkohletagebaue in Höhe von 1,8 Mrd. € belastet. Auch im Berichtsjahr gab es Wertberichtigungen auf unser Braunkohlegeschäft. Sie beliefen sich auf 780 Mio. € und werden im Anhang auf Seite 112 f. näher erläutert. Positiven Einfluss hatte die Entschädigung für den deutschen Kernenergieausstieg in Höhe von 880 Mio. €, die uns der Bund im November 2021 gezahlt hat.

Unser Finanzergebnis verbesserte sich um 441 Mio. € auf –13 Mio. €. Im Einzelnen ergaben sich folgende Veränderungen:

- Das Zinsergebnis sank um 67 Mio. € auf –80 Mio. €, u. a. wegen gesteigener Zinsaufwendungen im Zusammenhang mit Währungssicherungsgeschäften und höherer Kosten für die Stellung von Sicherheiten im Energiehandel. Im Zinsergebnis enthalten ist die Dividende für unseren 15 %-Anteil an E.ON, die sich auf 186 Mio. € belief (Vorjahr: 182 Mio. €).

- Die Zinsanteile an Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen minderten das Ergebnis um 138 Mio. €. Im Vorjahr waren die Belastungen höher ausgefallen (255 Mio. €), weil wir den zur Berechnung der Bergbaurückstellungen verwendeten Diskontierungszinssatz gesenkt hatten und der daraus resultierende Anstieg der Verpflichtungsbarwerte zum Teil als Aufwand in den Zinsanteilen berücksichtigt worden war.

- Das übrige Finanzergebnis erhöhte sich um 391 Mio. € auf 205 Mio. €. Ausschlaggebend dafür war ein Einmaleffekt aus Zinsansprüchen im Zusammenhang mit einer Steuererstattung für frühere Veranlagungszeiträume. Positiv wirkte auch der Wegfall einer Belastung aus dem Vorjahr: Aufgrund der coronabedingten Finanzmarkt-Turbulenzen hatten wir im März 2020 erhebliche Verluste aus Wertpapieranlagen realisiert.

Das Ergebnis fortgeführter Aktivitäten vor Steuern ist um 257 Mio. € auf 1.522 Mio. € gestiegen. Unsere Steuerquote fiel mit 45 % ungewöhnlich hoch aus. Eine Rolle spielte dabei, dass wir aktive latente Steuern im Organkreis der RWE AG abgeschrieben oder gar nicht erst angesetzt haben, weil wir die latenten Steueransprüche wohl auf absehbare Zeit nicht nutzen können. Außerdem führte eine ab 2023 wirksame Anhebung der britischen Unternehmenssteuersätze dazu, dass die passiven latenten Steuern gestiegen sind. Entlastungen resultierten aus der bereits erwähnten Steuererstattung für Vorjahre.

Im laufenden Geschäftsjahr fiel kein Ergebnis nicht fortgeführter Aktivitäten mehr an. Für den Vorjahreszeitraum hatten wir unter dieser Position noch einen Betrag von 221 Mio. € ausgewiesen. Er stammte aus unserer Beteiligung am slowakischen Energieversorger VSE, die im August 2020 an E.ON veräußert wurde.

Die Ergebnisanteile anderer Gesellschafter haben sich um 52 Mio. € auf 111 Mio. € erhöht. Hintergrund ist, dass wir Rampion seit April 2021 vollkonsolidieren und dass wir unsere Beteiligung am britischen Nordsee-Windpark Humber Gateway (219 MW) Ende 2020 von 100 % auf 51 % reduziert haben. Dadurch weisen wir nun Ergebnisanteile für die Miteigentümer dieser Windparks aus. Ein gegenläufiger Effekt ergab sich aus dem VSE-Verkauf: 2020 war den Mitgesellschaftern des Unternehmens noch ein Gewinn in Höhe von 34 Mio. € zugeordnet worden.

Das Nettoergebnis des RWE-Konzerns betrug 721 Mio. € (Vorjahr: 1.051 Mio. €). Das entspricht einem Ergebnis je Aktie von 1,07 € (Vorjahr: 1,65 €). Die Anzahl der ausstehenden RWE-Aktien, die bei der Berechnung dieser Kennzahl zugrunde gelegt wurde, belief sich auf 676,2 Millionen, gegenüber 637,3 Millionen im Vorjahr. Dabei handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte. Im August 2020 hatten wir im Rahmen einer Kapitalerhöhung 61,5 Millionen neue RWE-Aktien in Umlauf gebracht.

Bereinigtes Nettoergebnis höher als erwartet. Das bereinigte Nettoergebnis belief sich auf 1.569 Mio. €. Wegen der unerwartet guten operativen Ertragslage lag es weit oberhalb der prognostizierten Bandbreite von 750 Mio. € bis 1.100 Mio. €. Auch der Vorjahreswert von 1.257 Mio. € wurde deutlich übertroffen. Um das bereinigte Nettoergebnis zu ermitteln, haben wir das IFRS-Nettoergebnis um das neutrale Ergebnis sowie um wesentliche Sondereinflüsse im Finanzergebnis korrigiert. Anstelle der tatsächlichen Steuerquote wurde ein Wert von 15 % angesetzt, der das theoretisch zu erwartende, von Einmaleffekten unbeeinflusste Steuerniveau widerspiegelt.

Stark erhöhte Investitionen in erneuerbare Energien. Im zurückliegenden Geschäftsjahr haben wir 3.769 Mio. € investiert, 12 % mehr als 2020 (3.358 Mio. €). Die Mittel wurden zum allergrößten Teil in den Segmenten Offshore Wind (45 %) und Onshore Wind / Solar (38 %) eingesetzt. Unsere Ausgaben für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte beliefen sich auf 3.689 Mio. € (Vorjahr: 2.285 Mio. €). Größter Einzelposten waren die Investitionen in den britischen Nordsee-Windpark Triton Knoll. Erhebliche Mittel flossen auch in den Bau der Offshore-Windparks Sofia (1.400 MW) vor der ostenglischen Küste und Kaskasi (342 MW) nahe Helgoland, der beiden texanischen Onshore-Windparks Blackjack Creek (240 MW) und El Algodon Alto (200 MW) sowie des Solarkraftwerks Hickory Park im US-Bundesstaat Georgia (196 MW zzgl. Batteriespeicher). Außerdem leisteten wir eine Vorauszahlung für Entwicklungsrechte, die wir uns im Februar 2021 bei einer Versteigerung neuer Offshore-Windkraftstandorte in der britischen Nordsee gesichert haben (siehe Seite 40). Die Investitionen in Finanzanlagen blieben mit 80 Mio. € weit hinter dem hohen Vorjahreswert (1.073 Mio. €) zurück, der noch die Ausgaben für den 20 %-Anteil am Offshore-Windpark Rampion und das europäische Entwicklungsgeschäft von Nordex enthielt (siehe Geschäftsbericht 2020, Seite 43).

Personalbestand deutlich unter Vorjahr. Zum 31. Dezember 2021 gab es im RWE-Konzern 18.246 Beschäftigte, davon 13.585 an deutschen und 4.661 an ausländischen Standorten. Bei der Ermittlung dieser Zahlen wurden Teilzeitstellen anteilig berücksichtigt. Gegenüber Ende 2020 hat sich der Personalbestand verringert (– 1.252). Einen deutlichen Rückgang (– 1.149) verzeichneten wir im Segment Kohle / Kernenergie: Dort haben viele Beschäftigte Vorruhestandsregelungen in Anspruch genommen, die ihnen im Zusammenhang mit dem deutschen Kohleausstieg angeboten wurden. Obwohl wir durch den Ausbau der erneuerbaren Energien zahlreiche neue Stellen geschaffen haben, ist die Personalzahl in unserem Kerngeschäft etwas gesunken.

Hauptgrund dafür war, dass wir uns von großen Teilen der Belectric-Gruppe getrennt haben. In den Mitarbeiterzahlen nicht erfasst sind unsere Auszubildenden. Ende 2021 erlernten bei uns 785 junge Menschen einen Beruf; ein Jahr zuvor waren es 750 gewesen.

4.2.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer Aktiengesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Vorstand: Den Vorstand der RWE AG bilden Dr. Markus Krebber, Dr. Michael Müller und Zvezdana Seeger.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung und zehn von den Arbeitnehmern gewählt werden. Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat der RWE AG nicht vertreten. Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

| lfd. Nr. | Name | |
|----------|---|-------------------------|
| 1. | Dr. Werner Brandt | Bad Homburg |
| 2. | Frank Bsirske | Isernhagen |
| 3. | Ralf Sikorski | Hannover |
| 4. | Michael Bochinsky | Grevenbroich |
| 5. | Sandra Bossmeyer | Duisburg |
| 6. | Martin Bröker | Bochum |
| 7. | Dr. Hans Friedrich Bunting | Mühlheim an der Ruhr |
| 8. | Anja Dubbert | Essen |
| 9. | Matthias Dürbaum | Heimbach |
| 10. | Ute Gerbaulet | Düsseldorf |
| 11. | Prof. Dr. -Ing. Dr. -Ing. E.h. Hans -Peter Keitel | Essen |
| 12. | Mag. Dr. h. c. Monika Kircher | Krumpendorf, Österreich |
| 13. | Thomas Kufen | Essen |
| 14. | Reiner van Limbeck | Dinslaken |
| 15. | Harald Louis | Jülich |
| 16. | Dagmar Mühlenfeld | Mühlheim an der Ruhr |
| 17. | Peter Ottmaqn | Nettetal |
| 18. | Dagmar Paasch | Solingen |
| 19. | Günther Scharz | Wincheringen |
| 20. | Dr. Erhard Schipporeit | Hannover |
| 21. | Dr. Wolfgang Schüssel | Wien, Österreich |
| 22. | Dirk Schuhmacher | Rommerskirchen |
| 23. | Ullrich Sierau | Dortmund |
| 24. | Hauke Stars | Königstein |
| 25. | Helle Valentin | Birkerød, Dänemark |
| 26. | Dr. Andreas Wagner | Grevenbroich |
| 27. | Marion Weckes | Dormagen |
| 28. | Leonhard Zubrowski | Lippetal |

4.2.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 28 Mitgliedern 7 Frauen an

(Frauenanteil: 25 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

4.2.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG befindet sich in Erstellung.

4.2.14 Beteiligungen

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist nach § 285 Nr. 11 und 11a und § 313 Abs. 2 i.V. m. § 315 e Abs. 1 HGB Teil des Anhangs. Aufgrund der vielen Beteiligungen wird hier von der Auflistung abgesehen. Die Übersicht kann im Jahresabschluss RWE AG 2020 auf den Seiten 17 – 50 (Internetseite: [2022-03-15-rwe-jahresabschluss-2021.pdf](#); Aufruf am 05.08.2022) eingesehen werden.

4.3 Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

4.3.1 Basisdaten

Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Tegelweg 25

33102 Paderborn

Tel.:05251/503-0, Fax: 05251/503-6278, Internet: westfalenweser.com

Gründungsdatum: In der Mitte des Jahres 2013 hat die E.ON Energie AG ihre Beteiligung an der E.ON Westfalen Weser AG (EWA) an Kommunen und kommunale Unternehmen im Netzgebiet der EWA veräußert. Am Ende des Veräußerungsprozesses war die EWA rekommunalisiert und die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) entstanden.

4.3.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind, im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung,

a) die Verwaltung der Komplementärin sowie von Beteiligungen an Unternehmen, die in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser, Abwasser, die Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar in der Region Westfalen-Weser tätig sind, insbesondere die Verwaltung von Beteiligungen

1. an der Westfalen Weser Netz GmbH, die als Verteilnetzbetreiberin die Leitungsnetze Strom, Gas und Wasser in der Region Westfalen-Weser betreibt und das Eigentum an den Leitungsnetzen Strom, Gas und Wasser in der Region Westfalen-Weser sowie an dem von der Energieservice Westfalen Weser GmbH betriebenen Kraftwerk und den von der AWP GmbH betriebenen Abwasseranlagen inne hat;

2. an der Energieservice Westfalen Weser GmbH, die in den Bereichen der Erzeugung von Strom und Erzeugung und Verteilung von Wärme auf Basis fossiler und erneuerbarer Energieträger sowie im Bereich Contracting tätig ist und zu diesem Zweck Erzeugungsanlagen betreibt;

3. an der Westfalen Weser Beteiligungen GmbH; deren Unternehmensgegenstand im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung ist der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von Mehrheits-, Minderheits- oder alleinigen Beteiligungen an Unternehmen, die insbesondere in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser und Abwasser sowie Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar primär in der Region Westfalen-Weser tätig sind, sowie die Erbringung und Vermittlung von administrativen, kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, insbesondere gegenüber Beteiligungsunternehmen;

b) die Verwaltung von Tochtergesellschaften, die auf dem Gebiet der Energieerzeugung, der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasserwirtschaft, der Abfallentsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Westfalen-Weser Dienstleistungen erbringen, soweit diese den Hauptzweck des jeweiligen Unternehmensgegenstandes der Tochtergesellschaften fördern sowie die im Zusammenhang mit den Unternehmensgegenständen anfallende Informationsverarbeitung. Bei der Erbringung von verbundenen Dienstleistungen durch Tochtergesellschaften auf dem Gebiet der Energieversorgung sind die Anforderungen des § 107a Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu beachten.

c) die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Unternehmenskommunikation, Kommunalmanagement, Controlling, Recht, Finanzen, IT und Personal für Konzerngesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen im Inland beteiligen und Unternehmensverträge aller Art abschließen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im Inland zu errichten.

Die Gesellschaft beachtet im Rahmen ihrer unternehmensgegenständlichen Tätigkeit insbesondere kommunalrechtliche und vergaberechtliche Vorschriften. Das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG) vom 09.11.1999 findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

4.3.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Insbesondere mit dem satzungsrechtlich festgelegten Unternehmensgegenstand der Dienstleistungen in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser, Abwasser, die Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben leistet die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG einen entscheidenden Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Damit nimmt das Unternehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr.

4.3.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die WWE hat 56 Kommanditisten, die ausschließlich Kreise, Städte und Gemeinden der Region sowie deren Eigengesellschaften sind. Die Kapitalanteile der Kommanditisten betragen insgesamt 72.841.505 €. Hieran ist der Kreis Paderborn mit 1.656.110,00 € beteiligt. Dies entspricht einer Quote von rund 2,27 %.

Die Komplementärin der WWE ist die persönlich haftende Gesellschafterin, die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, deren alleiniger Gesellschafter die WWE ist.

4.3.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn vereinnahmte im Jahr 2021 eine Ausschüttung in Höhe von 924.385,66 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.3.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|-----------------------|-----------------------|--|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 952.746.847,38 | 951.810.345,38 | -937 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 0,00 | 0,00 | 0 |
| II. Sachanlagen | 104.048,00 | 197.546,00 | 93 |
| III. Finanzanlagen | 952.642.799,38 | 951.612.799,38 | -1.030 |
| B. Umlaufvermögen | 4.190.970,30 | 18.522.364,06 | 14.331 |
| I. Vorräte | 0,00 | 32.609,38 | 33 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 2.072.246,98 | 4.539.708,11 | 2.467 |
| III. Wertpapiere | 0,00 | 0,00 | 0 |
| IV. Flüssige Mittel | 2.118.723,32 | 13.950.046,57 | 11.831 |
| C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | 181.447,56 | 76.425,33 | -105 |
| Summe Aktiva | 957.119.265,24 | 970.409.134,77 | 13.290 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 604.339.670,00 | 611.927.670,00 | 7.588 |
| I. Kapitalanteile der Kommanditisten | 72.841.505,00 | 72.841.505,00 | 0 |
| II. Rücklagen | 531.498.165,00 | 539.086.165,00 | 7.588 |
| III. Bilanzgewinn | 0,00 | 0,00 | 0 |
| B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile | 25.000,00 | 25.000,00 | 0 |
| C. Investitionszuschüsse | 0,00 | 16.149,00 | 16 |
| D. Rückstellungen | 23.745.749,16 | 20.799.140,26 | -2.947 |
| 1. Rückstellungen für Pensionen | 12.066.575,80 | 13.092.547,80 | 1.026 |
| 2. Steuerrückstellungen | 10.832.592,00 | 6.000.300,00 | -4.832 |
| 3. sonstige Rückstellungen | 846.581,36 | 1.706.292,46 | 860 |
| E. Verbindlichkeiten | 329.008.846,08 | 337.641.175,51 | 8.632 |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 132.781.000,00 | 155.193.000,00 | 22.412 |
| 2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 61.653,25 | 6.171,58 | -55 |
| 3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 163.023.061,23 | 146.382.387,30 | -16.641 |
| 4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 23.078.156,10 | 23.466.080,33 | 388 |
| 5. sonstige Verbindlichkeiten | 10.064.975,50 | 12.593.536,30 | 2.529 |
| Summe Passiva | 957.119.265,24 | 970.409.134,77 | 13.290 |

4.3.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|----------------------|----------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 6.735.983,41 | 8.597.045,71 | 1.861 |
| 2. sonstige betriebliche Erträge | 2.545.411,23 | 88.138,83 | -2.457 |
| | 2.942.529,23 | 4.141.838,49 | 1.199 |
| a) Löhne und Gehälter | 2.462.158,76 | 3.406.315,00 | 944 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | 480.370,47 | 735.523,49 | 255 |
| 4. Abschreibungen auf Sachanlagen | 42.054,00 | 44.294,39 | 2 |
| 5. sonstige betriebliche Aufwendungen | 4.458.187,58 | 5.295.626,40 | 837 |
| 6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen | 60.524.660,30 | 59.339.409,41 | -1.185 |
| 7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 959.246,81 | 950.891,37 | -8 |
| 8. Aufwendungen aus Verlustübernahme | 1.547.807,77 | 2.619.565,37 | 1.072 |
| 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 9.509.963,20 | 8.328.409,70 | -1.182 |
| 10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 11.558.055,00 | 7.844.205,04 | -3.714 |
| 11. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss | 40.706.704,97 | 40.701.545,93 | -5 |
| 12. Gutschrift auf Rücklagenkonten | 7.588.000,00 | 7.588.000,00 | 0 |
| 13. Gutschrift auf Verbindlichkeitenkonten | 33.118.704,97 | 33.113.545,93 | -5 |
| 14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung | 0,00 | 0,00 | 0 |

4.3.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 63 | 63 | 0 |
| Eigenkapitalrentabilität | 7 | 7 | 0 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 102 | 100 | 1 |
| Verschuldungsgrad | 59 | 58 | 0 |
| Umsatzrentabilität | 473 | 604 | -131 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Regenerative Energien im Netzgebiet | 2019 | 2020 | Ver- ände- rung (in %) | 2021 | Ver- ände- rung (in %) |
|--|--------|--------|---------------------------------|----------|---------------------------------|
| Installierte Anlagen | | | | | |
| Windenergieanlagen | 556 | 617 | 10,97 | 620 | 0,49 |
| PV-Anlagen | 31.514 | 34.447 | 9,31 | 38.571 | 11,97 |
| Biomasseanlagen | 152 | 155 | 1,97 | 157 | 1,29 |
| Wasserkraftanlagen | 63 | 63 | 0,00 | 63 | 0,00 |
| Klär- und Deponiegasanlagen | 7 | 7 | 0,00 | 7 | 0,00 |
| Gesamtleistung (in MW) | 1.857 | 1.743 | -6,14 | 1.803,00 | 3,44 |
| Anteil regenerative Energien am Endverbrauch (in %) | 51,00 | 58,20 | 14,12 | 49,70 | -14,60 |

4.3.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte die GmbH & Co. KG durchschnittlich 32 Mitarbeiter.

4.3.10 Geschäftsentwicklung

Gesellschaftsstruktur

Die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) mit Sitz in Paderborn hat derzeit 56 Kommanditisten, die ausschließlich kommunale Gebietskörperschaften der Region sowie deren Eigengesellschaften sind.

Die persönlich haftende Gesellschafterin der WWE, die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH (WWV), Paderborn, ist nicht am Kapital der WWE beteiligt. Alleiniger Gesellschafter der WWV ist wiederum die WWE.

Die WWE erbringt als dienstleistende Holding für den gesamten WWE-Konzern auf Basis entsprechender Verträge Zentralfunktionen und Dienstleistungen.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Dienstleistungen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungsmanagement, Geschäftsprozess- und Risikomanagement sowie Gremien, Revision und Compliance erbracht. Die Verwaltungstätigkeiten werden in der Hauptverwaltung in Herford sowie am Unternehmenssitz in Paderborn erbracht.

Die Tochtergesellschaften Westfalen Weser Netz GmbH (WWN), Energieservice Westfalen Weser GmbH (ESW) und Westfalen Weser Beteiligungen GmbH (WWB) sind als regionale Dienstleister der kommunalen Daseinsvorsorge in Ostwestfalen-Lippe, Südniedersachsen und im Weserbergland tätig.

Die WWN betreibt in Ostwestfalen-Lippe, Südniedersachsen und im Weserbergland regionale Verteilnetze für Strom und Gas. Die Länge des eigenen Stromnetzes beläuft sich auf rund 29.000 Kilometer und die des Erdgasnetzes auf rund 3.300 Kilometer.

Zusätzlich bietet die WWN netznahe Dienstleistungen in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Straßenbeleuchtung, Elektromobilität und Messtellenbetrieb an. Die WWN versteht sich als Infrastrukturanbieter und ist auch in anderen Bereichen innerhalb und außerhalb der Elektrizitäts- und Gassektoren aktiv.

Die ESW ist ein Energiedienstleistungsunternehmen in der Region Ostwestfalen-Lippe, Südniedersachsen und im Weserbergland. Die Geschäftsfelder umfassen die Wärmeversorgung von Endkunden, den Betrieb von Fern- und Nahwärmenetzen, den Bau und Betrieb von Blockheizkraftwerken, Kesselanlagen, Biogasanlagen, Wind- und Wasserkraftanlagen sowie Photovoltaikanlagen und den Betrieb des Kraftwerkes Kirchlengern insbesondere zur Netzlastoptimierung sowie das Bilanzkreismanagement Strom. Neben den vorgenannten Geschäftsfeldern verfügt die ESW unter anderem noch über ein umfangreiches Contracting-Angebot in den Bereichen Kälte-, Reinraum- und Druckluftanlagen. Auch in den Themen Energieeinsparung und kommunale Infrastrukturdienstleistungen steht die ESW den Kommunen, der Industrie und der Wohnungswirtschaft als Partner zur Verfügung.

Die WWB bündelt weitgehend die Beteiligungen der WWE-Gruppe. Bei den direkten und indirekten Beteiligungen sowie den Finanzanlagen handelt es sich vor allem um Unternehmen des Energiesektors sowie des energienahen Bereichs. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen sowie die Erbringung von administrativen, kaufmännischen und technischen Dienstleistungen. Die Steuerung der eigenen Beteiligungen stellt dabei die Kernaufgabe der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die WWB stellt auch eine Dienstleistungsplattform für die Stadtwerke der Region dar.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr lag der Fokus in der Fortsetzung der Wahrnehmung der zentralen Holdingfunktionen; diese beinhalten die aktive Steuerung der Tochterunternehmen, die Fortsetzung der Etablierung des Konzerns als Dienstleister mit einem wesentlichen Fokus auf kommunale Kunden und die Sondierung von profitablen Wachstumsfeldern.

Hierzu zählten u.a. die Prüfung von Investitionsalternativen und Kooperationsmodellen sowie der intensive Austausch mit den Anteilseignern sowie mit potenziellen neuen Anteilseignern.

Im Rahmen der weiteren Anpassung und Verbesserung der Gruppenorganisationsstrukturen erfolgten zum 01.01.2022 kleinere Funktionsverlagerungen aus der Gesellschaft in die WWN.

Die wirtschaftliche Entwicklung der WWE wird auch im laufenden Jahr von der Entwicklung in den Tochtergesellschaften dominiert.

Mit dem Projekt „Strategie 2030“ wurde zudem ein weiterer wichtiger Meilenstein für eine erfolgreiche Zukunft der Westfalen Weser Gruppe begonnen. Das Projekt wird planmäßig in 2022 abgeschlossen und liefert eine langfristige, ganzheitliche unternehmerische Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Der stetige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel sowie insbesondere zunehmender Ergebnisdruck, der immer höher werdende Wettbewerb im Konzessionsgeschäft, die demografische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die flächendeckende Digitalisierung in allen Geschäftsbereichen erfordern neben effizientem Handeln, modernen Formen der Zusammenarbeit vor allem eine erhöhte Anpassungsfähigkeit des Unternehmens.

Ertragslage

Die Ertragslage der WWE hängt maßgeblich von der wirtschaftlichen Situation der mit einem Ergebnisabführungsvertrag angebotenen Tochtergesellschaften und somit vom Finanzergebnis ab.

Das Finanzergebnis lag im Berichtsjahr bei 49,3 Mio.€ (Vorjahr 50,4 Mio.€) und war von den Ergebnisabführungen der WWN (57,9 Mio.€), ESW (-2,6 Mio.€) und WWB (1,4 Mio.€) bestimmt. Die Zinsaufwendungen beliefen sich auf 8,3 Mio.€.

Die Umsatzerlöse wurden unverändert aus erbrachten Dienstleistungen erwirtschaftet und stiegen entsprechend des geleisteten Umfangs auf 8,6 Mio.€ (Vorjahr 6,7 Mio.€).

Die Personalaufwendungen stiegen auf 4,1 Mio.€ (Vorjahr 2,9 Mio.€). Dies ist weitgehend durch die Zuführung von Rückstellungen (Vorruhestand) begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich auf 5,3 Mio.€ (Vorjahr 4,5 Mio.€).

Unter Berücksichtigung der steuerlichen Organschaft mit der WWN, ESW und WWB waren Ertragsteuern von 6,7 Mio.€ zu erfassen. Per Saldo konnte ein Jahresüberschuss von 40,7 Mio.€ (Vorjahr 40,7 Mio.€) erzielt werden. Zum 31.12.2021 wurden 7,6 Mio.€ (Vorjahr 7,6 Mio.€) in die Rücklage eingestellt und 33,1 Mio.€ (Vorjahr 33,1 Mio. €) den Entnahmekonten gutgeschrieben.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme betrug 970,4 Mio.€ (Vorjahr 957,1 Mio.€) und wurde erneut maßgeblich vom Finanzanlagevermögen 951,6 Mio.€; (Vorjahr 952,7 Mio.€) geprägt. Es machte rd.98 % des Gesamtvermögens aus.

Zum Bilanzstichtag bestanden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 14,0 Mio.€ (Vorjahr 2,1 Mio.€). Das Eigenkapital betrug nach entsprechenden Zuweisungen auf die Entnahmekonten der Kommanditisten 611,9 Mio.€ (Vorjahr 604,3 Mio.€), wodurch sich eine Eigenkapitalquote von rd.63% ergab.

Die Verbindlichkeiten betragen 337,6 Mio.€ (Vorjahr 329,0 Mio.€) und resultieren maßgeblich aus langfristigen Darlehen im Rahmen des Finanzierungskonzepts der Rekommunalisierung gegenüber Banken (125,2 Mio.€; Vorjahr 132,8 Mio.€) und gegenüber der WWN (132,8 Mio.€). Zudem bestanden Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling in Höhe von 11,3 Mio.€ (Vorjahr 9,0 Mio.€) und für Gewinnansprüche der Kommanditisten (35,1 Mio.€; Vorjahr 32,9 Mio.€).

Die Rückstellungen reduzierten sich insbesondere auf Grund geringerer Steuerrückstellungen um 2,9 Mio. € auf 20,8 Mio. €.

Finanzlage

Es erfolgt ein Konzern-Cash-Pooling bei der WWE mit den Tochtergesellschaften WWN, ESW, WWV und WWB.

Die Liquidität war während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet. Zur Deckung einer möglichen Liquiditätslücke zum Bilanzstichtag wurde ein kurzfristiges Darlehen in Höhe von 30,0 Mio. € aufgenommen. Die langfristigen Verbindlichkeiten wurden planmäßig mit 7,6 Mio.€ getilgt.

Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein positiver Cashflow von 59,3 Mio.€ (Vorjahr 47,1 Mio.€).

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der WWE erfolgt auf der Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ergebnisverwendung und Rücklagenveränderung der zentrale Leistungsindikator ist. Für das Geschäftsjahr 2021 betrug das Ergebnis entsprechend des Budgets und unverändert zum Vorjahr 40,7 Mio.€.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Der WWE-Konzern hat für das Risikomanagement (RM) einen Bereich eingerichtet, der direkt an die jeweilige Geschäftsführung berichtet. Das Risikomanagement ist für die Koordination der Risikomanagementaktivitäten verantwortlich. Die Einbeziehung der einzelnen Geschäftsbereiche und relevanten Tochtergesellschaften wird über benannte Risikobeauftragte und Risikoverantwortliche sichergestellt. Eine interne Geschäftsanweisung regelt die Organisation des Risikomanagements, die Zuständigkeiten sowie die Grundsätze zur Chancen-/Risikoerfassung und -bewertung.

Das Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil des gesamten Planungs-, Steuerungs- und Reportingprozesses und zielt auf die systematische Identifikation, Beurteilung, Überwachung und Dokumentation der Chancen und Risiken. Die Risikoverantwortlichen in den einzelnen Geschäftsbereichen bewerten die identifizierten Chancen sowie Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und möglichen Schadenshöhe. Weiterhin werden risikobezogen die getroffenen Maßnahmen zur Risikovermeidung, -reduzierung und -absicherung dargestellt, bewertet und dezentral in einem EDV-System dokumentiert. Über das EDV-System erfolgen die Meldungen an das Risikomanagement.

Das Risikomanagement erstellt auf Basis dieser freigegebenen Chancen und Risiken quartalsweise einen Bericht, den die Geschäftsführung erhält. Es werden dabei Risiken mit Netto-Schadenspotentialen von jeweils über 5 Mio.€ für die WWE und WWN sowie die wesentlichen Risiken der Tochtergesellschaften aufgenommen. Darüber hinaus wird die Geschäftsführung bei gegebenem Anlass jederzeit über Veränderungen der Risikosituation mit ad-hoc-Berichten informiert.

Anhand dieser Berichte werden die Risiken auch an die Aufsichtsgremien berichtet. Bei der WWE selbst wurden keine Risiken identifiziert, die über den Umfang der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hinausgehen.

Über die operativ tätigen Tochtergesellschaften WWN, ESW und WWB wirken mittelbare Chancen und Risiken auf die Gesellschaft ein.

Die wesentlichen Marktrisiken für die WWN ergeben sich aus den allgemeinen energiewirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie der Kapitalmarktentwicklung. Ein wesentlicher Risikoaspekt bezieht sich auf die Anerkennung der Kostenpositionen zur Ermittlung der Erlösobergrenze. Die Gesellschaft hat Zahlungsmittel in Wertpapierspezialfonds angelegt. Das anhaltend niedrige Marktzinsniveau und die zunehmende Volatilität belasten die Renditepotentiale der Anlageportfolios. Durch eine festgelegte Anlagestrategie und professionelles Fondsmanagement wird das daraus resultierende Kursschwankungsrisiko gemindert.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos Anerkennung der Kostenpositionen zur Ermittlung der Erlösobergrenze wurde als „unwahrscheinlich“ (5 % - 20 %) klassifiziert. Das Risiko Wertpapierspezialfonds wurde mit der Klassifizierung „möglich“ (21 % - 50 %) eingestuft. Die Nettoeinzelrisiken wurden mit einem Volumen zwischen 12,4 bis 30,2 Mio. € bewertet.

Die wesentlichen Chancen für das zukünftige Geschäft der WWN resultieren aus der positiven Entwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen. Die wesentlichen Risiken der WWB bestehen in der Nicht-Realisierung der geplanten Beteiligungserträge sowie in einem Vermögensverlust im Beteiligungsportfolio. Die Eintrittswahrscheinlichkeit der genannten Risiken wurde als „unwahrscheinlich“ (5 % - 20 %) klassifiziert. Die Nettoeinzelrisiken wurden mit einem Volumen zwischen 1,0 bis 1,7 Mio. € bewertet. Ein Chancenpotential resultiert aus erhöhten Finanzanlageerträgen.

Die wesentlichen Risiken der ESW bestehen in dem Entfall einer Förderung für eine Fernwärmeleitung sowie einem Turbinenschaden im Kraftwerk. Die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos Entfall einer Förderung für eine Fernwärmeleitung wurde als „sehr unwahrscheinlich“ (bis 5 %) klassifiziert. Das Risiko Turbinenschaden im Kraftwerk wurde mit der Klassifizierung „unwahrscheinlich“ (5 % - 20 %) eingestuft. Die Nettoeinzelrisiken wurden mit einem Volumen zwischen 1,9 und 2 Mio. € bewertet. Das wesentliche Chancenpotential resultiert aus höheren Erlösen aus vermiedenen Netzentgelten (Netzspitze). Durch die regelmäßige Erfassung und ordnungsgemäße Abbildung der jeweiligen Chancen und Risiken sowie durch adäquate Steuerungsmaßnahmen ist ein umfassendes Risikomanagement im WWE-Konzern gewährleistet.

Die wesentlichen Chancen für das zukünftige Geschäft der WWE resultieren aus der kommunalen Ausrichtung und der damit verbundenen strategischen Bindung von Kreisen, Städten und Gemeinden der Region an den WWE-Konzern. Diese wird auch durch die Möglichkeit der Beteiligung weiterer Kommanditisten an der WWE und der daraus resultierenden positiven Auswirkungen auf die Chancen der Gruppe unterstützt. Diese bestehen im Besonderen in der größeren Wahrnehmung und Wertschätzung als kommunaler Partner im regionalen Konzessionswettbewerb sowie in der Umsetzung von Maßnahmen in Folge der Energiewende. Zudem stärken Kapitalerhöhungen von hinzutretenden Kommanditisten der WWE das Wachstum der WWE-Gruppe. Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen somit für die WWE unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten keine bestandsgefährdenden Risiken.

Prognosebericht

Im energiewirtschaftlichen Umfeld - welches maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften der WWE hat - führen die kontinuierlichen gesetzgeberischen und auch aufsichtsrechtlichen Aktivitäten weiterhin zu großen unternehmerischen Herausforderungen.

In der Prognose sind die schwer abzuschätzenden Folgen des Ukraine-Konflikts noch nicht berücksichtigt.

Es werden auch im Jahr 2022 erneut umfangreiche Anpassungen der gesamten Energiemarktrahmenbedingungen erwartet, die aufmerksam beobachtet werden und auf die die WWE mit

geeigneten Maßnahmen reagieren wird. Die Energiewende, der Klimaschutz, die regenerativen Energien, die sich verändernden rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Regulierung sowie die fortlaufende Prüfung von Beteiligungen und Kooperationen im energienahen Umfeld und auf sonstigen zukunftssträchtigen Märkten der Branche werden weiterhin wichtige Handlungsfelder der WWE bleiben. Es wird dabei grundsätzlich für alle Geschäftsfelder ein hoher Kosten-, Wettbewerbs- und Margendruck sowie für attraktive Beteiligungsoptionen eine hohe Nachfragesituation erwartet.

Dem somit anhaltenden Effizienzdruck wird durch die konsequente Identifizierung und Umsetzung von Effizienzsteigerungsmaßnahmen sowohl in der WWE als auch in den Tochtergesellschaften begegnet werden müssen. Die durch die Digitalisierung notwendige Weiterentwicklung des IT-Umfeldes wird neben mittelfristigen Lösungen für die Folgen des demographischen Wandels weiterer Schwerpunkt der unternehmensinternen Aktivitäten sein. Die damit verbundene Fähigkeit, schnell und flexibel auf permanente Veränderungen zu reagieren, wird ein elementarer Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg sein. Mittelfristig bedarf es zudem des Ausbaus bestehender und der Erschließung neuer Geschäftsfelder, um das bisherige Ergebnisniveau zu sichern. Die notwendige Definition dieser Ziele und der daraus abgeleiteten Strategien wird Ergebnis des Projektes „Strategie 2030“ sein.

Neben den Veränderungen auf dem Energiemarkt haben auch die kapitalmarktbedingten Anforderungen an das Finanzmanagement des WWE-Konzerns eine weiterhin hohe Bedeutung. Angesichts des Bestands an Pensionsrückstellungen und deren Deckung über Treuhandmodelle hat die Entwicklung des Marktzinsniveaus und die zunehmende Volatilität auf den Kapitalmärkten mittelbar über die WWN und ESW einen zentralen Einfluss auf die Ergebnissituation der WWE.

Vor dem Hintergrund der noch nicht vollständig überwundenen Corona-Krise, erhöhten Inflationsraten, weiterhin zu erwartender Eingriffe der Notenbanken in die Kapitalmärkte und vor allem der aktuellen geopolitischen Risiken wird das Jahr 2022 durch zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit gekennzeichnet sein. Einer Ergebnisbelastung auf Grund höherer Volatilitäten auf den Kapital- und Energiemärkten, weiter steigender geopolitischer Risiken sowie einer daraus resultierenden Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Erholung wird sich auch die WWE nicht vollständig entziehen können. Auf Basis der aktuellen Prognosen der Bundesregierung zur geopolitischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie zum Pandemieverlauf und keiner weiteren Eskalation der Ukraine-Krise erwarten wir jedoch derzeit keine wesentlichen Abweichungen von dem geplanten Ergebnis vor Ergebnisverwendung und Rücklagenveränderung in Höhe von 40,7 Mio.€.

4.3.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat sowie eine Kommanditistenversammlung gebildet werden.

Geschäftsführung: Die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herr Jürgen Noch, ist zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt.

Gesellschafterversammlung: Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Rüter.

Aufsichtsrat: Im Aufsichtsrat ist Herr Landrat Rüter mit einem Gastmandat vertreten.

Mitglieder des Aufsichtsrats zum 31.12.2021:

| lfd. Nr. | Name |
|----------|---------------------|
| 1. | Tim Kähler |
| 2. | Michael Dreier |
| 3. | Michael Berens |
| 4. | Reiner Brombach |
| 5. | Oliver Daun |
| 6. | Franz-Josef Henze |
| 7. | Michael Jäcke |
| 8. | Matthias Kalkreuter |
| 9. | Rüdiger Meier |
| 10. | Jürgen Müller |
| 11. | Bernd Poggemöller |
| 12. | Ulrich Rolfsmeyer |
| 13. | Dr. Klaus Schröder |
| 14. | Michael Schweiß |
| 15. | Friedhelm Spieker |
| 16. | Michael Stickeln |
| 17. | Jochen Strieckmann |

Kommanditistenversammlung

Vertreter des Kreises in der Kommanditistenversammlung/ Gesellschafterausschuss ist Herr Landrat Rüther. Ist eine Teilnahme von Herrn Landrat Rüther an der Gesellschafter- oder Kommanditistenversammlung nicht möglich, so ist Herr Kämmerer Tiemann der 1. Verhinderungsvertreter und Frau Dezernentin Mühlenhoff die 2. Verhinderungsvertreterin (siehe DS.-Nr. 17.0049 vom 16.11.2020).

4.3.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 15 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.3.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

4.3.14 Beteiligungen

| lfd. Nr. | Name und Sitz der Gesellschaft | u = unmittelbar m = mittelbar | Anteil am Kapital % | beteiligt über | Eigenkapital T€ | Ergebnis T€ |
|----------|--|----------------------------------|---------------------|----------------|-----------------|-------------|
| 1. | Westfalen Weser Netz GmbH, Paderborn | u | 100,00 | | 532.202 | 0 |
| 2. | Energieservice Westfalen Weser GmbH, Kirchlengern | u | 100,00 | | 21.205 | 0 |
| 3. | Westfalen Weser Beteiligungen GmbH, Paderborn | u | 100,00 | | 23.353 | 0 |
| 4. | Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn | u | 100,00 | | 36 | 1 |
| 5. | Wassernetz-Servicegesellschaft mbH, Paderborn | m | 50,00 | 1 | 297 | 37 |
| 6. | GWAdriga GmbH & Co. KG, Berlin | m | 21,00 | 1 | 974 | -2.410 |
| 7. | GWAdriga Verwaltungs GmbH, Berlin | m | 21,00 | 1 | 26 | 0 |
| 8. | Blomberg Netz GmbH & Co. KG, Blomberg | m | 49,00 | 1 | 3.616 | -638 |
| 9. | Ostwestfalen Netz GmbH & Co. KG, Bad Driburg | m | 74,90 | 1 | 4.201 | 898 |
| 10. | Westfälische Energie Effizienz GmbH, Kirchlengern | m | 100,00 | 2 | 158 | 12 |
| 11. | Naturgas Emmerthal GmbH & Co. KG, Emmerthal | m | 71,43 | 2 | 610 | -54 |
| 12. | Nahwärmeversorgung Kirchlengern GmbH, Kirchlengern | m | 50,00 | 2 | 480 | 4 |
| 13. | Gesellschaft zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe mbH, Brakel | m | 33,33 | 2 | 192 | -18 |
| 14. | Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn | m | 50,00 | 2 | 195 | -5 |
| 15. | AWP GmbH, Paderborn | m | 100,00 | 3 | 902 | 592 |
| 16. | EPOS Bioenergie Verwaltungs-GmbH, Herford | m | 100,00 | 3 | 83 | 5 |
| 17. | Westfalen Weser Energie 3. Vermögensverwaltungs-UG (haftungsbeschränkt), Herford | m | 100,00 | 3 | 25 | -8 |
| 18. | AWINTO Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf | m | 62,00 | 3 | 6.059 | 63 |
| 19. | AWINTO Windportfolio GmbH, Düsseldorf | m | 62,00 | 3 | 30 | 4 |
| 20. | AWINTO Windpark Klosterkumbd GmbH & Co. KG, Hagen | m | 62,00 | 18 | 6.181 | 478 |
| 21- | AWINTO Windpark Rayerschied GmbH & Co. KG, Wiesbaden | m | 62,00 | 18 | 0 | 448 |
| 22. | AWINTO Windpark Schönesseiffen GmbH & Co. KG, Hagen | m | 62,00 | 18 | 1.106 | 111 |
| 23. | ABO Wind UW Hunsrück GmbH & Co. KG, Wiesbaden | m | 38,75 | 20 und 21 | 23 | 4 |

| | | | | | | |
|-----|--|---|-------|---|-------|-------|
| 24. | Blomberger Versorgungsbetriebe GmbH/Westfalen Weser Beteiligungen GmbH GbR, Blomberg | m | 50,00 | 3 | 666 | -6 |
| 25. | Bad Driburg-EEnergie- Verwaltungsgesellschaft mbH , Bad Driburg | m | 49,00 | 3 | 45 | 1 |
| 26. | Wasser GmbH Salzhemmendorf, Salzhemmendorf | m | 49,00 | 3 | 109 | 7 |
| 27. | Bad Driburg-Solar GmbH & Co. KG, Bad Driburg | m | 48,93 | 3 | 726 | 169 |
| 28. | Stadtwerke Lage GmbH, Lage | m | 45,00 | 3 | 8.393 | 1.419 |
| 29. | Stadtwerke Hessisch Oldendorf GmbH, Hessisch Oldendorf | m | 20,00 | 3 | 2.248 | 151 |
| 30. | Stadtwerke Vlotho Stromnetz GmbH | m | 24,90 | 3 | 3.299 | 183 |

4.4 Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH

4.4.1 Basisdaten

Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH

Neuer Platz 6

33098 Paderborn

Tel.:05251/2881-102, Fax: 05251/2881-116, Internet: www.theater-paderborn.de

Gründungsdatum: 12. März 1991

4.4.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist der Betrieb des Theaters. Das Geschäftsjahr ist das Spieljahr, d. h. die Zeit vom 1. August bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

4.4.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Gesellschaft. Der Betrieb von kulturellen und pädagogischen Einrichtungen wie z.B. eines Theaters gehört zum Gebiet der öffentlichen Daseinsfürsorge im engeren Sinne. Die Gesellschaft verfolgt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige kulturelle Zwecke.

4.4.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 26.050,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

| Gesellschafter | Anteil in €/% |
|--------------------------------|-----------------------|
| Kreis Paderborn | 11.450,00 € (43,95 %) |
| Stadt Paderborn | 11.450,00 € (43,95 %) |
| Theaterfreunde Paderborn e. V. | 3.150,00 € (12,10 %) |

4.4.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter Stadt Paderborn und Kreis Paderborn haben am 1. April 1992 eine Vereinbarung getroffen, in der sie sich im Innenverhältnis verpflichten, die zur Weiterführung der Geschäftstätigkeit notwendigen finanziellen Mittel mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, dass nach Abzug der Einnahmen und Spenden sowie Landeszuschüsse für ein jedes Rechnungsjahr der GmbH der zu erwartende Verlust durch einen Zuschuss von Kreis und Stadt Paderborn abgedeckt wird, und zwar im Verhältnis 1/3 Kreis und 2/3 Stadt Paderborn. Die Zuschusszahlungen sind in das Rücklagekapital einzustellen.

Die Vereinbarung wurde in den Jahren 1996, 2000, 2006 und 2019 jeweils verlängert. Die Vereinbarung wurde zuletzt am 04. Januar 2019 mit Wirkung vom 1. August 2019 bis 31. Juli 2024 verlängert (siehe DS.-Nr. 16.1069). Der Kreis Paderborn hat 2022 von seinem Kündigungsrecht nicht Gebrauch gemacht, sodass die Vereinbarung sich um weitere 5 Jahre (31. Juli 2029) verlängert hat. Die Verlängerung von dem Jahr 2014 sieht

unter anderem vor, dass die Vereinbarung nur für Wirtschaftspläne gilt, denen der Kreis Paderborn in den Aufsichtsgremien der Gesellschaft zugestimmt hat.

Die Zahlungen des Kreises im Haushaltsjahr 2021 von insgesamt 1.323.273,79 € erfolgten aus dem Produkt 040201 „Allgemeine Kulturpflege“ und dort von dem Konto 531512 „Zuschüsse Theater Paderborn“.

4.4.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2019 / 2020 | 2020 / 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|---------------------|---------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 148.873,00 | 271.392,00 | 123 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | | | 0 |
| entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte | 6.189,00 | 3.742,00 | -2 |
| II. Sachanlagen | | | 0 |
| andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 142.524,00 | 267.490,00 | 125 |
| III. Finanzanlagen | | | 0 |
| Genossenschaftsanteile | 160,00 | 160,00 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 833.202,14 | 1.572.508,93 | 739 |
| I. Vorräte | | | |
| Waren | 1.729,15 | 1.582,16 | 0 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 24.554,43 | 430.427,08 | 406 |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 2.457,07 | 0,00 | -2 |
| 2. sonstige Vermögensstände | 22.097,36 | 430.427,08 | 408 |
| III. Kassenbestand | | | |
| Guthaben bei Kreditinstituten | 760.806,36 | 1.075.688,24 | 315 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 46.112,20 | 64.811,45 | 19 |
| D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | 33.965,41 | 0,00 | -34 |
| Summe Aktiva | 1.016.040,55 | 1.843.900,93 | 828 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 0,00 | 928.137,85 | 928 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 26.050,00 | 26.050,00 | 0 |
| II. Kapitalrücklage | 0,00 | 903.062,06 | 903 |
| III. Bilanzverlust | 60.015,41 | 974,21 | -59 |
| nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | 33.965,41 | 0,00 | -34 |
| B. Rückstellungen | 227.350,00 | 378.650,00 | 151 |
| sonstige Rückstellungen | 227.350,00 | 378.650,00 | 151 |
| C. Verbindlichkeiten | 229.792,28 | 317.689,85 | 88 |
| 1. Verbindlichkeiten aus | | | 0 |
| Lieferungen und Leistungen | 49.012,24 | 141.824,99 | 93 |
| 2. sonstige Verbindlichkeiten | 180.780,04 | 175.864,86 | -5 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 558.898,27 | 219.423,23 | -339 |
| Summe Passiva | 1.016.040,55 | 1.843.900,93 | 828 |

4.4.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2019 / 2020 | 2020 / 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|----------------------|----------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 516.985,06 | 99.900,23 | -417 |
| 2. sonstige betriebliche Erträge | 1.266.836,09 | 815.578,33 | -451 |
| 3. Materialaufwand Aufführungskosten | 219.012,30 | 126.905,48 | -92 |
| 4. Personalaufwand | 3.388.210,39 | 2.888.763,13 | -499 |
| a) Löhne und Gehälter | 2.674.501,04 | 2.289.278,36 | -385 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 713.709,35 | 599.484,77 | -114 |
| 5. Abschreibungen | 54.159,06 | 72.778,99 | 19 |
| 6. sonstige betriebliche Aufwendungen | 1.643.215,12 | 1.610.507,23 | -32 |
| 7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0,00 | 7,33 | 0 |
| 8. Ergebnis nach Steuern | -3.520.775,72 | -3.783.468,94 | -263 |
| 9. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | -3.520.775,72 | -3.783.468,94 | -263 |
| 10. Verlustvortrag aus dem Vorjahr | 58.553,19 | 974,21 | -58 |
| 11. Entnahme aus der Kapitalrücklage | 3.519.313,50 | 3.783.468,94 | 264 |
| 12. Bilanzverlust | -60.015,41 | -974,21 | 59 |

4.4.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 0 | 0 | 0 |
| Eigenkapitalrentabilität | 0 | 0 | 0 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | | 307 | -307 |
| Verschuldungsgrad | 0 | 0 | 0 |
| Umsatzrentabilität | 63 | -681 | 744 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Spieljahr | Vorstellungen | | | Besucher | | |
|------------------|-------------------|-----------------------------------|-----------------|---------------------|-----------------------------------|----------|
| | insgesamt | davon | | insgesamt | davon | |
| | | im Theatergebäude Paderborn | auswärts | | im Theatergebäude Paderborn | auswärts |
| 2011/2012 | 340 | 325 | 15 | 66.387 | 62.798 | 3.589 |
| 2012/2013 | 379 | 362 | 17 | 67.307 | 63.880 | 3.427 |
| 2013/2014 | 358 | 350 | 8 | 63.259 | 62.843 | 416 |
| 2014/2015 | 381 | 370 | 11 | 65.714 | 63.414 | 2.300 |
| 2015/2016 | 400 | 378 | 22 | 69.202 | 65.739 | 3.463 |
| 2016/2017 | 378 | 357 | 21 | 64.716 | 59.413 | 5.303 |
| 2017/2018 | 392 | 372 | 20 | 61.147 | 56.578 | 4.569 |
| 2018/2019 | 351 | 336 | 15 | 56.987 | 53.003 | 3.984 |
| 2019/2020 | 235 ^{*1} | 235 | 0 ^{*2} | 36.839 | 36.839 | 0 |
| 2020/2021 | 110 ^{*3} | 96 | 14 | 3.596 ^{*4} | 2.569 | 1.027 |

^{*1} Pandemiebedingte Einstellung des Vorstellungsbetriebs ab dem 14.3.2021

^{*2} Pandemiebedingt fanden keine Vorstellungen im Freilicht statt

^{*3} erneute pandemiebedingte Einstellung des Vorstellungsbetriebes (Lockdown): 6.11.2020 bis 07.05.2021

^{*4} Über den Lockdown hinaus weitgehende Beschränkung der Platzkapazitäten

4.4.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 74 Mitarbeiter (Vj. 65).

4.4.10 Geschäftsentwicklung

Die Einnahmen der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020/2021 setzen sich wie folgt zusammen:

| | | |
|---|-----|-------|
| Einnahmen | T € | 99,9 |
| Zuschüsse (ohne Gesellschaftereinlage) -netto | T € | 806,1 |
| Zinserträge und sonstige | T € | 9,5 |

Von den Einnahmen entfallen T€ 80,9 auf Eintrittsgelder auf den freien Verkauf (inkl. der flexiblen Angebote "Wahl-Abo" und "Entdecker-Abo") und auf die Abonnements. Die weiteren Einnahmen entfallen mit T€ 1,6 auf Spenden und Sponsoren einnahmen, mit T€ 1,2 auf Thekeneinnahmen, mit T€ 6,7 auf Vermietung und mit T€ 9,5 auf sonstige Einnahmen.

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr um T€ 417,1 verringert. Die Veränderungen betragen bei den einzelnen Positionen: (Rückgang= "-")

| | |
|--|--------|
| Freier Verkauf | -228,2 |
| Abonnement | -126,8 |
| Spenden/Sponsoren/zweckgebundene Drittmittel | -17,6 |
| Thekeneinnahmen | -39,6 |
| Vermietung | -8,1 |
| sonstige Einnahmen | 3,3 |

Zunächst wurde für die Spielzeit 2020/2021 mit einer Wiederaufnahme des Abonnements unter eingeschränkter Sitzplatzkapazität geplant. So sollten durch Doppelvorstellungen und die Teilung der Abonnement-Ringe alle Anforderungen der Abonnent: innen bedient werden. Jedoch kam es nach nur wenigen tatsächlich gespielten Vorstellungen im November 2020 zu einem erneuten Lockdown.

Der eingeschränkte Spielbetrieb wurde dann Anfang Juni 2021 wieder aufgenommen.

Zuvor entschloss man sich im März 2021 aufgrund der unsicheren Planungssituation dazu, das Abonnement vollständig auszusetzen und die Ansprüche aus dem Abonnement vollständig rück zu erstatten.

Die Gesamtbesucherzahlen beliefen sich in der Spielzeit 2020/2021 auf 3.596. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist auf die fast die gesamte Spielzeit lang andauernde starke Einschränkung des Spielbetriebs zurückzuführen. Insgesamt konnten 8 Produktionen realisiert werden, darunter drei Produktionen im Kinder- und Jugendtheater, eine szenische Hausführung sowie eine Produktion im Freilicht (mit insgesamt acht ausverkauften Vorstellungen).

Die Zuschüsse und Zahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2020/2021 betragen TEUR 4.686,5. Die Einzahlung in die Kapitalrücklage für das Geschäftsjahr 2020/2021 erhöht sich für die Stadt Paderborn im

Vergleich zum Vorjahr um TEUR 844,8 auf TEUR 3.370,9 (Vorjahr: TEUR 2.526,1). In dieser Einzahlung sind TEUR 739,5 für die Nutzungsgebühr (Miete) des Theaters enthalten. Die Einzahlung in die Kapitalrücklage des Kreises Paderborn für den gleichen Zeitraum erhöht sich um TEUR 322,4 auf TEUR 1.315,7 (Vorjahr: TEUR 993,3).

Der Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt zeitanteilig für das Geschäftsjahr 2020/2021 insgesamt TEUR 728,5 (Vorjahr: TEUR 324,8). Darin ist ein Sonderzuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen für das Projekt Kinder- und Jugendtheater in Höhe von TEUR 101,0 enthalten. Der Zuschuss wird kalenderjährlich gezahlt und zeitanteilig abgegrenzt. Durch diese nachhaltige Förderung durch das Land NRW konnte unter anderem die theaterpädagogische Arbeit auf dem hohen Niveau gehalten werden. Die intensive Zusammenarbeit mit den Schulen der Stadt und des Kreisgebietes wurde erweitert. Für den Zeitraum 01.06.2019 bis 31.05.2022 hat die Bezirksregierung Detmold einen Zuschuss für das Projekt Theater Lytics mit Bescheid vom 21.05.2019 in Höhe von insgesamt T€ 105,8 gewährt. Im Wirtschaftsjahr 2020/2021 ist der vorbezeichnete Zuschuss mit T€ 34,9 enthalten. Der Zuschuss ist in Form der Anteilsfinanzierung in Höhe von 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben bewilligt worden.

Die Bezirksregierung Düsseldorf bewilligte dem Theater im November 2020 Mittel in Höhe von insgesamt TEUR 1.081,9 im Rahmen des Förderprogramms Neue Wege (Land NRW) für den Zeitraum vom 05.11.2020 bis 31.12.2023. Diese Förderung erhält das Theater für die Bildung einer vollständigen Kinder- und Jugendtheatersparte. Auf das Wirtschaftsjahr 2020/2021 entfallen aus diesen Mitteln TEUR 344,8.

Die Aufwendungen der Gesellschaft haben sich insgesamt um TEUR 605,6 reduziert.

Fast alle genannten Rückgänge der Aufwendungen lassen sich auf die Einstellung bzw. Einschränkung des Spielbetriebs zurückführen. So wurden insgesamt nur acht Produktionen realisiert, darunter drei Produktionen im Kinder- und Jugendtheater. Es wurden deutlich geringere Aufführungskosten verursacht, externe Leitungsteams nicht engagiert. Zum 01. November 2020 meldete die Theater Paderborn – Westfälische Kammerspiele GmbH erneut Kurzarbeitergeld an und behielt dies über einen deutlich längeren Zeitraum als im Vorjahr aufrecht. Es wurden TEUR 242 Erstattungen durch die Agentur für Arbeit gezahlt.

Entwicklung des Zuschuss- und Einzahlungsbedarfs

Im Rahmen der Planung für das Geschäftsjahr 2020/2021 wurde ein Zuschuss- und Einzahlungsbedarf in Höhe von TEUR 4.686,5 (Vorjahr: TEUR 3.826,8) ermittelt. Die Zuschüsse und Einzahlungen der Gesellschafter setzen sich wie folgt zusammen: TEUR 2.631,3 für den Betrieb und TEUR 739,5 für Gebäudeunterhalt durch die Stadt Paderborn; TEUR 1.315,7 entfallen auf den Kreis Paderborn und TEUR 342,8 auf das Land NRW.

Wirtschaftsplan

Nachfolgend sind die Zahlen des Wirtschaftsplanes 2020/2021 den Ist-Zahlen des Geschäftsjahres gegenübergestellt. Gleichzeitig wird der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021/2022, der durch Beschluss in der Aufsichtsratssitzung vom 15. April

2021 einstimmig genehmigt wurde, dargestellt:

| | Plan 2021/2022 | Plan 2020/2021 | IST 2020/2021 |
|-------------------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|
| Einnahmen | T€ | T€ | T€ |
| Erlöse aus Kartenverkauf | 450,0 | 450,0 | 75,3 |
| „Neue Wege“ | 6,0 | 6,0 | 0,0 |
| Abonnement/Gruppen | 420,0 | 420,0 | 5,6 |
| Sonstige Einnahmen | | | |
| (u.a. zweckgebundene Drittmittel) | 162,5 | 145,5 | 28,5 |
| Stiftungsmittel | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Zuschüsse Land NRW | 623,7 | 711,9 | 728,5 |
| Zuschüsse Corona-Hilfe | 0,0 | 0,0 | 77,6 |
| <u>Gesamteinnahmen</u> | <u>1.662,2</u> | <u>1.733,4</u> | <u>915,5</u> |
| Ausgaben | | | |
| Personalkosten | 4.252,0 | 4151,5 | 2.888,8 |
| Aufführungskosten (Materialaufwand) | 344,1 | 338,7 | 126,9 |
| Raumkosten | 1.296,9 | 1.359,7 | 1.185,8 |
| Reparaturen | 56,3 | 55,3 | 61,9 |
| Versicherungen und Beiträge | 26,1 | 26,1 | 25,6 |
| Fahrzeugkosten | 22,4 | 61,9 | 7,9 |
| Werbe- und Reisekosten | 160,6 | 161,6 | 83,8 |
| Abschreibungen | 62,5 | 48,0 | 72,8 |
| sonstige Ausgaben | 214,1 | 217,1 | 245,5 |
| <u>Gesamtausgaben</u> | <u>6.435,0</u> | <u>6.419,9</u> | <u>4.699,0</u> |
| <u>Ergebnis</u> | <u>-4.772,8</u> | <u>-4.686,5</u> | <u>-3.783,5</u> |
| Zuzahlungen Gesellschafter: | | | |
| -Stadt Paderborn | 2.688,9 | 2.631,3 | 2.631,4 |
| -Kreis Paderborn | 1.344,4 | 1.315,7 | 1.315,7 |
| -Stadt Paderborn (GMP) | 739,5 | 739,5 | 739,5 |
| Gesamtzuzahlungen Gesellschafter | 4.772,8 | 4.686,5 | 4.686,6 |
| Abweichung | 0,0 | 0,0 | 903,1 |

Die zwischen den Gesellschaftern Stadt und Kreis Paderborn geschlossene „Vereinbarung über die Finanzierung der Westfälischen Kammerspiele GmbH“ und die Verlängerung dieser Verlustübernahmeerklärung läuft bis zum 31.07.2024 (Ende des Geschäftsjahres 2023/2024).

Die Geschäftsführung weist darauf hin, dass der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021/2022 mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist, da seit der Aufstellung und Genehmigung des Wirtschaftsplans die Annahmen und Planungsprämissen durch die dynamische Entwicklung der Corona-Pandemie teilweise überholt sind.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Prämisse des Wirtschaftsplans 2021/2022 ist eine Pandemie-bedingte Einschränkung des Spielbetriebs ohne vollständige Lockdowns in der Spielzeit 2021/2022. Das Instrument der Kurzarbeit schied also als Kompensationsmechanismus bei der Planung aus. Um Risiko von der Gesellschaft abzuwenden, wick man stattdessen von den üblichen Produktionsmustern ab und plante von vorneherein weniger Produktionen und diese mit schlankerer Besetzung. So sollte gewährleistet werden, dass der in der mittelfristigen Planung angesetzte Fehlbetrag nicht überschritten würde.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt erfüllt sich die gesetzte Prämisse und die vorübergehende Änderung der Produktionsmuster führt zu den geplanten Kompensationseffekten. Die aktuellen Entwicklungen der Pandemie schüren – trotz aller Unsicherheiten – die Erwartungen an das Theater seitens der Besucher:innen und Stakeholder zu Beginn der Spielzeit 2022/2023 zu einem vollumfänglichen Spielbetrieb auf Vor-Pandemie-Niveau zurückzukehren. Dies ist nur mit entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung realisierbar, die im Wirtschaftsplan 2022/2023 abgebildet ist. Plant das Theater nicht mit der Rückkehr zu einem vollumfänglichen Spielbetrieb, so könnte der Abonnent:innenstamm nachhaltig gefährdet werden.

Das Risiko erneuter Einschränkungen lässt sich hierbei nicht vollständig ausschließen. Tritt dieser Fall ein, so ist zu befürchten, dass die entstehenden Einnahmeausfälle nur schwer kompensierbar sein werden. Das Instrument der Kurzarbeit scheidet voraussichtlich mangels vollständigen Lockdowns aus, welche Hilfsprogramme zu diesem Zeitpunkt verfügbar sein werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhergesagt werden. In einem solchen Fall würde das Theater Paderborn auf in der Spielzeit 2020/2021 gebildete Rücklagen zurückgreifen müssen oder die Einnahmeausfälle müssten durch nachträgliche Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage kompensiert werden.

4.4.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Geschäftsführerin ist Intendantin Katharina Kreuzhage.

Gesellschafterversammlung

Vertreterin des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist als Leiterin der Stabstelle Recht und Grundsatzangelegenheiten Frau Hering.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

| lfd. Nr. | Name |
|----------|----------------------|
| 1 | Michael Dreier |
| 2 | Ingo Tiemann |
| 3 | Carsten Venherm |
| 4 | Claudia Steenkolk |
| 5 | Alexander Senn |
| 6 | Wolfgang Glunz |
| 7 | Sabine Kramm |
| 8 | Carsten Grabenstroer |
| 9 | Andrea Klausing |
| 10 | Susanne Schüssler |
| 11 | Rita Vahle-Kuhlmann |
| 12 | Rainer Rings |

4.4.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 42 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

4.4.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.5 Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH

4.5.1 Basisdaten

Kurverwaltung Wünnenberg GmbH

Poststraße 15

33181 Bad Wünnenberg - Fürstenberg

Tel.:02953/709-0, Fax: 02953/709-78, Internet: -

Gründungsdatum: 12. März 1991

4.5.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist das Betreiben von Kuranlagen in Bad Wünnenberg und aller damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben. Insbesondere sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, die Bad Wünnenberg zu einem anerkannten Fremdenverkehrs- und Kurort fortentwickeln.

Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen gewerblicher und / oder gemeinnütziger, gleicher oder anderer Art zu errichten, zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen.

Die Gesellschaft soll sich insbesondere an der Aata Klinik Wünnenberg GmbH zum Betreiben einer Rehabilitationsklinik in Bad Wünnenberg beteiligen.

4.5.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Das „örtliche Gesundheitswesen“ bzw. die Errichtung und Unterhaltung von „Einrichtungen der Gesundheit“ gehört zu den Aufgaben kommunaler Körperschaften, insofern hier Bedarf besteht. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich im Geschäftsverlauf wieder.

4.5.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 51.200,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

| Gesellschafter | Anteil in €/% |
|------------------------|-----------------------------|
| Kreis Paderborn | 8.192,00 € (16,00 %) |
| Stadt Bad Wünnenberg | 43.008,00 € (84,00 %) |

4.5.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.5.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|----------------------|----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 15.517.613,77 | 14.972.402,77 | -545 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 0,00 | 0,00 | 0 |
| II. Sachanlagen | 15.501.980,53 | 14.956.769,53 | -545 |
| III. Finanzanlagen | 15.633,24 | 15.633,24 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 648.372,60 | 798.171,54 | 150 |
| I. Vorräte | 0,00 | 0,00 | 0 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 41.948,50 | 43.099,50 | 1 |
| III. Flüssige Mittel | 606.424,10 | 755.072,04 | 149 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 902,76 | 1 |
| Summe Aktiva | 16.165.986,37 | 15.771.477,07 | -395 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 7.324.865,14 | 7.917.223,75 | 592 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 51.200,00 | 51.200,00 | 0 |
| II. Kapitalrücklage | 3.940.028,68 | 3.940.028,68 | 0 |
| III. Gewinn- / Verlustvortrag | 2.601.934,60 | 3.333.636,46 | 732 |
| IV. Jahresüberschuss | 731.701,86 | 592.358,61 | -139 |
| B. Rückstellungen | 43.700,00 | 43.700,00 | 0 |
| C. Verbindlichkeiten | 7.904.039,23 | 6.701.652,65 | -1.202 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 104.166,67 | 104 |
| E. Passive latente Steuern | 893.382,00 | 1.004.734,00 | 111 |
| Summe Passiva | 16.165.986,37 | 15.771.477,07 | -395 |

4.5.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|-------------------|-------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 1.979.411,38 | 1.508.008,90 | -471 |
| 2. Bestandsveränderungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 3. andere aktivierte Eigenleistungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 4. sonstige betriebliche Erträge | 65.757,00 | 189.507,00 | 124 |
| 5. Materialaufwand | 0,00 | 0,00 | 0 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 6. Personalaufwand | 40.261,20 | 40.354,80 | 0 |
| a) Löhne und Gehälter | 36.000,00 | 36.000,00 | 0 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen | 4.261,20 | 4.354,80 | 0 |
| 7. Abschreibungen | 545.211,00 | 545.211,00 | 0 |
| 8. sonstige betriebliche Aufwendungen | 110.717,68 | 117.297,54 | 7 |
| 9. Erträge aus Beteiligungen | 142.800,00 | 0,00 | -143 |
| 10. Erträge a. Wertpapieren und Ausleihungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 12. Abschreibungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 425.383,64 | 290.941,95 | -134 |
| 14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 334.693,00 | 111.352,00 | -223 |
| 15. Sonstige Steuern | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 16. Ergebnis nach Steuern/ Jahresüberschuss | 731.701,86 | 592.358,61 | -139 |

4.5.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 50 | 45 | 5 |
| Eigenkapitalrentabilität | 7 | 10 | -3 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 98 | 98 | 0 |
| Verschuldungsgrad | 87 | 109 | -22 |
| Umsatzrentabilität | 39 | 37 | 2 |

4.5.9 Personalbestand

Neben der Geschäftsführung beschäftigte die GmbH im Jahr 2021 kein weiteres Personal.

4.5.10 Geschäftsentwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war auch im Jahr 2021 geprägt von der Corona Pandemie. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft aber nach dem Einbruch im Jahr 2020 erholen. Das preisbereinigte BIP war im Jahr 2021 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 2,7 % höher als 2020 (auch Kalendereinbereinigt). Das reichte jedoch nicht, um den starken Rückgang im ersten Corona- Jahr aufzuholen. Im

Vergleich zu 2019, also dem Jahr vor der Krise, war das BIP noch um 2% niedriger. Die Verbraucherpreise sind in Deutschland im Jahr 2021 deutlich gestiegen. Die Inflationsrate gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahr lag 2021 im Jahresdurchschnitt bei 3,1 %. Das war der höchste Preisanstieg seit 1993. Er folgte auf die sehr niedrige Inflationsrate des Vorjahres von 0,5 %.

Auf der Nachfrageseite waren im zweiten Corona-Jahr erneut die privaten Haushalte besonders von der Pandemie betroffen. Die preisbereinigten privaten Konsumausgaben stabilisierten sich in 2021 auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres.

Die Konsumausgaben des Staates waren auch in 2021 eine Wachstumsstütze der deutschen Wirtschaft. Sie stiegen im zweiten Corona- Jahr, ausgehend von dem bereits hohen Vorjahresniveau, preisbereinigt um 3,4 %. Der Staat gab vor allem mehr Geld aus, um die im Frühjahr 2021 flächendeckend eingeführten Antigen-Schnelltests und die Corona- Impfstoffe zu beschaffen sowie Test- und Impfzentren zu betreiben.

Die wirtschaftliche Lage der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH (Kurverwaltung) ist maßgeblich von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Aata Klinik Wünnenberg GmbH (Aata Klinik) abhängig, da der überwiegende Teil des Grundbesitzes mit Vertrag vom 10. Oktober 1994 über eine Dauer von 25 Jahren an die Aata Klinik Wünnenberg GmbH verpachtet wurde. Mit Anschlussmietvertrag vom 03. August 2020 wurde das Mietverhältnis mit Beginn ab dem 01. Juli 2021 auf die Dauer von 20 Jahren fest verlängert. Darüber hinaus sind beide Gesellschaften gesellschaftsrechtlich miteinander verflochten.

Der von der Aata Klinik an die Kurverwaltung zu entrichtende Pachtzins entsprach bis zum 30. Juni 2021 der Höhe nach dem Kapitaldienst, den die Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH für die zum Bau und die Inbetriebnahme der Klinik aufgenommenen Darlehen zu erbringen hatte. Ab dem 1. Juli 2021 hat sich die Miete ausgehend von der im Anschlussmietvertrag fest- gelegten Jahrespacht von T€ 1.250 p.a. auf monatlich ca. T€ 104 verringert. Über die Umlage, die die Aata Klinik an die Kurverwaltung entrichtet, werden die laufenden öffentlichen Lasten der verpachteten Grundstücke, namentlich die Grundsteuer, an die Aata Klinik weiterberechnet.

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2021 entspricht im Wesentlichen dem im Vorjahr aufgestellten Wirtschafts- und Finanzplan. Bei einer Gesamtleistung von T€ 1.697 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von T€ 593 (Vorjahr T€ 732) und einen Cash-Flow von T€ 1.249 (Vorjahr T€ 1.611) erzielt. Der Ergebnismrückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der um T€ 348 gesunkenen Gesamtleistung und den um T€ 143 rückläufigen Erträgen aus Beteiligungen, die durch verminderte Zins- (- T€ 134) und Ertragsteueraufwendungen (- T€ 224) nicht vollständig kompensiert werden konnten.

Die Gesellschaft weist in der Bilanz zum 31. Dezember 2021 mit T€ 7.917 (50,2 % der Bilanzsumme) ein positives Eigenkapital aus, das sich bei weiterer planmäßiger Entwicklung des Geschäftsverlaufes in den nächsten fünf Jahren jährlich um durchschnittlich ca. T€ 369 erhöht. Mittelfristig kann daher von einer sehr soliden Eigenkapitalausstattung der Kurverwaltung aus- gegangen werden.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist durch Vorhaltung einer ausreichenden Barliquidität gesichert. Mit zwei Darlehensverträgen jeweils vom 28. Oktober 2020 über insgesamt € 6,9 Mio. wurde mit der VerbundVolksbank OWL eG eine Ablösung des am 30. September 2021 auslaufenden Konsortialdarlehens mit der VerbundVolksbank OWL eG und der NRW.Bank Anstalt des öffentlichen Rechts, welches zum 31. Dezember 2020 mit € 7,9 Mio. valutierte, vereinbart. Die Kreditmittel werden ab dem 30. September 2021 allein durch die VerbundVolksbank OWL eG bereitgestellt. Die NRW.Bank Anstalt des öffentlichen Rechts ist zum Auflösungsstichtag vereinbarungsgemäß aus dem Konsortialverhältnis ausgeschieden. Die Darlehensbeträge von € 4,4 Mio. und € 2,5 Mio. werden bis zum 30. September 2031 mit einem Festzinssatz von nominal 1,00 %

p.a. verzinst und haben eine vertragliche Laufzeit bis zum 30. September 2031 und valutierten zum 31. Dezember 2021 mit insgesamt € 6,7 Mio..

Neben einer erstrangigen grundbuchlichen Absicherung, lastend auf dem Grundbesitz der Gesellschaft, wurde der kreditgebenden Bank zur Besicherung des Darlehens eine Ausfallbürgschaft der Stadt Bad Wünnenberg in Höhe von 80 % des jeweils zur Rückzahlung fälligen Darlehensbetrages zuzüglich anteiliger Zinsen und Nebenforderungen zur Verfügung gestellt.

Mit dieser Anschlussfinanzierung wurde ein wesentlicher Beitrag zur Festigung der Kapitaldienstfähigkeit der Gesellschaft geleistet.

Chancen- und Risikoberichterstattung

Der Geschäftsverlauf der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH ist von den kontinuierlichen Einnahmezufüssen aus der Verpachtung der Klinik und damit indirekt von der Belegungsquote der Aatalklinik und der zumindest kostendeckenden Vergütung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen sowie der Beihilfe abhängig.

Bei einer rückläufigen Belegung von 78,9 % (Vorjahr 85,9 %) und demzufolge rückläufigen Umsatzerlösen (- T€ 862) erwirtschaftete die Aatalklinik bei gestiegenen Personalkosten (+ T€ 230) einen gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhten Jahresüberschuss von T€ 557 (Vorjahr TE 287). Ursächlich für die Ergebnisverbesserung waren die reduzierten Pachtaufwendungen für das Klinikgebäude und die durch den Gesetzgeber festgelegten Ausgleichszahlungen für die Mindereinnahmen aus coronabedingten Belegungsausfällen und Mehrausgaben für not- wendige Coronaschutzmaßnahmen. Die Vergütung der Leistungen der Aatalklinik durch die Kostenträger hat sich gegenüber dem Vorjahr auf nahezu gleichbleibendem Niveau stabilisiert. Insgesamt zeichnet sich auch für das Jahr 2022 eine zurzeit ausreichende, aber restriktive Haltung der Kostenträger bei der Berücksichtigung der tatsächlichen Kostensteigerungen der Aatalklinik ab. Inwieweit sich hier zukünftig die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die aktuelle Ukraine Krise niederschlagen werden, ist aus heutiger Sicht nicht einschätzbar. Nach den bisherigen Einschätzungen der Geschäftsleitung der Aatalklinik wird aber eine signifikante Erhöhung der Betriebskosten, insbesondere bei den Strom- und Gaskosten, erwartet. Bisher wurden die Pachtzahlungen durch die Aatalklinik stets fristgerecht geleistet.

Aus den vorgenannten Gründen und insbesondere vor dem Hintergrund der Kapitalausstattung der Aatalklinik ist davon auszugehen, dass eine Bestandsgefährdung der Kurverwaltung nicht vorliegt. Es wird zunächst weiterhin von einer Nachhaltigkeit der von der Aatalklinik an die Kurverwaltung zu entrichtenden Pachtzahlungen ausgegangen.

Prognosebericht/Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2022 und 2023 werden die Umsätze aus Pachterlösen mit T€ 1.250 unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2021 geplant.

Infolgedessen wird für das Geschäftsjahr 2022 - im Wesentlichen bedingt durch die rückläufigen Pachteinnahmen - ein gegenüber dem Jahr 2021 verminderter Jahresüberschuss von voraussichtlich T€ 462 erwartet, der für das Geschäftsjahr 2023 planungsgemäß auf ca. T€ 340 weiter zurückgehen wird. Der Cash-Flow der Gesellschaft wird sich dementsprechend in 2022 auf T€ 1.094 reduzieren und im Geschäftsjahr 2023 mit T€ 949 um T€ 145 niedriger ausfallen. Die vorstehende Prognose steht unter dem Vorbehalt, dass die Aatalklinik Wünnenberg GmbH weiterhin nicht übermäßig von den Auswirkungen der Corona-Krise und der Ukraine- Krise betroffen sein wird und ihre Zahlungsverpflichtungen aus dem Pachtvertrag wie in der Vergangenheit fristgerecht einhalten kann.

4.5.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer ist Winfried Menne, Bürgermeister a. D. der Stadt Bad Wünnenberg.

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung sind der Herr Kreistagsabgeordnete Hubert Nolte sowie Herr Landrat Rüther.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.5.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

| Name und Sitz der Gesellschaft | Anteil am Kapital in % |
|---|------------------------|
| Aatalklinik Wünnenberg GmbH, Bad Wünnenberg | 30,00 |

Nach Aussage der Aatalklinik darf der Jahresabschluss der Aatalklinik GmbH nicht veröffentlicht werden.

4.6 A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH

4.6.1 Basisdaten

A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH (AV.E- GmbH)

Alte Schanze

33106 Paderborn

Tel.:05251/1812-0, Fax: 05251/1812-13, Internet: -

Gründungsdatum: 25. November 1991

4.6.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft nimmt alle dem Kreis Paderborn aufgrund des Abfallgesetzes für das Land NRW sowie des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen und des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz obliegenden Aufgaben, insbesondere die Abfallverwertung wahr, soweit sich der Kreis Paderborn im Rahmen des rechtlich Zulässigen zur Erfüllung dieser Aufgaben der Gesellschaft bedient. Die Gesellschaft kann andere Entsorgungs- und Verwertungsleistungen erbringen, z. B. im Rahmen des Dualen Systems.

Ebenso nimmt die Gesellschaft Aufgaben des Kreises Paderborn zur Umsetzung des am 12.12.2011 vom Kreistag des Kreises Paderborn beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzeptes wahr. Zweck der Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Erzeugung und Vermarktung regenerativer Energien, z. B. aus Großwindkraftanlagen und Photovoltaikanlagen und damit unmittelbar verbundene Dienstleistungen einschließlich öffentlicher Energieberatungen im Gebiet des Kreises Paderborn.

4.6.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kommunen sind gesetzlich dazu bestimmt, dem Bürger als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu dienen. Ebenso dient die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

4.6.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 1.022.583,76 €. Alleinigiger Gesellschafter ist der AV.E-Eigenbetrieb des Kreises Paderborn.

4.6.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Bei den von der AV.E-GmbH gegenüber dem AV-E-Eigenbetrieb (vgl. Tab. 3.3) ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 2,28 Mio. € handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen (2,2 Mio. €) sowie um Verbindlichkeiten aus Pachten und Kostenumlagen, die seitens des Eigenbetriebes als Forderung in gleicher Höhe bilanziert werden.

Aus Nutzungsentgelten für eine Photovoltaikanlage werden gegenüber dem AV.E-Eigenbetrieb Erträge von rd. 15,6 T€ und Forderungen in Höhe von rd. 18,4 T€ ausgewiesen, denen dort entsprechende Aufwendungen und Verbindlichkeiten in jeweils gleicher Höhe gegenüberstehen.

Weiterhin werden gegenüber dem AV.E-Eigenbetrieb rd. 133,8 T€ Aufwendungen ausgewiesen, die dort als entsprechende Erträge verbucht werden.

Gegenüber dem Kreis Paderborn werden Aufwendungen von rd. 6 T€ aus der Erstattung von Personalkosten ausgewiesen, die dort entsprechend als Erträge verbucht werden.

4.6.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|----------------------|----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 8.943.706,56 | 8.236.748,18 | -707 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 163.069,00 | 115.342,00 | -48 |
| II. Sachanlagen | 8.775.637,56 | 8.116.406,18 | -659 |
| III. Finanzanlagen | 5.000,00 | 5.000,00 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 1.602.359,77 | 1.777.247,86 | 175 |
| I. Vorräte | 0,00 | 0,00 | 0 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 110.908,95 | 206.198,03 | 95 |
| III. Wertpapiere | 0,00 | 0,00 | 0 |
| IV. Flüssige Mittel | 1.491.450,82 | 1.571.049,83 | 80 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 7.696,41 | 7.333,29 | 0 |
| Summe Aktiva | 10.553.762,74 | 10.021.329,31 | -532 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 1.582.023,31 | 1.476.953,71 | -105 |
| I. Stammkapital | 1.022.583,76 | 1.022.583,76 | 0 |
| II. Allgemeine Rücklage | 0,00 | 0,00 | 0 |
| III. Gewinnrücklagen | 919.460,20 | 919.460,20 | 0 |
| IV. Verlustvortrag | 336.790,05 | 360.020,65 | 23 |
| V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 23.230,60 | 105.069,60 | 82 |
| B. Rückstellungen | 96.401,07 | 128.456,04 | 32 |
| C. Verbindlichkeiten | 8.875.338,36 | 8.415.919,56 | -459 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Passiva | 10.553.762,74 | 10.021.329,31 | -532 |

4.6.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|-------------------|--------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 1.174.964,30 | 1.158.179,98 | -16 |
| 2. sonstige betriebliche Erträge | 250,00 | 263,70 | 0 |
| 3. Materialaufwand | 25.057,05 | 38.533,24 | 13 |
| Aufwendungen für bezogene Leistungen | 25.057,05 | 38.533,24 | 13 |
| 4. Personalaufwand | 4.616,92 | 56.228,22 | 52 |
| a) Löhne und Gehälter | 3.908,11 | 46.599,81 | 43 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | 708,81 | 9.628,41 | 9 |
| - davon für Altersversorgung Euro 18,75 | | | |
| 5. Abschreibungen | 708.486,23 | 715.007,00 | 7 |
| auf immat. Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen | 708.486,23 | 715.007,00 | 7 |
| 6. sonstige betriebliche Aufwendungen | 260.456,18 | 244.828,44 | -15 |
| 7. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen Euro 250,00 (Euro 250,00) | 429,04 | 179,29 | 0 |
| 8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 200.258,06 | 193.924,21 | -6 |
| 9 Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag | -0,50 | -0,42 | 0 |
| 10. Ergebnis nach Steuern | -23.230,60 | -89.897,72 | -66 |
| 11. Sonstige Steuern | 0,00 | 15.171,88 | 15 |
| 12. Jahresfehlbetrag | -23.230,60 | -105.069,60 | -81 |

4.6.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 15 | 15 | 0 |
| Eigenkapitalrentabilität | -7 | -1 | -6 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 122 | 118 | 4 |
| Verschuldungsgrad | 579 | 567 | 11 |
| Umsatzrentabilität | -9 | -2 | -7 |

4.6.9 Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten im Geschäftsjahr ohne Geschäftsführung beträgt 1,0 Mitarbeitende (VJ: 0).

4.6.10 Geschäftsentwicklung

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 12.01.2015 wurde der Geschäftsbereich „Energie“ neu dem Aufgabenbereich der GmbH zugeordnet. Gedeckt durch Kreistagsbeschlüsse, soll die A.V.E. GmbH die regenerative Energieerzeugung auf kreiseigenen Flächen und Liegenschaften für den Kreis Paderborn prüfen, projektieren und betreiben.

Im Jahr 2021 wurde der mittels Wind- und Ertragsgutachten prognostizierte Windertrag für die Windenergieanlagen (WEA) 1 und 2 von 14,2 Mio. kWh mit 9,94 Mio. kWh deutlich um 30% unterschritten. Da gleichzeitig durch die veränderte Situation auf dem Energiemarkt jedoch der Marktwert des regenerativ

erzeugten Stroms seit August im Mittel ca. 50% über den garantierten EEG-Erlösen lag, konnte das geplante finanzielle Ergebnis erreicht werden.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde durch den Aufsichtsrat der Beschluss gefasst, die Photovoltaikanlagen auf den Hallendächern ab dem Jahr 2021 dem A.V.E. Eigenbetrieb zu verpachten. Hierdurch erhält der Eigenbetrieb die kompletten Stromerlöse; er übernimmt hiermit aber auch Betriebsrisiko für den Anlagenbetrieb. Die Pacht ist als Pauschale festgesetzt und wird unabhängig vom wirtschaftlichen Erfolg geleistet. Im Jahr 2021 verlief der Betrieb der PV-Anlage entsprechend den Erwartungen. Nach dem gleichen Betreibermodell hat die A.V.E. GmbH die Planung und den Bau einer PV-Anlage auf dem Gebäude der Kreisverwaltung initiiert. Mit der Inbetriebnahme ist im April 2022 zu rechnen.

Darüber hinaus wurde in 2020 der Beschluss gefasst, eine weitere Windenergieanlage auf eine Fläche des A.V.E. Eigenbetriebes zu bauen und zu betreiben. Die Planung der WEA mit 4,2 MW der Fa. Enercon ist in 2021 durch das Planungsbüro Lackmann Phymetric bis zur Genehmigungsreife abgeschlossen worden. Um eine sichere Einspeisevergütung nach dem EEG für den Betrieb der Anlage zu bekommen, hat man sich an dem Ausschreibungsverfahren der Bundesnetzagentur für Windenergieanlage beteiligt. Hier wurde ein Zuschlag für die Vergütung von 5,88 Cent/kWh erteilt. Dieser Zuschlag sichert der A.V.E. GmbH die Vergütung zügl. einem Zuschlag für die Standortgüte von 30% für die Betriebszeit von 20 Jahren zu.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich zum Bilanzstichtag auf rund 15 %. Die Liquidität und Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war jederzeit gesichert.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Windenergieanlagen

Haftungsrisiken durch den Betrieb der Anlagen gegenüber Dritten sind durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt. Wirtschaftliche Risiken bestehen durch erhöhte Ausfallzeiten beim Betrieb der WEAs durch Schäden an der Anlagentechnik. Dieses Risiko wird durch zwei Mechanismen weitgehend ausgeschlossen. Zum einen besteht mit der Fa. Enercon, ausgeführt durch die Fa. Lackmann Phymetric ein Vollwartungsvertrag über die Laufzeit von 20 Jahren, der eine Verfügbarkeit der Anlagen von 97% bzw. ab dem 16. Jahr von 95% garantiert. Darüber hinaus wird für beide Anlagen mit Übergabe der Anlagen die Maschinen- und Betriebsunterbrechungsversicherung vom Projektierer übernommen.

Bestimmt durch das EEG muss der erzeugte Strom vom Betreiber vermarktet werden. Hierzu bedient sich die A.V.E. GmbH seit dem 01.01.2021 des Direktvermarktes WestfalenWind Strom GmbH. Die hieraus erzielten Erlöse erhält die GmbH in Form des „Marktwertes“. Entsprechend dem EEG zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Windenergieanlagen hat die GmbH einen Vergütungsanspruch in Höhe von 7,68 Cent. Der Differenzbetrag zwischen Anspruch und Marktwert (=Marktpremie) wird durch den Netzbetreiber Westfalen Weser Netz GmbH der A.V.E. GmbH ausgeglichen. Ein Ausfall des Netzbetreibers ist zu keinem Zeitpunkt zu erwarten. Ein Risiko besteht für die GmbH insoweit, dass der Direktvermarkter die Insolvenz beantragt. Hierdurch wäre die Zahlung von ca. zwei Monatserträge gefährdet. Durch den hohen Marktwert kommt es seit August es zu keiner zusätzlichen Vergütung durch den Netzbetreiber. Insoweit ist das Risiko bei einer Insolvenz des Direktvermarkters gestiegen.

Wie das Jahr 2021 gezeigt hat, können windschwache Jahre zu erheblichen Einbußen beim Windertrag führen. Finanziell konnten diese durch den erhöhten Marktwert aufgefangen werden. Die derzeitige Situation auf den Energiemärkten zeigt hier, dass wohl auch zukünftig der „Marktwert“ des Stroms gerade in windschwachen

Zeiten über den zugesicherten EEG-Erlösen liegen wird. Hierdurch kann das finanzielle Risiko weitgehend ausgeglichen werden.

Heizungsanlage

Für die Heizungsanlage haben die Malteser Werke einen Vollwartungsvertrag mit der A.V.E. GmbH geschlossen. Diese wiederum hat die ESW mit allen daraus resultierenden Rechten und Pflichten hieraus beauftragt. Ein Risiko für die A.V.E. GmbH besteht insoweit aus dem Betrieb der Heizungsanlage nicht. Die Pachtverträge mit ESW haben eine Laufzeit von 20 Jahren; für die KWK-Anlage von 10 Jahren. Die Seitens der GmbH geschlossenen Verträge mit den Maltesern haben hingegen nur eine Laufzeit von 15 Jahren bzw. 10 Jahren für die beiden BHKWs. Für den Brennwertgaskessel und die Heizungsverteilung besteht insofern eine Vertragslücke von 5 Jahren. Da sich das Gebäude im Eigentum des Kreises Paderborn befindet und auch nach 15 Jahren eine Nutzung des Gebäudes erfolgen wird, ist das Risiko des Pachtausfalles zu vernachlässigen.

Photovoltaikanlagen

Haftungsrisiken durch den Betrieb der Anlagen gegenüber Dritten sind durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt. Für die bestehende PV-Anlage ist durch den Betreiberwechsel das wirtschaftliche Risiko auf den A.V.E. Eigenbetrieb übergegangen. Die Pachtzahlungen an die GmbH sind hierbei erfolgsunabhängig. Nach politischem Beschluss sollen nach diesem Betreibermodell auch PV-Anlagen auf Gebäuden des Kreises Paderborn errichtet und betrieben werden

Soweit bei den geplanten Anlagen die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist und die GmbH auch den Betrieb übernimmt, werden Ausfallzeiten durch Schäden an der Anlagentechnik über eine Betriebsunterbrechungsversicherung weitgehend ausgeschlossen.

4.6.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der A.V.E. GmbH ist Martin Hübner, technischer Dezernent des Kreises Paderborn.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung besteht aus 11 Mitgliedern.

| lfd. Nr. | Name |
|----------|----------------------|
| 1 | Verena Haese |
| 2 | Klaus Zündorf |
| 3 | Hanswalther Lüttgens |
| 4 | Thorsten Jakobsmeier |
| 5 | Martina Gramlich |
| 6 | Ralf Pirsig |
| 7 | Klaus Schüssler |
| 8 | Burkhard Blienert |
| 9 | Johannes Risse |
| 10 | Lukas Lambrecht |
| 11 | Andre Brandt |

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Dies sind im Einzelnen:

| lfd. Nr. | Name |
|----------|----------------|
| 1 | Meinolf Päsch |
| 2 | Ulrich Fresen |
| 3 | Hubert Nolte |
| 4 | Markus Müller |
| 5 | Jürgen Schmidt |
| 6 | Thomas Anke |
| 7 | Ingo Tiemann |

4.6.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

| Name und Sitz der Gesellschaft | Anteil |
|---|--------------------------------|
| Energiegenossenschaft Paderborner Land eG | 10 Geschäftsanteile à 500,00 € |

4.6.13 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 14,29 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.6.14 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.7 Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

4.7.1 Basisdaten

Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Frankfurter Weg 22

33106 Paderborn

Tel.:05251/1737-30, Fax: 05251/1737-65, Internet: www.radiohochstift.de

Gründungsdatum: 18. Oktober 1990

4.7.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Unternehmenszweck der GmbH & Co. KG ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben. Dies sind im Einzelnen:

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen
3. für den Vertragspartner den in § 53 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen
4. Hörfunkwerbung gemäß LMG NRW zu verbreiten.

Daneben sind alle damit zusammenhängenden Geschäfte zulässig. Die Gesellschaft kann sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder solche erwerben sowie Zweigniederlassungen gründen.

4.7.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Landesmediengesetz.

4.7.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital beträgt 520.000,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

| Gesellschafter | Anteil in €/% |
|--|------------------------------|
| Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG | 390.000,00 € (75,00 %) |
| Kreis Höxter | 65.000,00 € (12,50 %) |
| Kreis Paderborn | 65.000,00 € (12,50 %) |

Die Komplementärin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, deren alleinige Gesellschafterin die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist. Die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ohne Einlage beteiligt.

4.7.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2021 eine Ausschüttung in Höhe von 39.064,24 €. Die Ausschüttung wird auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

4.7.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--------------------------------------|---------------------|---------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 70.376,00 | 76.581,00 | 6 |
| I. Immaterielle Vermögen | 246,00 | 0,00 | 0 |
| II. Sachanlagen | 44.530,00 | 50.981,00 | 6 |
| III. Finanzanlagen | 25.600,00 | 25.600,00 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 1.799.709,61 | 1.951.857,88 | 152 |
| I. Vorräte | 21.569,44 | 16.984,94 | -5 |
| II. Forderungen | 673.047,61 | 892.363,89 | 219 |
| III. Flüssige Mittel | 1.105.092,56 | 1.042.509,05 | -63 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 10.547,50 | 19.195,04 | 9 |
| Summe Aktiva | 1.880.633,11 | 2.047.633,92 | 167 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 1.152.942,56 | 1.152.942,56 | 0 |
| I. Kapitalanteile der Kommanditisten | 520.000,00 | 520.000,00 | 0 |
| II. Rücklagen | 632.942,56 | 632.942,56 | 0 |
| B. Sonderposten | 25.600,00 | 25.600,00 | 0 |
| C. Rückstellungen | 117.895,00 | 29.908,00 | -88 |
| D. Verbindlichkeiten | 584.195,55 | 839.183,36 | 255 |
| Summe Passiva | 1.880.633,11 | 2.047.633,92 | 167 |

4.7.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|-------------------|-------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 2.504.858,05 | 2.767.872,73 | 263 |
| 2. sonstige betriebliche Erträge | 48.626,48 | 73.863,56 | 25 |
| 3. Materialaufwand | 1.431.282,79 | 1.550.201,88 | 119 |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 0,00 | 0,00 | 0 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 1.431.282,79 | 1.550.201,88 | 119 |
| 4. Personalaufwand | 0,00 | 0,00 | 0 |
| a) Löhne und Gehälter | 0,00 | 0,00 | 0 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 5. Abschreibungen auf immaterielle VG | 20.132,09 | 17.341,47 | -3 |
| 6. sonstige betriebliche Aufwendungen | 734.057,31 | 776.759,00 | 43 |
| 7. Erträge aus Beteiligungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 8. Erträge aus anderen Wertpapieren | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 10. Abschreibungen auf Finanzanlagen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 3.467,60 | 12.807,75 | 9 |
| 12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 51.569,36 | 70.385,66 | 19 |
| 13. Ergebnis nach Steuern | 312.975,38 | 414.240,53 | 101 |
| 14. Sonstige Steuern | 938,00 | 748,00 | 0 |
| 15. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 312.037,38 | 413.492,53 | 101 |
| 16. Gutschrift auf den Gesellschafterkonten | 312.037,38 | -413.492,53 | -726 |
| 17. Bilanzgewinn / Bilanzverlust | 0,00 | 0,00 | 0 |

4.7.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 56 | 61 | -5 |
| Eigenkapitalrentabilität | 36 | 27 | 9 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 2.640 | 2.636 | 4 |
| Verschuldungsgrad | 75 | 61 | 14 |
| Umsatzrentabilität | 15 | 12 | 3 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Beträge in TEUR | 2020 | 2021 |
|---|--------|--------|
| Stundenreichweite: | | |
| Deutschsprachige 14- bis 49-jährige Mo bis Fr (in %) | 12,32 | 13,10 |
| Gesamtausschüttung radio NRW | 23.600 | 22.800 |
| davon Anteil Radio Hochstift | 807 | 977 |
| Anteil von Radio Hochstift an der Gesamtausschüttung der radio NRW (in %) | 3,42 | 4,29 |
| Umsatz | 2.505 | 2.768 |
| durch Werbemarkt: | | |
| Spotsendungen | 1.611 | 1.661 |
| Lokalfunk Kombi Westfalen | 8 | 23 |
| Werbeveranstaltungen | 10 | 14 |

4.7.9 Personalbestand

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG hat kein eigenes Personal. Unternehmensbezogene Tätigkeiten wie Verwaltung, Geschäftsführung, Verkauf und Disposition der Werbezeiten, technischer Service, Marketing etc. werden im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Fremddienstleistern, insbesondere von ams (Bielefeld) erledigt. Bei der mit der Betriebsgesellschaft vertraglich verbundenen Veranstaltungsgemeinschaft Radio Paderborn-Höxter e. V. waren im Jahr 2021 ein Chefredakteur, 1 CvD, 6,75 Redakteure, 2 Volontärinnen und 1 Redaktionsassistent beschäftigt, aber teilweise in Elternzeit.

4.7.10 Geschäftsentwicklung

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft (BG) ist Betreiberin des einzigen privaten lokalen Hörfunksenders für die Kreise Höxter und Paderborn. Die Geschäftstätigkeit erfolgt auf Grundlage des Landesmediengesetzes

4.7.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt allein der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH. Geschäftsführer der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist Herr Wollgramm.

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus 3 Mitgliedern. Im Einzelnen sind dies die Herren Kallisch (Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co.KG), Rütger (Landrat Kreis Paderborn) und Stickeln (Kreis Höxter).

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.7.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

| Name und Sitz der Gesellschaft | Anteil am Kapital in % |
|--|------------------------|
| Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn | 100,00 |

Beteiligungsverhältnisse

Einzige Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG.

Beteiligungsziel und Unternehmenszweck

Gegenstand der GmbH ist die Beteiligung an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, die wiederum Aufgaben wahrnimmt, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben.

Entwicklung der Bilanzen

| Bilanz (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--------------------------------------|------------------|------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 63.838,08 | 67.449,82 | 4 |
| I. Forderungen | 63.838,08 | 67.449,82 | 4 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Aktiva | 63.838,08 | 67.449,82 | 4 |
| | | | |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 62.578,08 | 66.175,82 | 4 |
| B. Rückstellungen | 1.260,00 | 1.274,00 | 0 |
| C. Verbindlichkeiten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Passiva | 63.838,08 | 67.449,82 | 4 |

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|-----------------|-----------------|--|
| 1. sonstige betriebliche Erträge | 2.560,00 | 2.580,00 | 20 |
| 2. sonstige betriebliche Aufwendungen | 1.406,30 | 1.441,80 | 36 |
| 3. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 2.991,06 | 3.135,11 | 144 |
| 4. Steuern vom Einkommen und Ertrag | 654,64 | 675,57 | 21 |
| 5. Ergebnis nach Steuern /Jahresüberschuss | 3.490,12 | 3.597,74 | 108 |

Entwicklung des Personalbestandes

Neben dem Geschäftsführer beschäftigt die GmbH kein Personal.

Leistungen der Beteiligung

Die GmbH ist an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin beteiligt und übernimmt die Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführer: Herr Uwe Wollgramm

In der Gesellschafterversammlung der GmbH ist der Kreis Paderborn nicht vertreten.

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Verwaltungsgesellschaft. Sie erhält von der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG 10 % ihres Stammkapitals als Haftungs- und Geschäftsführungsvergütung.

4.8 Wege durch das Land gGmbH

4.8.1 Basisdaten

Wege durch das Land gGmbH

Hornsche Straße 38

32756 Detmold

Tel.:05231/308020, Fax: 05231/3080220, Internet: www.wege-durch-das-land.de

E-Mail: info@literaturbuero-owl.de

Gründungsdatum: 03. November 2009

4.8.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Ihre Aufgabe besteht darin, alljährlich das bekannte Literatur- und Musikfest „Wege durch das Land“ zu planen, vorzubereiten und durchzuführen sowie durch geeignete Maßnahmen weiterzuentwickeln. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Um die der Gesellschaft obliegenden Aufgaben erfüllen zu können, wird die Gesellschaft nach den Grundsätzen eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes, allerdings ohne die Absicht der Gewinnerzielung, geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.

4.8.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner dient dem öffentlichen Zweck. Wie aus dem Gegenstand des Unternehmens hervorgeht, handelt es sich hier um eine kulturelle Einrichtung.

4.8.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 99.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

| Gesellschafter | EUR | % |
|---|------------------|--------------|
| Kreis Paderborn | 11.000,00 | 11,11 |
| Kreis Minden-Lübbecke | 11.000,00 | 11,11 |
| Kreis Höxter | 11.000,00 | 11,11 |
| Stadt Bielefeld | 11.000,00 | 11,11 |
| Kreis Gütersloh | 11.000,00 | 11,11 |
| Kreis Lippe | 11.000,00 | 11,11 |
| Kreis Herford | 11.000,00 | 11,11 |
| Landesverband Lippe | 11.000,00 | 11,11 |
| Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e. V. | 11.000,00 | 11,11 |
| | 99.000,00 | 100,00 |

4.8.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2021 zahlte der Kreis Paderborn 16.000,00 € zugunsten des OWL Festivals Wege durch das Land. Die Zahlung wurde auf dem Konto 531700 „Zuschüsse an private Unternehmen“ des Produktes 040201 „Allgemeine Kulturpflege (einschl. Kreisarchiv)“ verbucht.

4.8.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.8.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.8.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.8.8 „Kennzahlen“ und 4.8.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelte GmbH daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.8.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.8.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“.

4.8.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.8.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“.

4.8.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 3,5 Mitarbeiter (Vj. 6).

4.8.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.8.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“.

4.8.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Geschäftsführerin der GmbH ist Frau Sandra Mathews.

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises Paderborn in der Gesellschafterversammlung ist Herr Dezernent Ingo Tiemann. Dieser wird vertreten von Amtsleiterin des Kulturamtes Frau Kirsten John-Stucke.

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.9 „OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region

4.9.1 Basisdaten

„OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region

Walther-Rathenau-Straße 33 - 35

33602 Bielefeld

Tel.:0521/96733-0, Fax: 0521/96733-19, Internet: www.ostwestfalen-lippe.de

Gründungsdatum: 06. Oktober 1992

4.9.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Werbe- und PR-Maßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus. Darüber hinaus kann die Gesellschaft weitere gesamtregionale Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise

- Initiativen im Bereich Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung),
- die Koordination regionaler Initiativen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,
- die Koordination von Kulturförderung,
- die Koordination von Tourismusförderung.

Die Gesellschaft bietet einen abgestimmten Rahmen, den die Gesellschafter/-innen für ihre eigenen Aktivitäten zur Imageförderung nutzen können. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur im Rahmen dieser Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung, begünstigt werden. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie ei-genwirtschaftliche Zwecke.

4.9.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeits-marktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

4.9.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 28.700,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

| Gesellschafter | EUR | % |
|---|------------------|---------------|
| Stadt Bielefeld | 2.050,00 | 7,15 |
| Kreis Gütersloh | 2.050,00 | 7,14 |
| Kreis Herford | 2.050,00 | 7,14 |
| Kreis Höxter | 2.050,00 | 7,14 |
| Kreis Lippe | 2.050,00 | 7,14 |
| Kreis Minden-Lübbecke | 2.050,00 | 7,14 |
| Kreis Paderborn | 2.050,00 | 7,15 |
| Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e. V. | 14.350,00 | 50,00 |
| | 28.700,00 | 100,00 |

4.9.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Jahr 2021 einen Betrag von 156.212,96 € zur Finanzierung der Arbeit der Gesellschaft. Die Zahlungen erfolgten aus dem Produkt 150101 „Wirtschaftsförderung“ und dort von dem Konto 531511 „Zuschüsse OWL GmbH“.

4.9.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|---------------------|---------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 931.274,25 | 407.860,64 | -523.414 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 219.526,00 | 146.457,00 | -73.069 |
| 1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und Rechte | 214.526,00 | 146.457,00 | -68.069 |
| 2. Geleistete Anzahlungen | 5.000,00 | 0,00 | -5.000 |
| II. Sachanlagen | 141.321,00 | 232.403,64 | 91 |
| 1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen | 0,00 | 128.702,00 | 129 |
| 2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau | 0,00 | 103.701,64 | 104 |
| III. Finanzanlagen | 570.427,25 | 29.000,00 | -541.427 |
| Wertpapiere des Anlagevermögens | 570.427,25 | 29.000,00 | -541.427 |
| B. Umlaufvermögen | 1.377.931,11 | 2.285.692,11 | 908 |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 833.306,57 | 466.663,04 | -366.644 |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 70.328,46 | 80.857,30 | 11 |
| 2. Sonstige Vermögensgegenstände | 762.978,11 | 385.805,74 | -377.172 |
| II. Wertpapiere | 0,00 | 1.535.790,15 | 1.536 |
| Sonstige Wertpapiere | 0,00 | 1.535.790,15 | 1.536 |
| III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben | 544.624,54 | 262.540,20 | -282.084 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 9.015,97 | 20.698,72 | 12 |
| Summe Aktiva | 2.318.221,33 | 2.693.552,75 | 375 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 665.312,77 | 630.583,96 | -34.729 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 28.700,00 | 28.700,00 | 0 |
| II. Gewinnvortrag | 556.156,87 | 636.612,77 | 80 |
| III. Jahresfehlbetrag | 80.455,90 | 34.728,81 | -45.727 |
| B. Sonderposten / mit Rücklagenanteil | 257.622,00 | 189.801,00 | -67.821 |
| C. Rückstellungen | 1.235.772,91 | 1.669.389,15 | 434 |
| D. Verbindlichkeiten | 147.105,87 | 125.127,57 | -21.978 |
| 1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 108.407,42 | 86.313,17 | -22.094 |
| 2. Sonstige Verbindlichkeiten | 38.698,45 | 38.814,40 | 0 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 12.407,78 | 78.651,07 | 66 |
| Summe Passiva | 2.318.221,33 | 2.693.552,75 | 375 |

4.9.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|------------------|-------------------|---|
| 1. Gesellschafterzuschüsse | 710.162,87 | 1.039.249,07 | 329 |
| 2. Öffentliche Zuschüsse | 2.336.774,72 | 2.333.561,33 | -3.213 |
| 3. Grundstückserträge | 8.889,24 | 8.889,24 | 0 |
| 4. sonstige betriebliche Erträge | 1.531.060,81 | 1.178.615,30 | -352.446 |
| 5. Aufwendungen für Projekte | 1.328.877,22 | 1.220.776,36 | -108.101 |
| 6. Personalaufwand | 2.586.879,02 | 2.712.587,79 | 126 |
| a) Löhne und Gehälter | 2.164.426,88 | 2.262.302,20 | 98 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung | 422.452,14 | 450.285,59 | 28 |
| 7. Abschreibungen | 141.811,28 | 40.378,67 | -101.433 |
| 8. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 445.782,49 | 617.502,70 | 172 |
| 9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | 217,50 | 2.304,91 | 2 |
| 10. Abschreibungen auf Finanzanlagen | 0,00 | 5.268,46 | 5 |
| 11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 2.837,52 | 755,42 | -2.082 |
| 12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 1,64 | 12,15 | 0 |
| 13. Ergebnis nach Steuern | 80.713,90 | 34.637,40 | -46.077 |
| 14. Sonstige Steuern | 258,00 | 91,41 | -167 |
| 15. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss | 80.455,90 | -34.728,81 | -115.185 |

4.9.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 23 | 29 | -5 |
| Eigenkapitalrentabilität | -6 | 12 | -18 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 285 | 220 | 65 |
| Verschuldungsgrad | 285 | 220 | 65 |
| Umsatzrentabilität | 0 | 0 | 0 |

4.9.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte die GmbH 51 Mitarbeiter (Vj. 49).

4.9.10 Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft wurde im Oktober 1992 als OstWestfalenLippe Marketing GmbH (seit 2012 „OstWestfalenLippe GmbH - Gesellschaft zur Förderung der Region“) gegründet und wird als Gemeinschaftsunternehmen von den Gebietskörperschaften und von Wirtschaft und Wissenschaft der Region getragen. Gesellschafter sind die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn und die Stadt Bielefeld, sowie der „Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e. V.“, in dem die Industrie- und Handelskammern Ostwestfalen zu Bielefeld und Lippe zu Detmold, die Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld, die staatlichen Hochschulen sowie in 2021 insgesamt 118 Unternehmen und Organisationen aus

der Region zusammengeschlossen sind. Beide Gesellschaftergruppen sind zu gleichen Teilen an der GmbH beteiligt. Ein Leistungsaustausch zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft findet nicht statt. Öffentlicher Zweck des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region OstWestfalenLippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region OstWestfalenLippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Werbe- und PR-Maßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus. Darüber hinaus kann die Gesellschaft weitere gesamtregionale Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise Initiativen im Bereich Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung), die Koordination regionaler Initiativen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Koordination von Kulturförderung und die Koordination von Tourismusförderung. Die Gesellschaft bietet einen abgestimmten Rahmen, den die Gesellschafter/-innen für ihre eigenen Aktivitäten zur Imageförderung nutzen können.

Im Gesellschaftsvertrag ist festgelegt, dass die Gesellschafter über die Höhe der Mittel, die der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden, auf der Basis jährlicher Wirtschaftspläne entscheiden. In der Gesellschafterversammlung am 25. November 2014 wurde beschlossen, dass die Gesellschafter der Gesellschaft jährlich einen Sockelbetrag in Höhe von 544.574 € (aktuell 545.148 €) zur Verfügung stellen. Die Gesellschafter berücksichtigen die Bereitstellung dieses Sockelbetrages in ihren jährlichen Haushaltsplanungen und der Geschäftsführer kann auf der Basis jährlicher Wirtschaftspläne innerhalb dieser Größenordnung entsprechende Verpflichtungen eingehen. Aufbauend auf den Sockelbetrag wird ein Zusatzbudget in Höhe von insgesamt 300.180 € (aktuell 300.180 €) angestrebt. Für 2021 haben alle sieben Gebietskörperschaften einer Erhöhung zugestimmt, so dass der Gesellschaft inklusive des Beitrags von Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e.V. 845.328 € (844.754 € laut GV-Beschluss aus 2014) für das Kerngeschäft (ohne Tourismusbeiträge der Gebietskörperschaften) zur Verfügung standen. Daneben wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 21.06.2021 ein Sonderbeitrag für 2021 in Höhe von EUR 100.039,78 und für 2022 in Höhe von EUR 119.047,35 beschlossen, der für notwendige Investitionen in die digitale Infrastruktur, die Schließung einer Finanzierungslücke im Teutoburger Wald Tourismus und weitere notwendige Maßnahmen eingesetzt werden muss. Der Barbetrag für den Gesellschafter "Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e.V." beträgt grundsätzlich 422.090 € (aktuell 422.664 €), in 2021 waren es 358.664,29 €. Der Restbetrag in Höhe von 63.999,71 € wurde in Form von Projektbeteiligungen erbracht.

Gremien

Neben der Gesellschafterversammlung als gesellschaftsrechtlichem Gremium sind so genannte Fachbeiräte eingerichtet, die die Aufgabe haben, die Geschäftsstelle in den jeweiligen Themenbereichen zu beraten und Entscheidungen der Gesellschafterversammlung vorzubereiten. Analog den Geschäftsfeldern der Gesellschaft gab es in 2021 vier Fachbeiräte (FB Marketing, FB Innovation + Wissen, FB Tourismus, FB Kultur). Für die Regionalagentur OWL ist als Entscheidungsgremium ein so genannter „Lenkungskreis“ eingerichtet, der nicht in die Gremienstruktur der Gesellschaft eingegliedert ist. Das Gleiche gilt für das sogenannte „UrbanLand-Board“, das als Entscheidungsgremium für die REGIONALE eingerichtet wurde.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2021 konjunkturell wieder erholt. Für das gesamte Jahr 2021 verzeichnete das Statistische Bundesamt einen preisbereinigten Anstieg des BIP von 2,7 Prozent. Die konjunkturelle Entwicklung war dabei auch im Jahr 2021 stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und

den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen geprägt. Gegen Jahresende verhinderte eine sich wieder verschärfende Pandemiesituation und zunehmende Liefer- und Materialengpässe in der Industrie eine noch stärkere Erholung.

Auf die Arbeit der OWL GmbH hat die Pandemie nur bedingt Einfluss genommen. Insgesamt ist das Geschäftsjahr hinsichtlich der gesetzten Zielsetzungen erfolgreich verlaufen. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass aufgrund der durch die Corona Pandemie bedingten Rahmenbedingungen wie schon in 2020 etliche Geschäftsaktivitäten umgestaltet werden mussten. So wurden fast sämtliche Veranstaltungsformate ins Netz verlagert und in digitaler Form umgesetzt.

Regionalentwicklung und Regionalmarketing

Der programmatische Fokus der Regionalentwicklungsarbeit der OWL GmbH ist die Initiative Innovation und Wissen, die als Gemeinschaftsinitiative von Wirtschaft und Wissenschaft, Verwaltung und Politik der Region umgesetzt wird. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung der digitalen Transformation in OWL. Dazu werden unterschiedliche Förderprogramme umgesetzt. Das im September 2019 gestartete neue Projekt „OWL 2025“ stand dabei im Mittelpunkt. Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und mit Landesmitteln finanziert. Ziel ist es, eine Strategie für die Regionalentwicklung 2023 ff. zu erarbeiten. Partner sind neben dem Fraunhofer Institut IEM in Paderborn insgesamt 40 weitere Organisationen aus OWL. Die Laufzeit beträgt drei Jahre, das Gesamtbudget für die OWL GmbH umfasst 599.063 €, davon 479.250 € Förderung.

Die Aufgaben der OstWestfalenLippe GmbH sind die Gesamtkoordination, die Themenmanagements und die Koordination der Kommunikation mit den Partnern, die Kommunikation und die Evaluation sowie die Koordination von ausgewählten Leitprojekten in den Handlungsfeldern, die eine hohe strategische Bedeutung für die Region und überregionale Sichtbarkeit entfalten: Mittelstand-Digital Zentrum Ruhr-OWL, MINT Community 4.OWL, Weiterbildung 4.OWL und 5G Lernorte OWL. Für diese vier neuen Leitprojekte mit jeweils vier bis sechs Kernpartnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie einer großen Anzahl von assoziierten Partnern konnte die OstWestfalenLippe GmbH in Ausschreibungen des Bundes und des Landes 10 Mio. Euro Fördermittel akquirieren (Gesamtvolumen: 12 Mio. Euro). Davon entfallen 1,2 Mio. Euro Förderung auf die OWL GmbH für die Bereiche Projektleitung, Netzwerkmanagement, Transfer und Kommunikation. Damit verbunden sind fünf Personalstellen bei der OWL GmbH sowie Sachmittel für Maßnahmen.

Weitere Projekte im Rahmen der technologieorientierten Regionalentwicklung sind das Förderprojekt „Bildung 4.0 OWL“ (ein Programm zur Koordination von Bildungsangeboten im Bereich digitale Transformation) sowie der „Businessplanwettbewerb startklar OWL“, dessen Umsetzung sich immer jeweils über zwei Jahre erstreckt. In 2021 wurde das Programm 2021/22 gestartet. Der Geschäftsführer und der Prokurist der OWL sind darüber hinaus in die Umsetzung des Spitzenclusters it's OWL eingebunden.

Regionale 2022

Die OWL GmbH organisiert die Umsetzung des Strukturentwicklungsprogramms REGIONALE 2022 in OstWestfalenLippe. Dazu gehören die Initiierung, Auswahl und Qualifizierung von Projekten, die von Kommunen, Hochschulen und anderen Organisationen umgesetzt werden, sowie die strategische Weiterentwicklung des Programms. Themenschwerpunkte sind die Förderung der Innovationsinfrastruktur für Unternehmen (Der neue Mittelstand), moderne Quartiersentwicklungen und Raumkonzepte (StadtLandQuartier), neue Mobilitätskonzepte für bessere Verbindungen (Neue Mobilität) sowie die interkommunale Zusammenarbeit (Die Neuen Kommunen ohne Grenzen). Das Projekt wird aus

Städtebaumitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Der Eigenanteil in Höhe von 30 % wird von der OWL GmbH finanziert. Empfänger der Fördermittel ist der Kreis Paderborn, der die Förderung an die OWL GmbH auf der Grundlage eines Weiterleitungsvertrages weitergibt. 2021 wurden insgesamt 1.012.861,87 € verausgabt. Das Entscheidungsgremium UrbanLand-Board hat im Jahr 2021 insgesamt drei Mal getagt, der vorbereitende Arbeitsausschuss ebenfalls drei Mal. Insgesamt wurden 2021 30 Projekte als REGIONALE Projekte ausgewählt, so dass es am Ende des Jahres 44 REGIONALE Projekte gab. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war die Vorbereitung des Präsentationsjahres „UrbanLand Sommer 2022“.

Teutoburger Wald Tourismus

Die OWL GmbH ist mit dem Fachbereich „Teutoburger Wald Tourismus“ die touristische Destinationsmanagementorganisation für die Urlaubs- und Freizeitregion Teutoburger Wald und somit zentraler touristischer Ansprechpartner für OstWestfalenLippe. Der Bereich wird finanziert durch die Kreise und die kreisfreie Stadt Bielefeld sowie durch kommunale Tourismuspartner und Partner aus der Wirtschaft (Leistungsträger wie Hotels oder touristische Anbieter). Ein großer Teil des Gesamtbudgets wurde über Förderprojekte finanziert. Insgesamt stand 2021 ein Budget in Höhe von 1.967.995 € zur Verfügung. Davon waren 519.503 € für das originäre Geschäft im Tourismusmarketing vorgesehen und weitere 168.098 € für das Projekt Hermannshöhen. Für die seit 2015 umgesetzten Themenmanagements Wandern, Radfahren und Gesundheit sowie für das Themenmanagement Gruppen- und Busreisen standen insgesamt 353.284 € zur Verfügung. Getragen werden sie von Partnern aus Kreisen und Kommunen sowie im Falle der Busreisen von Leistungsträgern. Mit 927.110 € standen weitere Budgets für von Land und EU geförderte Projekte (Zukunftsfit Digitalisierung, Auszeit in OWL) zur Verfügung. Die Projekte werden mit Eigenmitteln auch von regionalen Partnern im Wesentlichen aus den Gebietskörperschaften kofinanziert. Das Projekt Zukunftsfit Digitalisierung (gestartet am 01.09.2019 als Projekt der REGIONALE 2022) endet am 31.12.2022 und hat ein Gesamtvolumen von 2.347.500 €. Die Eigenleistung wird anteilig durch zweckgebundene Spenden und Eigenmittel finanziert.

Die OWL GmbH ist Mitglied im Tourismus NRW e.V., der touristischen Dachorganisation des Landes NRW.

OWL Kulturbüro

Im Mittelpunkt der Arbeit des OWL Kulturbüros stehen die Umsetzung des Förderprogramms Regionale Kulturpolitik des Landes NRW, die Pflege, Begleitung und strategische Weiterentwicklung des Netzwerkes Kulturelle Bildung in OWL, die Unterstützung von kulturpolitisch relevanten Projekten in der Region und der Ansatz, Kultur im Regionalmarketing zu stärken. Finanzielle Basis für das Kulturbüro bildet der Zuwendungsbescheid vom 27.11.2018 der Bezirksregierung Detmold für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2021 (Festbetragsfinanzierung) über ein Volumen von 204.900 €. Davon entfielen 68.300 € auf 2021. Hinzu kommt der Sponsoringvertrag mit der Arbeitsgemeinschaft der Sparkassen Minden-Ravens-berg-Lippe (AGSPK) für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2021. Auf das Jahr 2021 entfiel ein Sponsoringbetrag in Höhe von 31.765 €.

Im Rahmen des OWL Kulturbüros wurde am 1. Januar 2020 das REGIONALE 2022 Projekt „OWL.Kultur-Plattform“ gestartet. Ziel ist der Aufbau einer digitalen Informationsplattform für den Kulturbereich in OWL. Die OWL GmbH koordiniert das Projekt, weitere Partner sind die Universität Paderborn und die Fellowmind Deutschland GmbH (vormals axon GmbH) aus Paderborn. Das Projekt wird aus Mitteln der EU und des Landes (EFRE) gefördert. Die Gesamtförderung über 3 Jahre beträgt 1.059.541 €, der Anteil der OWL GmbH beträgt 540.695 €. Auf 2021 entfielen laut EFRE-Antrag 256.556 € Ausgabenbudget. Eine Bewilligung für eine

Förderung des OWL Kulturbüros für die Jahre 2022 bis 2024 liegt vor. Ebenso eine Zusage der AGSPK für eine Fortsetzung des Sponsorings.

Regionalagentur OstWestfalenLippe

Als Bindeglied zwischen den arbeitsmarktpolitischen Partnern und Unternehmen der Region und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) übernimmt die Regionalagentur OWL eine Steuerungs- und Transferfunktion im arbeitsmarktpolitischen Kontext. Sie ist zuständig für die Umsetzung der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik in OstWestfalenLippe. Die Kosten werden zu 85 % vom Land NRW gefördert. Aufgabe ist es, die Instrumente der Landesarbeitspolitik und die Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen der Region so miteinander zu vernetzen, dass sie ihre Wirkung optimal entfalten können. Das Schwerpunktthema ist die Fachkräftesicherung. Mit Bewilligungsbescheid vom 30.11.2018 wurde die Förderung der Regionalagentur bis zum 31.12.2021 sichergestellt. Eine Verlängerung der Förderung bis zum 30.06.2022 wurde mit Änderungsbescheid vom 07.06.2021 bewilligt und auch für den Förderzeitraum 01.07.22 - 30.06.24 liegt bereits eine Förderzusage des MAGS vor. Der Lenkungskreis der Regionalagentur ist in 2021 zweimal zusammengetreten.

Kompetenzzentrum Frau und Beruf OWL

Mit dem Kompetenzzentrum Frau und Beruf OstWestfalenLippe setzt die Region ein Programm der Landesinitiative Competentia NRW um. Ziel ist es, durch eine verstärkte Erschließung der Fachkräftepotentiale von Frauen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu steigern, sowie die beruflichen Perspektiven von Frauen in der Region zu verbessern. Mit Bewilligungsbescheid vom 30.08.2018 wurde die Weiterförderung des Kompetenzzentrums Frau und Beruf ab September 2018 bis einschließlich dem 30.04.2022 sichergestellt. Mittlerweise wurde die Laufzeit bis zum 31.10.2022 verlängert. Das Gesamtbudget für die Laufzeit beträgt 1,76 Mio. €.

Das Gründungsprojekt beim Kompetenzzentrum Frau und Beruf OWL hat am 16. Juli 2020 den Zuwendungsbescheid erhalten. Der Durchführungszeitraum hat am 01.10.2019 begonnen und endet am 30.09.2021. Den gesamten zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von 155.080 € steht eine Zuwendung von 139.572 € gegenüber. Der Eigenanteil beträgt 15.508 €. Für 2021 wurden Zuwendungen in Höhe von 37.494,76 € bereitgestellt.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Die kurz- und mittelfristigen Risiken in der finanziellen Ausstattung der Geschäftsprozesse sind durch einen entsprechenden Planungszeitraum transparent und abgrenzbar. Der Fluss der Finanzmittel hinsichtlich der mit öffentlichen Mitteln mitfinanzierten Projekte ist aber mit Unwägbarkeiten behaftet. Dem wechselnden Umfang der Geschäftstätigkeit kann durch entsprechende Anpassungen der Personal- und Sachressourcen begegnet werden. Ebenso wird der Gefahr möglicher Zuschussrückzahlungen durch die Bildung entsprechender Rückstellungen proaktiv begegnet. Darüberhinausgehende Risiken sieht die Geschäftsführung nicht. Neue Unwägbarkeiten lösen die durch die Corona-Pandemie und den Ukraine Krieg ausgelösten sich abzeichnenden wirtschaftlichen Einbrüche aus. Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2022 werden nicht gesehen. Die OWL GmbH passt ihr Arbeitsprogramm an die neue Situation an.

Vor dem Hintergrund eines zunehmend dynamischer werdenden Standortwettbewerbs geht es darum, die gesamtsregionale Entwicklungsanstrengung zu stärken und so die Position von OstWestfalenLippe im Standortwettbewerb zu sichern. Ein wesentlicher Ansatz liegt dabei im Bündeln der regionalen Kräfte. Mit dem Technologienetzwerk it's OWL wird ein erfolgreiches inhaltliches Konzept umgesetzt, das sich insbesondere durch die konstruktive Zusammenarbeit von Projektpartnern aus Wirtschaft und Wissenschaft auszeichnet.

Dabei ist die enge Zusammenarbeit zwischen OWL GmbH und it's OWL Clustermanagement GmbH ein Erfolgsfaktor. Sowohl in der strategischen Ausrichtung der Regionalentwicklung als auch insbesondere im Marketing werden gemeinsame Projekte angegangen und Synergien genutzt.

Perspektiven sieht die Gesellschaft durch die neuen Projekte, die im Rahmen des neuen Programms „OWL 2025“ umgesetzt werden. Damit kann die führende Stellung der Region im Bereich der digitalen Transformation in NRW weiter gefestigt werden.

Durch die Ausrichtung der REGIONALE 2022 nutzt OWL die große Chance, die Regionalentwicklung in den nächsten Jahren in einem zielgerichteten Prozess zu gestalten und dabei insbesondere auch den ländlichen Raum zu fördern. Neben der wirtschaftsorientierten Regional-entwicklungsperspektive kommt dabei eine raumorientierte Perspektive zum Tragen.

In 2021 hat die Gesellschaft im Rahmen eines Strategieprozesses ihre aktuelle Ausrichtung bestätigt und Grundlagen für die Arbeit an den inhaltlichen und finanziellen Perspektiven der OWL GmbH für die Jahr 2023 ff. erarbeitet. Nicht zuletzt auch ausgelöst durch die Corona-Pandemie will die OWL GmbH verstärkt in die Möglichkeiten mobiler und flexibler Arbeit investieren, technische Anforderungen aktualisieren sowie Sicherheitsstandards erhöhen. In diesem Sinne sind für 2021 ff. Investitionen in die EDV-Infrastruktur eingeleitet worden, die in 2022 in insgesamt sechsstelliger Höhe fortgeführt werden. So soll dazu beigetragen werden, dass die Zukunftssicherheit der Gesellschaft erhöht wird. Überdies hat die Gesellschaft im Lauf des Jahres neue Büroräume bezogen.

Das Gesamtbudget (Aufwand/Ausgaben) der OWL GmbH im Jahr 2022 umfasst ohne Liquiditätsvortrag nach 2023 von 0,42 Mio. € ca. 8,1 Mio. €. Es soll finanziert werden durch Einnahmen von 7,9 Mio. € und einer Entnahme aus dem Gewinnvortrag von 0,55 Mio. €, so dass insoweit ein Jahresfehlbetrag für 2022 von ca. 0,13 Mio. € geplant ist.

Zusatzbericht

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die öffentliche Zwecksetzung der OWL GmbH ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Werbe- und PR-Maßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus.

Öffentliche Zweckerreichung

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeitsmarktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus und des Kulturbereichs unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

4.9.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der GmbH: Herbert Weber, Björn Böker

Gesellschafterversammlung:

| lfd. Nr. | Name |
|----------|---------------------------------|
| 1. | Lars Bökenkröger |
| 2. | Anna Katharina Bölling |
| 3. | Dr. Stefan Breit |
| 4. | Pit Clausen |
| 5. | Dr. Christine Disselkamp |
| 6. | Michael Dreier |
| 7. | Oliver Flaskämper |
| 8. | Michael Fröhlich |
| 9. | Ernst-Michael Hasse |
| 10. | Daniel Hartmann |
| 11. | Prof. Dr. Martin Hoffmann |
| 12. | Tim Kähler |
| 13. | Heinz-Günter Koßmann |
| 14. | Dr. Axel Lehmann |
| 15. | Burkhard Marcinkowski |
| 16. | Stefan Sievers |
| 17. | Theo Mettenborg |
| 18. | Jürgen Müller |
| 19. | Petra Pigerl-Radtke |
| 20. | Christoph Plass |
| 21. | Dr. Jens Prager |
| 22. | Prof. Dr. Birgitt Riegraf |
| 23. | Christoph Rüter |
| 24. | Karin Schlautmann |
| 25. | Prof. Dr. Ingeborg Schramm-Wölk |
| 26. | Michael Stickeln |
| 27. | Jörg Timmermann |
| 28. | Marianne Thomann-Stahl |
| 29. | Dr. Christoph von der Heiden |
| 30. | Mirco Welsing |

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.10 Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB)

4.10.1 Basisdaten

Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB)

Rolandsweg 80

33102 Paderborn

Tel.:05251/1487-0, Fax: 05251/1487-99, Internet: -

Gründungsdatum: 1983

4.10.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH sind der Erwerb und die Verwaltung von Vermögensgegenständen jeder Art, insbesondere von Beteiligungen auf dem Energiesektor und an sonstigen kommunalen Gesellschaften sowie die Übernahme der Geschäftsführung derartiger Gesellschaften. Unternehmensgegenstand ist ferner der Betrieb von Einrichtungen im Bäderbereich und des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Paderborn, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten in der Stadt Paderborn. Die Paderborner Kommunalbetriebe GmbH unterstützt die kommunalwirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt Paderborn und des Kreises Paderborn sowie deren Wirtschaftsbetriebe durch Beratung, Förderung und die Vermittlung von Leistungen.

4.10.3 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.126.800,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

| | | |
|--|---------------------|----------------|
| Kreis Paderborn | 117.000,00 | 5,50% |
| Eigenbetrieb Bäderbetriebe der Stadt Paderborn | 1.311.700,00 | 61,7% |
| Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (eigene Anteile) | 698.100,00 | 32,8% |
| | 2.126.800,00 | 100,00% |

4.10.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der PKB Konzern umfasst ausschließlich Einrichtungen der staatlichen Daseinsfürsorge. Die PaderBäder GmbH stellt Einrichtungen im Bäderbereich als Grundlage für die sportliche Betätigung einer breiten Bevölkerungsmasse zu erschwinglichen Preisen bereit. Dadurch dient die GmbH der Gesundheitsförderung und der Erholung. Die PaderSprinter GmbH und die Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH gewährleisten eine ausreichende Quantität und Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs zu Fahrpreisen, die den Aufgaben eines Massenverkehrsmittels entsprechen. Die Stadtwerke Paderborn GmbH sowie die Wasserwerke Paderborn GmbH dienen der Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie- und Wasser. Die Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH widmet sich der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung in der Stadt Paderborn.

4.10.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.10.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|-----------------------|-----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 142.684.050,02 | 142.208.707,11 | -475 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 270,00 | 0,00 | -0 |
| II. Sachanlagen | 1.414.155,10 | 1.274.175,00 | -140 |
| 1. technische Anlagen und Maschinen | 1.406.359,10 | 1.271.947,00 | -134 |
| 2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 7.796,00 | 2.228,00 | -6 |
| III. Finanzanlagen | 141.269.624,92 | 140.934.532,11 | -335 |
| 1. Anteil an verbundenen Unternehmen | 36.048.244,90 | 36.048.244,90 | 0 |
| 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 10.718.800,00 | 10.168.800,00 | -550 |
| 3. Beteiligungen | 94.502.580,02 | 94.717.487,21 | 215 |
| B. Umlaufvermögen | 19.125.214,17 | 13.416.673,80 | -5.709 |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 12.828.661,03 | 12.555.023,75 | -274 |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 57.480,14 | 108.132,70 | 51 |
| 2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 2.711.586,08 | 3.794.010,87 | 1.082 |
| 3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 8.178.914,88 | 8.060.873,62 | -118 |
| 4. Forderungen gegen Gesellschafter | 57.507,41 | 22.910,15 | -35 |
| 5. sonstige Vermögensgegenstände | 1.823.172,52 | 569.096,41 | -1.254 |
| II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten | 6.296.553,14 | 861.650,05 | -5.435 |
| Summe Aktiva | 161.809.264,19 | 155.625.380,91 | -6.184 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 103.821.373,90 | 103.340.154,95 | -481 |
| I. ausgegebenes Kapital | 1.428.700,00 | 1.428.700,00 | 0 |
| Gezeichnetes Kapital lt. Gesellschaftsv. abzüglich eigene Anteile | 2.126.800,00 | 2.126.800,00 | 0 |
| -698.100,00 | -698.100,00 | -698.100,00 | 0 |
| II. Kapitalrücklage | 26.545.665,52 | 28.245.665,52 | 1.700 |
| III. Gewinnrücklagen | 75.713.528,67 | 75.713.528,67 | 0 |
| IV. Gewinn- / Verlustvortrag | 334.165,96 | 133.479,71 | -201 |
| V. Jahresfehlbetrag | -200.686,25 | -2.181.218,95 | -1.981 |
| B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen | 44.416,67 | 41.166,67 | -3 |
| C. Rückstellungen | 5.160.259,00 | 2.890.102,50 | -2.270 |
| 1. Rückstellungen für Pensionen | 2.505.214,00 | 2.461.504,00 | -44 |
| 2. Steuerrückstellungen | 2.507.195,00 | 298.248,50 | -2.209 |
| 3. sonstige Rückstellungen | 147.850,00 | 130.350,00 | -18 |
| D. Verbindlichkeiten | 52.783.214,62 | 49.353.956,79 | -3.429 |
| 6. sonstige Verbindlichkeiten | 70.566,08 | 58.594,66 | -12 |
| Summe Passiva | 161.809.264,19 | 155.625.380,91 | -6.184 |

4.10.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|--------------------|----------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 615.931,14 | 687.991,21 | 72 |
| 2. Sonstige betriebliche Erträge | 54.614,65 | 130.032,17 | 75 |
| 3. Materialaufwand | 222.587,36 | 261.753,79 | 39 |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 189.530,17 | 224.443,47 | 35 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 33.057,19 | 37.310,32 | 4 |
| 4. Personalaufwand | 483.650,16 | 520.405,71 | 37 |
| a) Löhne und Gehälter | 300.855,32 | 353.215,91 | 52 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung | 182.794,84 | 167.189,80 | -16 |
| 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 142.814,88 | 140.250,10 | -3 |
| 6. sonstige betriebliche Aufwendungen | 301.344,44 | 380.924,81 | 80 |
| 7. Erträge aus Beteiligungen | 8.965.641,89 | 8.864.146,85 | -101 |
| 8. Erträge aus Gewinnabführung | 2.221.339,03 | 2.431.721,93 | 210 |
| 9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | 207.854,00 | 194.594,89 | -13 |
| 10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 30.200,25 | 104.872,28 | 75 |
| 11. Aufwendungen aus Verlustübernahme | 8.790.226,80 | 11.382.072,31 | 2.592 |
| 12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 1.284.635,57 | 1.050.246,69 | -234 |
| 13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 1.070.602,07 | 858.518,94 | -212 |
| 14. Ergebnis nach Steuern | -200.280,32 | -2.180.813,02 | -1.981 |
| 15. Sonstige Steuern | 405,93 | 405,93 | 0 |
| 16. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | -200.686,25 | -2.181.218,95 | -1.981 |

4.10.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 66 | 64 | 2 |
| Eigenkapitalrentabilität | -2 | 0 | -2 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 109 | 113 | -4 |
| Verschuldungsgrad | 51 | 56 | -5 |
| Umsatzrentabilität | -317 | -33 | -284 |

4.10.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 6 Mitarbeiter (Vj. 5).

4.10.10 Geschäftsentwicklung

Das Jahresergebnis wird, wie bei Holdinggesellschaften, die über einen Ergebnisabführungsvertrag verfügen, üblich, überwiegend durch die vorhandenen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften geprägt. Hierbei schlägt

sich die rückläufige gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2021 grundsätzlich auch in den Büchern der PKB nieder, mit unterschiedlichen Auswirkungen in den einzelnen Bereichen.

Wasserwerke Paderborn GmbH

Die Wassergewinnung und die Wasserversorgung in der Stadt Paderborn, der Stadt Bad Lippspringe und der Gemeinde Borchen sind in wirtschaftlicher Hinsicht nur marginal von der Corona-Pandemie betroffen. Auswirkungen gab es jedoch auf die internen Arbeitsabläufe, damit die Versorgungssicherheit jederzeit gesichert war. Der Ertrag aus der Gewinnabführung (inkl. Steuerumlage) der PKB stieg im Vergleich zum Vorjahr -im Wesentlichen aufgrund rückläufiger Instandhaltungsmaßnahmen im Versorgungsnetz- moderat an.

PaderSprinter GmbH

Die weitreichenden Auswirkungen der Corona-Pandemie spiegeln sich erneut in den Büchern des PaderSprinters deutlich wider. So lagen die Fahrgastzahlen mit rd. 11,5 Mio. Personen noch deutlich unter Stand im Jahr 2019 mit rd. 20,1 Mio. Fahrgästen. Den gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderten Umsatzerlösen stehen gestiegene Materialaufwendungen, infolge von Fahrplananpassungen und deutlichen Mehrkosten im Bereich der Treibstoffe, gegenüber. Insgesamt stieg der Aufwand aus der Verlustübernahme der PKB im Vergleich zum Vorjahr deutlich an.

Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Die Ertragslage der WWE hängt grundsätzlich maßgeblich von der wirtschaftlichen Situation der mit einem Ergebnisabführungsvertrag angebotenen Tochtergesellschaften und somit vom Finanzergebnis ab. Dieses ging im Geschäftsjahr von 50,4 Mio. € auf 49,3 Mio. € zurück. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Umsatzerlöse aus erbrachten Dienstleistungen, den höheren Personalaufwendungen sowie den deutlich geringeren Steueraufwendungen, schloss die WWE mit einem Ergebnis auf Vorjahresniveau ab.

Mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2,2 Mio. € hat die Paderborner Kommunalbetriebe GmbH das im Vorjahr geplante Jahresergebnis mit einem Defizit in Höhe von 0,3 Mio. € deutlich verfehlt. Ursächlich hieran waren insbesondere die deutlich gestiegenen Aufwendungen aus der Verlustübernahme.

Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Die Paderborner Kommunalbetriebe GmbH schließt das Jahr Geschäftsjahr 2021 mit einer auf 155,6 Mio. € gesunkenen Bilanzsumme (Vorjahr 161,8 Mio. €) ab. Dies entspricht einem Rückgang von rd. 3,8 %.

Bedingt durch die planmäßige Tilgung der langfristigen Ausleihungen reduzierten sich die Finanzanlagen im Berichtsjahr geringfügig um 0,3 Mio. € auf 140,9 Mio. € und haben somit einen Anteil von 90,6 % an der Bilanzsumme. Das Umlaufvermögen ging hingegen signifikant zurück, da infolge höherer Vorauszahlungen aus der Verlustübernahme 2021 die Flüssigen Mittel zum 31.12.2021 im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Mio. € auf 0,9 Mio. € deutlich gesunken sind. Das Eigenkapital der Gesellschaft verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr infolge des Jahresfehlbetrages 2021 in Höhe von 2,2 Mio. € und der erhaltenen Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 1,7 Mio. € von der Stadt Paderborn insgesamt auf 103,3 Mio. € (Vorjahr: 103,8 Mio. €) nur geringfügig. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich zum Bilanzstichtag, aufgrund der dargestellten Bilanzsummenverkürzung, auf 66,4 % gegenüber 64,2 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft kann damit nach wie vor als gut bezeichnet werden.

Die Rückstellungen reduzierten sich zum 31.12.2021 deutlich auf 2,9 Mio. €, da insbesondere die Steuerrückstellungen in Anspruch genommen wurden.

Weiterhin prägend für den Bestand der Verbindlichkeiten sind die im Zusammenhang mit der im Jahre 2013 erfolgten Aufstockung der Beteiligung an der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG aufgenommenen Darlehen. Aufgrund der planmäßigen Tilgung der bestehenden Darlehensverpflichtungen sind die Verbindlichkeiten um 3,4 Mio. € auf 49,4 Mio. € zurückgegangen und betragen nunmehr 31,7 % der Bilanzsumme. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse in Höhe von 0,7 Mio. € betreffen die eigenen Aktivitäten Wärmeversorgung, Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen und kaufmännischen Dienstleistungen. Sie liegen leicht über dem Vorjahresniveau. Unter Einbeziehung des damit im Zusammenhang stehenden Materialaufwands und den sonstigen betrieblichen Erträgen ergab sich ein moderat gestiegenes Rohergebnis.

Mit der Holdingfunktion - einer Zusammenfassung von Beteiligungen an Versorgungsunternehmen, des öffentlichen Personennahverkehrs und einer Bädergesellschaft - wurde in der Vergangenheit neben der einheitlichen Steuerung erfolgreich das Ziel verfolgt, auf Ebene der PKB einen Ergebnisausgleich herzustellen. Diese vollständige Verlustverrechnung war im Geschäftsjahr 2021 nicht mehr möglich und wird vermutlich auch in Zukunft nicht in Gänze zu erfüllen sein. Im Vergleich zu den Vorjahren stieg insbesondere das Defizit der PaderSprinter GmbH deutlich an, so dass sich die Aufwendungen aus der Verlustübernahmen insgesamt auf 11,4 Mio. € belaufen (Vorjahr 8,8 Mio. €). Da im Berichtsjahr das Ergebnis aus der Westfalen Weser Energie GmbH Co. KG um 1,0% rückläufig war, die anderweitigen abgeführten Gewinne aber leicht zunahmen, kam es zu einem geringfügigen Anstieg der Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungen auf 11,3 Mio. €.

Der Jahresfehlbetrag baute sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mio. € auf 2,2 Mio. € auf. Damit wurde der im Wirtschaftsplan des Vorjahres prognostizierte Jahresfehlbetrag mit 0,3 Mio. € deutlich überschritten. Die vorstehend aufgeführten eigenen wirtschaftlichen Betätigungen der Gesellschaft treten gegenüber den Beteiligungserträgen deutlich in den Hintergrund, tragen aber dennoch positiv zum Unternehmensergebnis bei.

Gesamtaussage

Die auf der Ertragsseite kontinuierliche Einnahmesituation ist aktuell und auf mittelfristige Sicht nicht mehr ausreichend, um die Verlustübernahmeverpflichtungen - insbesondere durch die steigenden ÖPNV-Defizite - vollständig zu decken. Daher wird die Gesellschaft zur Sicherstellung der Liquidität für einen noch nicht abschätzbaren Zeitraum auf externe Mittelzuflüsse angewiesen sein.

Prognosebericht

Die PKB wird im Geschäftsjahr 2022 Einlagen in die Kapitalrücklage der Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH, einer 100 %igen Tochtergesellschaft, in Höhe von voraussichtlich 8,0 Mio. € leisten. Diese werden durch Einlagen in die Kapitalrücklage der PKB durch die Stadt Paderborn finanziert. Zusätzlich wird die Stadt Paderborn zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Sicherstellung der Liquidität weitere Einlagen in die Kapitalrücklage in Höhe von voraussichtlich 6,5 Mio. € leisten. Für das Geschäftsjahr 2022 rechnet die Geschäftsführung mit leicht steigenden Umsatzerlösen aus dem Bereich der Wärmelieferung. Diese positive Entwicklung wird durch die steigenden Materialaufwendungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, insbesondere die externen Beratungskosten, vollständig aufgezehrt. Die geplanten Beteiligungserträge bewegen sich auf Vorjahresniveau. Gleichzeitig werden aber die erneut steigenden Aufwendungen aus der Verlustübernahme, insbesondere des PaderSprinters, durch die Erträge aus Gewinnabführungen und den Beteiligungserträgen vollständig kompensiert. Die Planung für das Geschäftsjahr 2022 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,8 Mio. € aus.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Aufgrund der im Rahmen des Klimawandels weiter zunehmenden Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs wird das Defizit der PaderSprinter GmbH in den kommenden Jahren vermutlich weiter zunehmen. Langfristig wird die Gesellschaft -alleine- nicht in der Lage sein, mit Beteiligungserträgen und eigenen Erlösen die Verlustausgleichsverpflichtungen vollständig zu erfüllen. Zu berücksichtigen sind dabei auch die eigenen Zahlungsverpflichtungen aus bestehenden Verbindlichkeiten. Andererseits gehen wir davon aus, dass die Ertragslage der Versorgungsunternehmen, an denen Beteiligungen bestehen, mittelfristig unverändert bleiben wird und somit langfristig für eine stabile Erlössituation sorgen wird.

Inwieweit sich die aktuelle Corona-Krise auf die Lage der Gesellschaft und ihrer Beteiligungen auswirken wird, lässt sich derzeit noch nicht abschließend beurteilen. Annähernd sicher ist jedoch davon auszugehen, dass sich die zu übernehmenden Verluste im Geschäftsjahr 2022, insbesondere aus der Beteiligung an der PaderSprinter GmbH, auf einem vergleichbar hohen Niveau belaufen werden.

4.10.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der PKB GmbH ist Herr Dipl.-Kfm. Bernhard Hartmann, Kämmerer der Stadt Paderborn.

Gesellschafterversammlung: Ltd. Kreisrechtsdirektorin Annette Mühlenhoff für den Gesellschafter Kreis Paderborn und Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor Rudolf Oberließen für die Gesellschafterin Stadt Paderborn.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht neben den geborenen Mitgliedern (Bürgermeister der Stadt Paderborn) aus 17 weiteren stimmberechtigten Mitgliedern. Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der PKB GmbH ist Kämmerer Herr Tiemann.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats zum 31.12.2021:

| lfd. Nr. | Name |
|----------|-----------------------|
| 1. | Dreier, Michael |
| 2. | Mertens, Markus |
| 3. | Scherhans, Catharina |
| 4. | Borgmeier, Reinhard |
| 5. | Bürger, Markus |
| 6. | Dülme, Matthias |
| 7. | Grabenstroer, Carsten |
| 8. | Henze, Franz-Josef |
| 9. | Honervogt, Dietrich |
| 10. | Hoppe, Stephan |
| 11. | Kemper, Andreas |
| 12. | Koch, Ulrich |
| 13. | Konersmann, Ludger |
| 14. | Rittmeier, Florian |
| 15. | Schaefer, Bernhard |
| 16. | Schröder, Dr. Klaus |
| 17. | Senn, Alexander |
| 18. | Tiemann, Ingo |

4.10.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 5,55 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.10.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.10.14 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

| | Name und Sitz der Gesellschaft | Anteil am Kapital | Jahresergebnis |
|---|---|-------------------|----------------|
| | unmittelbare Beteiligung | % | T€ |
| 1 | Wasserwerke Paderborn GmbH | 82,027 | 0,0 * |
| 2 | PaderBäder GmbH, Paderborn | 100,00 | 0,0 * |
| 3 | PaderSprinter GmbH, Paderborn | 100,00 | 0,0 * |
| 4 | Stadtwerke Paderborn GmbH | 100,00 | 0,0 * |
| 5 | Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH | 100,00 | -117,6 |
| 6 | Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG Paderborn | 20,429 | 40.701,5 |
| 7 | BePa Windkraft GmbH & Co. KG, ** Paderborn | 45,506 | 162,4 |
| 8 | Wärmeservice Paderborn GmbH, ** Paderborn | 50,00 | -4,6 |
| | mittelbare Beteiligung beteiligt über | | |

| | | | |
|----|--|--------|-------|
| 9 | Wassernetz-Servicegesellschaft mbH | 50,00 | 37,0 |
| 10 | Egge-Wasserwerke GmbH, Paderborn | 33,3 | 0,0 |
| 11 | Gemeinschaftswasserwerke Boker-Heide GmbH, Paderborn | 33,3 | 0,0 |
| 12 | Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn | 100,00 | 0,0 * |

* es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

** den Angaben liegt der Jahresabschluss zum 31.12.2020 zugrunde

4.11 Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH i. L.

4.11.1 Basisdaten

Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH (VKA-Westfalen)

c/o DSW21

Deggingstraße 40

44141 Dortmund

Tel.:0231/50-26045, Fax: 0231/50-27148, Internet: www.vka-rwe.de

Gründungsdatum: 1968

4.11.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen.

4.11.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft leistet insbesondere im kommunalen Raum Aufklärung in energiewirtschaftlichen Fragen für ihre Anteilseigner.

4.11.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 31.720,00 € und ist aufgeteilt in 116 Stammeinlagen zu je 260,00 € sowie 3 Stammeinlagen zu je 520,00 €. Die Gesellschafter Dortmund Stadtwerke AG und Stgadtwerke Herne AG halten jeweils vier Geschäftsanteile zu 260,00 €. Die übrigen 19 Gesellschafter halten zum 31.12.2020 jeweils zwei Geschäftsanteile zu 260,00 €.

Die Vka-Westfalen hält zum Bilanzstichtag 70 eigene Geschäftsanteile zu 260,00 € und drei Geschäftsanteile zu 520,00 €. Der Nennwert dieser Anteile wird in der Bilanz offen vom Stammkapital abgesetzt.

Der Kreis Paderborn ist mit 520,00 € an der Vka-Westfalen beteiligt.

4.11.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.11.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| | 2020 | zum 30.06.2021 | zum 30.06.2022 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--------------------------------------|------------------|-------------------|-------------------|---|
| Aktiva | | | | |
| A. Anlagevermögen | 9.197,58 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstand | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| II. Sachanlagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| III. Finanzanlagen | 9.197,58 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 25.937,97 | 41.191,07 | 39.930,30 | -2 |
| I. Vorräte | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| II. Forderungen | 136,09 | 141,62 | 141,62 | 0 |
| III. Wertpapiere | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| IV. Flüssige Mittel | 25.801,88 | 41.049,45 | 39.788,68 | -2 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Aktiva | 35.135,55 | 41.191,07 | 39.930,30 | -2 |
| Passiva | | | | |
| A. Eigenkapital | 35.108,64 | 41.191,07 | 39.930,30 | -2 |
| I. Stammkapital | 31.720,00 | 31.720,00 | 31.720,00 | 0 |
| ./. Nennbetrag eigener Anteile | 19.760,00 | 19.760,00 | 19.760,00 | 0 |
| Ausgegebenes Kapital | 11.960,00 | 11.960,00 | 11.960,00 | 0 |
| II. Kapitalrücklage | 9.280,24 | 7.028,64 | 13.111,07 | 0 |
| III. Gewinnrücklagen | 16.120,00 | 16.120,00 | 16.120,00 | 0 |
| IV. Verlustvortrag | -454,02 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| V. Jahresfehlbetrag/-überschuss | -1.797,58 | 6.082,43 | -1.260,77 | -1 |
| B. Rückstellungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| C. Verbindlichkeiten | 26,91 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Passiva | 35.135,55 | 41.191,07 | 39.930,30 | -2 |

4.11.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | zum 30.06.2021 | zum 30.06.2022 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|------------------|-------------------|-------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 2. Bestandsveränderungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 3. andere aktivierte Eigenleistungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 4. sonstige Erträge | 0,00 | 6.971,82 | 0,00 | -7 |
| 4.1 Dividende | 516,00 | 537,00 | 0,00 | -1 |
| 4.2 sonstige betriebliche Erträge | 0,00 | 6.434,82 | 0,00 | -6 |
| 5. Materialaufwand | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 6. Personalaufwand | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 7. Abschreibungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 8. sonstige betriebliche Aufwendungen | 2.313,58 | 889,39 | 1.260,77 | 0 |
| 9. Erträge aus Beteiligungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 10. Erträge aus anderen Wertpapieren | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 12. Abschreibungen auf Finanzanlagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | -1.797,58 | 6.082,43 | -1.260,77 | -7 |
| 15. Außerordentliches Ergebnis | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 17. Sonstige Steuern | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 18. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | -1.797,58 | 6.082,43 | -1.260,77 | -7 |

4.11.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | zum 30.06.2022 | zum 30.06.2021 | 2020 |
|--------------------------|-------------------|-------------------|------|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 100 | 100 | 100 |
| Eigenkapitalrentabilität | -3 | 15 | -5 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 0 | 0 | 382 |
| Verschuldungsgrad | 0 | 0 | 0 |
| Umsatzrentabilität | 0 | 0 | 0 |

4.11.9 Personalbestand

Herr Thorsren Bittermann (Stadt Dortmund) wurde in der Gesellschafterversammlung vom 24.11.2020 als alleiniger Liquidator und Vertreter der Gesellschaft bestellt. Neben dem Liquidator beschäftigte die Vka GmbH im Jahr 2021 kein weiteres Personal.

4.11.10 Geschäftsentwicklung

Bei der Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH handelt es sich um eine Kleinstkapitalgesellschaft nach § 267a HGB. Von den handelsrechtlich zulässigen Erleichterungen im Rahmen der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wird Gebrauch gemacht.

Die Gesellschafterversammlung stellte im schriftlichen Verfahren vom 10.08.2021 den Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 01.01.2021 bis 30.06.2021 fest und genehmigte den Geschäftsbericht für das Rumpfgeschäftsjahr 01.01.2021 bis 30.06.2021. Sie beschloss ferner, den Jahresüberschuss in Höhe von

6.082,43 € mit der Kapitalrücklage zu verrechnen. Der Geschäftsführung wurde Entlastung für das Rumpfgeschäftsjahr 01.01.2021 bis 30.06.2021 erteilt.

Zudem hat auf der Grundlage des am 24.11.2020 gefassten Liquidationsbeschlusses die Gesellschafterversammlung die Liquidationseröffnungsbilanz zum 01.07.2021 nebst erläuterndem Bericht im schriftlichen Verfahren vom 10.08.2021 beschlossen.

Die Anmeldung der Auflösung ins Handelsregister zum 30.06.2021 sowie die Bekanntmachung der Auflösung im Bundesanzeiger wurden veranlasst. Stille Reserven sind in den Vermögenswerten der Gesellschaft nicht erkennbar. Wesentliche Liquidationserlöse sind nicht zu erwarten. Die Liquidation soll in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 abgeschlossen werden, so dass nach Ablauf des Sperrjahres die Schlussvermögensauskehrung an die Gesellschafter erfolgen kann.

4.11.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Herr Thorsren Bittermann (Stadt Dortmund) wurde in der Gesellschafterversammlung vom 24.11.2020 als alleiniger Liquidator und Vertreter der Gesellschaft bestellt.

Gesellschafterversammlung / Gesellschafterausschuss

| Mitglied | |
|---------------------|---|
| Wolfgang Gurowietz | Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG |
| Uwe Waßmann | Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG |
| Hendrik Berndsen | Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG |
| Thomas Westphal | Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG (Vorsitzender) |
| Guntram Pehlke | Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG |
| Jörg Jacoby | Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG |
| Hans-Wolfgang Neige | Stadt Herne/Stadtwerke Herne AG |
| Dr. Karl Schneider | Hochsauerlandkreis |
| Peter Brandenburg | Hochsauerlandkreis |
| Christoph Rüter | Kreis Paderborn |
| Dr. Martin Sommer | Kreis Steinfurt |
| Dr. Olaf Gericke | Kreis Warendorf |
| Martin Püschel | Stadt Lünen |
| Lars König | Stadt Witten |
| Matthias Löb | Landschaftsverband Westfalen-Lippe |
| Dr. Georg Lunemann | Landschaftsverband Westfalen-Lippe |

4.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung Essen

4.12.1 Basisdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung (VKA)

Rüttenscheider Str. 62

45130 Essen

Tel.:0201/243439, Fax: 0201/222974, Internet: www.vka-rwe.de

Beteiligungsjahr: 2021

4.12.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge..

4.12.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Handlungen vorzunehmen und alle geschäftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen.

4.12.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 127.822,97 €. Der Kreis Paderborn ist mit 511,29 € (=0,40 %) an der Vka-Westfalen beteiligt.

4.12.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 hat der Kreis Paderborn die Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 511,29 € an die Vka gezahlt.

4.12.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 30.06.2020 | 30.06.2021 |
|---|-------------------|-------------------|
| Aktiva | | |
| A. Anlagevermögen | 146.156,68 | 101.574,37 |
| I. Sachanlagen | 1.214,55 | 978,24 |
| II. Finanzanlagen | 144.942,13 | 100.596,13 |
| B. Umlaufvermögen | 121.666,45 | 87.000,90 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 10.735,99 | 8.826,83 |
| IV. Guthaben bei Kreditinstituten | 110.930,46 | 78.174,07 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 2.440,00 | 2.455,00 |
| Summe Aktiva | 270.263,13 | 191.030,27 |
| Passiva | | |
| A. Eigenkapital | | |
| I. Gezeichnetes Kapital | 127.822,97 | 127.822,97 |
| ./. Nennbetrag eigener Anteile | -26.623,12 | -38.981,03 |
| Ausgegebenes Kapital | 101.199,85 | 88.841,94 |
| II. Kapitalrücklage | 2.288.084,68 | 185.808,00 |
| III. Gewinnrücklagen Ausgleichsrücklage | 400.000,00 | 0,00 |
| IV. Bilanzverlust | -2.670.365,29 | -170.269,45 |
| | 118.919,24 | 104.380,49 |
| B. Rückstellungen | 9.900,00 | 10.400,00 |
| C. Verbindlichkeiten | 141.443,89 | 76.249,78 |
| Summe Passiva | 270.263,13 | 191.030,27 |

4.12.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2019/2020 | 2020/2021 |
|--|----------------------|--------------------|
| 1. Sonstige Erträge | 40.659,13 | 80674 |
| 2. Personalaufwand | 222.215,75 | 222.759,82 |
| a) Gehälter | 196.221,33 | 196908,14 |
| b) Soziale Abgaben | 25.994,42 | 25851,68 |
| 3. Abschreibung auf Sachanlagen | 487,93 | 236,31 |
| 4. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 60.023,54 | 58381,71 |
| 5. Erträge aus anderen Wertpapieren | 18.470,00 | 12715 |
| 6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 44,00 | 0 |
| 7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 396,75 | 0 |
| 8. Ergebnis nach Steuern | -223.950,84 | -187.988,84 |
| 9. Jahresfehlbetrag | -223.950,84 | -187.988,84 |
| 10. Verlustvortrag aus dem Vorjahr | -2.446.414,45 | -2.670.365,29 |
| 11. Entnahmen aus der Kapitalrücklage | 0,00 | 2.288.084,68 |
| 12. Entnahme aus Gewinnrücklagen/Ausgleichsrücklage | 0,00 | 400.000,00 |
| 13. Bilanzverlust | -2.670.365,29 | -170.269,45 |

4.12.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | zum 30.06.2021 | zum 30.06.2020 | Verände- rung |
|--------------------------|-------------------|-------------------|------------------|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 55 | 44 | 11 |
| Eigenkapitalrentabilität | -180 | -188 | 8 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 178 | 178 | 0 |
| Verschuldungsgrad | 83 | 127 | -44 |
| Umsatzrentabilität | #DIV/0! | #DIV/0! | |

4.12.9 Personalbestand

Der Personalaufwand umfasst die Vergütung an die Geschäftsführung und Prokuristen sowie an einen weiteren Mitarbeiter einschließlich Sozialabgaben. Die Gesellschaft hat ohne die beiden Geschäftsführer durchschnittlich drei (VJ: 4) Arbeitnehmer beschäftigt.

4.12.10 Geschäftsentwicklung

Gegenstand und Finanzierung der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen Fragen ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, dem RWE, anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden können. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führt die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital mindern. Die Fehlbeträge werden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt werden, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen.

Für das Geschäftsjahr 2020/2021 war es deshalb zur Sicherung der Liquidität wieder notwendig, Allianz-Aktien zu verkaufen.

Im Geschäftsjahr konnte die geplante Zusammenführung der beiden Vka-Verbände umgesetzt werden. Die Gesellschafterversammlung hat hierzu am 24.11.2020 einen Grundsatzbeschluss gefasst und die Anpassung des Gesellschaftsvertrages und der Bilanzstruktur sowie den Abschluss einer Vereinbarung mit der Vereinigung kommunaler RWE-Aktionäre Westfalen GmbH beschlossen. Als weitere Konsequenz dieser „Fusion“ hat die Gesellschafterversammlung am 27.04.2021 personelle Veränderungen in der Geschäftsführung beschlossen. Der bisherige Geschäftsführer Ernst Gerlach ist mit Ablauf des 30.06.2021 ausgeschieden, als Nachfolger wurde zum 01.07.2021 Herr Udo Mager zum Geschäftsführer bestellt.

Am 15.06.2021 und mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 sind die vom Vka selbst gehaltenen Geschäftsanteile mit einem Gesamtvolumen von € 38.981,03 an Gesellschafter der Vka Westfalen verkauft worden. Außerdem sind an diesem Tag weitere fünf Geschäftsanteile im Gesamtnennwert von € 3.149,58 von „Altgesellschaftern“ an Gesellschafter der Vka Westfalen mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 verkauft worden. Diese insgesamt € 42.130,61 entsprechen einem Anteil von 32,96 % am Stammkapital von € 127.822,97. Zum 01.07.2021 hat der Vka damit insgesamt 78 Gesellschafter.

Mit den von den Gesellschaftern gefassten Beschlüssen, dem Abschluss der Vereinbarung und dem Verkauf von Geschäftsanteilen an Gesellschafter der Vka Westfalen wird die Basis der Finanzierung des Vka ab dem Geschäftsjahr 2021/2022 verbreitert. Nunmehr zahlen die

„Altgesellschafter“ und die neu hinzugekommenen Gesellschafter jeweils jährlich einen Vor- bzw. Nachschuss von € 120.000. Diese vereinbarte Zahlungsmodalität ist auf drei Jahre befristet. In dieser Zeit hat die Geschäftsführung ein Konzept zur Aufwandsreduzierung auf maximal € 240.000 vorzulegen, damit eine auskömmliche Finanzierung des Vka ab dem Geschäftsjahr 2024/2025 gewährleistet ist. Die bis dahin auftretenden Liquiditätslücken werden von den „Alt-Gesellschaftern“ getragen; hierfür ist der Verkauf von Allianz-Aktien vorgesehen.

Wird der von den Gesellschaftern zu zahlende Vor- bzw. Nachschuss von € 240.000 den vereinnahmten RWE-Dividenden für 2020 gegenübergestellt, entspricht er einem Anteil von 0,29 %.

Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Finanzanlagen und das Guthaben bei Kreditinstituten. Die Finanzanlagen auf der Aktivseite verringerten sich durch die zur Liquiditätssicherung notwendigen Aktienverkäufe von T€ 145 auf T€ 101. Bei den Guthaben bei Kreditinstituten sind in den ausgewiesenen T€ 78 bereits für das Geschäftsjahr 2021/2022 angeforderte Vorschüsse der Gesellschafter von T€ 43 (Vorjahr T€ 135) und Erlöse aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen in Höhe von T€ 28 enthalten. Die frühzeitige Anforderung der Vorschüsse für das neue Geschäftsjahr erfolgte zur Sicherung der Liquidität. Insgesamt führte dieses zu einer Verringerung der sonstigen Verbindlichkeiten um T€ 65 auf T€ 76 bei gleichzeitiger Verminderung des Eigenkapitals um T€ 15 auf T€ 104 auf der Passivseite.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen 1.300 Allianz- Aktien sowie 500 E.ON SE Aktien. Diese wurden erworben, um auch nach der Neustrukturierung von RWE und E.ON die kommunalen Interessen vertreten zu können. Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens ist zum 30. Juni 2021 mit T€ 101 in der Bilanz ausgewiesen.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2021 auf T€ 104 (30. Juni 2020: T€ 119). Es wurde durch Vorschüsse/Nachschüsse der Gesellschafter i. H. v. T€ 186 (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 54,6 % (30. Juni 2020: 44 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2020/2021 ein Jahresfehlbetrag von T€ 188, der das Eigenkapital in der Differenz entsprechend gemindert hat. Im Geschäftsjahr 2020/21 wurden weitere eigene Geschäftsanteile in Höhe von insgesamt € 12.357,91 von Gesellschaftern zurückerworben. Der Rückerwerb erfolgte zu Nominalwerten der Anteile. Durch den anschließenden Verkauf der selbst gehaltenen

Geschäftsanteile in Höhe von insgesamt T€ 39 konnte ein langwieriges und kompliziertes Verschmelzungsverfahren vermieden werden. Basierend auf dem Beschluss der Gesellschafter vom 24.11.2020 wurden der zum 30. Juni 2020 vorhandenen Kapital – bzw. Ausgleichsrücklage T€ 2.288 bzw. T€ 400 entnommen.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr durch den Verkauf von 600 Allianz-Aktien verbessert. Der in diesem Zusammenhang realisierte Buchgewinn von rd. T€ 81 trug dazu bei, dass sich der Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr um T€ 36 auf T€ 188 verringert hat.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen T€ 13 (2019/20: T€ 18) und resultieren aus Dividendenzahlungen der Allianz-Versicherung sowie der E.ON SE. Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2020/21 jederzeit sichergestellt.

Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip.

Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft auch in Zukunft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die Finanzierung der Gesellschaft auch zukünftig durch die Gesellschafter erfolgt. Die Weichen für eine auskömmliche Finanzierung sind – wie bereits ausgeführt – gestellt.

In 2021 hat die RWE AG eine Dividende für 2020 in Höhe von € 0,85 pro Aktie gezahlt (für 2019 je Aktie € 0,80). In Zukunft soll sich die RWE-Dividende entsprechend dem Ergebniswachstum entwickeln.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des Vka unverändert die gemeinsame und gebündelte Interessenvertretung ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch weiterhin Gesellschafter ihre RWE-Aktien verkaufen und aus dem Vka auszuscheiden. Die Geschäftsführung stuft diese Entwicklung als ein latentes Risiko ein.

In der zum 01.07.2021 erfolgten Zusammenführung der beiden Vka-Verbände wird – neben einer angestrebten auskömmlichen Finanzierung des Vka – aber auch die Chance gesehen, dass mit den von den 78 Gesellschaftern gehaltenen RWE-Aktien von rd. 15 % am RWE-Konzern eine stärkere Interessenwahrnehmung gegenüber RWE erfolgen kann. Dieses erst recht vor dem Hintergrund der erfolgten

Auflösung der RW Holding AG. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit weiter stärken. Über regelmäßige Meetings, Veranstaltungen sowie über Rundschreiben werden die Gesellschafter kontinuierlich über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns informiert.

Weitere positive Aspekte und damit Chancen werden in der Neuaufstellung von RWE und E.ON gesehen. Nach wie vor sind die Kommunen größter Aktionär bei RWE und begleiten somit einen großen Teil der Energiewende. Aufgrund des Übergangs des Netzgeschäftes auf den E.ON Konzern sind die Kommunen in Zukunft Partner dieses neu aufgestellten Unternehmens. Um hier die Interessen der Gesellschafter wirksam zu vertreten, sind frühzeitig Gespräche mit den Verantwortlichen von E.ON aufgenommen und damit die wichtige Rolle der Kommunen in der Energieversorgung noch einmal verdeutlicht worden. Ziel ist, ähnliche Partnerschaftsstrukturen wie bei RWE bzw. der früheren innogy einzurichten. Durch die Gespräche ist es gelungen, ähnlich wie bei der RWE AG auch im E.ON Konzern eine Beratungsstruktur aufzubauen, die es ermöglicht, die kommunalen Interessen auch bei E.ON SE zu verfolgen.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen. Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

Ausblick

Ab dem Geschäftsjahr 2024/2025 geht die Geschäftsführung davon aus, dass die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft aus den von Gesellschaftern zu zahlenden Vorschüssen/Nachschüssen gedeckt werden können. Für das Geschäftsjahr 2021/22 erwartet die Geschäftsführung einen Jahresfehlbetrag, der in etwa auf dem Niveau der Vorjahre liegen wird. Wesentliche Erträge sind nicht zu erwarten. Die sonstigen Kosten des Geschäftsapparates werden sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2020/21 im Rahmen der allgemeinen Kostenentwicklung bewegen. Auf Basis der integrierten Liquiditätsplanung, die die Finanzierung der Gesellschaft bis Ende Oktober 2022 abbildet, wird vor allem aufgrund der erfolgten Veräußerung der selbst gehaltenen Geschäftsanteile ein Verkauf von Allianz-Aktien allein aus Gründen der Liquiditätssicherung voraussichtlich nicht erforderlich sein.

4.12.11 Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

| Ifd. Nr. | Name | |
|----------|-----------------------------------|-----------------------------|
| 1. | Landrat a.D. Peter Ottmann | Nettetal |
| 2. | Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach | Oberhausen (bis 30.06.2021) |
| 3. | Dipl.-Verwaltungswirt Udo Mager | Dortmund (ab 01.07.2021) |

Mitglieder des Verwaltungsrates sind:

| Ifd. Nr. | Name | |
|----------|--|-------------------------------|
| 1. | Landrat Günther Schartz (Vorsitzender) | Landkreis Trier-Saarburg |
| 2. | Oberbürgermeister Bernd Tischler | Stadt Bottrop (ab 25.11.2020) |

| | | |
|-----|--|---|
| | (1. stellv. Vorsitzender) | |
| 3. | Bürgermeister Rudolf Bertram (1. stellv. Vorsitzender) | Stadt Escchweiler (bis 31.10.2020) |
| 4. | Landrat Sven-Georg Adenauer (2. stellv. Vorsitzender) | Kreis Gütersloh (bis 27.04.2021) |
| 5. | Präsident Michael Breuer | Rheinischer Sparkassen- und Giroverband |
| 6. | Vorstand Thomas Gäng | Stadtsparkasse Oberhausen |
| 7. | Landrat Thomas Hendele | Kreis Mettmann |
| 8. | Oberbürgermeister Burghard Mast-Weisz | Stadt Remscheid |
| 9. | Landrat Dr. Jürgen Pföhler | Landkreis Ahrweiler |
| 10. | Oberbürgermeister Ulrich Scholten | Stadt Mülheim an der Ruhr (bis 06.10.2020) |
| 11. | Landrat Wolfgang Spelthan | Kreis Düren |

4.12.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern null Frauen an (Frauenanteil 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.12.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.13 Interargem GmbH

4.13.1 Basisdaten

Interargem GmbH
Schelpmilser Weg 30
33609 Bielefeld

Tel.:0521/3398-0, Fax: 0521/3398-199, Internet: www.interargem.de
Gründungsdatum: 22. März 1996

4.13.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft sind Entsorgungsgeschäfte aller Art, insbesondere Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen, Klärschlamm und sonstigen Reststoffen durch thermische Behandlung, Deponierung und Kompostierung sowie das gesamte Stoffstrommanagement, sowie damit zusammenhängende Geschäfte. Mit dem Unternehmensgegenstand verfolgt die Gesellschaft gleichzeitig einen öffentlichen Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes mittelbar und unmittelbar geeignet sind. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Gesellschaft unmittelbar selbst oder mittelbar über Tochtergesellschaften tätig werden und sich anderer Unternehmen bedienen, insbesondere kann sie sich zur Erreichung des Gesellschaftszweckes an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder Tochterunternehmen gründen.

4.13.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Interargem GmbH betreibt über ihre Tochterfirmen MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH Müllverbrennungsanlagen in Bielefeld und Hameln. In diesen werden die im Kreisgebiet anfallenden Abfälle entsorgt. Die Beteiligung an der Gesellschaft dient daher der Sicherstellung der Entsorgungspflichten des Kreises Paderborn und eröffnet die Möglichkeit zur Einflussnahme mit dem Ziel möglichst geringer Entsorgungskosten und somit niedriger Abfallgebühren.

4.13.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.200.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

| Gesellschafter | Einlage (EUR) | Anteil (%) |
|---|---------------------|---------------|
| Stadtwerke Bielefeld GmbH, Bielefeld | 1.668.500,00 | 75,84 |
| Kreis Herford | 115.500,00 | 5,25 |
| Kreis Lippe | 99.700,00 | 4,53 |
| Kreis Höxter | 71.000,00 | 3,23 |
| Kreis Paderborn | 66.000,00 | 3,00 |
| GWS Stadtwerke Hameln GmbH, Hameln | 28.000,00 | 1,27 |
| Samtgemeinde Nienstädt | 23.000,00 | 1,05 |
| HVV Herforder Versorgungs- und Verkehrs-Beteiligungs-GmbH, Herford | 22.000,00 | 1,00 |
| AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Georgsmarienhütte | 22.000,00 | 1,00 |
| Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke, Minden | 22.000,00 | 1,00 |
| Gemeinde Hiddenhausen | 13.600,00 | 0,62 |
| GEG Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH, Gütersloh | 11.000,00 | 0,50 |
| Eissport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH, Soest | 11.000,00 | 0,50 |
| Abfallwirtschaftsgesellschaft Landkreis Schaumburg GmbH, Stadthagen | 9.400,00 | 0,43 |
| Landkreis Hameln-Pyrmont | 6.000,00 | 0,27 |
| Abwasserverband Auetal | 3.600,00 | 0,16 |
| Gemeinde Kirchlengern | 3.300,00 | 0,15 |
| Stadt Löhne | 2.200,00 | 0,10 |
| Entwicklungsgesellschaft SG Sachsenhagen mbH, Sachsenhagen | 2.200,00 | 0,10 |
| | 2.200.000,00 | 100,00 |

4.13.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Anteilswerb erfolgte durch den AV.E-Eigenbetrieb, sodass Ausschüttungen (rd. 360 T€ brutto) direkt beim AV.E-Eigenbetrieb vereinnahmt werden. Unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises Paderborn bestehen nicht.

4.13.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--------------------------------------|-----------------------|-----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 114.515.635,52 | 150.496.774,52 | 35.981 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 58.692,00 | 38.868,00 | -20 |
| II. Sachanlagen | 3.560,00 | 4.523,00 | 1 |
| III. Finanzanlagen | 114.453.383,52 | 150.453.383,52 | 36.000 |
| B. Umlaufvermögen | 49.930.497,92 | 52.593.906,10 | 2.663 |
| I. Forderungen | 43.833.779,63 | 34.314.503,14 | -9.519 |
| II. Guthaben bei Kreditinstituten | 6.096.718,29 | 18.279.402,96 | 12.183 |
| Summe Aktiva | 164.446.133,44 | 203.090.680,62 | 38.645 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 156.772.942,18 | 165.887.691,90 | 9.115 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 2.200.000,00 | 2.200.000,00 | 0 |
| II. Kapitalrücklage | 111.696.101,84 | 111.696.101,84 | 0 |
| III. Gewinnrücklagen | 25.874.561,17 | 30.876.840,34 | 5.002 |
| IV. Bilanzgewinn | 17.002.279,17 | 21.114.749,72 | 4.112 |
| B. Rückstellungen | 2.786.171,11 | 4.712.682,90 | 1.927 |
| C. Verbindlichkeiten | 4.888.584,00 | 32.490.305,82 | 27.602 |
| Summe Passiva | 164.447.697,29 | 203.090.680,62 | 38.643 |

4.13.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|----------------------|----------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 8.133.718,60 | 8.079.275,00 | -54 |
| 2. sonstige betriebliche Erträge | 47.387,16 | 79.556,34 | 32 |
| 3. Materialaufwand | 6.456.618,54 | 6.389.918,54 | -67 |
| a) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 6.456.618,54 | 6.389.918,54 | -67 |
| 4. Personalaufwand | 1.024.372,56 | 1.031.669,78 | 7 |
| a) Löhne und Gehälter | 814.479,95 | 836.303,12 | 22 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen | 209.892,61 | 195.366,66 | -15 |
| davon für Altersversorgung | 77.178,02 | 120.391,40 | 43 |
| 5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 17.084,69 | 20.563,02 | 3 |
| 6. sonstige betriebliche Aufwendungen | 123.024,76 | 110.380,72 | -13 |
| 7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen | 25.860.675,57 | 33.025.276,33 | 7.165 |
| davon aus Steuerumlage | 9.021.900,00 | 12.114.670,00 | 3.093 |
| 8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 27.131,00 | 27.179,70 | 0 |
| 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 216.398,56 | 231.909,82 | 16 |
| 10. Ergebnis vor Steuern | 26.231.413,22 | 33.426.845,49 | 7.195 |
| 11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 9.161.362,95 | 12.300.027,40 | 3.139 |
| 12. Ergebnis nach Steuern | 17.070.050,27 | 21.126.818,09 | 4.057 |
| 13. sonstige Steuern | 67.771,10 | 12.068,23 | -56 |
| 14. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 17.002.279,17 | 21.114.749,86 | 4.112 |

4.13.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 82 | 95 | -13 |
| Eigenkapitalrentabilität | 6 | 11 | -5 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 135 | 144 | -9 |
| Verschuldungsgrad | 22 | 5 | 17 |
| Umsatzrentabilität | 261 | 209 | 52 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Bilanzstichtag | 31. Dezember 2021 | 31. Dezember 2020 | Ver- ände- rung (in %) |
|--------------------------|----------------------|----------------------|---------------------------------|
| Abfallmenge (in Tsd. t) | 784,00 | 791,00 | -0,88 |
| Fernwärmeabgabe (in MWh) | 335.684 | 568.711 | -40,97 |
| Stromabgabe (in MWh) | 586.549 | 313.375 | 87,17 |

4.13.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 7 Mitarbeiter (Vj. 7).

4.13.10 Geschäftsentwicklung

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Enertec Hameln GmbH (nachfolgend Enertec Hameln) betreibt in Hameln eine Abfallverbrennungsanlage mit vier Abfallverbrennungslinien, ein Heizkraftwerk mit einem Kessel zur Altholzverstromung sowie ein eigenes Netz zur Fernwärmeversorgung. Mit dem Unternehmensgegenstand der energetischen Verwertung von Abfällen sowie der Bereitstellung von Strom und Fernwärme wird gleichzeitig ein öffentlicher Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge verfolgt.

Alleinige Gesellschafterin der Enertec Hameln ist die Interargem GmbH, die ihrerseits mehrheitlich zur Stadtwerke Bielefeld GmbH (SWB) gehört. Darüber hinaus zählten zum Bilanzstichtag insgesamt achtzehn weitere kommunale Gesellschafter der Region zum mittelbaren Gesellschafterkreis der Enertec Hameln.

Strategie des Unternehmens

Eine unserer wesentlichen strategischen Stoßrichtungen ist die Sicherung und Optimierung unseres Bestandsgeschäftes. Darüber hinaus konzentrieren wir uns auf gezieltes Wachstum in bestehenden und neuen Geschäftsfeldern. Hierbei spielen Kooperationsmodelle mit bekannten und neuen Marktpartnern eine immer wichtigere Rolle. Nachhaltigkeit hat für uns oberste Priorität. Unsere Kunden stehen für uns im Mittelpunkt. Wir richten unser Denken und Handeln konsequent nach ihren Bedürfnissen aus. Auch beschäftigen wir uns intensiv mit der Optimierung interner Prozesse. Die Erarbeitung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie die Verbesserung der Schnittstellen zu unseren Kunden sind die damit verbundene Themenkomplexe.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat sich 2021 vom coronabedingten Einbruch der Wirtschaft im Vorjahr erholen können. Nach Berechnung des statistischen Bundesamtes (Destatis) hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 2,7 % im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Im Jahresverlauf hing die konjunkturelle Entwicklung stark vom Infektionsgeschehen und von den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen ab. Die weitere Corona-Welle und ein Lockdown führten im ersten Quartal zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, dem eine spürbare Erholung im zweiten Vierteljahr folgte. Im dritten Quartal verlor der Aufschwung wegen zunehmender Liefer- und Materialengpässe aber bereits wieder etwas an Kraft.

Die Inflationsrate in Deutschland belief sich nach Angaben des statistischen Bundesamtes auf 3,1 % (Vorjahr 0,5 %). Hierzu trugen insbesondere deutlich gestiegene Energiepreise bei.

Der Entsorgungsmarkt war im Jahresverlauf durch ein unverändert hohes Abfallaufkommen gekennzeichnet. Nach unserer Einschätzung ist dieses bei den Haushaltsabfällen – wie schon im Jahr 2020 - vor allem auf ein gestiegenes Konsumverhalten und verstärktes Arbeiten im Home-Office sowie bei den Gewerbeabfällen auf die Kundenstruktur zurückzuführen. Die gewerbliche Wirtschaft in Ostwestfalen-Lippe und Südniedersachsen wird im Wesentlichen von mittelständischen Unternehmen des Maschinenbaus, der Möbelindustrie, der Automatisierungstechnik und Lebensmittelindustrie geprägt und ist somit sehr breit aufgestellt.

Geschäftliche Entwicklung des Unternehmens

In diesem Marktumfeld konnte in Zusammenarbeit mit den langjährigen und vorwiegend regionalen Kunden erneut eine Vollausslastung der verfügbaren Behandlungskapazitäten in Hameln erzielt werden. Trotz der außergewöhnlichen Umstände ist der Geschäftsverlauf der Enertec Hameln GmbH im Jahr 2021 aus Sicht der Geschäftsführung insgesamt positiv zu bewerten. Geprägt war das Geschäftsjahr maßgeblich durch das Coronavirus-Geschehen, was sich insbesondere auf die Organisation im Unternehmen auswirkte. Die Sorge um die Sicherstellung eines jederzeit störungsfreien Regelbetriebs im Bereich der systemrelevanten Siedlungsabfallentsorgung verlangte eine Vielzahl von Schutzmaßnahmen für Mitarbeiterinnen, Anlieferer und Partnerfirmen. Gerade die Dynamik der Veränderungen im Laufe des Jahres machten immer wieder Anpassungen erforderlich.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten in Hameln standen vor allem die Gewährleistung eines kontinuierlichen und störungsarmen Anlagenbetriebs sowie eine jederzeitige Sicherstellung der Fernwärmeversorgung. So wurde durch eine vorausschauende und schonende Fahrweise eine gute Verfügbarkeit der einzelnen Verbrennungslinien erreicht. Darüber hinaus konnte bei einem marktbedingt hohen Abfallaufkommen in Verbindung mit dem seit Jahren erfolgreich praktizierten Verbundbetrieb mit der MVA Bielefeld eine Vollausslastung der verfügbaren Behandlungskapazität erzielt werden. Die verbrannte Abfallmenge lag aufgrund der Revisionszyklen der Verbrennungslinien etwas unter dem Vorjahresniveau. Darüber hinaus mussten wir im Februar 2021 im Zusammenhang mit einem Wintereinbruch aus logistischen Gründen auf ausbleibende Abfallanlieferungen reagieren. Da die Verbrennungslinien ansonsten voll ausgelastet waren konnte der verlorene Abfalldurchsatz von 1,7 Tsd. t nicht mehr aufgeholt werden.

Die bei der Abfallverbrennung freiwerdende Energie wird in Kraft-Wärme-Kopplung zur Erzeugung von Strom und Fernwärme genutzt, wobei die Wärmeenergie über ein eigenes Netz an private Haushalte, kommunale Einrichtungen sowie Industrie- und Gewerbebetriebe in Hameln geliefert wird. Die Lieferungen an Industrie- und

Gewerbekunden sowie die Haushalte sind in 2021 gegenüber dem Vorjahr gestiegen, so dass der Fernwärmeabsatz der Enertec mit insgesamt 222 GWh leicht über dem Niveau von 2020 liegt.

Neben der Stromerzeugung aus der Abfallverbrennung wird in Hameln ein Kessel zur Altholzverstromung nach den Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) betrieben. Die so erzeugte Strommenge lag leicht über dem Vorjahresniveau, der aus der Abfallverbrennung erzeugte Strom blieb aufgrund des geringeren Abfalldurchsatzes sowie dem höheren Fernwärmeabsatz leicht unter dem Vorjahresniveau. Somit ist die Stromeinspeisung insgesamt im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 183 GWh geringer ausgefallen als im Vorjahr. Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsprozesse und der hohe Standard der erbrachten Dienstleistungen wurden im Rahmen der bestehenden Zertifizierungen als Entsorgungsfachbetrieb in den Bereichen Qualitätsmanagement, Umweltmanagement, Energiemanagement sowie Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagement erneut unter Beweis gestellt. Aufgrund der anhaltenden Gefahrenpotentiale wurden die Anstrengungen für Informations- und Cybersicherheit zur Sicherstellung des Anlagenbetriebes deutlich erhöht. Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren durchschnittlich 120 Mitarbeiterinnen bei der Enertec Hameln tätig, zusätzlich befanden sich 6 Mitarbeiter in Ausbildung. Mit den erbrachten Leistungen sowohl bei der Abfallentsorgung als auch der Bereitstellung von Strom und Fernwärme wurde die öffentliche Zwecksetzung auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge vollumfänglich erfüllt.

Wirtschaftliche Lage des Unternehmens

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 hat die Enertec Hameln Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 61 Mio. € erwirtschaftet, von denen der größte Anteil auf die thermische Abfallbehandlung entfallen ist. Trotz einer leicht geringeren Abfallannahme zur Verbrennung lag aufgrund eines leicht höheren durchschnittlichen Behandlungsentgeltes der Umsatz mit 31,7 Mio. € auf Vorjahresniveau. Die Stromerlöse waren von den deutlich gestiegenen Strompreisen gekennzeichnet, so dass deutlich höhere Erlöse gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden konnten. Die Fernwärmeerlöse waren durch einen nennenswerten Anstieg der Absatzmenge geprägt, so dass trotz des leicht geringeren durchschnittlichen Fernwärmepreises die Erlöse mit 11,1 Mio. € leicht über dem Niveau des Vorjahres lagen.

Den Erträgen standen Materialaufwendungen gegenüber, die sich im Wesentlichen aus bezogenen Fremdleistungen für die Wartung und Instandhaltung der Anlagen, dem Bezug von Fremdenergie und sonstigen Betriebsstoffen sowie der Verwertung von Reststoffen zusammengesetzt haben. Aus den genannten Positionen resultieren nennenswert höhere Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr. Die übrigen Betriebsaufwendungen bewegen sich aufgrund von Auswirkungen aus dem Pensionsgutachten leicht über dem Vorjahresniveau.

Insgesamt wurde auf dieser Basis ein Vorsteuerergebnis in Höhe von 8,1 Mio. € erwirtschaftet, das auf Vorjahresniveau liegt. Nach Abzug einer Steuerumlage sowie der sonstigen Steuern wurde auf der Grundlage eines Gewinnabführungsvertrages ein Jahresergebnis von 4,5 Mio. € an die Gesellschafterin Interargem GmbH abgeführt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Investitionen der Enertec Hameln beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 9,7 Mio. €, wobei die größten Einzelpositionen auf die Optimierung der Druckluftversorgung einschließlich einer Stickstofferzeugung sowie dem Ersatzbau für die Wärmeversorgung Hameln Nord beruhen. Darüber hinaus wurden verschiedene

Einzelmaßnahmen umgesetzt, die vor allem der Erneuerung von Anlagenkomponenten, dem Ausbau des Fernwärmenetzes sowie einer Erhöhung der Betriebs- und Arbeitssicherheit gedient haben.

Neben der Finanzierung der Investitionen wurden weitere Finanzmittel für die Ergebnisabführung an die Gesellschafterin benötigt. Der entsprechende Finanzmittelbedarf wurde sowohl aus dem Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit als auch von der Gesellschafterin im Rahmen der Einbindung in den Cashpool mit der Interargem GmbH bereitgestellt. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war somit während des Geschäftsjahres jederzeit gewährleistet.

Mit einem Sachanlagevermögen von 97,9 Mio. € sowie einer Bilanzsumme von 122,9 Mio. € ist die Vermögenslage der Gesellschaft durch eine hohe Anlagenintensität gekennzeichnet. Zur Stärkung des Eigenkapitals und der Finanzstruktur wurde von der Interargem GmbH eine Einzahlung in die Kapitalrücklagen von 22 Mio. € in 2021 vorgenommen. Bei einer Eigenkapitalausstattung von nun 51,6 Mio. € ergibt sich eine deutlich höhere Eigenkapitalquote von 42,0 %.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der Enertec Hameln dient das erwirtschaftete betriebliche Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA). Dieses lag mit 19,8 Mio. € leicht über Vorjahresniveau. Für 2021 wird von einem EBITDA auf Vorjahrsniveau ausgegangen.

Die Veränderung des Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

| | 2021 | 2020 | Abw. | Abw. |
|--|--------------|----------------|---------------|-------------|
| | Tsd. EUR | Tsd. EUR | Tsd. EUR | % |
| Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit | 17.701 | 10.727 | 6.974 | 65% |
| Cashflow aus Investitionstätigkeit | -9.636 | -7.793 | -1.843 | 24% |
| Cashflow aus Finanzierungstätigkeit | 16.853 | -4.386 | 21.239 | 484% |
| Veränderung des Finanzmittelfonds | 24.918 | -1.452 | 26.370 | 1816% |
| + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode | -14.932 | -13.480 | -1.452 | 11% |
| = Finanzmittelfonds am Ende der Periode | 9.986 | -14.932 | 24.918 | 167% |

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bei der operativen Steuerung steht vor allem der erzielte Abfalldurchsatz im Fokus. Hier konnte mit etwa 372 Tsd. t der Vorjahreswert aufgrund der Revisionszyklen nicht ganz erreicht werden.

Prognosebericht

Da zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts die pandemische Lage weiterhin anhält, sind die Auswirkungen derzeit nicht verlässlich absehbar. Weitere politische Maßnahmen können erhebliche Auswirkungen auf Konjunktur und Lieferketten haben und damit das Abfallaufkommen reduzieren. Neben Mengen- und Preiseffekten im Segment der Abfallbehandlung sind auch Energiemengen und -preise von dieser Unsicherheit erfasst.

Zur Sicherstellung der Anlagenauslastung sowie der damit verbundenen Gewährleistung einer kontinuierlichen Fernwärmeversorgung stehen neben der Fortführung des Verbundbetriebs mit der MVA Bielefeld vor allem eine weiterhin partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kunden im Mittelpunkt unserer Vertriebsaktivitäten. Eine hierfür wichtige Weichenstellung war die Verlängerung einiger Lieferverträge privater und kommunaler

Entsorgungsunternehmen. Darüber hinaus sind die Aufrechterhaltung eines möglichst kontinuierlichen und störungsfreien Anlagenbetriebs bei einer optimalen Ausnutzung verfügbaren Kapazität sowie einer gleichzeitigen Sicherstellung von wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen zentrale Elemente für den Unternehmenserfolg.

Auf dieser Basis und bei anhaltend hohen Strompreisen kann für das Jahr 2022 mit Umsatz- und Ergebnisentwicklung auf Vorjahresniveau gerechnet werden. Dementsprechend wird das Jahresergebnis 2022 auf Vorjahreshöhe erwartet. Der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine und die Reaktionen der demokratischen Staaten mit umfassenden Sanktionen werden zu spürbaren Konsequenzen sowohl für Russland als auch für die westlichen Staaten führen. Wann und wie der Krieg beigelegt werden kann, ist aktuell noch nicht absehbar, gleiches gilt für die Folgen für die Wirtschaft. Das operative Geschäft der Enertec Hameln wird insbesondere durch mögliche Störungen in den Lieferketten und bei der Versorgung mit Energie (Gas, Fernwärme) betroffen sein. Dies kann zu zeitlichen Verzögerungen in betrieblichen Abläufen, Verzögerungen bei der Abwicklung von Reparaturen, Investitionen und Kostensteigerungen führen. Eine Bewertung ist auf der Grundlage der bisher vorliegenden Erkenntnisse nicht möglich.

Risiko- und Chancenbericht

Bei der Enertec Hameln ist ein EDV-gestütztes Risikomanagementsystem (RMS) implementiert, das der systematischen Erfassung, Beurteilung und Dokumentation von möglichen Risiken dient und in das RMS der Interargem GmbH eingebunden ist. Sämtliche identifizierte Risiken werden regelmäßig durch die jeweils verantwortlichen Bereichsleiter unter Berücksichtigung bestehender Maßnahmen zur Risikominimierung sowohl nach der möglichen Schadenshöhe als auch hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Hierbei werden insbesondere auch die Maßnahmen zur Risikominimierung auf ihre Wirksamkeit überwacht; bei Bedarf werden zusätzliche Maßnahmen eingeleitet. Neu identifizierte Risiken werden zeitnah erfasst und in das Risikomanagementsystem aufgenommen. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert.

Die weiteren Folgen des Corona-Virus und insbesondere der Mutationen ergebenden Auswirkungen sind weiterhin nicht absehbar und nicht vollumfänglich zu bewerten. Um die Risiken zu minimieren wurde der Stab für außerordentliche Ereignisse der SWB Gruppe in 2020 einberufen. In den regelmäßigen Sitzungen werden Informationen und Handlungsanweisungen an Führungskräfte und Mitarbeiter herausgegeben um eine mögliche Infektionsgefahr zu minimieren. In 2021 und Anfang 2022 konnte durch organisatorische und Einzelmaßnahmen die Reduzierung der Infektionsgefahr erfolgreich umgesetzt werden.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und Russland sind durch einen starken Anstieg der Energiepreise zu spüren. Diese Preiserhöhungen werden sich in 2022 bei der Enertec Hameln im Bereich der Energieerzeugung und somit in den Umsatzerlösen zeigen.

Darüber hinaus bestehen weitere Risiken, die sich vor allem aus den wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen des Abfallmarktes sowie aus der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland und dem damit verbundenen Aufkommen an Gewerbeabfällen ergeben. Darüber hinaus bestehen Risiken aus einer möglichen Einbeziehung der Müllverbrennungsanlagen in das Brennstoffemissionsgesetz (BEHG), die bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 50 % und einen über den dreijährigen Betrachtungszeitraum kumulierten Ergebniseffekt von insgesamt etwa 4,3 Mio. Euro ergeben. Zudem kann sich bei einem stringenten Vollzug der neuen Gewerbeabfallverordnung eine Verschiebung von Abfallströmen ergeben, was ebenfalls mit entsprechenden Risiken verbunden ist. Des Weiteren ergeben sich im Hinblick auf das Fernwärmegeschäft

Chancen und Risiken aus den Witterungsverhältnissen im Winter. Das neu erlassene Leistungsverweigerungsrecht bei Dauerschuldverhältnissen für Kleinunternehmer und Verbraucher erhöht das Forderungsausfallrisiko. Anhand einer diversifizierten Kundenstruktur sind die Forderungsausfallrisiken weiterhin von untergeordneter Bedeutung für die Risikosituation der Gesellschaft.

Den operativen Risiken aus dem Anlagenbetrieb wird durch eine vorausschauende Wartung der Anlagen sowie durch den Abschluss entsprechender Versicherungen entgegengetreten, so dass diese generell nur einen geringen Einfluss auf die Netto-Risikosituation der Gesellschaft haben.

Ein nennenswertes Risiko resultiert aus der Ausbreitung des Corona-Virus durch den krankheitsbedingten Ausfall von Mitarbeitern oder dem Ausfall von Lieferketten, so dass der Anlagenbetrieb eingeschränkt oder eingestellt werden muss. Darüber hinaus belegen die in 2021 erneut bestätigten Zertifizierungen zum Entsorgungsfachbetrieb sowie in den Bereichen Qualitätsmanagement, Umweltmanagement, Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagement sowie Energiemanagement, dass die technischen und kaufmännischen Prozesse einem hohen Standard genügen und damit zur Risikominimierung beitragen.

4.13.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Die Geschäftsführer der GmbH sind Herr Stefan Pöschel und Herr Rainer Müller (Stadtwerke Bielefeld GmbH)

Gesellschafterversammlung: Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Kreistagsabgeordneter Päsch.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.13.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

| Name und Sitz der Gesellschaft | Kapitalanteil in % | Eigenkapital | |
|--|-----------------------|-------------------------|---|
| | | 31.12.2021 in Tsd. € | Jahresergebnis 2021 in Tsd. € |
| MVA Bielefeld-Herford GmbH, Bielefeld | 100 | 30.077 | Es besteht ein Ergebnisab- führungsvertrag |
| Enertec Hameln GmbH, Hameln | 100 | 51.652 | Es besteht ein Ergebnisab- führungsvertrag |

4.14 Landestheater Detmold GmbH

4.14.1 Basisdaten

Landestheater Detmold GmbH

Theaterplatz 1

32756 Detmold

Tel.:05231/974-60, Fax: 05231/974-701, Internet: www.landestheater-detmold.de

Gründungsdatum: Das Landestheater Detmold besteht seit 1825. Der Landestheater Detmold e. V. wurde 1972 gegründet. Der Verein war Gesamtrechtsnachfolger des Theaterverein Detmold e. V. Mit Wirkung zum 1. August 2006 wurde der Verein im Rahmen eines Formwechsels in eine GmbH umgewandelt. Die Gesellschaft firmiert seit dem unter „Landestheater Detmold GmbH“ und ist am 11. Oktober 2006 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Lemgo eingetragen worden.

4.14.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Theateraufführungen und andere Veranstaltungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Die Gesellschaft betreibt dazu das Landestheater Detmold als Mehrspartentheater (Musiktheater, Ballett, Schauspiel mit Kinder- und Jugendtheater, Orchester einschließlich Konzertwesen). Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird ohne die Absicht der Gewinnerzielung geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Das Geschäftsjahr ist das Spieljahr, d. h. die Zeit vom 1. August bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

4.14.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als eine kulturelle und pädagogische Einrichtung gehört das Theater zu den öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

4.14.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3 Mio. € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

| Gesellschafter: | EUR | % |
|---|---------------------|---------------|
| Kreis Lippe | 1.479.000,00 | 49,30 |
| Stadt Detmold | 831.000,00 | 27,70 |
| Landesverband Lippe | 636.000,00 | 21,20 |
| Stadt Paderborn | 27.000,00 | 0,90 |
| Staatsbad Bad Oeynhausen GmbH | 15.000,00 | 0,50 |
| Kreis Paderborn | 9.000,00 | 0,30 |
| Verein zur Förderung des Landestheaters Detmold e. V. | 3.000,00 | 0,10 |
| Gesamt: | 3.000.000,00 | 100,00 |

4.14.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 zahlte der Kreis Paderborn einen Beitrag Höhe von 31.146,92 € (28.145,08) an das Landestheater. Die Zahlungen des Kreises erfolgen über das Konto 531700 „Zuschüsse an private Unternehmen“ des Produktes 040201 „Allgemeine Kulturpflege (einschl. Kreisarchiv)“.

4.14.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in EUR) | 2019/ 2020 | 2020/ 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|---------------------|----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 1.525.297,81 | 1.882.797,81 | 358 |
| I. Immaterielles Vermögen | 306,00 | 359,00 | 0 |
| II. Sachanlagen | 1.524.991,81 | 1.882.438,81 | 357 |
| III. Finanzanlagen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 5.056.472,30 | 5.614.258,00 | 558 |
| I. Vorräte | 158.245,33 | 361.753,67 | 204 |
| II. Forderungen und sonstige VG | 665.872,57 | 172.087,47 | -494 |
| III. Kassenbestand und Guthaben | 4.232.354,40 | 5.080.416,86 | 848 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 130.304,32 | 142.840,25 | 13 |
| Summe Aktiva | 6.712.074,43 | 7.639.896,06 | 928 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 5.055.108,33 | 6.397.280,26 | 1.342 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 3.000.000,00 | 3.000.000,00 | 0 |
| <u>Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen</u> | <u>1.482.000,00</u> | <u>-1.482.000,00</u> | <u>-2.964</u> |
| Eingefordertes Kapital | 1.518.000,00 | 1.518.000,00 | 0 |
| II. Gewinn- / Verlustvortrag | 1.703.742,86 | 3.537.108,33 | 1.833 |
| III. Jahresfehlbetrag / -überschuss | 1.833.365,47 | 1.342.171,93 | -491 |
| B. Rückstellungen | 603.631,40 | 622.014,90 | 18 |
| C. Verbindlichkeiten | 788.828,12 | 620.392,90 | -168 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 264.506,67 | 208,00 | -264 |
| Summe Passiva | 6.712.074,52 | 7.639.896,06 | 928 |

4.14.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2019 / 2020 | 2020/ 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|---------------------|---------------------|---|
| 1. Gesellschafterbeiträge | 7.759.274,00 | 7.875.662,00 | 116 |
| 2. Förderung gemäß Zuwendungsbescheid | 11.200.982,88 | 11.238.740,43 | 38 |
| 3. Sonstige öffentliche Förderung | 499.708,00 | 499.708,00 | 0 |
| 4. Zuwendungen/ Sponsoring/ Spenden | 131.981,31 | 168.385,37 | 36 |
| 5. Veranstaltungserträge | 2.072.811,93 | 386.861,55 | -1.686 |
| 6. Erträge aus sonstigem Verkauf | 74.724,62 | 28.431,41 | -46 |
| 7. Sonstige betriebliche Erträge | 684.007,15 | 192.993,57 | -491 |
| 9. Personalaufwand | -16.802.058,14 | -16.021.171,63 | 781 |
| a) Löhne und Gehälter | -13.022.539,65 | -12.587.717,97 | 435 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen | -3.779.518,49 | -3.433.453,66 | 346 |
| 10. Abschreibungen auf immaterielles Vermögensgegenstände | -838.702,20 | -725.376,10 | 113 |
| 11. Sonstige betriebliche Aufwendungen | -2.939.790,85 | -2.293.377,63 | 646 |
| 12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 218,58 | 150,42 | 0 |
| 13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -2.509,80 | -1.550,52 | 1 |
| 14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | -1,35 | -0,05 | 0 |
| 15. Ergebnis nach Steuern | 1.840.646,13 | 1.349.456,82 | -491 |
| 16. Sonstige Steuern | 7.280,66 | -7.284,89 | -15 |
| 17. Jahresfehlbetrag / -überschuss | 1.833.365,47 | 1.342.171,93 | -491 |

4.14.8 Kennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 84 | 75 | -8 |
| Eigenkapitalrentabilität | 21 | 36 | 15 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 406 | 423 | 17 |
| Verschuldungsgrad | 19 | 28 | 8 |
| Umsatzrentabilität | 347 | 88 | -258 |

4.14.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 293,60 Mitarbeiter (Vj. 278,97).

4.14.10 Geschäftsentwicklung

Das zweite Wirtschaftsjahr in Folge ist im Wesentlichen von der Pandemie geprägt.

Die Anzeichen zur Wiederaufnahme des Spielbetriebs im Rahmen der Pandemie zum Ende der Spielzeit 2019/2020 waren so, dass es Anlass zur Hoffnung auf ein „normales“ Wirtschaftsjahr gab. Die Coronaschutzverordnung des Landes NRW ließ eine begrenzte Bespielung draußen zu, zum Ende des Wirtschaftsjahres 2019/2020 konnten einige Aufführungen im Hof stattfinden. Somit war prognostiziert worden - auch in der Wirtschaftsplanung - dass nach einer gewissen Einschränkung und Beschränkung zu Beginn der Spielzeit und des Wirtschaftsjahres mit einem regulären Spielbetrieb ab Oktober hätte gerechnet werden können. In der „Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronaschutzverordnung - CoronaSchVO)“ wurde im Jahr 2020 jeweils unter § 8, die Kultur besonders

behandelt und Regelungen für den Theaterbetrieb festgelegt. Die am 14. August 2020 gültige Verordnung lautete (Zitat):

„(1) Bei Konzerten und Aufführungen in Theatern, Opern- und Konzerthäusern, Kinos und anderen öffentlichen oder privaten (Kultur-)Einrichtungen sowie auf Veranstaltungsbereichen im Freien sind geeignete Vorkehrungen zur Hygiene, zur Steuerung des Zutritts und zur Gewährleistung eines Mindestabstands von 1,5 Metern (auch in Warteschlangen) zwischen Personen, die nicht zu den in § 1 Absatz 2 genannten Gruppen gehören, zur dauerhaften guten Durchlüftung der Räumlichkeit, insbesondere im Bühnenbereich, zur Rückverfolgbarkeit nach § 2a Absatz 1 und gegebenenfalls zur Umsetzung einer Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung (§ 2 Absatz 3) sicherzustellen. Wenn die Teilnehmer auf festen Plätzen sitzen, kann für die Sitzplätze das Erfordernis eines Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen durch die Sicherstellung der besonderen Rückverfolgbarkeit nach § 2a Absatz 2 ersetzt werden.“

Somit konnte eine deutlich geringere Anzahl von Zuschauern mit deutlich höherem Aufwand erreicht werden, aber es war ein Betrieb des Theaters möglich.

Hinzu kamen jedoch weitere Einschränkungen für die Darstellenden sowie das Orchester, sowohl durch die Coronaschutzverordnung, als aber auch in besonderem Maße durch die Berufsgenossenschaft als Versicherer der Theater. Zitat aus der Coronaschutzverordnung vom 14. August 2020:

„(3) Bei Aufführungen nach den Absätzen 1 und 2 mit Sprechtheater, Musik mit Blasinstrumenten, Gesang oder Tanz muss der Abstand zwischen Publikum und Darstellenden mindestens 4 Meter betragen.“

Sowohl das Publikum als auch die Darstellenden sollten durch weitere Schutzmaßnahmen - Mund-Nasen-Schutz, vor allem aber sehr große Abstände zueinander - geschützt werden. Die Regelungen der Berufsgenossenschaft waren (und sind) dabei noch schärfer: neben Mund- Nasen-Schutz und Abständen wurde zwischenzeitlich eine Anforderung an die Mindestgröße der Räume mit einer festgelegten Quadratmeterzahl pro Person gestellt. Somit waren dann sowohl Proben als auch Aufführungen mit der vorgegebenen Ensemblestärke nicht mehr möglich. Die Premiere des ersten Stücks im Wirtschaftsjahr/Spielzeit 2020/2021 von „Land des Lächelns“ am 11. September 2020 konnte so noch stattfinden. Das Orchester wurde auf Kammerorchestergroße verkleinert, auf der Bühne wurden von den Darstellenden die erforderlichen Abstände eingehalten. Bereits im Vorfeld war der Spielplan etliche Male überarbeitet worden, sodass die ursprünglich geplante große Opernpremiere zu diesem Zeitpunkt mit „Turandot“ in eine der kommenden Spielzeiten verschoben wurde.

Alle anderen Inszenierungen wurden weiter vorbereitet, der Bau der Bühnenbilder sowie das Erstellen der Kostümbilder weiter fortgeführt. Durch die auch in der Coronaschutzverordnung festgelegte Verpflichtung zum sogenannten Homeoffice wurden - soweit möglich – die Produktionen, z. B. in der Maskenbildnerei oder der Schneiderei, zu Hause erbracht oder durch einen Wechselschichtbetrieb in der Tischlerei oder anderen Bereichen mit großen Werkstücken die räumliche Zusammenarbeit und Begegnung von Mitarbeitenden reduziert. Da die Vorläufe für die Erstellung einer Produktion von der Rechteeinholung bis zur Premiere häufig mehrere Jahre in Anspruch nehmen und die Produktionen dann über einen längeren Zeitraum auf Gastspiel gehen, war die Fortführung des Prozesses erforderlich.

Die Änderungen der Verordnung, Anlagen zur Verordnung, Interpretationen der Fachministerien, Festlegungen der Berufsgenossenschaft etc. waren sehr zahlreich und häufig kurzfristig in der Umsetzung, was insbesondere die Kommunikation mit den Mitarbeitenden erschwert hat. Festlegungen einer Woche mussten bereits in den darauffolgenden Tagen wieder geändert werden.

Die Kommunikation verschiedener Verhandlungsergebnisse zwischen den Ministerpräsidenten*innen und der Bundeskanzlerin im Zusammenhang mit der Pandemie, wurde bereits über die Presse weitergegeben, bevor eine Rechtsgrundlage in Form einer Verordnung öffentlich zugänglich war bzw. formuliert wurde.

Ein wesentlicher Einschnitt erfolgte dann mit Beginn der „Hauptsaison“ des Theaters, ab dem 30. Oktober, Zitat vom 30. Oktober 2020:

„(1) Konzerte und Aufführungen in Theatern, Opern- und Konzerthäusern, Kinos und anderen öffentlichen oder privaten (Kultur-)Einrichtungen sowie der Betrieb von Museen, Kunstaussstellungen, Galerien, Schlössern, Burgen, Gedenkstätten und S ähnlichen Einrichtungen sind bis zum 30. November 2020 unzulässig. Der zur Berufsausübung zählende Probebetrieb ist weiterhin zulässig.“

Somit schien zunächst nur der November 2020 betroffen zu sein. Dass Weihnachten, der Jahreswechsel, die Märchenzeit für die Schulen von einer Schließung betroffen sein würden, schien eine zu große Hürde zu sein.

Tatsächlich hat die erste Vorstellung nach der sogenannten „Dritten Welle“ erst knapp sieben Monate später, am 28.05.2021, im Hof stattfinden können.

In den, mit Abstand, umsatz- und publikumsstärksten Monaten November bis April durfte gar nicht gespielt werden.

Ein wichtiges Element in der Umsetzung der Schließung des Theaters als Vorstellungsbetrieb war die Verlängerung der Kurzarbeit. Insbesondere die darstellenden Künstler, die Solisten, der Chor, das Orchester, waren über Monate nur sehr begrenzt einsetzbar und konnten mit Hilfe von Tarifverträgen und den sich daraus ergebenden Betriebsvereinbarungen in Kurzarbeit gehen. Wo möglich, wurden kurzfristig Homeoffice-Arbeitsplätze eingerichtet und den gesetzlichen Vorgaben entsprechend, die Kontakte weitestgehend reduziert.

Schwierig gestaltete sich über einen langen Zeitraum die sehr unterschiedliche Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden im Theater. Während ein Teil über Monate hinweg kaum oder gar nicht eingesetzt werden konnte, entsprechend der gesetzlichen Vorgaben, waren andere Teile der Mitarbeiterschaft - Mitarbeitende der Kasse, der Lohnbuchhaltung, der Dramaturgie und Öffentlichkeitsarbeit - deutlich über das Maß der normalen Arbeit hinaus belastet. Künstlerisch wurden nach dem Erfolg des digitalen Weihnachtskalenders zahlreiche digitale Projekte entwickelt und umgesetzt.

Insgesamt 52 Produktionen aller Sparten wurden von Januar bis April im Internet veröffentlicht, ein eigener digitaler Spielplan dabei erstellt. Alle Sparten waren beteiligt und es wurden eigene Formate entwickelt. Grundlage aller Produktionen war es, den besonderen Sehgewohnheiten und dem Nutzungsverhalten im Internet Rechnung zu tragen. Sowohl die Länge der Beiträge war dementsprechend auf das Internet abgestimmt als auch die Aufbereitung. Ein reines „Abfilmen“ bestehender Produktionen erschien wenig erfolgsversprechend; unter anderem mit inszenierten Lesungen in der Sparte Schauspiel zu den Abiturstücken „die Marquise von O.“ oder „Nathan der Weise“ im Schauspiel wurden hingegen auch überregional Erfolge erzielt. Rückmeldungen selbst aus Berlin zeigten, dass die Angebote wahrgenommen wurden; die erzwungene Digitalität der Schulen hat an dieser Stelle Vorschub geleistet.

Im „Musiktheater“ digital haben unter anderem Liederabende ihr Publikum gefunden.

Besonders erfolgreich und beliebt bei den Zugriffen waren die Produktionen der Sparte „Tanztheater digital“: „Fit in 10 Minuten“ mit dem Ballettensemble führt die Statistik der Besucherzugriffe mit fast 7.300 Zugriffen an.

Auch im Bereich der „Konzerte digital“ waren es die kleinen, für das Internet passenden Formate, die sich als besonders interessant für das Publikum erwiesen haben. Kammerkonzerte mit einer vergleichsweise kurzen zeitlichen Dauer und einer Präsentationsart, die keinen zu großen technischen Aufwand mit sich bringen, erreichten digital die meisten Zuschauer.

Insgesamt gab es etwas mehr als 47.700 Zugriffe auf den digitalen Spielplan.

Wirtschaftlich betrachtet ergibt sich, wie im letzten Wirtschaftsjahr, ein verzerrtes Bild. Das Wirtschaftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 1.342 T€ ab. Prognostiziert worden war im Wirtschaftsplan ein deutliches Defizit. Bei der Vorstellung des Wirtschaftsplanes war die Geschäftsführung im Mai 2020 nach den erfolgten Öffnungstendenzen noch von einer Normalität des Spielbetriebs zum Herbst des Jahres 2020 ausgegangen. Allerdings schien klar, dass sowohl die Erlöse im Haus, besonders aber im Gastspielbereich deutlich hinter den Erwartungen der Vorjahre zurückbleiben würden. Besonders die vorsichtige Haltung der Gastspielorte, die häufig wesentlich auf die Erlöse der Vorstellungen bei der Planung des Spielplans angewiesen sind, waren Grund zur Annahme, dass ein höherer Fehlbetrag zu erwarten war. Um den Gastspielorten entgegenzukommen war eine Rabattierung von 25 % angeboten worden, gleichzeitig war anzunehmen, dass der Aufwand - etwa der Reisebetrieb in Bussen - deutlich steigen würde.

Bei gleichbleibenden sonstigen Aufwendungen und geringeren Erträgen im Kartenverkauf war ein Fehlbetrag von 1.372 T€ prognostiziert worden.

Durch die Erstattung für Kurzarbeit, deutlich geringere Aufwendungen für das feste Personal sowie die Gäste, einen deutlich geringeren Reisebetrieb und geringere Rabatte an die Gastspielorte wurde das erwartete Defizit mehr als ausgeglichen.

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Entwicklung in der Pandemie der letzten fast anderthalb Jahre, die Einstellung des Spielbetriebs im Berichtszeitraum über beinahe sieben Monate - all das lässt ein seriöses Aufzeigen von Chancen und Risiken schwerlich zu.

Dankenswerterweise haben sowohl die Gesellschafter als auch die Förderer des Landestheaters, insbesondere das Land NRW und der Landschaftsverband Westfalen Lippe, auch im Berichtszeitraum die wesentlichen Zuwendungen aus dem Bereich der öffentlichen Hand vollumfänglich weiter geleistet.

Die Stabilität dieser Bereiche lässt hoffen, dass auch zukünftig beide Bereiche der öffentlichen Hand ihre Unterstützung fortführen. Darüber hinaus sind die Verhandlungen mit dem Land NRW zum Abschluss einer neuen Zielvereinbarung bis zur Endredaktion vorangeschritten. Einer Unterschrift steht nach Erkenntnis der Geschäftsführung zum derzeitigen Zeitpunkt nichts entgegen. Damit würde der Wille der Landregierung zur stabilen Finanzierung des Landestheaters auch formal bekräftigt. Aufgrund der Pandemie und der langen Dauer ist dieses der wesentliche Stabilitätsfaktor.

Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass immer der politische Wille in der Region und auf Landesebene (zum Teil auch auf Bundesebene) die Grundpfeiler der Theaterfinanzierung darstellen.

Die Flexibilität des Theaterbetriebs im Rahmen der Möglichkeiten zu einem digitalen Spielplan hat gezeigt, dass Theater auch immer neue Formate kurzfristig entwickeln kann. Es zeigt sich aber auch, dass diese Digitalität nur eine Ergänzung des regulären Spielbetriebs sein kann. Theater bleibt in seinem Ursprung analog, mit Menschen, die mit anderen Menschen für Zuschauer spielen und dabei in einem Miteinander agieren - ohne Distanz, ohne Mund- Nasen-Schutz.

Die Weiterentwicklung einer digitalen Sparte wird hierbei als eine mögliche Chance zur Neugewinnung von Zielgruppen gesehen. Weder räumliche noch zeitliche Nähe sind für den Transport von Botschaften erforderlich. Darüber hinaus ist das Internet aktuell das wesentliche Medium für jüngere Zielgruppen. Allerdings ist das Medium aufwändig und die Art der Rezeption extrem wandelbar - nach Facebook Instagram, nach Instagram TikTok etc.

Ein Risiko besteht im Zusammenhang mit den Gastspielen. Zum einen werden erst einmal die Gastspiele aus der Vergangenheit nachgeholt, die in den vergangenen zwei Jahren nicht stattgefunden haben; neue Produktionen werden verhaltener gebucht. Zum anderen hat die Reduzierung der Besucherplätze während der Pandemie an einigen Gastspielhäusern dazu geführt, dass der Deckungsgrad von Gastspielen nicht auskömmlich war und nun teurere Produktionen nur zurückhaltend gebucht werden.

Mit der Einstellung des Busreisedienstes des langjährigen Anbieters „Hänschens Reisedienst“ wird die Dienstleistung erneut ausgeschrieben in der Hoffnung, dass Qualität, Preis und Flexibilität auch bei einem neuen Anbieter in Einklang gebracht werden können. Die Verlage haben im Zuge der Pandemie nicht die erwarteten Einnahmen erzielen können und sind - wie viele Bereiche der Wirtschaft weltweit - von der Pandemie und den Folgen überrascht worden. Die nicht erfolgten Einnahmen durch Tantiemen werden sicherlich in den kommenden Jahren durch deutlich höhere Sätze und einschränkende Verträge (Mindesttantiemen etc.) nachgeholt werden. War in der Vergangenheit ersichtlich, dass die Belüftungssituation an den verschiedenen eigenen Spielstätten (großes Haus, Grabbehaus, Junges Theater) sowie Probebühnen nicht immer optimal war, so ist die Diskussion und die Verpflichtung zu exzellenter Belüftung durch gesetzliche und behördliche Vorgaben deutlich gewachsen. Dieses stellt in einem historischen Gebäude mit einer gewachsenen Struktur und unterschiedlichen Außenspielstätten eine besonders große Herausforderung dar. Die Höhe der zwingend notwendigen Investitionen ist noch nicht absehbar.

Gesetzliche Regelungen und Forderungen zur Umsetzung mit zweistufigem Vorlauf haben gezeigt, wie abhängig das Theater, insbesondere als Versammlungsstätte, von gesetzlichen Vorgaben und weiteren Regelungen ist. War in der Vergangenheit das Thema Brandschutz dasjenige, welches zu Schließung oder Umbau von Einrichtungen aller Art geführt hat, so sind es nun Hygieneanforderungen und die Belüftung, die neue Anforderungen stellen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Gespräche zur Sanierung des Gebäudes auf Landesebene ebenso wie auf regionaler Ebene weitergeführt werden mit dem Ziel, in absehbarer Zeit eine Lösung für das Theatergebäude zu finden. Neben der allgemeinen baulichen Situation hat die Pandemie deutlich vor Augen geführt, dass Handlungsbedarf insbesondere auch bei den technischen Anlagen des Hauses - sowohl im historischen als auch produzierenden Teil - besteht.

Wesentlich bei allem bleibt das Verhalten der Zuschauer. Werden diese zukünftig, nach langer Abwesenheit und der Gewöhnung an andere Alternativen über nahezu zwei Jahre und einer Sorge vor räumlicher Nähe in geschlossenen Räumlichkeiten, trotzdem zahlreich in die Theater zurückfinden? Die sich ständig ändernden Anforderungen (mit Mund-Nasen-Schutz, Setzung im „Schachbrett“, Begrenzung der Sitzplatzkapazitäten auf eine prozentuale Höhe etc.) haben nicht nur die Mitarbeitenden der Kasse stark herausgefordert, sondern vor allem die Besucherinnen und Besucher. Das Engagement, eine Theaterkarte und einen Platz zu erwerben, war in den letzten zwei Jahren mit großem Aufwand verbunden und der eine oder andere Gast ist nachhaltig irritiert.

Prognose

Auch in diesem Jahr bleibt festzuhalten, dass in der Prognose nur die auskömmliche Finanzierung durch die öffentliche Hand die Basis für das Theater darstellen kann. Rechtliche Regelungen grundsätzlicher Art, eine Pandemie oder Ähnliches sind weder durch die Zuwendungsgeber noch durch das Theater zu beeinflussen.

Nachtrag

Zur Situation des Gebäudes und der Zukunft einer möglicherweise grundlegenden Sanierung ist durch das Ministerium für Bau und Heimat des Landes NRW für den 23.11.2021 eingeladen worden. Es bleibt zu hoffen, dass mit dem Land und dessen Unterstützung eine Lösung für eine zeitnahe Sanierung des Gebäudes gefunden wird.

Um die verhaltene Resonanz in der neuen Spielzeit zu erhöhen, ist im Oktober 2021 die Aktion des „Goldenen Herbsts“ beworben worden: auf allen Plätzen konnten für den Monat Oktober für 10 € Karten erworben werden, alle unter 18-Jährigen hatten freien Eintritt. Die Resonanz hat gezeigt, dass hiermit die Akzeptanz deutlich erhöht werden konnte.

Auch in dieser Spielzeit bleiben die Vorgaben der Berufsgenossenschaft in Form der „Handlungshilfe für Bühnen und Studios“ bestehen. Da die Tarifverträge zur Kurzarbeit für die künstlerisch Beschäftigten durch die Gewerkschaften nicht weitergeführt wurden, ist Kurzarbeit mit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres keine Alternative. Somit besteht für das Theater die Verpflichtung, alle Mitarbeitenden wieder vollumfänglich einzusetzen.

Der Leitfaden der Berufsgenossenschaft sieht vor, dass alle Mitarbeitenden, die ohne Mund-Nasen-Schutz und Abstand miteinander agieren, alle 48 Stunden einer PCR-Testung unterzogen werden, sobald eine ungeimpfte/nicht genesene Person in der Gruppe ist.

Ebenso fordern aktuell die Gastspielorte, die Hotels sowie der Bustransfer zum Zeitpunkt der Berichterstellung die sogenannte 3G-Regelung. Da das Theater als Arbeitgeber nicht das

Auskunftsrecht hat, werden die Abläufe für die Planung von Aufführungen und Gastspielen immer komplexer und aufwändiger. Es bleibt zu hoffen, dass der Gesetzgeber zeitnah eine Neuregelung in Kraft setzt.

4.14.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Intendant und künstlerischer Geschäftsführer ist Herr Georg Heckel. Verwaltungsdirektor und kaufmännischer Geschäftsführer ist Herr Stefan Dörr.

Gesellschafterversammlung: Vertreterin des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Frau Kreistagsabgeordnete Martina Gramlich.

Aufsichtsrat: Dem Aufsichtsrat gehören an:

| lfd. Nr. | Mitglieder des Aufsichtsrats: | |
|----------|-------------------------------|--|
| 1. | Dr. Axel Lehmann | Vorsitzender, Landrat des Kreises Lippe |
| 2. | Reiner Heller | stellv. Vorsitzender u. Stellvertreter Stadt Detmold |
| 3. | Gabriele Bröker | Kreis Lippe |
| 4. | Karl Dittmar | Kreis Lippe |
| 5. | Moritz Ilemann | Kreis Lippe |
| 6. | Helmut-Volker Schüte | Stadt Detmold |
| 7. | Hans-Jörg Düning-Gast | Verbandsvorsteher Landesverband Lippe |
| 8. | Dr. Lucas Heumann | Landesverband Lippe |
| 9. | Carsten Venherm | Stadt Paderborn/Kreis PB |

Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.14.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 11,11 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.14.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.15 Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH i.L.

4.15.1 Basisdaten

Deutscher Wandertag 2015 gGmbH / Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH

Marienplatz 2 a

33098 Paderborn

Tel.:05251/88-2094, Fax: 05251/88-2013, Internet: -

Gründungsdatum: 29. April 2013

4.15.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand der GmbH war zunächst die Konzeption und Durchführung der Veranstaltung „Deutscher Wandertag 2015“. Nach der Änderung des Satzungszweckes am 22. November 2019 liegt dieser in der Durchführung des „1. Deutschen Jugendwandertages 2020“.

Die Gesellschaft kann Geschäfte und Maßnahmen betreiben, die zur Erreichung des Gesellschafts-zweckes notwendig oder nützlich erscheinen. Sie darf sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

4.15.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der Gesundheit. Der Kreis Paderborn tritt bei der Veranstaltung in der Außenwahrnehmung als Mitausrichter auf.

4.15.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.300,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

| Gesellschafter | EUR | % |
|-------------------------|------------------|----------------|
| Stadt Paderborn | 12.100,00 | 47,826 |
| Kreis Paderborn | 11.000,00 | 43,478 |
| Eggegebirgsverein e. V. | 2.200,00 | 8,696 |
| | 25.300,00 | 100,000 |

4.15.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

Eine Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 durch die Gesellschafterversammlung ist bislang noch nicht erfolgt. Zu den Punkten 4.15.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.15.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“ und zu Punkt 4.15.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Gesellschaft daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.15.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2019 | 2020 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|------------------|------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| II. Sachanlagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| III. Finanzanlagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| B. Umlaufvermögen | 11.580,83 | 36.797,77 | -25,22 |
| I. Vorräte | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegen. | 342,00 | 0,00 | 0,34 |
| III. Wertpapiere | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| IV. Flüssige Mittel | 11.238,83 | 36.797,77 | -25,56 |
| V. Sonstige Aktiva | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Summe Aktiva | 11.580,83 | 36.797,77 | -25,22 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 2.457,79 | 8.097,77 | -5,64 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 25.300,00 | 25.300,00 | 0,00 |
| II. Kapitalrücklage | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| III. Verlustvortrag | -15.022,32 | -22.842,21 | 7,82 |
| IV. Jahresfehlbetrag | -7.819,89 | 5.639,98 | -13,46 |
| B. Rückstellungen | 2.300,00 | 28.700,00 | -26,40 |
| C. Verbindlichkeiten | 6.823,04 | 0,00 | 6,82 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Summe Passiva | 11.580,83 | 36.797,77 | -25,22 |

4.15.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2019 | 2020 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|------------------|-----------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 2. Erträge aus Spenden | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 3. sonstige betriebliche Erträge | 2.500,00 | 16.000,00 | -13,50 |
| 4. Materialaufwand | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 5. Personalaufwand | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 6. sonstige betriebliche Aufwendungen | 10.319,89 | 10.360,02 | -0,04 |
| 7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | -7.819,89 | 5.639,98 | -13,46 |
| 8. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | -7.819,89 | 5.639,98 | -13,46 |
| 9. Entnahme aus Gewinnrücklagen | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 10. Einstellung in die Gewinnrücklage / gesetzl. Rücklage | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 11. Bilanzgewinn / Bilanzverlust | -7.819,89 | 5.639,98 | -13,46 |

4.15.8 Kennzahlen

| | Berichtsjahr 2020 | Vorjahr 2019 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|----------------------|-----------------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 22 | 21 | 0 |
| Eigenkapitalrentabilität | 70 | -318 | 4 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 0 | 0 | 0 |
| Verschuldungsgrad | 354 | 371 | 0 |
| Umsatzrentabilität | 70 | -318 | 0 |

4.15.9 Personalsbestand

Neben der Geschäftsführung beschäftigte die GmbH im Jahr 2021 kein weiteres Personal.

4.15.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.15.5 „Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen“.

4.15.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

In der Gesellschafterversammlung vom 17.11.2021 wurden die Geschäftsführer der Gesellschaft Herr Christian Stork und Herr Ulrich Berns Abberufen und als neuer Geschäftsführer und Liquidator wurde Herr Michael Müller von der Stadt Paderborn als Mitarbeiter des Mehrheitsgesellschafters bestellt.

Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Rüter.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

4.16 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

4.16.1 Basisdaten

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Friedrichstr. 149

10117 Berlin

Tel.:030/25 76 79-0, Fax: 030/25 76 79-199, Internet: www.pd-g.de

Gründungsdatum: 2008

4.16.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Interessen des Mittelstandes sind bei der Arbeit der Gesellschaft zu berücksichtigen und zu fördern.

4.16.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH wird ausschließlich für die öffentliche Hand tätig. Sie soll die Funktion einer öffentlichen Inhouse-Infrastrukturberatungsgesellschaft für Bund, Länder und insbesondere Kommunen im Sinne der Vorschläge der BMWi-Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ ausfüllen.

4.16.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr hielten die Gesellschafter insgesamt 10.020 Geschäftsanteile (Stammkapital beträgt 2.004.000,00 €) an dem Unternehmen. Die Anzahl der Geschäftsanteile im Nennwert von je 200,00 € verteilt sich folgt:

| Gesellschafter | Geschäfts- anteile* | Gesellschafter2 | Geschäfts- anteile*2 |
|---|------------------------|--|-------------------------|
| PD Berater der öffentlichen Hand GmbH | 5.685 | Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Anstalt des öffentlichen Rechts | 20 |
| Bundesrepublik Deutschland | 1.734 | Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV) | 20 |
| PD-Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“ e.V. | 200 | Stiftung Preußischer Kulturbesitz | 20 |
| PD-Beteiligungsverein Kommunale Großkrankenhäuser e.V. | 160 | Sächsische Aufbaubank - Förderbank Anstalt öffentlichen Rechts | 20 |
| Land Baden-Württemberg | 100 | FITKO (Föderale IT-Kooperation) | 20 |

| | | | |
|--|-----------|--|----|
| Land Brandenburg | 100 | Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern ('AKDB') | 20 |
| Land Bremen | 100 | Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen | 20 |
| Land Hamburg | 100 | Universität Bonn | 20 |
| Land Hessen | 100 | Westfälische Hochschule | 20 |
| Land Mecklenburg-Vorpommern | 100 | Leibnitz Institut für Bildungsverläufe e.V. | 20 |
| Land Niedersachsen | 100 | regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH | 20 |
| Land Nordrhein-Westfalen | 100 | BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG | 20 |
| Land Sachsen-Anhalt | 100 | Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH | 20 |
| Land Schleswig- Holstein | 100 | Stadt Aachen | 15 |
| Republik Zypern | 100 | Stadt Bergisch Gladbach | 15 |
| Stadt Bremen | 25 | Stadt Braunschweig | 15 |
| Stadt Bochum | 25 | Stadt Herne | 15 |
| Stadt Duisburg | 25 | Stadt Leverkusen | 15 |
| Stadt Frankfurt am Main | 25 | Stadt Mönchengladbach | 15 |
| Stadt Nürnberg | 25 | Stadt Oberhausen | 15 |
| Stadt Wuppertal | 25 | Stadt Paderborn | 15 |
| Kreis Mettmann | 25 | Stadt Recklinghausen | 15 |
| Kreis Paderborn | 25 | Stadt Remscheid | 15 |
| Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder | 20 | Stadt Salzgitter | 15 |
| Dataport Anstalt des öffentlichen Rechts | 20 | Stadt Solingen | 15 |
| Burgenlandkreis | 15 | Stadt Gelnhausen | 5 |
| Landkreis Celle | 15 | Stadt Halle (Westfalen) | 5 |
| Landkreis Dachau | 15 | Stadt Hamminkeln | 5 |
| Landkreis Dahme-Spreewald | 15 | Stadt Heiligenhaus | 5 |
| Landkreis Görlitz | 15 | Stadt Kamp-Lintfort | 5 |
| Kreis Groß-Gerau | 15 | Stadt Lengerich (Westfalen) | 5 |
| Kreis Herzogtum Lauenburg | 15 | Stadt Lindau | 5 |
| Hochsauerlandkreis | 15 | Stadt Mettmann | 5 |
| Main-Taunus-Kreis | 15 | Stadt Monheim | 5 |
| Landkreis Nienburg/Weser | 15 | Kreisstadt Olpe | 5 |
| Kreis Ostholstein | 15 | Stadt Papenburg | 5 |
| Landkreis Sigmaringen | 15 | Stadt Rheinberg | 5 |
| Landkreis Uckermark | 15 | Stadt Sehnde | 5 |
| Stadt Castrop-Rauxel | 10 | Stadt Taunusstein | 5 |
| Stadt Dormagen | 10 | Stadt Waren (Müritz) | 5 |
| Stadt Hürth | 10 | Stadt Wesseling | 5 |
| Stadt Iserlohn | 10 | Stadt Wülfrath | 5 |
| Stadt Langenfeld | 10 | Stadt Würselen | 5 |
| Stadt Lüneburg | 10 | Stadt Brake | 2 |
| Stadt Ratingen | 10 | Gemeinde Holzkirchen | 2 |
| Stadt Troisdorf | 10 | Stadt Hünfeld | 2 |
| Stadt Unna | 10 | Samtgemeinde Lachendorf | 2 |
| Landkreis Lichtenfels | 10 | Gemeinde Langerwehe | 2 |
| Stadtwerke Heiligenhaus GmbH | 10 | Gemeinde Lilienthal | 2 |
| Stadt Bad Hersfeld | 5 | Gemeinde Marpingen | 2 |
| Stadt Barsinghausen | 5 | Stadt Mengen | 2 |
| Stadt Dillenburg | 5 | Gemeinde Merzenich | 2 |

| | | | |
|----------------------------|---|--|---|
| Stadt Ennepetal | 5 | Gemeinde Neubiberg | 2 |
| Stadt Erkrath | 5 | Gemeine Nörvenich | 2 |
| Gemeinde Nohfelden | 2 | Stadt Wittingen | 2 |
| Gemeinde Oberthal | 2 | Gemeinde Zöllnitz | 2 |
| Stadt Pattensen | 2 | Deutscher Landkreistag e.V. | 1 |
| Stadt Schwarzenbek | 2 | Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V. | 1 |
| Gemeinde Seeheim-Jugenheim | 2 | Deutscher Städtetag (DST) | 1 |
| Gemeinde Tholey | 2 | | |

*Anzahl Geschäftsanteil im Nennwert von je 200,00 €

4.16.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.16.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--------------------------------------|----------------------|----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 2.219.647,18 | 2.645.568,18 | 426 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 539.822,18 | 621.386,18 | 82 |
| II. Sachanlagen | 1.679.825,00 | 2.024.182,00 | 344 |
| III. Finanzanlagen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| B. Umlaufvermögen | 31.970.529,50 | 42.955.030,71 | 10.985 |
| I. Vorräte | 5.848.143,38 | 6.185.827,00 | 338 |
| II. Forderungen | 11.033.154,79 | 13.468.834,23 | 2.436 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 15.089.231,33 | 23.300.369,48 | 8.211 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 567.433,56 | 440.065,76 | -127 |
| Summe Aktiva | 34.757.610,24 | 46.040.664,65 | 11.283 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 20.235.194,75 | 31.801.701,51 | 11.567 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 2.004.000,00 | 2.004.000,00 | 0 |
| 1. Stammkapital | 2.004.000,00 | -1.137.000,00 | -3.141 |
| II. Kapitalrücklage | 3.608.072,63 | 3.608.072,63 | 0 |
| III. Gewinnrücklagen | 8.320.184,53 | 14.623.122,12 | 6.303 |
| IV. Jahresüberschuss | 6.302.937,59 | 12.703.506,76 | 6.401 |
| B. Rückstellungen | 8.134.063,57 | 7.763.178,82 | -371 |
| 1. Steuerrückstellungen | 2.617.000,00 | 1.288.344,00 | -1.329 |
| 2. Sonstige Rückstellungen | 5.517.063,57 | 6.474.834,82 | 958 |
| C. Verbindlichkeiten | 6.388.351,92 | 6.475.784,32 | 87 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Passiva | 34.757.610,24 | 46.040.664,65 | 11.283 |

4.16.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|---------------------|----------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 63.451.662,86 | 93.702.161,29 | 30.250 |
| 2. Erhöhung (Minderung) des Bestands an Vorräten | 1.408.792,91 | 337.683,62 | -1.071 |
| 3. sonstige betriebliche Erträge | 148.142,44 | 50.355,98 | -98 |
| 4. Aufwendungen für bezogene Leistungen | 16.788.070,43 | 20.870.666,34 | 4.083 |
| 5. Personalaufwand | 29.747.771,82 | 42.457.973,19 | 12.710 |
| a) Löhne und Gehälter | 25.918.167,08 | 36.726.753,60 | 10.809 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung | 3.829.604,74 | 5.731.219,59 | 1.902 |
| 6. Abschreibungen | 749.432,57 | 1.216.061,04 | 467 |
| 7. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 8.389.541,51 | 11.272.296,65 | 2.883 |
| 8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 15.164,79 | 73.559,19 | 58 |
| 10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 3.015.158,02 | 5.495.678,72 | 2.481 |
| 11. Ergebnis nach Steuern | 6.303.459,07 | 12.703.965,76 | 6.401 |
| 12. Sonstige Steuern | 521,48 | 459,00 | 0 |
| 13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 6.302.937,59 | 12.703.506,76 | 6.401 |

4.16.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 69 | 58 | 11 |
| Eigenkapitalrentabilität | 40 | 31 | 9 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 1.447 | 1.199 | 247 |
| Verschuldungsgrad | 45 | 72 | -27 |
| Umsatzrentabilität | 14 | 10 | 4 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Geschäftsjahr (T€) | 2021 | 2020 | Veränderung |
|-----------------------|--------|--------|-------------|
| Gesamtleistung | 94.040 | 65.407 | 28.633 |
| Deckungsbeitrag 1 | 73.184 | 48.767 | 24.417 |
| Jahresüberschuss | 12.704 | 6.303 | 6.401 |

4.16.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 519 Mitarbeiter (Vj. 355).

4.16.10 Geschäftsentwicklung

Unternehmensstruktur

Die Gesellschaft liegt zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Auftraggeber im Sinne von § 99 GWB. Gesellschafter sind der Bund, Länder, Kommunen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie weitere öffentliche Organisationen, Institutionen und zwei Beteiligungsvereine. Sie kontrollieren über ihre Stimmrechte und Mitwirkungspflichten die Arbeit der PD. Die Gesellschafter der PD und ihre nachgeordneten Behörden haben die Möglichkeit, die PD auf der Grundlage von § 108 Abs. 4 GWB direkt zu beauftragen, und

zwar in Bezug auf alle angebotenen Beratungsfelder und in jeder Projektphase. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist grundsätzlich in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der öffentlichen Hand in Deutschland, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB erfüllen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen. Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber in den beiden Bereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung. Sie unterstützt ihre ausschließlich öffentlichen Kunden dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektmanagement, sie steuert Vergabeverfahren und Projekte im gesamten Themenspektrum der PD und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben. Darüber hinaus ist es Aufgabe der PD, den Wissenstransfer zu fördern, das heißt Beratungserfahrungen und Erkenntnisse ihren öffentlichen Gesellschaftern zugänglich zu machen. Hierzu nutzt die PD interne Wissensmanagement-Tools, die den Einsatz von Erkenntnissen projektübergreifend unterstützen. Die PD hat eigene Wissensaustauschformate für Teilnehmende der öffentlichen Verwaltung eingeführt, die Initiative "PD-Impulse" zu Schlüsselthemen der Verwaltung initialisiert, publiziert auf der Webseite und in Fachmedien Ergebnisse und Erfahrungen, führt Veranstaltungen durch und fördert so den Netzwerkaufbau und Austausch im Kontext von Investitions- und Modernisierungsvorhabender öffentlichen Hand.

Die Gesellschafterversammlung hatte am 23. Juni 2020 einstimmig den Beschluss gefasst, die Bundesbeteiligung der PD neu zu strukturieren. Dieser Beschluss wurde Anfang Dezember 2021 durch die notarielle Beurkundung eines zwischen dem Bund, der BWG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (als Zwischenerwerberin) sowie der PD abgeschlossenem Anteilskauf- und Optionsvertrag umgesetzt. Nach der neuen Struktur sinkt die stimmberechtigte Beteiligung des Bundes von rund 74 auf 40 Prozent. Dies entsprach am 31. Dezember 2021 1734 Geschäftsanteilen. Damit besteht zukünftig ein Gleichklang von Anteilen und Stimmrechten. Die in der Gesellschaftervereinbarung angelegte Stimmrechtsbegrenzung für den Bund ist nicht mehr erforderlich. Gleichzeitig veräußerte der Bund 5.685 Geschäftsanteile zu einem Gesamtpreis von 1.137.000,00 Euro an die PD. In der Folge werden interessierte öffentliche Auftraggeber ihre Geschäftsanteile zukünftig nicht mehr vom Bund, sondern direkt von der PD erwerben. Etwas anderes gilt nur für die beiden Beteiligungsvereine. Wenn diese nachkaufen, erfolgt der Erwerb weiterhin über den Bund. Die neue Struktur stärkt die gemeinsame Kontrolle aller Gesellschafter und damit die Inhouse-Fähigkeit der PD.

Die PD hat im Jahr 2021 die Grenze von 500 Beschäftigten überschritten und unterliegt somit erstmals den Regelungen des Drittelbeteiligungsgesetzes: Der Aufsichtsrat ist zu einem Drittel mit Vertretern und Vertreterinnen der Belegschaft zu besetzen. Durch das Drittelbeteiligungsgesetz hat sich Anpassungsbedarf beim Gesellschaftervertrag ergeben. So wurde die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 9 auf 15 erhöht. Die Gesellschafterversammlung hat die Neufassung des Gesellschaftervertrages am 27. April 2021 einstimmig beschlossen. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht nunmehr aus vier Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, zwei der Länder, zwei der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der öffentlich rechtlichen Körperschaften, einem Vertreter der sonstigen öffentlichen Auftraggeber sowie fünf Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden.

Des Weiteren wurde im Jahr 2021 ein Betriebsrat gewählt. Dieser umfasst 11 (nebenamtliche) Mitglieder. Neben einem Betriebsausschuss hat der Betriebsrat einen Personalausschuss und einen Wirtschaftsausschuss eingerichtet. Die Gesellschaft verfügt über einen Beirat. Das im Jahr 2017 gegründete Gremium berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft auf deren Verlangen in strategischen Fragen, bei der Entwicklung und Evaluierung neuer Geschäftsideen, der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle und der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den Bereichen Bau, Infrastruktur, Gesundheit, IT und Verwaltungsmodernisierung. Das Gremium kann Empfehlungen an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat aussprechen, diese sind an die Empfehlungen nicht gebunden. Die Mitglieder wurden von der Geschäftsführung gemäß § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags nach Billigung durch den Aufsichtsrat benannt.

Der Beirat bestand im Jahr 2021 aus 15 Mitgliedern. Es fanden zwei digitale Sitzungen am 26. März 2021 und 22. Oktober 2021 statt. Schwerpunkte waren die Auswirkungen der und Lehren aus der Corona-Pandemie für die öffentliche Hand sowie das Zielbild der digitalen Verwaltung und die Rolle der PD. Die nächste Beiratssitzung ist für das Frühjahr 2022 geplant.

Unternehmenssteuerung

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2021 durch die Geschäftsführung. Grundlage sind regelmäßige vergleichende Analysen von Wirtschaftsplanung, Ist-Entwicklung und Forecast auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung. Dabei werden sowohl das Gesamtunternehmen als auch die einzelnen Unternehmensbereiche und Standorte betrachtet. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanes wurde im Rahmen von Soll-Ist-Vergleichen überwacht. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend beobachtet, analysiert und in regelmäßigen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleiches gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen. Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) und die Liquidität anhand der Entwicklung des Cash-Flows verfolgt. Als unabhängige Prüfungs- und Beratungsstelle ist eine interne Revision eingerichtet.

Unternehmensführung

Die Gesellschafterversammlung hat am 9.12.2021 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel beschlossen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll. Die Gesellschafterversammlung hat darüber hinaus die Entscheidung der Geschäftsführer zur Kenntnis genommen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen. Über die Zielgröße für den Frauenanteil in der Geschäftsführung wird die Gesellschafterversammlung am 8.4.2022 entscheiden.

Wirtschaftsbericht

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe häufig neu ausgerichtet werden. Demografische und regulatorische Rahmenbedingungen sind hierbei ebenso zu berücksichtigen wie der von der Digitalisierung vorangetriebene Wandel, der viele gesellschaftliche Bereiche erfasst.

Zentrale Anforderungen für die Bundesverwaltung sind bspw. im E-Government-Gesetz (EGovG) beschrieben. Darin werden die Bundesbehörden u. a. verpflichtet, ihre Akten elektronisch zu führen (§ 6 EGovG) sowie ihre Verwaltungsabläufe im Zuge der Digitalisierung unter Nutzung gängiger Methoden zu dokumentieren, analysieren und optimieren (§ 9 EGovG). Darüber hinaus hat die Erweiterung des Artikels 91 GG zum Onlinezugangsgesetz (OZG) geführt, das im Rahmen eines bundesweiten, interföderalen Programms schrittweise umgesetzt werden soll. Der nunmehr seit Ende 2021 vorliegende Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Bundesebene greift diese Entwicklungen auf und setzt weitere transformatorische Eckpunkte für ein modernes Staatswesen in Deutschland. Diesen Anforderungen unterstehen in vergleichbarem Umfang die Länder, die sich entsprechende E-Government-Gesetze gegeben haben und zugleich - gemeinsam mit den Kommunen - zur Umsetzung des OZG verpflichtet sind. Auch unterstreichen die Erfahrungen der Coronakrise die Notwendigkeit einer weitergehenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Aufgrund der großen Nachfrage nach Unterstützung bei der Bearbeitung vorgenannter Aspekte wächst der Bereich mit Projekten auf allen drei föderalen Ebenen und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung weiter etabliert.

Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung

Auch im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung steht die öffentliche Hand weiterhin vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastrukturen und Immobilien mit begrenzten Haushaltsmitteln zu bauen, zu modernisieren und auszubauen. Auf Bundes-, Landes- und vor allem auf kommunaler Ebene sind die Nettoinvestitionen der öffentlichen Hand in den letzten Jahren zum Teil drastisch gesunken. Hinzu kommen auch in 2021 durch Corona induzierte Effekte wie sinkende Steuereinnahmen, wachsende Sozialausgaben und wirtschaftliche Imponderabilien. Dies, drastisch wachsende Rohstoffpreise und ein eklatanter Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern wird vor allem auf kommunaler Ebene zu weiterer Zurückhaltung bei der Bewilligung und Umsetzung dringend notwendiger Investitionsvorhaben führen. Hinzu kommt eine hohe Auslastung der Bauwirtschaft im Privatsektor, so dass eine große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln bislang noch keine große Wirkung erzielen konnte. Darauf hat die Bundesregierung allerdings im Rahmen des Deutschen Aufbau- und Resilienzplanes (DARP) reagiert und daraus einen Beratungsauftrag an die PD in einer Höhe von 50 Mio.€ brutto bis 2026 zum Abbau von Investitionshemmnissen insbesondere im kommunalen Bereich vorgesehen.

Konkreter Beratungs- und Unterstützungsbedarf der öffentlichen Hand besteht vor allem bei Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, bei der Vertragsgestaltung und Vergabeverfahren sowie der effektiven und effizienten Steuerung aufwendiger Infrastruktur- und Bauprojekte bzw. deren kosten-, termin- und qualitätsgerechter Fertigstellung einschließlich der Einbindung von Fördermitteln.

In diesem insgesamt herausfordernden Marktumfeld konnte die PD im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung ihre Marktposition auf allen föderalen Ebenen weiter ausbauen und dementsprechend personell kontinuierlich wachsen. Während auf Bundesebene weiterhin das Segment der Großprojekte dominiert, spielt die Beratung einer steigenden Anzahl von Landesbauverwaltungen eine zunehmend bedeutsamere Rolle. Aufgabenfelder sind hier z.B. die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Immobilienstrategien und Bewirtschaftungskonzepte oder die Begleitung von komplexen Bauprojekten mit überregionaler Ausstrahlungswirkung. Aber auch die Beratungstätigkeit im kommunalen Umfeld und im Gesundheitswesen konnten deutlich ausgebaut werden. Während im kommunalen Bereich insbesondere die Themen Wohnungsbau und Schulmodernisierung, zunehmend auch Quartiersentwicklung und Portfoliomanagement dominieren, fokussiert sich der Marktbereich Gesundheit, Wissenschaft und Forschung

auf operative Krankenhausplanung, Krankenhaus- und Hochschulbau, Beschaffungsprozesse für Medizintechnik oder Beratungstätigkeiten im Umfeld der Corona-Pandemie.

Unter dem Eindruck der Bundestagswahl sind in 2021 zudem die gesellschaftlichen und politischen Diskussionen um den Klimawandel und Nachhaltigkeitsthemen wieder deutlicher in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit gerutscht. Auch daraus ergeben sich neue Anforderungen und Beratungsfelder, die durch Projektanfragen und Pilotprojekte - z.B. im Umweltbereich - mit Leben erfüllt werden und somit den Rahmen prospektiver Geschäftstätigkeiten der PD kontinuierlich erweitern. Die PD entwickelt hier neue Beratungsansätze und gibt auch Impulse für Veränderungsprozesse über ihren originären Kundenkreis der PO-Gesellschafter hinaus.

Wettbewerb

Die PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern. Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD - neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD gegenüber dem Vorjahr weiterhin ein sehr dynamisches Umsatzwachstum verzeichnen. Neben erfolgreicher Projektarbeit haben sich hier auch die Vorteile der Inhouse-Beratung positiv ausgewirkt, der sich jeder PD-Gesellschafter bedienen kann.

Ende 2021 ist die PD zum „Hidden Champion“ des Beratungsmarktes 2022/2023 im Bereich „Public Seetor“ gewählt worden. Die Auszeichnung „Hidden Champion des Beratungsmarktes“ wird seit 2008 durch die unabhängige Wissenschaftliche Gesellschaft für Management und Beratung (WGMB) vergeben. Für die in diesem Jahr neu hinzugekommene Kategorie „Public Seetor“ hat die PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH erstmals diesen Titel errungen.

Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2021 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2021 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Neben den etablierten Betriebsstätten und dem bereits in 2020 eröffneten Hamburger Büro kamen mit Wiesbaden und Nürnberg in 2021 zwei weitere Bürostandorte hinzu.

Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Expertise orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt. Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird gezielt auf Regionalisierung der Beratungsangebote und Zukunftsthemen wie Nachhaltiges Bauen und Betreiben, die Digitalisierung des Bauwesens (BIM: Building - Information - Modeling) oder auch die Exploration von innovativen/ beschleunigten Verfahrenswegen des Bauens gesetzt. Weitere wichtige Aktionsbereiche sind der Wohnungsbau und die Ausdifferenzierung der

Beratungstätigkeiten für einen künftigen Marktbereich Umwelt. So kann dazu beigetragen werden, den massiven Investitionsstau der öffentlichen Hand zu verringern und es werden gleichzeitig Impulse für eine fortgesetzt nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gegeben. Im Geschäftsjahr 2021 gehörten der Geschäftsleitung an: Aus dem Bereich „Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung“ Herr Dr. Norbert Ahrend (bis zum 1. Mai 2021), Herr Karl-Heinz Heller und Herr Dr. Uwe Schmidt, sowie aus dem Bereich „Strategische Verwaltungsmodernisierung“ Frau Yvonne Balzer, Herr Dr. Sebastian Muschter, Herr Dr. Norbert Ahrend (ab dem 1. Mai 2021) und Herr ÖR. Peter-Roman Persch. Die zivilrechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sind in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt. Der Gesellschafterkreis wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren dynamisch entwickeln.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von rd. 12.704 T€ abgeschlossen und liegt damit um 5.144 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das Jahresergebnis um 6.401 T€. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

| Geschäftsjahr | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Gesamtleistung (T€) (ohne sonstige betriebliche Erträge) | 92.896 | 11.396 | 25.961 | 43.468 | 54.578 | 65.407 | 94.040 |
| Deckungsbeitrag 1 (T€) | 6.327 | 8.051 | 16.289 | 23.585 | 31.952 | 48.767 | 73.184 |
| Jahresüberschuss (T€) | 1.064 | 1.324 | 2.838 | 3.858 | 2.898 | 6.303 | 12.704 |

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiter auszuweiten.

Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch die Gesamtaufwendungen angestiegen. Ein wesentlicher Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des erneuten überplanmäßigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Des Weiteren erhöhten sich die Mietkosten aufgrund neuer Bürostandorte in Wiesbaden und Nürnberg sowie für zusätzliche Büroflächen in Berlin. Mit dem Aufbau an Personal und Büroflächen waren auch zusätzliche Aufwendungen für die Büroausstattung und sonstige betriebliche Aufwendungen notwendig. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild:

| | Plan (T€) | IST (T€) | Veränderung (T€) |
|---|-----------|----------|------------------|
| Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge) | 81.625 | 94.055 | 12.430 |
| Aufwand | -70.707 | -75.782 | -5.075 |
| davon Personalaufwand | -36.850 | -42.458 | -5.608 |
| Zinsergebnis, Steuern | -3.358 | -5.569 | -2.211 |
| Jahresüberschuss | 7.560 | 12.704 | 5.144 |

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2021 über direkte Geldmittel in Höhe von 23,3 Mio.€. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten keine Anlagen in Termin- oder Tagesgeldern. Die direkten Geldmittel

gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 8,2 Mio. € angestiegen, was insbesondere durch den sehr guten Jahresüberschuss erreicht wurde. Verstärkt wurde dieser Effekt durch den Verzicht auf die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2020.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich um 14,7% {+ 1.461T€) erhöht. Angestiegen sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.310 T€ auf 1.950 T€. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Rückstellungen um 371 T€. Die Reduzierung ergibt sich aus einer verringerten Steuerrückstellung (-1.329 T€) und der Erhöhung im Bereich sonstigen Rückstellungen (+958 T€), insbesondere für Tantieme und Personalkosten.

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2021) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 31,8 Mio. € bei rund 69,1% der Bilanzsumme und damit 11.283 T€ bzw. 32,5% über dem Vorjahreswert. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 12,0-fachen des Anlagevermögens.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis deutlich übertroffen. Damit einhergehend sind gegenüber der Prognose weiterhin hohe Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen sowie überplanmäßige Personalaufwendungen durch den starken Anstieg des Personalkörpers angefallen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen in der Berichtsperiode gegenüber der Vorjahresprognose auf Grund von hohen Personalbeschaffungskosten und bezogenen Leistungen durch externe Dienstleister. Weiterhin hatte die anhaltende Corona-Pandemie Auswirkungen auf die betrieblichen Abläufe. Daraus resultierten auch im Berichtsjahr Verschiebungen in den betrieblichen Aufwendungen. Während die Weiterbildungsmaßnahmen größtenteils digital stattfanden und die Reiseintensität auf das Nötigste beschränkt wurde blieb die Homeoffice-Tätigkeit der PD-Mitarbeitenden konstant hoch. Dies führte im Ergebnis zu relativ gesunkenen betrieblichen Aufwendungen für Mieten, Weiterbildung, Reisekosten und Büromaterial. Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern betrug im Geschäftsjahr 2021 rund 18.313 T€ und liegt damit um 7.385 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Ergebnis vor Zinsen und Steuern mit 8.979 T€ übertroffen. Der Cash-Flow betrug insgesamt 8.211 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 23.300 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 11.093 T€ und aus der Investitionstätigkeit -1.745 T€. Aufgrund des Anteilsrückkaufs (S.685 Anteile) vom Bund weist der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 1.137 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2020 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß nicht. Die PD hat während des Geschäftsjahres 2021 durchschnittlich 520 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 355 im Geschäftsjahr 2020.

Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeiterförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, z.B. der bereits im letzten Jahr auf digitale Formate angepasste Onboarding-Ablauf wurde im Sommer 2021 nochmals überarbeitet, um allen Beteiligten eine bessere Planbarkeit sowie eine bessere dramaturgische Abfolge der einzelnen, circa einstündigen Onboarding-Events anbieten zu können.

Das Basis-Curriculum (bisher als Berater-Curriculum bekannt), als fester Bestandteil des Personalentwicklungskonzeptes, wurde im ersten Halbjahr 2021 erweitert, komplettiert, evaluiert und durch

multifaktorielle Feedbackprozesse umfassend qualitätsgesichert. Ferner arbeitet die PD an der Implementierung eines Aufbau-Curriculums. Das Rollen- und Kompetenzmodell wird weiterhin der wachsenden Struktur der PD und dem Bedarf nach zielgerichteter Personalentwicklung und transparenteren Evaluations- und Beförderungskriterien angepasst.

Am 1. Juli 2021 startete im Geschäftsbereich SVM der SVM-Campus. Die PD investiert mit der Implementierung des SVM-Campus in die Entwicklung ihrer Consultants und Senior Consultants und konkretisiert deren Entwicklungspfad. Hierbei steht die Förderung einer breiten und integrierten Grundausbildung zu exzellenten Beratern und Beraterinnen der öffentlichen Hand mit den zwei Standbeinen Beratungsexzellenz und Verwaltungskompetenz im Fokus.

Im Herbst 2021 wurden die Abschlussevents der ersten Führungskräfteentwicklungstrainings mit dem externen Partner Egon Zehnder durchgeführt. Auf Basis der Erkenntnisse wird derzeit an einem Konzept für ein PD-spezifisches und entwicklungsorientiertes Führungskräfteprogramm gearbeitet. Es finden weiterhin jährliche Zielvereinbarungs-/ Personalentwicklungsgespräche mit allen Beschäftigten statt.

Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien. Die PD fördert weiterhin die Gleichstellungskultur um - insbesondere im Beratungsbereich - den Anteil von Frauen zu steigern, vor allem durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; z. B. durch Teilzeitmöglichkeiten oder Entwicklungspläne, die Unterbrechungen wegen Elternzeit berücksichtigen. Die gendergerechte Sprache wurde Ende 2020 bei der PD eingeführt. Somit setzt sich die PD das Ziel, geschlechterdifferenziert und gleichstellungsorientiert in Sprache und Schrift zu formulieren. Zur Weiterentwicklung der Diversitätsarbeit innerhalb der PD und der Verankerung des Themas Vielfalt in der Unternehmenskultur wurde von der AG Diversität ein Entwurf für ein Diversity-Konzept erstellt, für dessen professionalisierte Umsetzung nach Unterstützung gesucht wurde.

Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement wurde fortgeführt. Die Maßnahmen dienen dem Ziel, die langfristige Erhaltung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter zu fördern und damit krankheitsbedingte Abwesenheiten oder Einschränkungen in der Produktivität zu reduzieren. Darüber hinaus sollen die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeiter und damit die Mitarbeiterbindung erhöht werden. Auch wurden im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowohl Covid-19-Impfungen wie Grippeschutzimpfungen angeboten und zudem ein Web Based Training zur Arbeitssicherheit durchgeführt. Der sonst jährlich stattfindende Staff Day fand in 2021 pandemiebedingt in Form eines virtuellen Jahresausklangs statt, wo über aktuelle Themen berichtet wurde. Zusätzlich fanden im Sommer die jeweiligen Geschäftsbereichstreffen statt, die einen vertieften Einblick in die Entwicklungen bei SVM und BIK gaben und zur Vernetzung der Teams dienten.

Des Weiteren wurde in diesem herausfordernden Jahr das Teambuilding und die soziale Verbundenheit über eine Auswahl an verschiedenen virtuellen Formaten gefördert. Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.

Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens. Im Rahmen des ökologischen Engagements hat die PD seit 2016 jährlich heimische Bäume in der Region Brandenburg und erstmalig 2019 in der Region Nordrhein-Westfalen gepflanzt. 2020 wurde an einer

Waldsäuberungsaktion teilgenommen und in 2021 fand an den Standorten Berlin, Düsseldorf und Frankfurt ein PD Social Nature Day statt, bei denen u.a. ein Moor winterfest gemacht wurde und das Rheinufer und ein Teil des Jakobswegs von Müll befreit wurden. Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt - wenn immer möglich - alternative Besprechungsmedien.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kommunalberatung und das Gesundheitswesen weiterhin einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bilden. Im Bereich Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik im Mittelpunkt, die häufig durch komplexe Partnerschaftsmodelle abgebildet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur in Übereinstimmung mit den gängigen Verfahren und Vorschriften der Haushaltsaufstellung und -führung abgewickelt werden muss. Neue Wachstumschancen werden im Ausbau der Geschäftstätigkeiten in den Aufgabenfeldern Umwelt und Wohnungsbau gesehen, die in 2022 als eigenständige Marktbereiche etabliert werden. Für 2022 ist zunächst die Eröffnung eines Büros in München geplant, um hier Büroarbeitsplätze für eine begrenzte Anzahl an Mitarbeitenden in Kundennähe zur Verfügung zu stellen.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2022, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 1. Dezember 2021 beschlossen wurde, und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2023-2026 sehen für das Gesamtunternehmen ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2022 - 2026 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 37% erwartet.

Für das Jahr 2022 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Eigenleistung steigt gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 20%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Aufgrund der Anpassung der Kosten im Verhältnis zum stetigen Wachstum des Geschäftsvolumens der PD in einem Umfeld ohne Coronabeschränkungen wird das operative Ergebnis im Jahr 2022 deutlich niedriger angenommen als im Jahr 2021. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fort- laufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die notwendigen Standortvergrößerungen, die Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Standortinvestitionen begründet. Eine

kostenseitige Anpassung auf das weitere Mitarbeitendenwachstum ist für die Weichenstellung und zukünftige Entwicklung der PD in 2022 zwingend erforderlich.

Die weltweite Coronakrise hat beginnend mit den bundesweiten Schutzmaßnahmen ab März 2020 Auswirkungen auf den operativen Geschäftsablauf bei der PD. Die Reisetätigkeit zu den Kunden wurde in enger Abstimmung nahezu vollständig reduziert und die Mitarbeitenden arbeiten überwiegend im Homeoffice. Durch die Ausweitung moderner digitaler Kommunikationsmittel können die genannten Einschränkungen kompensiert und die geschäftlichen Aktivitäten nahezu unterbrechungsfrei fortgesetzt werden. Bei Projektanfragen und im Auftragseingang spiegeln sich die geänderten Rahmenbedingungen thematisch wider.

Durch die öffentlichen Auftraggeber ist die Auswirkung der Krise auf die Geschäftsentwicklung im laufenden Jahr eher als gering einzustufen. Dabei muss aber die Lage bzgl. der kommunalen Gesellschafter genau beobachtet werden, die vor dramatischen Einnahmefällen im Bereich der Steuereinnahmen zu stehen scheinen. Mit negativen Auswirkungen auf die Liquidität des Unternehmens ist in Bezug auf die Kundenstruktur derzeit nicht zu rechnen.

Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risiken im Beratungsgeschäft sind:

Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur oder Pandemien. Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar. Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet. Die Bewertung erfolgt üblicherweise in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt die Gesellschaft wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zeiterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährig Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren. Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Auch wurde eine interne Revision im Unternehmen aufgebaut. Die Risikogewichtung und deren Eintrittswahrscheinlichkeit werden

nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten und Prognosen vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

4.16.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer sind Herr Stéphane Beemelmans und Herr Claus Wechselmann.

Gesellschafterversammlung:

Der Kreistag des Kreises Paderborn hat im Rahmen des Beschlusses über den Beteiligungserwerb ebenfalls beschlossen, keine Vertretung für die Gesellschafterversammlung zu bestellen, sondern sich in der Gesellschafterversammlung durch den Deutschen Landkreistag e.V., Berlin, vertreten zu lassen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

| Lfd. Nr. | Name | |
|----------|--------------------------|--|
| 1. | Gatzer, Werner | Vorsitzender des Aufsichtsrats |
| 2. | Bohle, Anne Katrin | stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats |
| 3. | Klesse, Dr. Astrid | |
| 4. | Scholz, Prof. Dr. Jens | |
| 5. | Göppert, Verena | |
| 6. | Hansmann, Prof. Dr. Marc | |
| 7. | Kibele, Dr. Babette | (bis 27.04.2021) |
| 8. | Offermann, Jens Markus | (bis 27.04.2021) |
| 9. | Mangeldorff, Dr. Lukas | (bis 27.04.2021) |
| 10. | Damm, Elmer | (bis 27.04.2021) |
| 11. | Zimmermann, Uwe | (bis 27.04.2021) |
| 12. | Rehfeld, Dieter | (bis 27.04.2021) |
| 13. | Flasbarth, Jochen | (bis 27.04.2021) |
| 14. | Deix, Wolfgang | (seit 09.09.2021) |
| 15. | Waßmuth, Melissa | (seit 09.09.2021) |
| 16. | Munoz, Tatiana | (seit 09.09.2021) |
| 17. | Michel, Corinna | (seit 09.09.2021) |
| 18. | Wilkens, Jan | (seit 09.09.2021) |

Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.16.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern sechs Frauen an (Frauenanteil: 54,54 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent erreicht.

4.16.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 9.12.2021 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel beschlossen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll. Die Gesellschafterversammlung hat darüber hinaus die Entscheidung der Geschäftsführer zur Kenntnis genommen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen.

4.17 Klärschlammverwertung OWL GmbH

4.17.1 Basisdaten

Klärschlammverwertung OWL GmbH

Eckendorfer Straße 57

33609 Bielefeld

Gründungsdatum: 2020

4.17.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Verwertung und Entsorgung der bei der Abwasserentsorgung und -aufbereitung anfallenden Abfälle, Gegenstände des Unternehmens sin a) der Transport von Klärschlamm, b) die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm, c) die thermische Entsorgung von Klärschlamm, d) die Planung, Errichtung und der Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage, e) die Erzeugung, Verwertung, Vermarktung und der Verkauf der bei der Klärschlammverbrennung gewonnenen Energien, f) die Deponierung und Entsorgung der bei der Verbrennung anfallenden Reststoffe, g) das Recyceln des Phosphors aus der Klärschlammmasche und dessen Verwertung und Vermarktung und h) Dienstleistungen aller Art auf dem Gebiet der Klärschlamm Entsorgung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben der Abfallentsorgung. Die Gesellschaft kann sich im Rahmen der verbandlichen und kommunalen Aufgabenerfüllung und der gesetzlichen Bestimmungen auf den Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen. Sie kann sich auch an anderen Unternehmen mit einem gleichen oder ähnlichen Gegenstand beteiligen und deren Geschäftsführung übernehmen.

4.17.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft soll in Zukunft die Klärschlamm Entsorgung in der Region sicherstellen.

4.17.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 50.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

| | Beteiligungsanteil in % | Anteil am Stammkapital in € |
|---|----------------------------|--------------------------------|
| AbfallWirtschaftsVerband Lippe | 13,59 | 6.793,00 |
| Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH | 10,67 | 5.334,00 |
| Stadt Bielefeld | 9,79 | 4.895,00 |
| Stadt Paderborn | 6,03 | 3.017,00 |
| Stadt Minden | 5,92 | 2.960,00 |
| Herforder Abwasser GmbH | 5,46 | 2.732,00 |

| | | |
|--|------|----------|
| Kreis Minden-Lübbecke | 3,85 | 1.927,00 |
| Stadt Gütersloh | 3,76 | 1.879,00 |
| Abwasserverband „Obere Lutter“ (AOL) | 3,42 | 1.708,00 |
| Wasserverband Wittlage | 3,07 | 1.537,00 |
| Stadt Lübbecke | 2,85 | 1.423,00 |
| Wasserverband Bersenbrück | 2,50 | 1.252,00 |
| Stadtentwässerung Lippstadt AöR | 2,28 | 1.138,00 |
| Stadt Löhne | 2,05 | 1.025,00 |
| Stadtwerke Bad Oeynhausen AöR | 2,05 | 1.025,00 |
| Kommunalbetriebe Bünde AöR | 1,73 | 865,00 |
| Kommunalunternehmen der Stadt Warburg AöR | 1,62 | 808,00 |
| Stadt Delbrück | 1,14 | 569,00 |
| Stadt Verl (Abwasserbetrieb Verl-West) | 1,07 | 535,00 |
| Stadt Höxter | 1,02 | 512,00 |
| Stadt Marsberg | 1,00 | 501,00 |
| Stadt Büren | 0,98 | 491,00 |
| Stadt Bad Driburg | 0,91 | 455,00 |
| Stadt Geseke | 0,91 | 455,00 |
| Stadt Salzkotten | 0,84 | 421,00 |
| Stadt Schloß Holte-Stukenbrock | 0,80 | 398,00 |
| Stadt Brakel | 0,75 | 376,00 |
| Stadt Spenge | 0,75 | 376,00 |
| Gemeinde Hiddenhausen | 0,68 | 342,00 |
| Stadt Beverungen | 0,68 | 342,00 |
| Stadt Enger | 0,68 | 342,00 |
| Stadt Steinheim | 0,68 | 342,00 |
| Stadt Vlotho | 0,61 | 307,00 |
| Gemeinde Borcheln | 0,57 | 285,00 |
| Sennegemeinde Hövelhof | 0,57 | 285,00 |
| Gemeinde Rödinghausen | 0,55 | 273,00 |
| Gemeinde Neuenkirchen-Vörden | 0,54 | 268,00 |
| Stadt Bad Wünnenberg | 0,50 | 250,00 |
| Stadt Verl (Abwasserbetrieb Gemeinschaftsklärwerk Verl-Sende) | 0,50 | 250,00 |
| Stadt Bad Lippspringe | 0,46 | 228,00 |
| Stadtwerke Lichtenau GmbH | 0,46 | 228,00 |

| | | |
|------------------------|---------------|------------------|
| Gemeinde Altenbeken | 0,36 | 182,00 |
| Stadt Nieheim | 0,34 | 171,00 |
| Stadt Borgentreich | 0,25 | 125,00 |
| Stadt Marienmünster | 0,25 | 125,00 |
| Stadtwerke Espelkamp | 0,25 | 125,00 |
| Kreis Paderborn | 0,25 | 125,00 |
| Summe | 100,00 | 50.000,00 |

4.17.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.17.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|-------------------|---------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Umlaufvermögen | 661.999,76 | 1.124.038,71 | 462 |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 1. Forderungen gegen Gesellschafter | 0,00 | 850.000,00 | 850 |
| 2. sonstige Vermögensgegenstände | 17.496,47 | 102.012,34 | 85 |
| II. Kassen- und Bankbestand | 644.503,29 | 172.026,37 | -472 |
| Summe Aktiva | 661.999,76 | 1.124.038,71 | 462 |
| Passiva | | | 0 |
| A. Eigenkapital | 529.452,70 | 1.089.168,47 | 560 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 50.000,00 | 50.000,00 | 0 |
| II. Kapitalrücklage | 808.576,50 | 1.329.452,70 | 521 |
| III. Jahresfehlbetrag | -329.123,80 | 0,00 | 329 |
| IV. Bilanzverlust | 0,00 | 290.284,23 | 290 |
| B. Rückstellungen | 2.750,00 | 6.063,00 | 3 |
| 1. sonstige Rückstellungen | 2.750,00 | 6.063,00 | 3 |
| C. Verbindlichkeiten | 129.014,27 | 28.807,24 | -100 |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 5,95 | 0,00 | -6 |
| 2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung | 129.008,32 | 28.807,24 | -100 |
| Summe Passiva | 661.216,97 | 1.124.038,71 | 463 |

4.17.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|--------------------|--------------------|---|
| 1. sonstige betriebliche Erträge | 0,00 | 95.905,00 | 96 |
| 2. Personalaufwand | 10.635,39 | 21.356,61 | 11 |
| a) Löhne und Gehälter | 10.530,00 | 21.060,00 | 11 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung | 105,39 | 296,61 | 0 |
| 3. sonstige betriebliche Aufwendungen | 318.488,41 | 364.832,62 | 46 |
| 4. Ergebnis nach Steuern | -329.123,80 | -290.284,23 | 39 |
| 5. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag | -329.123,80 | -290.284,23 | 39 |
| 6. Verlustvortrag aus dem Vorjahr | 0,00 € | -329.123,80 | -329 |
| 7. Entnahme aus der Kapitalrücklage | 0,00 € | 329.123,80 | 329 |
| 8. Bilanzverlust | 0,00 € | 290.284,23 | 290 |

4.17.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 97 | 80 | 17 |
| Eigenkapitalrentabilität | -27 | -62 | 36 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | ./. | ./. | |
| Verschuldungsgrad | 3 | 25 | -22 |
| Umsatzrentabilität | ./. | ./. | |

4.17.9 Personalbestand

Neben der Geschäftsführung wurden keine weiteren Personen beschäftigt.

4.17.10 Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft war im Jahr 2021 geprägt von den begleitenden Maßnahmen zur EU-weiten Ausschreibung hinsichtlich einer strategischen Partnerschaft. Die Gesellschaft sucht über ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb einen sogenannten strategischen Partner, der mit ihr zusammen über ein gemeinsames Tochterunternehmen ab 2024 die Klärschlämme, welche die Gesellschafter einbringen, bis 2043 entsorgt. Das zukünftige Unternehmen soll eine Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) betreiben. Dafür wird es entweder eine neue Anlage planen und bauen oder eine schon vorhandene Anlage, die ggf. noch erweitert werden muss, nutzen.

Dem Vergabeverfahren gehen seit 2017 Vorbereitungshandlungen im Rahmen der Kooperation voraus. Im Rahmen des von den Kooperationspartnern erstellten und beschlossenen Gesamtkonzepts wurden verschiedene Varianten geprüft und die Variante, eine strategische Partnerschaft auszuschreiben, als vorzugswürdig festgelegt. Die Grundlagen für das Vergabeverfahren und die Vergabeunterlagen wurden in

zahlreichen Arbeitskreisen, Unterarbeitskreisen und Workshops entwickelt. Mitwirkende waren neben den Vertretern der Kooperationspartner / Gesellschafter auch insbesondere externe technische und rechtliche Berater. Bei der Vorbereitung des Vergabeverfahrens lag der Fokus darauf, eine Vergabe im breiten Wettbewerb zu ermöglichen und dabei eine möglichst nachhaltige und umweltschonende Leistung zu beschaffen. Hierzu wurden entsprechende Marktanalysen durchgeführt.

Nach einstimmiger Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung wurden die Vergabeunterlagen Ende 2020 auf dem Vergabeportal veröffentlicht. Die Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge musste in 2021 mehrfach verlängert werden. Hintergrund dafür war ein Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer Westfalen. Insbesondere wurde der Umgang mit der Pflicht zum Phosphor-Recycling in den Vergabeunterlagen gerügt. Dem Antrag hat die Vergabekammer im April 2021 stattgegeben. Die Vergabekammer hat ausdrücklich festgestellt, dass das P-Recycling gem. den Verpflichtungen der ab 2029 geltenden Abfallklärungsverordnung heute noch kein Stand der Technik ist. Die bisherige Konzeption sehe aber ein solches P-Recycling durch das Tochterunternehmen vor, so dass es auch im Rahmen der Ausschreibung geprüft und bewertet werden müsse, da vergaberechtlich auch das P-Recycling als ein weiterer Auftragsgegenstand anzusehen ist, welcher dem Markt nicht entzogen werden darf. Alternativ dürfe das P-Recycling nicht Gegenstand des Auftrages sein. Die Geschäftsführung hat in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung entschieden, keine Rechtsmittel einzulegen, um das Verfahren nicht weiter zu verzögern und weil eine geeignete Abhilfe gefunden wurde. Die Leistungen zum P-Recycling gem. AbfKlärV 2029 wurden daraufhin aus dem aktuellen Vergabeverfahren herausgenommen. Die KSV OWL wird die anfallenden Klärschlammverbrennungsrückstände ab 2029 (Pflichtenbeginn) für das Tochterunternehmen entsorgen („Rücknahme“). Die Vergabeunterlagen wurden daraufhin entsprechend überarbeitet und im Vergabeportal veröffentlicht. Der Teilnahmewettbewerb konnte im Juli 2021 abgeschlossen werden und die Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Angebots erfolgte entsprechend an den Bieterkreis. Unterdessen wurde durch die Vergabekammer Westfalen aufgrund eines Antrages aus dem Bieterkreis ein weiteres Nachprüfungsverfahren gegen die KSV OWL GmbH eingeleitet. Wesentlicher Gegenstand dieses Nachprüfungsverfahrens ist die vorgesehene (anteilige) Rücknahme der Asche durch die KSV OWL GmbH ab 2029. Der Nachprüfungsantrag wurde aufgrund geringer Erfolgsaussichten seitens des Bieters zurückgezogen und die Kosten des Verfahrens waren Bieterseitig zu tragen.

Bis Ende November 2021 hatten der Bieterkreis die Möglichkeit zur Abgabe der ersten indikativen Angebote über das Vergabeportal. Im Anschluss erfolgte die Auswertung der Angebote.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Entsprechend den Vereinbarungen aus dem Kooperationsvertrag vom 14.02.2020 und der Satzung der Gesellschaft wurde die Gesellschaft neben den Stammkapitaleinzahlungen mit einem sog. Agio ausgestattet, welches gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung zur Deckung von Verlusten zu verwenden ist. Die Höhe des Agios beträgt für jeden Gesellschafter das 15fache seiner übernommenen Stammeinlage. Daneben haben sich die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 3 des Kooperationsvertrages verpflichtet, zusätzlich zum Stammkapital und Agio ein weiteres Aufgeld zu zahlen, soweit zugesagte Mengen nicht bereits im Rahmen der Kooperation angegeben wurden. Die Einzahlungen des Agios und des zusätzlichen Aufgelds erfolgten in die Kapitalrücklage. Die Deckung des Jahresfehlbetrages 2020 erfolgte entsprechend des Beschlusses der Gesellschafterversammlung in voller Höhe durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage. Zugleich haben sich

die Gesellschafter zur Stärkung der Finanzmittelsituation für eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 850 T€ ausgesprochen.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag einen Bankbestand in Höhe von 172 T€, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 952 T€ und eine Bilanzsumme von 1.124 T€ aus.

Der Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2021 beläuft sich auf insgesamt 290 T€. Sonstige betriebliche Erträge ergeben sich aus dem Erstattungsanspruch zur Übernahme der anwaltlichen Kosten durch die Klägerin im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens. Die Aufwandsbelastungen erfolgen im Wesentlichen aus Rechts- und Beratungskosten zur Ausschreibungsvorbereitung (180 T€), durch Kostenübernahme in einem unterlegenen Nachprüfungsverfahren (146 T€), Personalaufwand (21 T€), Gremienentschädigungen (17 T€), Kosten für Geschäftsbesorgung (9 T€) sowie Versicherungen (8 T€). Geplant war ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 315 T€.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Der Wirtschaftsplan für 2022 sieht einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 634 T€ vor. Entsprechend der mittelfristigen Wirtschaftsplanung ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft, voraussichtlich bis zum Beginn des Entsorgungsgeschäfts ab dem Jahr 2024, Jahresfehlbeträge erwirtschaftet. Um die auflaufenden Fehlbeträge ausgleichen zu können wurde die Gesellschaft mit den entsprechenden Agios ausgestattet und zusätzlich wurde zur Finanzmittelstärkung in 2021 durch die Gesellschafterversammlung der einstimmige Beschluss gefasst eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 850 T€ vorzunehmen.

Risiken können sich für die Gesellschaft weiterhin dadurch ergeben, dass im Rahmen des Vergabeverfahrens weitere Nachprüfungsverfahren eingeleitet werden, welche im Falle einer Unterlegung zur Kostenübernahme des Verfahrens und der anwaltlichen Kostenübernahme der Gegenseite verpflichten.

4.17.11 Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

| Lfd. Nr. | Name | |
|----------|------------------|---|
| 1 | Georg Kleikemper | Staatliche gepr. Umweltschutztechniker und hauptamtlich Beschäftigter der Ecowest Entsorgungsverbund Westfalen GmbH |
| 2 | Mirco Koppmann | Dipl. Bauingenieur (FH) und hauptamtlicher Beschäftigter der Stadt Minden |
| 3 | Sven Bökemeier | Dipl. Kaufmann (FH) und hauptamtlich Beschäftigter der Stadt Bielefeld |

Dem Aufsichtsrat gehören im Jahr 2021 als Mitglieder folgende Damen und Herren an:

| Lfd. Nr. | Name |
|----------|--|
| 1 | Dr. Ute Röder (Vorsitzende) |
| 2 | Thomas Grundmann (stellv. Vorsitzende) |

| | |
|----|---------------------------------------|
| 3 | Margret Stücken-Virna |
| 4 | Natalie Beck |
| 5 | Gerhard Altemeier |
| 6 | Markus Beiner |
| 7 | Michael Kemper (ab 01.07.2021) |
| 8 | Andreas Kruse |
| 9 | Ralph-Erik-Schaffert |
| 10 | Karl-Heinz Schröder |
| 11 | Karl-Heinz Schwartze (bis 30.06.2021) |
| 12 | Lothar Stadermann |

4.17.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern drei Frauen an (Frauenanteil: 27 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.17.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 9.12.2021 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel beschlossen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll. Die Gesellschafterversammlung hat darüber hinaus die Entscheidung der Geschäftsführer zur Kenntnis genommen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen.

4.18 Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)

4.18.1 Basisdaten

Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)

Alte Schanze

33106 Paderborn

Tel.:05251/1812-0, Fax: 05251/1812-13, Internet: www.ave-kreis-paderborn.de

Gründungsdatum: Am 02. Mai 1979 hat der Kreis Paderborn die Zentraldeponie „Alte Schanze“ in Paderborn-Elsen in Betrieb genommen. Gemäß Beschluss des Kreistages vom 21. Dezember 1993 wird der Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn mit Wirkung vom 01. Januar 1994 als Einrichtung nach § 107 Abs. 2 GO NW entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt.

4.18.2 Zweck/ Gegenstand des Betriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Durchführung der Abfallverwertung und -entsorgung des Kreises Paderborn im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 und des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) vom 21. Juni 1988 in der jeweils geltenden Fassung. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben. Dazu gehört auch die Beauftragung von Dritten im Sinne des §16 KrW-/AbfG.

4.18.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kommunen sind gesetzlich dazu bestimmt, dem Bürger als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu dienen. Ebenso dient die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

4.18.4 Träger des Eigenbetriebes

Das gezeichnete Kapital beträgt 500.000,00 €, welches zu 100% dem Kreis Paderborn zuzuordnen ist.

4.18.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresgewinn wurde ein Betrag in Höhe von 20.451,68 € als Verzinsung des eingesetzten Stammkapitals an den Haushalt des Kreises Paderborn ausgeschüttet.

Der Betrag wird auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

Da die Ausschüttung zahlungsmäßig Anfang 2022 erfolgte, weist der Kreis zum 31.12.2021 eine Forderung gegen den AV.E-Eigenbetrieb in entsprechender Höhe aus. Dem stehen Verbindlichkeiten des AV.E-Eigenbetriebes aus offenen Posten in Höhe von rd. 20,5 T€ gegenüber.

Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Erträge in Höhe von rd. 63,8 T€ (vgl. Tab. 3.3) setzen sich im Wesentlichen aus Deponiegebühren sowie Mieten und Nebenkosten zusammen. Dem stehen seitens

des Kreises entsprechende Aufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 62,5 T€ (davon rd. 45,0 T€ für Deponiegebühren u. rd. 17,5 T€ für Mieten u. Nebenkosten) gegenüber.

Bei den ausgewiesenen Aufwendungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von rd. 271,3 T€ handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen von Personalkosten, denen seitens des Kreises entsprechende Erträge (insgesamt rd. 291,8 T€, darin enthalten rd. 20,4 T€ Gewinnausschüttung / Eigenkapitalverzinsung) gegenüberstehen. Die Forderungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von rd. 45,3 T€ setzen sich aus verschiedenen Positionen wie insbesondere Umsatzsteuerguthaben, Zinsen, Abrechnung Strom und den offenen Posten zusammen. Demgegenüber weist der Kreis Paderborn Verbindlichkeiten gegenüber dem AV.E-Eigenbetrieb insbesondere aus Umsatzsteuervorauszahlungen (rd. 11 T€) sowie aus Deponiegebühren (rd. 2 T€) in Höhe von insgesamt rd. 13 T€ aus. Bei den von dem AV.E-Eigenbetrieb gegenüber der AV.E-GmbH ausgewiesenen Forderungen in Höhe von rd. 2,28 Mio. € handelt es sich um ein Gesellschafterdarlehen (2,2 Mio. €) sowie um Forderungen aus Pachten und Kostenumlagen, die seitens der AV.E-GmbH als Verbindlichkeiten in gleicher Höhe bilanziert werden.

Aus Nutzungsentgelten für eine Photovoltaikanlage werden gegenüber der AV.E-GmbH Aufwendungen von rd. 15,6 T€ und Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 18,4 T€ ausgewiesen, denen dort entsprechende Erträge und Forderungen in jeweils gleicher Höhe gegenüberstehen.

Weiterhin werden gegenüber der AV.E-GmbH rd. 133,8 T€ Erträge aus Windenergieanlagen, Zinsen und Umlagen ausgewiesen, die dort als Aufwendungen in gleicher Höhe verbucht werden.

4.18.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|----------------------|----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 73.134.405,93 | 64.541.771,91 | -8.592 |
| I. Immaterielle VG | 22.613,00 | 23.684,00 | 1 |
| II. Sachanlagen | 19.773.721,44 | 21.680.016,42 | 1.906 |
| III. Finanzanlagen | 53.338.071,49 | 42.838.071,49 | -10.500 |
| B. Umlaufvermögen | 5.039.216,82 | 15.168.474,67 | 10.129 |
| I. Vorräte | 26.455,47 | 13.992,59 | -12 |
| II. Forderungen | 3.577.292,33 | 3.266.417,14 | -311 |
| III. Wertpapiere | 0,00 | 0,00 | 0 |
| IV. Flüssige Mittel | 1.435.469,02 | 11.888.064,94 | 10.453 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Aktiva | 78.173.622,75 | 79.710.246,58 | 1.537 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 6.149.897,25 | 6.374.503,16 | 225 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 500.000,00 | 500.000,00 | 0 |
| II. Allgemeine Rücklage | 3.087.530,61 | 3.087.530,61 | 0 |
| III. Andere Gewinnrücklagen | 3.062.366,64 | 3.286.972,55 | 225 |
| B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen | 1.484.586,86 | 1.420.039,60 | -65 |
| C. Rückstellungen | 67.541.417,36 | 69.153.357,24 | 1.612 |
| D. Verbindlichkeiten | 2.497.721,28 | 2.262.346,58 | -235 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Passiva | 78.173.622,75 | 79.710.246,58 | 1.537 |

4.18.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts-zu Vorjahr T€ |
|---|-------------------|-------------------|--|
| 1. Umsatzerlöse | 16.001.088,86 | 15.560.384,80 | -441 |
| 2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen | -8.616,47 | -12.462,88 | -4 |
| 3. sonstige betriebliche Erträge | 197.164,63 | 998.369,71 | 801 |
| 4. Materialaufwand | 10.983.920,63 | 13.123.901,62 | 2.140 |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsst. | 36.756,85 | 50.854,47 | 14 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 10.947.163,78 | 13.073.047,15 | 2.126 |
| 5. Personalaufwand | 1.514.846,10 | 1.431.918,52 | -82 |
| a) Löhne und Gehälter | 1.171.072,70 | 1.105.110,41 | -65 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alt. | 343.773,40 | 326.808,11 | -16 |
| 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen | 1.128.777,17 | 1.382.830,39 | 254 |
| 7. sonstige betriebliche Aufwendungen | 1.833.443,81 | 477.848,25 | -1.355 |
| 8. Erträge aus Beteiligungen | 360.000,00 | 360.000,00 | 0 |
| 9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | 139.247,78 | 97.282,13 | -41 |
| 10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 63.800,00 | 68.331,79 | 5 |
| 11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 314.018,37 | 254.955,95 | -59 |
| 12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 336.109,18 | 153.268,60 | -183 |
| 13. Ergebnis nach Steuern | 641.569,54 | 247.182,22 | -394 |
| 14. Sonstige Steuern | 2.221,63 | 2.124,63 | |
| 15. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 639.347,91 | 245.057,59 | -394 |
| 16. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen | 618.896,23 | 224.605,91 | -394 |
| 17. Ausschüttung | 20.451,68 | 20.451,68 | 0 |
| 18. Bilanzgewinn / Bilanzverlust | 0,00 | 0,00 | -0 |

4.18.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 8 | 8 | 0 |
| Eigenkapitalrentabilität | 4 | 10 | -6 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 121 | 104 | 16 |
| Verschuldungsgrad | 1.120 | 1.139 | -19 |
| Umsatzrentabilität | 2 | 4 | -2 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Entwicklung der Abfallmengen im Geschäftsjahr | 2019 (in t) | 2020 (in t) | Ver- änder- ung (in %) | 2021 (in t) | Ver- änder- ung (in %) |
|---|----------------|----------------|---------------------------------|----------------|---------------------------------|
| Gewerbe-/Mischabfälle (und ähnliche Abfallgruppen) | 16.173 | 14.816 | -8,39 | 15.021 | 1,38 |
| Bioabfälle | 35.619 | 38.041 | 6,80 | 38.800 | 2,00 |
| Haus- und Sperrmüll aus kommunaler Sammlung | 38.564 | 39.611 | 2,72 | 38.997 | -1,55 |
| Grünabfälle | 9.338 | 9.397 | 0,63 | 9.390 | -0,07 |
| PKW-Anlieferungen (ohne Misch- und Grünabfälle) | 1.972 | 1.759 | -10,80 | 2.146 | 22,00 |
| Bodenaushub und Bauschutt zur DK II | 363 | 7.696 | 2020,11 | 2.722 | -64,63 |
| Bodenaushub und Bauschutt zur DK 0 ¹ | 250.230 | 225.688 | -9,81 | 173.755 | -23,01 |
| Ablagerungsfähige Abfälle | 3.696 | 9.893 | 167,67 | 7.159 | -27,64 |
| sonstige Anlieferungen | 7.990 | 3.719 | -53,45 | 4.102 | 10,30 |
| Anlieferung aus anderen Kommunen | 0 | 0 | 0,00 | 0 | 0,00 |
| Anlieferung MVA-Schlacke | 7.231 | 7.255 | 0,33 | 7.036 | -3,02 |
| Abfälle zur Verwertung | 360 | 233 | -35,28 | 151 | -35,19 |
| Klärschlamm | 6.068 | 7.855 | 29,45 | 8.852 | 12,69 |
| Summe | 377.604 | 365.963 | -3,08 | 308.131 | -15,80 |
| 1: Im Jahr 2015 wurden erstmals ablagerungsfähige Abfälle (= Bodenaushub und Bauschutt) in dem neuen Deponiebereich abgelagert. | | | | | |

4.18.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte der Eigenbetrieb durchschnittlich 35 (davon 1 Auszubildende) Mitarbeiter (Vj. 35, davon 2 Auszubildende)(jeweils ohne Betriebsleitung).

4.18.10 Geschäftsentwicklung

Nur geringe betriebliche Auswirkungen im zweiten Corona-Pandemie-Jahr

Gegenüber dem ersten Corona-Jahr 2020 ist es letztjährig nicht zu zeitlichen Einschränkungen bei der Anlieferung von kommunalen, gewerblichen und privaten Abfällen im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ in Paderborn-Elsen gekommen. Die offiziellen Öffnungszeiten haben zwischen Januar und Dezember keinerlei Restriktionen erfahren müssen. Trotz bundesweit hoher Impfquote hat uns die Corona-Pandemie fortwährend bis in heutiger Zeit fest im Griff. Unsere Konsequenz daraus: Wir als verantwortlicher Betreiber des Entsorgungszentrums werden weiterhin alle notwendigen Corona bedingten Sicherheitsvorkehrungen (AHA-Regeln, Zweischichtbetrieb etc.) aufrechterhalten. Zum Schutz unseres Personals und unserer Kundschaft ist aktuell in Innenräumen (u.a. Wiegehaus und Verwaltungsgebäude) ein Mund-/Nasenschutz zu tragen. Auf dem betrieblichen Freigelände wird zwar auf Mund-/Nasenschutz verzichtet, dennoch gilt weiterhin die Einhaltung eines ausreichenden 1,5 bis 2 Meter Sicherheitsabstandes. Nur so kann der A.V.E. Eigenbetrieb den uneingeschränkten Entsorgungsbetrieb auf der „Alten Schanze“ garantieren und somit einem allseits unerwünschten betrieblichen Lockdown zuvorkommen.

► Ausbau des Kellergeschosses für Betriebspersonal abgeschlossen

Der Ausbau des Kellergeschosses im A.V.E.-Verwaltungsgebäude für das Betriebspersonal ist im Jahr 2020 mit einer Investitionssumme von 190.000 EUR politisch beschlossen worden und dem Corona-

Pandemiegeschehen geschuldet. Als systemrelevanter Entsorgungsbetrieb musste kurzerhand eine strikte Trennung des Betriebspersonals (Zwei-Team-Lösung/getrennte Begehung der Räumlichkeiten) in Pandemiezeiten sichergestellt werden. Nach knapp neunmonatiger Bauzeit mit Investitionen in Trockenbau, Fenster, Estrich, Lüftungstechnik, Sanitäreinrichtungen, Spindschränke, Tische und Bestuhlung waren die neuen Kellerräume im Mai letzten Jahres bezugsfertig. Der Kostenrahmen für den Umbau konnte eingehalten werden.

► **A.V.E. stimmt bundesweite Kampagne #WIRFUERBIO interkommunal ab**

Zum Jahresbeginn 2021 hat sich der A.V.E. mit allen zehn kreisangehörigen Städten und Gemeinden der bundesweiten Umweltkampagne #WIRFUERBIO angeschlossen, um gemeinsam für mehr Qualität in der Biotonne zu werben. Hier besteht akuter Handlungsbedarf, denn im Januar und Februar haben Sichtkontrollen am Bioabfallumschlagplatz im Entsorgungszentrum erkennen lassen, dass die Qualität in der Biotonne sowohl im städtischen, aber leider auch im ländlichen Raum stark nachgelassen hat. Insbesondere Störstoffe wie Plastiktüten, Glasreste, Konservendosen, verpackte Lebensmittel, Kleidung und Altholz stören im erheblichen Umfang die anschließende Bioabfallkompostierung. Die Qualität muss deutlich besser werden, weil sich die gesetzlichen Auflagen infolge Bioabfall- und Düngemittelverordnung extrem verschärfen werden. Mit den Fachvertreterinnen und Fachvertretern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wurde der Sachverhalt über mehr Biotonnenqualität in zwei interkommunalen Sitzungen im April und Oktober erörtert und nach substanziellen Lösungen gesucht. Gleichzeitig ist im Berichtsjahr eine breit angelegte #WIRFUERBIO-Öffentlichkeitsarbeit gestartet worden. Neben einer Großanzeige in allen kommunalen Abfallkalendern gehören dazu redaktionelle Anzeigen in den Lokalmedien, Infolyer, Biotonnenaufkleber, Fahrzeugbranding auf Müllfahrzeugen, TV-Berichterstattung im WDR und ein mehrwöchiger Radiospot im Lokalsender „Radio Hochstift“. Sollten sich die Qualitäten mit der bereits gestarteten und fortgesetzten Öffentlichkeitsarbeit nicht spürbar verbessern, besteht Übereinstimmung mit allen Kreiskommunen, umfängliche und dauerhafte Biotonnenkontrollen in 2022/23 einzuführen.

► **Änderung der Abfall-Gebührensatzung zur Qualitätssicherung biogener Abfälle**

Um der Qualitätssicherung biogener Abfälle Nachdruck zu verleihen, hat der Kreistag im Dezember einer Änderung der Gebührensatzung der Abfallentsorgungsanlagen des Kreises Paderborn zugestimmt, die unmittelbar zum Jahresbeginn 2022 in Kraft getreten ist. Hiernach besteht die Option des A.V.E. Eigenbetriebes, die zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ mit erheblichen Störstoffen angelieferten Abfälle zur Verwertung, und hier vornehmlich der biogenen Bio-, Grünschnitt- und Friedhofabfälle nach Kontrolle abzuweisen und einer anderweitigen Entsorgung zuzuführen. Die hierdurch entstehenden Kosten für das Umladen, Verwiegen, Transportieren und Entsorgen können dann dem Gebührenschuldner, also auch der kreisangehörigen Kommune, gesondert auf Nachweis in Rechnung gestellt werden. Dieses würde bei vollständiger Abweisung zum Beispiel einer mit erheblichen Störstoffen versehenen Bioabfall-Anlieferung zu Mehrkosten von über 100 Prozent führen. Insofern ist es nur konsequent, den interkommunal gemeinsam eingeschlagenen Weg im Rahmen der öffentlichkeitswirksamen #WIRFUERBIO-Kampagne uneingeschränkt fortsetzen, um für eine bessere kommunale Bioabfallqualität zu sorgen und um mögliche Bioabfallabweisungen auf der „Alten Schanze“ vorzubeugen.

► Spatenstich zum Bau des neuen Kreisbauhofes im Eingangsbereich zum Entsorgungszentrum

Mit Anwesenden aus Politik und Verwaltung, dem beauftragten Planungsbüro Planquadrat (Sigmaringen), dem Büro PLAN BEE Architekten Partnerschaft (Paderborn) sowie der Baugesellschaft für Ingenieurbau mbH (Paderborn) hat Landrat Christoph Rütter am 06.10.2021 den ersten Spatenstich zum Bau des neuen Kreisbauhofes im Eingangsbereich zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ in Paderborn-Elsen vollzogen. Auf dem Baugelände im Eingangsbereich zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ entsteht ein neuer Kreisbauhof in kompakter Bauweise nach klimafreundlichen Energie- und Umweltstandards. Der zentrale Neubau wird die noch bestehenden Bauhöfe in Lichtenau, Büren-Harth und Paderborn-Klausheide ersetzen.

Auf dem etwa 1,7 Hektar großen Baugelände erwächst in den kommenden Monaten ein Hauptgebäude mit Verwaltungs- und Betriebsbereich in Holzbauweise, Fahrzeughalle, Werkstatt/ Materiallager sowie eine Waschhalle für die Einsatzfahrzeuge. Als separater Bereich kommen eine Salzhalle, ein Hackschnitzzellager zur Wärmeversorgung sowie eine wasserschonende Zisternennutzung für Brauch- und Löschwasser hinzu.

In seiner Rede hat sich Landrat Rütter denn auch von der Richtigkeit dieses Großprojektes überzeugt gezeigt. Der neue Kreisbauhof sei ein modernes, ökologisches und nachhaltiges Projekt am richtigen Standort. Dem gegenüber seien alle drei noch bestehenden Bauhöfe in die Jahre gekommen und in einem stark renovierungsbedürftigen Zustand. Nach Berechnungen des Kreises würden die Kosten zur Modernisierung dieser Standorte weitaus höher ausfallen als der zentrale Bau an diesem Standort. Für diesen Standort an der „Alten Schanze“ spricht nach den Worten des Landrates auch eine optimale Verkehrsanbindung.

Der A.V.E. ist Bauherr des Gesamtprojektes und baut auf eigene Kosten den Bauhof. Die anschließende Vermietung und Verpachtung sind vertraglich auf 40 Jahre zwischen dem A.V.E. und dem Kreis Paderborn festgelegt worden. In den Gesamtkosten von ca. 12 Mio. Euro sind gegenwärtig nicht auszuschließende Lieferengpässe in den Bereichen Beton, Stahl, Dämmmaterialien und Holzwerkstoffen und daraus resultierende Kostensteigerungen bereits mit einkalkuliert worden. Aufgrund der ökologisch sehr nachhaltigen Bauweise steht eine kostensenkende Förderung des Bundes in Höhe von bis zu 800.000 EUR in Aussicht. Die Fertigstellung des zentralen Kreisbauhofes ist bis Jahresmitte 2023 geplant. Anschließend können dort neben den Betriebskolleginnen und -kollegen der drei noch bestehenden Kreisbauhöfe auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisstraßenbauamtes aus dem A.V.E.-Verwaltungsgebäude in den benachbarten Kreisbauhof einziehen.

Weitere Ereignisse des zurückliegenden Betriebsjahres in Kurzfassung:

► Kurzzeitiger Ausverkauf von „PaderKompost“-Produkten im Frühjahr / Kein Verkauf an Samstagen

Im Frühjahr 2021 ist es zu einer solch hohen Nachfrage nach „PaKo“-Kompostprodukten gekommen, dass das Grüngutkompost- und Pflanzerde-Angebot in loser Ware unter der Lager- und Verkaufshalle „auf Nullmenge leergefegt“ gewesen ist. Dieser kurzzeitiger „PaKo“-Ausverkauf ist in dreißigjähriger „PaKo“-Geschichte erstmalig gewesen und dürfte auf die Corona-Entwicklung zurückzuführen sein. Seit Anfang Mai 2021 ist der Verkauf von „PaderKompost“-Produkten an Samstagen bis auf Weiteres im Entsorgungszentrum eingestellt worden. Zu den Gründen dieser Einschränkung gehören die enorm hohen privaten Abfallanlieferungen an den Wochenenden, die das Verkehrsaufkommen vor Ort wiederholt zum Erliegen gebracht und eine geordnete Abfallannahme durch das Betriebspersonal unter den Corona bedingten Einschränkungen nicht mehr erlaubt haben.

► Neuinvestitionen im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Zur Modernisierung des Entsorgungszentrums sind entsprechend dem „Stand der Technik“ alljährliche Neuinvestitionen in den laufenden betrieblichen Arbeitsprozess notwendig. Meist dienen diese Investitionen dazu, den sehr hohen Anforderungen des betrieblichen Arbeitsschutzes (Beachtung von Unfallverhütungsvorschriften) Rechnung zu tragen. Über den bereits geschilderten Beginn des Großprojektes „Kreisbauhof“ sind in 2021 u.a. folgende technische Neuerungen hinzugekommen:

- Eine Rüttelsiebmaschine zur verbesserten Bauschuttzubereitung
- Ein Roll-Packer zu Verdichtung von Altholz im Sammelcontainer
- Ein spezieller Gabelstapler zur Verladung von Elektroaltgeräten
- Eine Plattformtreppe für LKW-Ladungskontrollen
- Spezieller Container zur Sicherung hochleistungsstarker Altbatterien

► Bau einer dritten Windkraftanlage genehmigt

Nach zwei bereits im Jahr 2017 in Betrieb genommenen Windenergieanlagen (WEA) soll im Jahr 2022 eine weitere WEA ebenfalls in unmittelbarer Nähe zum Entsorgungszentrum errichtet werden. Betreiberin der dritten Anlage wird erneut die A.V.E. GmbH sein. Anlässlich der Baugenehmigung im Juli 2021 hat die A.V.E. GmbH nach Ausschreibung durch die Bundesnetzagentur Mitte Oktober den Zuschlag mit einer Vergütung von 5,88 ct/kWh erhalten. Baubeginn dieser weiteren leistungsstarken WEA der Fa. Enercon soll im Sommer sein, ihre geplante Inbetriebnahme spätestens zum Jahresende 2022. Der A.V.E. Eigenbetrieb und die A.V.E. GmbH haben somit erneut ein gutes und tragfähiges Inhouse-Geschäft bei der Projektfinanzierung und -umsetzung getätigt. Im Rahmen des Kreisklimaschutzkonzeptes leistet auch die neue WEA einen gewichtigen Beitrag zum Klimaschutz für den Kreis Paderborn.

► Keine Gebühren- und Entgelterhöhungen für 2022

Nach 2021 bleiben auch für 2022 die kommunalen Abfallgebühren für Bioabfall, Haus- und Sperrmüll sowie für gewerbliche Mischabfälle unverändert. Gleichermäßen gibt es bei den direkten Abfallanlieferungen mit Privatfahrzeugen zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ keinerlei Änderungen. Das dürfte einmal mehr für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine sehr erfreulich gewesen sein, denn etwa 60 Prozent der kommunal festgelegten Abfallgebühren entfallen auf die Behandlung und Verwertung der Hausabfälle.

Abfallmengenentwicklung im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Im Vergleich zu den Vorjahren ergeben sich bei den kommunalen Entsorgungswegen keine Änderungen. Haus- und Sperrmüll sowie organische Bioabfälle werden im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge von den zehn Städten und Gemeinden des Kreises Paderborn eingesammelt. Zu den durch die Kommunen eingesammelten Abfallmengen gehören auch Restabfälle aus dem Kleingewerbe, die seit 2011 von den Kommunen nicht mehr gesondert ausgewiesen werden. Gemäß NRW-Landesabfallrecht und Kreis-Abfallsatzung sind die kommunal eingesammelten Siedlungsabfälle dem Kreis Paderborn bzw. dem ausführenden A.V.E. Eigenbetrieb zur anschließenden Verwertung und Entsorgung zu überlassen. Die kreisweit erfassten Siedlungsabfälle ergeben auf das zurückliegende Berichtsjahr folgendes Bild:

Haus- und Sperrmüll

Die Haus- und Sperrmüllmengen aus kommunaler Sammlung im Kreis Paderborn sind gegenüber den Vorjahren sehr konstant. So verzeichnen diese 2021 nur einen leichten Rückgang um 1,5 Prozent von 39.611 t im Vorjahr auf 38.997 t. Gemäß derzeit bestehender Entsorgungsverträge wird der überwiegende Hausmüll der MVA Bielefeld-Herford GmbH und dem zum Verbund gehörenden Kraftwerk Enertec in Hameln zur Verbrennung angedient (2021: 29.133 t). Die Müllverbrennungsanlage in Bielefeld-Heepen und das Kraftwerk in Hameln nutzen dank Kraft-Wärme-Kopplung die freiwerdende Energie zur Erzeugung von Strom und Fernwärme. Die restlichen knapp 10.000 t sind zusammen mit den gewerblichen Mischabfällen der Pader Entsorgung GmbH & Co. KG (PEG) zur mechanischen Abfallaufbereitung überlassen worden. Die PEG betreibt als langjähriger Partner des A.V.E. seit 2005 eine mechanische Abfallaufbereitungsanlage auf dem Gelände des Entsorgungszentrums. Mit Hilfe modernster Zerkleinerungs-, Sieb- und Sortiertechnik trennt die PEG brennbare von weniger brennbaren Abfallstoffen. Die erzeugten Ersatzbrennstoffe (EBS) finden als Alternative zu fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl, Gas Absatz in Zement- und Kraftwerksbetrieben. Die weniger brennbaren bzw. niederkalorischen Stoffe werden anderen Entsorgungsvertragspartnern der PEG angedient.

Bioabfall aus kommunaler Sammlung und Friedhofsabfälle

Mit knapp zwei Prozent kommt es in 2021 zu einem leichten Anstieg bei den kommunal erfassten Bioabfällen auf 38.654 t (2020: 37.923 t). Neben den Auswirkungen der Corona-Pandemie dürfte dieses mit den minder trockenen Sommermonaten gegenüber den beiden Vorjahren zu tun haben. Hinzu kommen Friedhofsabfälle aus den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit 146 t sowie Grünabfälle mit 1.329 t, die aufgrund von Verunreinigungen und ihrer Zusammensetzung, aber auch aus Platzgründen nicht der eigenen Grünkompostierung, sondern der Bioabfallverwertung zugeführt worden sind. Ohne Berücksichtigung der Grünabfälle liegt das Pro-Kopf-Aufkommen der erfassten Bioabfälle bei 125 kg pro Einwohner und Jahr. Nach Umschlag im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ gelangen die kommunal erfassten Bioabfälle in das Kompostwerk der Kompotec Kompostierungsanlagen GmbH in Nieheim (Kreis Höxter). Dort werden die Küchen- und Gartenabfälle nicht nur zu Qualitätskomposten verarbeitet, sondern teilweise vorab in einer Trockenvergärungsanlage in beträchtlichem Maße auch bioenergetisch zur Stromerzeugung genutzt. Als Endprodukt entsteht ein Kompost, der das RAL-Qualitätssiegel trägt und regional vorwiegend in der Landwirtschaft vermarktet wird.

Grünabfallkompostierung auf der „Alten Schanze“

Im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ werden seit 1993 Grünabfälle aus privaten und öffentlichen Garten- bzw. Parkanlagen auf einer etwa ein Hektar großen Betriebsfläche separat in einer sechs- bis achtmonatigen Vor-, Haupt- und Nachrotte zu nährstoffreichen Kompost (u.a. Stickstoff, Phosphor, Kalium, Magnesium) verarbeitet. Der erzeugte Kompost unterliegt strengen RAL-Gütesiegelkriterien der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. in Köln. Alle von der Bundesgütegemeinschaft festgelegten Qualitätsanforderungen eines gleichbleibend nährstoffreichen Kompostproduktes werden seit 1996 durch regelmäßige Kompostanalysen mehr als erfüllt, was durch die regelmäßigen Fremdüberwachungszeugnisse ihre positive Bestätigung findet. Der produzierte Kompost wird regional als „PaderKompost“ an Hobby- und Kleingärtner, GaLa-Bau, Gärtnereibetrieben sowie Erdenwerken verkauft. Im Gegensatz zu den Bioabfällen nimmt der A.V.E. die professionelle Grüngutkompostierung eigenverantwortlich wahr. Im Verhältnis zum Vorjahr (7.358 t) sind die

Anlieferungsmengen aus Baum-, Strauch- und Rasenschnitt im Berichtsjahr deutlich um 10 Prozent auf 8.061 t gestiegen - das entspricht einem Pro-Kopf-Wert von 26 kg.

Gewerbe-/ Mischabfälle zur Entsorgung

Bei den gewerblichen Mischabfällen ist zu unterscheiden zwischen verwertbaren Abfällen, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, und den beseitigungspflichtigen Abfällen, die andienungs- und somit gebührenpflichtig sind. Die beseitigungspflichtige und rein gewerbliche Abfallfraktion markieren nur einen marginalen Rückgang von 9.229 t auf 9.067 t - ein Minus von knapp zwei Prozent. Diese Abfälle sind nach wie vor großen konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass die 2017 novellierte Gewerbeabfallverordnung weitaus höhere stoffliche Trenn- und Recyclinganforderungen an die gewerblichen Abfallbesitzer stellt. Insofern muss hier fortlaufend mit zurückgehenden Mengen gerechnet werden. Seit Oktober 2018 bleiben als Folge der novellierten Gewerbeabfallverordnung die „Abfälle zur Verwertung“ im Entsorgungszentrum ausgeschlossen. Die steuerbaren Abfälle, vor allen die bituminösen Dachbahnen, haben erneut gegenüber 2020 einen Rückgang von 233 t auf 151 t erfahren.

Ablagerungsfähige Abfälle auf der Inertstoff- (DK 0) und Siedlungsabfalldéponie (DK II)

Auf die im Frühjahr 2015 in Betrieb genommene **DK 0-Inertstoffdeponie** sind die Boden- und Bauschuttmengen im vierten Jahr in Folge noch einmal auffallend stark rückläufig - gegenüber 2020 um Minus 23 Prozent von 225.688 t auf 173.755 t. Zum einen liegt dieses konjunkturbedingt an den leicht zurückgehenden Aktivitäten im regionalen Baubereich, zum anderen dürfte dieses aber auch an den 2017 spürbar verschärften Anforderungen zur Gewerbeabfallverordnung liegen.

Auch die ablagerungsfähigen bzw. reaktionsarmen Abfälle (z.B. Asbestabfälle, MVA-Schlacke, belasteter Bodenaushub) zur **DK II-Deponie** weisen mit insgesamt 15.001 t einen enorm hohen Mengenrückgang um 39 Prozent auf (2020: 24.667 t). Vertraglich vereinbart stammen davon allein 7.036 t reaktionsfreie und deponiefähige Verbrennungsschlacken aus der MVA Bielefeld. Insoweit nimmt der A.V.E. den Schlackenanteil seiner Abfälle von zirka 25 Prozent wieder zurück. Im Übrigen konnten letztjährig ca. 1.000 t Metallschrott aus der MVA-Schlacke gewonnen und verwertet werden. Letztlich ist die Gesamtmengenentwicklung der DK II-Mengen abhängig von den Bau- und vornehmlich Sanierungstätigkeiten auf Kreisebene und daher nur schwerlich prognostizierbar. Erfreulicherweise werden im Entsorgungszentrum seit 2018 sortenreine gipshaltige Abfälle anstelle der Deponierung privaten Gipsrecyclingunternehmen zur Verfügung gestellt. In 2021 sind als bisher höchste Menge genau 2.098 t verwertet worden. Gipshaltige Bauabfälle fallen i.d.R. als Gipsplatten (z.B. Gipskartonplatten, Gipsfaserplatten,) oder als Baugipse (z.B. Putzmörtel, Gipsestrich) an. Sortenreine Gipsabfälle können recycelt und u.a. der Gipsplattenneuproduktion zugeführt werden. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sollte dieses ökologische Potential nicht nur genutzt, sondern ausgebaut werden, da Recyclinggips eine echte Alternative zum Naturgipsabbau bietet.

Da sich die Ablagerungskapazitäten der DK II-Deponie dem Ende neigen, plant der A.V.E. nach europaweiter Ausschreibung eine Erweiterung auf der planfestgestellten DK II-Flächen um zirka zwei Hektar in 2022/2023.

Klärschlamm Entsorgung über den A.V.E. Eigenbetrieb

Mit Gründung der Klärschlammkooperation Ostwestfalen-Lippe im Februar 2020 sind die langfristigen Weichen für eine gemeinsame Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Klärschlammbetreiber in OWL gestellt worden. Im Kreis Paderborn beabsichtigen sich neben dem Kreis sukzessive alle zehn Städte und Gemeinden dieser Kooperation anzuschließen. In der Übergangsphase bis 2024 können die Städte und Gemeinden im Bedarfsfall

auf Klärschlamm-Kontingente des A.V.E. von jährlich 9.000 t zurückgreifen, die nach Vereinbarung in den Anlagen der MVA Bielefeld und Enertec Hameln zur Verbrennung angedient werden können. Im Berichtsjahr wurde das Kontingent mit 8.561 t fast vollständig ausgeschöpft. Einige Kommunen, u.a. die Stadt Paderborn, verfügen über separate Entsorgungsverträge. Durch die verschärften rechtlichen Anforderungen der landwirtschaftlichen Klärschlammaufbringung erwartet der A.V.E. bis zum aktiven Beginn der Klärschlammkooperation OWL ein gleichbleibend hohes Ausschöpfen des kommunalen Kontingents in den kommenden zwei Jahren. Die angedienten Klärschlamm-mengen werden ohne Umschlag im Entsorgungszentrum direkt von den Kommunen zu den Anlagen zu transportiert. Weitere 291 t hat der A.V.E. Eigenbetrieb selbst aus seiner eigenen Sickerwasserreinigungsanlage der Verbrennung zugeführt.

Angelieferte Gesamtmenge zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“

Zusammen mit dem Abfallaufkommen der DK 0-Deponie weist das Gesamtergebnis der Anlieferungsmengen zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ einen signifikanten Rückgang von 366.859 t in 2020 auf jetzt 308.133 t (minus 16%) im Berichtsjahr auf. Rechnet man die Mengen der DK-0-Deponie heraus, sind auch die Anlieferungsmengen im hoheitlichen Bereich auffällig um knapp 5 Prozent von 140.938 t in 2020 auf nunmehr 134.226 t gefallen, was mit dem Corona-Pandemiegeschehen in Verbindung gebracht werden kann.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Das Siedlungsabfallmengen-aufkommen (ohne DK 0) liegt mit 134.226 t in Summe über den prognostizierten Planzahlen für 2021 (126.660 t). Grundsätzlich werden die Abfallmengen im Wirtschaftsplan vom A.V.E. Eigenbetrieb konservativ prognostiziert. Insoweit sind Erhöhung der Mengen in den Bereichen der kommunalen Abfälle wie Hausmüll und Bioabfälle, wie aber auch in den baunahen Bereichen der gewerblichen Mischabfälle, der Grünabfälle und ablagerungsfähige Abfälle auf der DK II Deponie immer möglich; sie unterliegen hier den normalen Schwankungen. Für das Jahr 2022 rechnet der Eigenbetrieb entsprechend seinem Wirtschaftsplan im hoheitlichen Bereich weiterhin mit 124.290 t. Der leichte Rückgang wird hier vornehmlich im Bereich der DK II Deponie erwartet.

Im Bereich des wirtschaftlichen Betriebes (Betrieb gewerblicher Art) sind die Mengen zur DK-0 Deponie mit 173.755 t gegenüber den Planzahlen für das Jahr 2021 (215.000 t) beträchtlich rückläufig. Dennoch bleibt der A.V.E. für das Jahr 2022 infolge der nur wenig kalkulierbaren Baukonjunktur bei einer geplanten Anlieferungsmenge von 165.000 t. Trotz der geringeren Mengen halten sich die wirtschaftlichen Auswirkungen für den A.V.E. in Grenzen. Durch die geringen Entgelte, die je Gewichtstonne erhoben werden, sind die Einnahmen nur geringfügig rückläufig. Auch erfolgt die Abschreibung DK 0 Deponie analog der Anlieferungsmengen. Insoweit werden hier auch Abschreibungen im gleichen Umfang zurückgehen.

Die ohnehin stets defensiv ausgerichteten Mengenprognosen bei den wiederkehrenden Jahresplanungen tragen wie in den Vorjahren dazu bei, dass die wirtschaftliche Situation des A.V.E. Eigenbetriebes als unverändert gut, solide und sicher einzustufen ist. Die Gebühren- und Entgelteinnahmen für 2021 belaufen sich auf 15,02 Mio. €. Nach dem Wirtschaftsplan wurden für 2021 Einnahmen von 14,61 Mio. € erwartet. Bei Wahrnehmung seiner gesetzlichen Verwertungs- und Entsorgungsverpflichtungen gehört der Kreis Paderborn unverändert mit zu den günstigsten Kreisen in NRW.

Ein Höchstmaß an Sicherheit spiegelt sich fortgesetzt in den Finanzanlagen des A.V.E. Eigenbetriebes wider. Alle Geldanlagen sind ohne Risiko angelegt und über das Sicherungssystem der jeweiligen Bank abgesichert.

Die über mehrere Geldinstitute verteilten Finanzmittel sind für die umfangreichen Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen der Zentraldeponie im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ vorgesehen. Allerdings ist weiterhin abzusehen, dass sich am Kapitalmarkt auch in den kommenden Jahren das geringe Zinsniveau fortsetzen wird. Durch den Wegfall hoch rentierlicher Anlagen, verbunden mit niedrigen Zinssätzen bei der Wiederanlage und notwendige Investitionen führen hier zu einer Verringerung der vorhandenen Finanzmittel. Infolge der geringen Renditen ist der Eigenbetrieb gehalten, seine Finanzmittel unverändert kurz- bzw. mittelfristig anzulegen.

Unter Berücksichtigung der anhaltend schwierigen Kapitalmarktentwicklung ist der A.V.E. Eigenbetrieb in den zurückliegenden Jahren mit vorhandenen Eigenmitteln auch investiv tätig geworden. Dieses gilt sowohl für die Beteiligung an der Interargem GmbH (MVA in Bielefeld, Enertec in Hameln) als auch für die Errichtung zweier Windenergieanlagen im Standortbereich des Entsorgungszentrums im Rahmen eines Gesellschafterdarlehens an die A.V.E. GmbH-Tochtergesellschaft. Eine weitere dritte WEA-Inbetriebnahme im erweiterten Umfeld des Entsorgungszentrums ist bereits für die zweite Jahreshälfte 2022 genehmigt. Alle aufgeführten Investitionsprojekte sind bzw. werden im Vorfeld einer fundierten Wirtschaftlichkeitsberechnung unterzogen und gleichermaßen mit ausreichenden Sicherheiten versehen, so dass aus den anstehenden Renditen mittel- und langfristig der Gebührenzahler profitieren kann. Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt einer sicheren und gewinnbringenden Anlagestrategie plant und baut der A.V.E. Eigenbetrieb auf seinen Flächen den Kreisbauhof und stellt diesen dann für ein angemessenes Nutzungsentgelt dem Kreis Paderborn zur Verfügung.

Wie schon berichtet, haben im Berichtsjahr im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ notwendige bauliche und technische Investitionen ihren Abschluss gefunden. Im Investitionsplan für 2022 sind weitere Finanzmittel für Investitionen in Höhe von knapp 8,5 Mio. € geplant, u. a. notwendige Abschlagszahlungen für Baukosten des geplanten Kreisbauhofes, Planungsleistungen zur Erweiterung der DK II-Deponie, Anzahlung für Holzhackschnitzelheizung zur Versorgung des Entsorgungszentrums sowie fällige Umbau- und Sanierungsarbeiten an Betriebseinrichtungen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das langfristige Vermögen ist fristenkongruent finanziert. Die Finanzlage lässt sich in einer zusammengefassten Kapitalflussrechnung wie folgt darstellen:

| | 2021 | 2020 |
|--|--------|--------|
| | T€ | T€ |
| Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit | 2.794 | 2.713 |
| Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit | 7.726 | -4.788 |
| Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit | -68 | -25 |
| Veränderungen des Finanzmittelfonds | 10.452 | -2.100 |
| Bestand der liquiden Mittel zum 31. Dezember | 11.888 | 1.436 |

Durch die gesunkenen Abzinsungzinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB, veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank, ist es für 2021 unumgänglich der Rückstellung für die Deponienachsorge wiederum einen Betrag von 0,2 Mio. € zuzuführen. Dieser Zuführungsbetrag belastet in voller Höhe das Ergebnis, ohne dass hieraus jedoch eine reale Zahllast für den A.V.E. entsteht. Für einen Ausgleich stehen Mittel zur Verfügung.

Feststellungen nach § 53 HGrG

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses ist § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz beachtet worden. Die Prüfungsfelder betrafen die Bereiche der Geschäftsführungsorganisation des Geschäftsführungsinstrumentariums und der Geschäftsführungstätigkeit sowie die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die vom Abschlussprüfer unter Verwendung eines standardisierten Fragenkatalogs durchgeführte Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Tätigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung sind.

Chancen und spezifische Risiken der Anlieferungsmengen

Bei den kommunal andienungspflichtigen Siedlungsabfällen wie Haus-/Sperrmüll und den Bioabfällen sind im laufenden Wirtschaftsjahr 2022 keine bedeutsamen Mengenänderungen zu erwarten. Die Schwankungen dürften fortgesetzt im üblichen Rahmen der zurückliegenden Jahre liegen. Eine Reduzierung der Hausmüllmengen durch die 2016 kreisweit eingeführte Wertstofftonne für häusliche Kunststoff- und Metallabfälle ist in den zurückliegenden Wirtschaftsjahren nicht erkennbar. Die Wertstofftonne ist eine Gemeinschaftstonne zwischen den dualen Systembetreibern und dem Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land (WPL), der gemäß den Anforderungen des Verpackungsgesetzes die Interessen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bündelt und artikuliert.

Die Gebühreneinnahmen aus dem Bereich der kommunalen Siedlungsabfälle müssen fortgesetzt als stabil, solide und sicher eingestuft werden. Diese Kommunalabfälle aus Privathaushalten sind überlassungspflichtig und bleiben nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge im gesetzlichen Verantwortungsbereich der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

Nur wenig prognostizierbar bleiben fortlaufend die Mengen der beseitigungspflichtigen Gewerbeabfälle und der ablagerungsfähigen Abfälle zur DK II. Hier spielen neue rechtliche Anforderungen und konjunkturelle Einflüsse eine ebenso große Rolle, wie die Tatsache, dass diese Abfälle aus dem gewerblich-industriellen Bereich dem freien Wettbewerbsmarkt ausgesetzt sind. Gleichwohl bestätigt auch das zurückliegende Jahr 2021, dass die zur „Alten Schanze“ gewerblich angedienten Abfälle noch immer eine relative Mengenkonstanz gegenüber früheren Jahren aufweisen. Insofern lassen die gegenwärtig noch gute konjunkturelle Lage sowie die andauernden hohen Preise anderer Entsorgungsanlagen eine solche Mengenkonstanz auch für die bevorstehenden Jahre erwarten.

Risiken bei den Abfallbehandlungskosten

Seit der Vorstellung und dem Beschluss der Wirtschaftsplanes 2022 haben sich u. a. durch die konjunkturellen und kriegerischen Ereignisse in der Ukraine erhebliche Verwerfungen bei den Energie- und Investitionskosten ergeben. Da die laufenden Entsorgungsverträge Gleitklauseln enthalten, die u. a. auch die Veränderung der Energie- und Investitionskosten berücksichtigen, führen diese im Jahr 2022 zu erheblichen Mehrbelastung gegenüber den Planzahlen 2022. Nach derzeitigen Prognosen wird das prognostizierte positive Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 0,9 Mio. € fast komplett aufgezehrt. Für einen Ausgleich stehen hierfür aber ausreichend andere Gewinnrücklagen zur Verfügung.

Abwehr von betrieblichen Risiken bei Zahlungs- und EDV-Ausfall

Um das Risiko des Zahlungsausfalles entgegenzuwirken, wurde folgendes Forderungsmanagement installiert:

1. Die Gebühren werden in 14-tägigen Abständen den Anlieferern in Rechnung gestellt. Um Ausfälle zu vermeiden wird grundsätzlich einer Barzahlung der Abfallanlieferer der Vorzug gegeben.
2. Unproblematisch sind die Anlieferungen von öffentlichen Einrichtungen sowie der Städte und Gemeinden. Hier kann es quasi zu keinem Ausfall kommen.
3. Bei den weiteren Anlieferungen kann der Eigenbetrieb auf den Vorteil zurückgreifen, dass es sich um hoheitliche Forderungen handelt. Um diese einzufordern, kann unmittelbar eine Vollstreckung eingeleitet werden, ohne den Gerichtsweg zu beschreiten. Die Forderungsausfälle bewegen sich auf sehr niedrigem Niveau. Lediglich im Falle von Firmeninsolvenzen kann es zu größeren Ausfällen kommen.
4. Um Forderungsausfällen entgegenzuwirken, werden Anlieferer nach der ersten Mahnung als Rechnungsempfänger gesperrt und müssen zukünftig „bar“ zahlen. Auf diese Art und Weise wird verhindert, dass gewerbliche Unternehmer (insbesondere Transporteure) größere Verbindlichkeiten auflaufen lassen, andererseits haben sie weiterhin die Möglichkeit Anlieferungen zu tätigen. Insoweit sind sie nicht in ihrer Tätigkeit eingeschränkt.

Ein weiteres Risiko könnte der Ausfall der EDV-Anlage darstellen. Auf diese Situation hat sich der A.V.E. wie folgt vorbereitet:

1. Das Risiko eines Ausfalls der EDV-Anlage, zum Beispiel beim Diebstahl der Server oder der PC's bringt maximal einen Tag Datenverluste mit sich.
2. Bei einer völligen Zerstörung der EDV-Anlagen durch Brand oder Vandalismus könnte bei der Waage manuell gewogen werden. Für diesen Fall wurde ein Notfallplan für die genaue Vorgehensweise eingerichtet.
3. Dies bedeutet zwar einen erheblichen Aufwand, doch könnte mit einer zügigen Neuausstattung weiter automatisch verwogen werden.
4. Im Falle eines längeren Stromausfalles stehen Notstromaggregate zur Verfügung, mit denen der Wiegebetrieb aufrechterhalten werden kann.
5. Beim längeren vollständigen Ausfall der Waage sieht die geltende Gebührenordnung vor, dass Abfallanlieferungen nach Kubikmetern abgerechnet werden können.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass insgesamt keine weiteren Anzeichen für Ereignisse oder Umstände im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems erkennbar sind, die die Arbeit oder gar den Fortbestand des Eigenbetriebes in irgendeiner Form belasten oder gefährden könnten. Durch die in der Vergangenheit mit namhaften regionalen Entsorgungspartnern geschlossenen Verträge ist für den Kreis Paderborn eine langfristige Entsorgungssicherheit bei strikter Beachtung der gesetzlichen und technischen Umweltstandards weiterhin gegeben.

4.18.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung und der Betriebsausschuss.

Betriebsleitung: Herr Martin Hübner, technischer Dezernent des Kreises Paderborn, ist der Betriebsleiter des A.V.E Eigenbetriebes.

Betriebsausschuss: Der Betriebsausschuss besteht aus 15 Mitgliedern. Dies sind derzeit Frau Kreistagsabgeordnete Verena Haese, Claudia Wagener-Ragert sowie die Herren Kreistagsabgeordneten Päsch, Vossebein, Fresen, Zündorf, Nolte, Müller, Schäfers, Schüssler, Scholle, Blienert, Sonntag, Risse und Koch.

4.19 Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren

4.19.1 Basisdaten

Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren

„Spanckenhof“ Leiberger Str. 10

33181 Bad Wünnenberg

Tel.:0160 654 02 32, E-Mail: erholungsgebiet@wuennenberg-bueren.de, Fax: -, Internet: www.wuennenberg-bueren.de

Gründungsdatum: 28. Februar 1977

4.19.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Aufgabe des Zweckverbandes ist es, die Gebiete der Städte Bad Wünnenberg und Büren im Kreis Paderborn zu betreuen. Der Zweckverband soll im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen das Verbandsgebiet mit dem Ziel fördern, die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, durch geeignete Einrichtungen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen und auf einen sinnvollen Gebrauch der Naturwerte hinzuwirken. Die wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen. Zudem verfolgt der Verband keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

4.19.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreise und kreisfreien Städte sind nach dem Landesnaturschutzgesetz NRW die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden. Als eine Einrichtung auf dem Gebiet der Erholung liegt der Zweckverband „Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg/ Büren“ im klassischen Sinne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

4.19.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Wünnenberg und Büren Mitglieder des Zweckverbandes.

4.19.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn leistete im Haushaltsjahr 2021 eine anteilige Kostenübernahme für Verwaltungs- und Geschäftskosten in Höhe von 14.000,00 € .

Die Zahlungen wurden über das Konto 531306 „Zuweisung an Zweckverband Erholungsgebiet Büren -Bad Wünnenberg“ des Produktes 130201 „Natur und Landschaftspflege“ verbucht.

4.19.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für Dezember 2022. Zu den Punkten 4.19.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.19.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.19.8 „Kennzahlen“ und 4.19.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.19.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.19.6

4.19.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.19.6

4.19.9 Personalbestand

Seit dem Jahr 2008 beschäftigt der Zweckverband eine Beschäftigte in Vollzeit.

4.19.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.19.6

4.19.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Vorsteher des Zweckverbandes ist als Bürgermeister der Stadt Bad Wünnenberg Christian Carl Geschäftsführendes Verbandsmitglied ist die Stadt Bad Wünnenberg.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist Frau Pöhler (Sachgebietsleitung Naturschutz) im Amt für Umwelt, Natur und Klimaschutz. Frau Pöhler wird vertreten von Herrn Kasmann (Amtsleitung des v. g. Amtes)

Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

4.20 Gemeindeforstamtsverband Willebadessen

4.20.1 Basisdaten

Gemeindeforstamtsverband Willebadessen

Klosterhof 1a

34439 Willebadessen

Tel.:05646/94403, Fax: 05646/94405, Internet: www.gemeindeforstamt.de

Gründungsdatum: ca. 1830-1835

4.20.2 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof, die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Borgentreich, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn, Salzkotten, Warburg und Willebadessen, die Wasserwerk Paderborn GmbH, der AV.E Eigenbetrieb sowie die Pfarren Altenbeken, Atteln, Delbrück, Etteln, Helmern, Lichtenau, Neuenbeken, Oesdorf, Rimbeck, Schwaney, St. Laurentius (Warburg), Welda, Westenholz Mitglieder des Zweckverbandes.

4.20.3 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Die Aufgabe des Zweckverbandes besteht in der gemeinsamen Unterhaltung eines Gemeindeforstamtes zur forstlichen Verwaltung des Waldbesitzes der Verbandsmitglieder. Die Bewirtschaftung der Bewaldungen der Verbandsmitglieder erfolgt nach einem gemeinsamen Betriebsplan.

4.20.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ist Wald im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind diese dazu verpflichtet, ihre Wälder „ordnungsgemäß und nachhaltig“ (§11 Bundeswaldgesetz) zu bewirtschaften.

4.20.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2021 eine Verbandsumlage in Höhe von 4.727,13 €.

Die Verbandsumlage wurde auf dem Konto 531305 „Zuweisungen an den Gemeindeforstamtsverband Willebadessen“ des Produktes 130201 „Natur- und Landschaftspflege“ verbucht.

4.20.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses wird nach Auskunft des Verbandes möglicherweise im November 2022 erfolgen. Zu den Punkten 4.20.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.20.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.20.8 „Finanzkennzahlen“, 4.20.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Verbandes können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.20.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.20.6

4.20.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.20.6

Individuelle Leistungskennzahlen

| Geschäftsjahr | 2019 | 2020 | Veränderung (in %) | 2021 | Veränderung (in %) |
|----------------------------------|---------|----------|--------------------|----------|--------------------|
| Derbholzeinschlag (in Festmeter) | 120.818 | 234.166 | 93,82 | 195.399 | -16,56 |
| Forstbetriebsfläche (in Hektar) | 8.148,8 | 8.051,32 | -1,196 | 8.057,96 | 0,08 |

4.20.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte der Gemeindeforstamtsverband 6 (davon 3 verbeamtet, 2 tariflich und 1 geringfügig beschäftigt) Mitarbeiter (Vj. 5).

4.20.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.20.6

4.20.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher

Der nach § 8 Abs. 1 der Satzung von der Verbandsversammlung gewählte Verbandsvorsteher Dr. André Brandt, Dezernent beim Kreis Paderborn, nahm während des Jahres 2021 die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes im Rahmen des Haushalts-, Investitions- und Stellenplanes wahr. Seine Stellvertreterin ist Michaela Götz-Brinkmann, Mitarbeiterin des Rechtsamtes vom Kreis Paderborn.

Verbandsversammlung

Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Bernd Janzen für das Verbandsmitglied Kreis Paderborn.

Die Verbandsversammlung besteht gem. § 5 Abs. 1 der Verbandssatzung aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Zum Vorsitzenden der z. Zt. aus 29 Vertretern bestehenden Versammlung wurde Herr Tobias Scherf, Bürgermeister der Stadt Warburg, gewählt. Die Versammlung tritt nach Änderung der Verbandssatzung ab 2009 nach § 5 Abs. 2 der Verbandssatzung wenigstens einmal im Haushaltsjahr zusammen, und zwar zur Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und die Rechnungslegung sowie zur Entlastung des Verbandsvorstehers.

4.21 Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn

4.21.1 Basisdaten

Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung

Paderborn (GKD)

Technologiepark 11

33100 Paderborn

Tel.:05251/132-0, Fax: 05251/132-2700, Internet: www.gkdpb.de

Gründungsdatum: 01. Januar 1979

4.21.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband GKD Paderborn hat das Ziel, den Verbandsmitgliedern die im Rahmen der technikerunterstützten Informationsverarbeitung geforderten Dienstleistungen als Beratungs-,

Organisations-, Software- und Hardwareverbund zu erbringen. Hierbei ist die Organisationshoheit des einzelnen Verbandsmitgliedes unter Berücksichtigung der wechselseitigen Informationsbeziehungen sowie wirtschaftlicher und technischer Gegebenheiten besonders zu beachten.

Der Zweckverband nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

1. Information und Beratung der Verbandsmitglieder in allen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Informations- und Kommunikationstechnik.
2. Erstellung und Fortführung eines gemeinsamen Konzeptes zum Einsatz und zur weiteren Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik auf der Grundlage der Anforderungen der Verbandsmitglieder und dessen Umsetzung.

Hierzu gehören:

- Untersuchung vorhandener Verfahren, Auswahl, Beschaffung und Übernahme oder Eigenentwicklung von Verfahren, deren Weiterentwicklung und Pflege;
- Beratung der Verbandsmitglieder bei der Einführung von Verfahren und Schulung des Personals;
- Planung, Beschaffung und Unterstützung bei der Installation der für die Informations- und Kommunikationstechnik bei den Verbandsmitgliedern erforderlichen Hard- und Software, soweit Verbandsmitglieder dies nicht im Benehmen mit dem Zweckverband in eigener Zuständigkeit durchführen,
- Einrichtung und Durchführung eines Rechenzentrumsbetriebs gemäß dem gemeinsamen Konzept.

4.21.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemeinden und Gemeindeverbände können Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, nach den Vorschriften dieses Gesetzes gemeinsam wahrnehmen. Die GKD Paderborn unterstützt ihre Mitglieder bei allen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Informations- und Kommunikationstechnik.

4.21.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn und Salzkotten sowie die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof Mitglieder des Zweckverbandes. Darüber hinaus ist die Anstalt des öffentlichen Rechts „Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe“ (CVUA-OWL) dem Zweckverband zum 1. Januar 2009 beigetreten. Seit dem 01. Juli 2018 ist auch die Stadt Höxter Mitglied des Zweckverbandes GKD Paderborn.

4.21.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesamtzahlung des Kreises belief sich im Berichtsjahr auf 3.130.950,50 €.

4.21.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses in den Gremien der GKD ist vorgesehen im November / Dezember 2022. Zu den Punkten 4.21.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.21.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.21.8 „Finanzkennzahlen“, 4.21.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der GKD“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.21.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.21.6

4.21.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.21.6

4.21.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte die Gesellschaft 79,32 Mitarbeiter (Vj. 86,26 Mitarbeiter).

4.21.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.21.6

4.21.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher der GKD ist der erste Beigeordnete der Stadt Paderborn Herr Venherm. Geschäftsführer der Gemeinschaft ist Herr Kürpick.

Verbandsversammlung

Der Kreis Paderborn wird in der Verbandsversammlung wie folgt vertreten:

| Name | Vorname | Name | Vorname |
|-------------------|----------|------------|----------------|
| Ohms | Philipp | Wassong | Thomas, Dr. |
| Birkelbach | Carsten | Schaper | Elisabeth, Dr. |
| Hüttemann | Hartmut | Anke | Thomas |
| Vossebein | Norbert | Neesen | Christoph |
| Krause | Diethelm | Kohlenberg | Christoph |
| Schmitt | Simon | Müller | Markus |
| Langer | Bernd | Fresen | Ulrich |
| Block | Bianca | Sander | Steffen |
| Schmidt-Nitkowski | Beate | Henneke | Sabrina |
| Leyva | Manuel | Risse | Johannes |
| Werth | Stefan | Haese | Verena |

Verwaltungsrat

Der Kreis Paderborn wird in dem Verwaltungsrat wie folgt vertreten:

- Ingo Tiemann (Vertreter: Dr. Thomas Wassong)
- Annette Mühlenhoff (Vertreter: Philipp Ohms)

4.21.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: rund 29 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.21.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.22 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

4.22.1 Basisdaten

Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

Bahnhofstraße 27a

33102 Paderborn

Tel.:05251/1233-0, Fax: 05251/1233-99, Internet: www.nph.de

Gründungsdatum: 02. Oktober 1995

4.22.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband nimmt die Interessen der Kreise Paderborn und Höxter bezüglich des straßengebundenen und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV und SPNV) wahr. Er stützt sich dabei ausdrücklich auf das Gesetz über den öffentlichen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW).

Ziele des Zweckverbandes sind die bedarfsgerechte Erfüllung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben des ÖPNV und SPNV in den Kreisen Paderborn und Höxter sowie die Verknüpfung mit benachbarten Verkehrsräumen. Der ÖPNV und SPNV sollen eine den verkehrlichen, ökonomischen und ökologischen Erfordernissen entsprechende Verkehrsbedienung bieten. Um dieses gemeinsame Ziel möglichst effektiv und kostengünstig verfolgen zu können, schließen sich die Mitglieder zu einem frei-willigen Zweckverband zusammen und übertragen ihm die unter § 3 Abs. 3 genannten Aufgaben.

Der Zweckverband nimmt unter Berücksichtigung der Grundsätze des ÖPNVG NRW insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV in den Kreisen Paderborn und Höxter.
- Die Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes einschl. Finanzplan und Investitionsplan im Bereich des ÖPNV.
- Die Information und Beratung der Verbandsmitglieder, sowie der Städte und Gemeinden der Kreise Paderborn und Höxter hinsichtlich der Planung und Umsetzung lokaler Verkehrskonzepte (z.B. Stadtverkehre).
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten und abgestimmten Leistungsangebotes. Marktwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Grundsätze finden hierbei Anwendung.
- Weiterentwicklung des bestehenden Gemeinschaftstarifes, und soweit möglich, einheitlicher Beförderungsbedingungen sowie eines koordinierten Verkehrsangebots im ÖPNV und SPNV.
- Abstimmung der die Verbandsgrenzen überschreitenden Verkehre mit den Nachbarverbänden.
- Erarbeitung eines einheitlichen Marketingkonzeptes und dessen Umsetzung im Bereich des ÖPNV und SPNV.
- Konzeption, finanzielle Abwicklung und Kontrolle gemeinsamer Qualitäts-offensiven im ÖPNV mit Busunternehmen im Rahmen der Verwendung der jährlichen ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW.

- Der Zweckverband trägt die Verantwortung für Nahverkehrsplan, Marketingmaßnahmen, Fahrgastinformation, Sachmittel sowie für besondere Aufgaben wie Gutachten und Zählungen.
- Die Durchführung von ÖPNV-Verkehren ist nicht Aufgabe des nph.

Aufgabenträger für den SPNV in Westfalen ist der Zweckverband NWL. Die Aufgaben des NWL werden satzungsgemäß im Rahmen einer dezentralen Struktur in den Teilräumen seiner Mitgliedverbände wahrgenommen. Ungeachtet der Aufgabenträgerschaft des NWL für den SPNV wirkt der nph im Rahmen seiner Möglichkeiten auf den Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur hin. Der nph stellt dem Zweckverband NWL dazu personelle und sachliche Mittel seiner Geschäftsstelle nach Maßgabe der einschlägigen beamtenrechtlichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen und/oder Vereinbarungen mit dem Zweckverband NWL zur Verfügung und arbeitet mit dem NWL auf allen Ebenen (Verbandsvorsteher/in, Geschäftsführung, begleitende Arbeitsgruppen) zusammen.

Der Zweckverband ist berechtigt, sich zur Erfüllung besonderer außerordentlicher Aufgaben Dritter zu bedienen. Mit Dritten (kommunalen Körperschaften sowie natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts) können Dienstleistungsverträge abgeschlossen werden, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird und die Aufgabenerledigung für den Verband wirtschaftlich ist.

Der Zweckverband vertritt die ÖPNV-Interessen der Kreise Paderborn und Höxter auch in Zweckverbänden, Einrichtungen und Gremien, die über den Bereich beider Kreise hinausgehen. Er ist insoweit berechtigt, sich an der Bildung von Einrichtungen, Verbänden oder Gesellschaften zu beteiligen.

4.22.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Er umfasst die all-gemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linien- sowie diesen ersetzenden, ergänzenden oder verdichtenden Gelegenheitsverkehr, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen.

4.22.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn ist der Kreis Höxter Mitglied des Zweckverbandes.

4.22.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Deckung des Finanzbedarfes erhält der Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter direkt vom Land NRW bzw. von dem NWL (Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe) Mittel aus den ÖPNV-Pauschalen nach §§ 11 und 11a ÖPNVG NRW.

Eine Umlage wurde von den Verbandsmitgliedern im Jahr 2021 nicht erhoben.

4.22.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses in wird nach Auskunft des NPH üblicherweise mit der letzten Verbandsversammlung 2022 (14.12.2022) erfolgen. Zu den Punkten 4.22.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.22.7

„Entwicklung der Ertragslage“, 4.22.8 „Finanzkennzahlen“, 4.22.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des NPH können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.22.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte der Zweckverband 14 Mitarbeiter (Vj. 14).

4.22.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.22.6

4.22.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Herr Kreisdirektor Dr. Conradi war bis zum 31.07.2022 der Verbandsvorsteher des NPH. Ab 01.08.2022 ist der Landrat des Kreises Paderborn Herr Rütter Verbandsvorsteher des NPH. Die Geschäftsführung erfolgt durch Marcus Klugmann.

Verbandsversammlung

| Kreis Paderborn | | | |
|-----------------|----------------|-----------|------------------------|
| lfd. Nr. | Name | | Bemerkung |
| 1. | Rehmann-Decker | Edith | Verwaltung |
| 2. | Kohlenberg | Christoph | CDU |
| 3. | Neesen | Christoph | CDU |
| 4. | Langer | Bernd | CDU |
| 5. | Lappe | Wilfried | CDU |
| 6. | Vossebein | Norbert | CDU |
| 7. | Niggemeier | Ralf | CDU |
| 8. | Birkelbach | Carsten | B90/Die Grünen |
| 9. | Müller | Markus | B90/Die Grünen |
| 10. | Risse | Johannes | Die Linke / Die Partei |
| 11. | Weigel | Wolfgang | SPD |
| 12. | Schmidt | Jürgen | SPD |
| 13. | Hadaschik, Dr. | Michael | FDP |

| Kreis Hörter | | | |
|--------------|-----------|----------|-------------------|
| lfd. Nr. | Name | | Bemerkung |
| 1. | Goeken | Matthias | CDU, MdL |
| 2. | Menzel | Stefan | Verwaltung |
| 3. | Hansmann | Heiko | CDU, Vorsitzender |
| 4. | Wöstefeld | Fabian | CDU |
| 5. | Franzmann | Marcel | SPD |
| 6. | Denkner | Martina | B90/Die Grünen |
| 7. | Lücke | Heinrich | beratend, CDU |
| 8. | Meyer | Sascha | beratend, CDU |
| 9. | Lensdorf | Loreen | beratend, SPD |

Verwaltungsrat: Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

4.23 Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge

4.23.1 Basisdaten

Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge

Grotenburg 52

32760 Detmold

Tel.:05231/62-7961, Fax: 05231/62-7942, Internet: www.naturpark-teutoburgerwald.de

Gründungsdatum: 22. Juli 1965

4.23.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Aufgabe des Zweckverbandes ist es, den Teutoburger Wald süd-östlich von Bielefeld, das Eggegebirge sowie die darüber hinaus einbezogenen Gebiete der Träger als Naturpark auszugestalten. Der Verband wird im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Naturpark mit dem Ziele fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen, auf einen sinnvollen Gebrauch der Naturwerte hinzuwirken und, soweit ihm die Aufgaben übertragen wurden, die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen. Die Belange der Grundeigentümer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Zu den Aufgaben des Verbandes gehört ferner die Umsetzung des Naturschutzgroßprojektes Senne und Teutoburger Wald innerhalb der Gebietskulisse, die der Förderung nach dem Förderprogramm des Bundes zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung zu Grunde liegt, im Landschaftsraum Senne, des auf Grund der Größe, Landschaftsgeschichte und Ausstattung für den Naturschutz bedeutsamsten Gebietes in NRW.

Bei der Durchführung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen. Zudem verfolgt der Verband keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

4.23.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als eine Einrichtung auf dem Gebiet der Erholung liegt der Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge im klassischen Sinne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ziel ist, die einzigartige Kombination aus für den nordwestdeutschen Raum besonders wertvollen Relikten der Naturlandschaft sowie der gut erhaltenen Elemente der alten Kulturlandschaft zu sichern, zu entwickeln und behutsam erlebbar zu machen.

4.23.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Kreise Hochsauerlandkreis, Höxter, Gütersloh, Lippe sowie die Stadt Bielefeld Mitglieder des Zweckverbandes.

4.23.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2021 eine Verbandsumlage in Höhe von 76.600,00 €. Die Zahlungen wurde auf dem Konto 531304 „Zuweisungen an Naturp. Teutoburger Wald /Eggegebirge“ des Produktes 130201 „Natur und Landschaftspflege“ verbucht.

4.23.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen am 19.10.2022. Zu den Punkten 4.23.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.23.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.23.8 „Kennzahlen“ und 4.23.10 „Geschäfts-entwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.23.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.23.6

4.23.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.23.6

4.23.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte der Zweckverband 3,5 Mitarbeiter (Vj. 5).

4.23.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.23.6

4.23.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Vorsteher des Zweckverbandes ist Landrat des Kreises Lippe Dr. Axel Lehmann. Geschäftsführerin ist Frau Birgit Hübner.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung sind die Frauen Kreistagsabgeordneten Reuter und Block und die Herren Kreistagsabgeordneten Janzen, Striewe, Zündorf sowie Herr Amtsleiter Kasmann.

Verwaltungsrat: Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

4.24 Sparkassenzweckverband

4.24.1 Basisdaten

Sparkassenzweckverband der Kreise Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg und Paderborn

Sitz Paderborn: Hathumarstraße 15-19, 33098 Paderborn

Sitz Detmold: Paulinenstraße 34, 32756 Detmold

Tel.:05251/29 29 29, Fax: 05251/292-1549, Internet: -

Gründungsdatum: Zum 1. Januar 2012 wurden die Sparkasse Paderborn und die Sparkasse Detmold gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz NRW vereinigt. Der Verband ist ab 1. Januar 2012 Träger der Sparkasse Paderborn-Detmold. Die bisherigen Sparkassenzweckverbände der Sparkasse Detmold und der Sparkasse Paderborn wurden mit Wirkung vom 31. Januar 2012 aufgelöst.

4.24.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt den Namen „Sparkasse Paderborn-Detmold“.

4.24.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sparkassen verfolgen den öffentlichen Auftrag auch in der Fläche die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sicherzustellen.

4.24.4 Mitglieder des Sparkassenzweckverbandes

Neben den Kreisen Paderborn und Lippe sind die Städte Barntrup, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, und Paderborn Mitglieder des Zweckverbandes.

4.24.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.24.6 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher des Sparkassenzweckverbandes ist Herr Antonius Löhr, Stadtkämmerer und Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Marsberg. Seine Stellvertreter sind Herr Christoph Dolle,

Bürgermeister der Stadt Blomberg, sowie Herr Thorsten Paulussen, Beigeordneter und Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Lage.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung sind die Frauen Kreistagsabgeordnete Schüssler, Koch, Köster, die Herren Kreistagsabgeordneten Zündorf, Jakobsmeier, Krause, Werth, Neesen, Konersmann, Nolte, Schmidt, Welsing, Tegethoff, Niedernhöfer sowie Herr Kämmerer Tiemann.

4.24.7 Personalbestand

Der Sparkassenzweckverband beschäftigt kein eigenes Personal.

4.25 Sparkasse Paderborn-Detmold

4.25.1 Basisdaten

Sparkasse Paderborn-Detmold

Sitz Paderborn: Hathumarstraße 15-19, 33098 Paderborn

Sitz Detmold: Paulinenstraße 34, 32756 Detmold

Tel.:05251/29 29 30, Fax: 05251/292-1550, Internet: www.sparkasse-paderborn-detmold.de

Gründungsdatum: Zum 1. Januar 2012 wurden die Sparkasse Paderborn und die Sparkasse Detmold gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz NRW vereinigt.

4.25.2 Zweck/ Gegenstand des Betriebes

Der Unternehmenszweck der Sparkasse ergibt sich aus § 2 Sparkassengesetz NRW. Danach haben die Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen. Weiterhin stärken die Sparkassen den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

4.25.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die kommunalen Sparkassen kümmern sich um die geld- und kreditwirtschaftlichen Belange der Bevölkerung sowie der Wirtschaft. Somit dienen sie dem öffentlichen Zweck.

4.25.4 Träger der Sparkasse

Die Sparkasse Paderborn-Detmold ist eine Zweckverbandsparkasse der Kreise Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg und Paderborn.

4.25.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2021 eine Ausschüttung in Höhe von 1.324.005,59 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 040201 „allg. Kulturpflege“ in Höhe von 674.005,59 € und Produkt 040101 „Kreismuseum Wewelsburg“ in Höhe von 650.000,00 € verbucht.

4.25.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|-------------------------|-------------------------|--|
| Aktiva | | | |
| 1. Barreserve | 535.613.765,79 | 616.483.469,75 | 80.870 |
| a) Kassenbestand | 72.959.511,90 | 67.874.251,02 | -5.085 |
| b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank | 462.654.253,89 | 548.609.218,73 | 85.955 |
| 2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | 259.596.806,99 | 168.013.845,64 | -91.583 |
| 4. Forderungen an Kunden | 6.222.182.144,74 | 6.734.156.185,24 | 511.974 |
| 5. Schuldverschreibungen und andere | 797.799.848,82 | 776.154.367,99 | -21.645 |
| 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche WP | 377.857.905,34 | 417.986.276,30 | 40.128 |
| 6a. Handelsbestand | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 7. Beteiligungen | 115.335.552,87 | 115.515.552,87 | 180 |
| 8. Anteile an verbundenen Unternehmen | 342.795,41 | 542.795,41 | 200 |
| 9. Treuhandvermögen | 14.961.804,27 | 27.255.556,81 | 12.294 |
| 10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 11. Immaterielle Anlagewerte | 137.673,00 | 107.568,00 | -30 |
| 12. Sachanlagen | 43.739.386,68 | 43.132.016,86 | -607 |
| 13. Sonstige Vermögensgegenstände | 7.387.784,95 | 10.085.652,04 | 2.698 |
| 14. Rechnungsabgrenzungsposten | 83.161,73 | 70.797,55 | -12 |
| Summe Aktiva | 8.375.038.630,59 | 8.909.504.084,46 | 534.465 |
| Passiva | | | 0 |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 905.299.588,84 | 1.103.626.451,94 | 198.327 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 6.380.609.445,24 | 6.671.829.046,01 | 291.220 |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 3a. Handelsbestand | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | 14.961.804,27 | 27.255.556,81 | 12.294 |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | 3.028.382,39 | 3.862.268,36 | 834 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | 972.600,37 | 805.431,45 | -167 |
| 7. Rückstellungen | 110.020.667,23 | 122.797.548,60 | 12.777 |
| a) R. für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen | 70.282.789,00 | 70.813.828,00 | 531 |
| b) Steuerrückstellungen | 1.719.000,00 | 260.547,97 | -1.458 |
| c) andere Rückstellungen | 38.018.878,23 | 51.723.172,63 | 13.704 |
| 8. (weggefallen) | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 9. Nachrangige Verbindlichkeiten | 5.608.300,00 | 5.576.300,00 | -32.000 |
| 10. Genussrechtskapital | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 11. Fonds für allgemeine Bankrisiken | 481.700.000,00 | 494.300.000,00 | 12.600 |
| 12. Eigenkapital | 446.032.193,28 | 457.372.346,11 | 11.340 |
| a) gezeichnetes Kapital | 0,00 | 0,00 | 0 |
| b) Kapitalrücklage | 0,00 | 0,00 | 0 |
| c) Gewinnrücklagen | 446.032.193,28 | 457.372.346,11 | 11.340 |
| ca) Sicherheitsrücklage | 436.682.193,28 | 448.022.346,11 | 11.340 |
| cb) andere Rücklagen | 9.350.000,00 | 9.350.000,00 | 0 |
| d) Bilanzgewinn | 26.805.648,97 | 22.079.135,18 | -4.726 |
| Summe Passiva | 8.375.038.630,59 | 8.909.504.084,46 | 534.465 |

4.25.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|----------------------|----------------------|--|
| 1. Zinserträge aus | 141.253.369,32 | 136.256.352,66 | -4.997 |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | 134.181.472,23 | 129.775.730,13 | -4.405 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | 7.071.897,09 | 6.480.622,53 | -591 |
| 2. Zinsaufwendungen | 30.215.329,58 | 28.279.086,19 | -1.936 |
| 3. Laufende Erträge | 8.207.852,22 | 8.654.691,70 | 447 |
| a) aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | 4.807.111,46 | 5.847.964,74 | 1.041 |
| b) aus Beteiligungen | 2.900.740,76 | 2.006.726,96 | -894 |
| c) aus Anteilen an verbundenen Unternehmen | 500.000,00 | 800.000,00 | 300 |
| 4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, | 0,00 | 93.812,60 | 94 |
| 5. Provisionserträge | 57.966.051,49 | 60.989.370,24 | 3.023 |
| 6. Provisionsaufwendungen | 8.159.136,16 | 8.892.691,18 | 734 |
| 7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 8. Sonstige betriebliche Erträge | 5.265.184,51 | 6.373.325,06 | 1.108 |
| 9. weggefallen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | 114.869.158,08 | 112.405.199,27 | -2.464 |
| a) Personalaufwand | 79.855.867,93 | 76.564.643,93 | -3.291 |
| aa) Löhne und Gehälter | 63.045.570,95 | 59.432.375,38 | -3.613 |
| ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung | 16.810.296,98 | 17.132.268,55 | 322 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | 35.013.290,15 | 35.840.555,34 | 827 |
| 11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle | 3.957.497,75 | 3.734.503,08 | -223 |
| 12. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 3.307.332,29 | 2.372.852,38 | -934 |
| 13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Ford. | 10.880.829,57 | 3.118.880,56 | -7.762 |
| 14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und best. | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verb. Unternehmen und wie Anlagevermögen | 480.968,73 | 453.207,22 | -28 |
| 16. Erträge a. Zuschreibungen zu Beteiligungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 17. Aufwendungen aus Verlustübernahme | 37.322,60 | 66.044,03 | 29 |
| 18. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken | 4.051.224,29 | 12.600.000,00 | 8.549 |
| 19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | 36.733.658,49 | 40.445.088,35 | 3.711 |
| 20. Außerordentliche Erträge | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 21. Außerordentliche Aufwendungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 22. Außerordentliches Ergebnis | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 17.524.102,61 | 21.271.812,87 | 3.748 |
| 24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen | 284.364,85 | 266.455,88 | -18 |
| 25. Jahresüberschuss | 18.925.191,03 | 18.906.819,60 | -18 |
| 26. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr | 7.880.457,94 | 3.172.315,58 | -4.708 |
| 27. Entnahmen aus den Gewinnrücklagen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 28. Einstellung in Gewinnrücklagen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 29. Bilanzgewinn | 26.805.648,97 | 22.079.135,18 | -4.727 |

4.25.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 5 | 5 | 0 |
| Eigenkapitalrentabilität | 4 | 4 | 0 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 982 | 873 | 109 |
| Verschuldungsgrad | 1870 | 1796 | 74 |
| Umsatzrentabilität | 0 | 0 | 0 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Geschäftsjahr (in €) | 2020 | 2021 | Ver- änder- ung (in %) |
|------------------------------------|------------------|------------------|---------------------------------|
| Bilanzsumme | 8.375.038.630,59 | 8.909.504.084,46 | 6,38 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 6.380.609.445,24 | 6.671.829.046,01 | 4,56 |
| Forderungen an Kunden | 6.222.182.144,74 | 6.734.156.185,24 | 8,23 |

4.25.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die Sparkasse durchschnittlich 1.155 Mitarbeiter, davon sind 422 in Teilzeit beschäftigt und 61 in Ausbildung (Vj. 1.190 [davon 430 Teilzeitbeschäftigte und 57 in Ausbildung]).

4.25.10 Geschäftsentwicklung

Geschäftsentwicklung

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2021 um 534,5 Mio. EUR bzw. 6,4 % auf 8.909,5 Mio. EUR. Das aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten bestehende Geschäftsvolumen stieg um 559,5 Mio. EUR oder 6,6 % auf 9.057,2 Mio. EUR an. Die Durchschnittsbilanzsumme ist stärker als erwartet gestiegen.

Aktivgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich von 259,6 Mio. EUR auf 168,0 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen.

Kundenkreditvolumen

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4 und Aktiva 9) stiegen um 524,3 Mio. EUR bzw. 8,4 % auf 6.761,4 Mio. EUR an. Das zu Jahresbeginn prognostizierte Wachstum von 4,9 % konnte damit deutlich übertroffen werden. Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich fast ausschließlich im langfristigen Bereich. Insbesondere unsere Privatkunden nutzten die im langfristigen Vergleich nach wie vor günstigen Konditionen und bevorzugten weit überwiegend langfristige Kreditlaufzeiten für Baufinanzierungen. Bei den gewerblichen Kreditkunden waren vor allem im langfristigen Bereich hohe Zuwächse zu beobachten.

Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2021 auf 1.639,2 Mio. EUR und überschritten damit den Wert des Vorjahres deutlich. Die darin enthaltenen Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 14,7 % auf 945,4 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich leicht auf 75,9 % (Vorjahr 74,5 %) und lag damit im Rahmen der Erwartungen.

Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapieranlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 18,4 Mio. EUR auf 1.194,1 Mio. EUR. Für die Zunahme war insbesondere der Anstieg der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 40,1 Mio. EUR maßgeblich.

Beteiligungen/Anteilsbesitz

Im Geschäftsjahr 2021 erhöhte sich das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen um 0,4 Mio. auf 116,1 Mio. EUR (Vorjahr 115,7 Mio. EUR). Der Bestand entfiel im Wesentlichen mit 105,5 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 7,9 Mio. EUR auf die Beteiligung an der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG.

Die Veränderung ergab sich im Wesentlichen aus der Gründung der Hausverwaltungsgesellschaft IVG Immobilien Verwaltung GmbH.

Passivgeschäft

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (einschließlich Treuhandverbindlichkeiten) erhöhten sich von 920,3 Mio. EUR auf 1.130,9 Mio. EUR. Es handelt sich dabei überwiegend um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen. Im Jahr 2021 hat die Sparkasse die Termingeldaufnahme deutlich erhöht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 291,2 Mio. EUR oder 4,6 % auf 6.671,8 Mio. EUR. Die im Vorjahr geäußerten Erwartungen zur Bestandsentwicklung der Kundeneinlagen (leichte Steigerung) wurden damit deutlich übertroffen.

Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie des weiterhin niedrigen Zinsniveaus bevorzugten unsere Kunden liquide Anlageformen. Der Bestand an Spareinlagen ist um 144,5 Mio. EUR gestiegen. Die Sichteinlagen sind um 173,5 Mio. EUR gestiegen. Die Sparkassenbriefe und andere Namenspapiere sind um 13,7 Mio. EUR zurückgegangen.

Dienstleistungsgeschäft

Zahlungsverkehr

Der Bestand an Konten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.955 Konten auf 260.569 Konten. Die Anzahl der vermittelten Kreditkarten lag mit 47.114 Karten etwas über dem Vorjahresniveau (46.830 Karten).

Vermittlung von Wertpapieren

Das Wertpapiergeschäft wurde auch im Jahr 2021 maßgeblich von der Entwicklung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Der Absatzschwerpunkt lag weiterhin im Bereich der Investmentfonds. Sowohl Aktien

bzw. aktienorientierte Anlagen als auch Renten- und Immobilienfonds wurden dabei bevorzugt. Die Summe der Wertpapierkäufe legte gegenüber dem Vorjahr erneut zu. Der geplante Nettoabsatz in Höhe von 130 Mio. EUR wurde mit einem Wert von 173,4 Mio. EUR überschritten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass darüber hinaus im Rahmen der Vermögensverwaltung 26,8 Mio. EUR an die Frankfurter Bankgesellschaft vermittelt wurden.

Immobilienvermittlung

Das Volumen der Immobilienvermittlungen betrug 75,0 Mio. EUR und ist damit gegenüber dem Vorjahr (86,3 Mio. EUR) gesunken. Die Nachfrage nach Immobilien konzentrierte sich auf den Bereich der Privatimmobilien.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 2.207 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von insgesamt 144,8 Mio. EUR abgeschlossen (Vorjahr 2.049 Verträge mit einem Volumen von 156,5 Mio. EUR). Im Bereich der Lebensversicherungen belief sich das Vermittlungsvolumen im Jahr 2021 auf 86,0 Mio. EUR (Vorjahr 72,7 Mio. EUR). Das Volumen der vermittelten Sachversicherungen belief sich im Berichtsjahr auf 1,1 Mio. EUR und lag leicht unter dem Vorjahresniveau (1,2 Mio. EUR).

Auslandsgeschäft

Das Auslandsgeschäft bewegte sich im Rahmen des Vorjahres.

Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienten ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken.

Investitionen

Im Jahr 2021 wurden Investitionen im Bereich des Anlagevermögens zum Ausbau unseres Beratungs- und Serviceangebotes in Höhe von insgesamt 2,6 Mio. EUR getätigt.

Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Sparkasse ist gekennzeichnet durch einen Anteil des Kundenkreditvolumens bzw. der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme in Höhe von 75,9 % bzw. 74,9 % (im Vorjahr: 74,5 % bzw. 76,2 %). Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2020. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2021 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 479,5 Mio. EUR (Vorjahr 472,8 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 12,6 Mio. EUR auf 494,3 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt.

Der für 2021 prognostizierte Wert für die Gesamtkapitalquote von 16,96 % konnte aufgrund der über Plan liegenden Steigerung des Kreditgeschäftes nicht ganz erreicht werden. Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine gute Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung zum 30. September 2021 bis zum Jahr 2026 ist eine gute Kapitalbasis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 125,8 % bis 185,7 % oberhalb des Mindestwerts von 100 %. Die LCR-Quote lag zu 31. Dezember 2021 bei 125,8 %. Die strukturelle Liquiditätsquote Net Stable Funding Ratio – NSFR) lag ab dem Anwendungszeitpunkt der CRR II (28. Juni 2021) in einer Bandbreite von 127,4 % bis 131,9 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 % eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2021 nicht genutzt. Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

| | 2021 | 2020 | Veränderung | Veränderung |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | Mio. EUR | Mio. EUR | Mio. EUR | % |
| Zinsüberschuss | 116,7 | 119,2 | - 2,5 | - 2,1 |
| Provisionsüberschuss | 52,1 | 49,8 | 2,3 | 4,6 |
| Nettoergebnis des Handelsbestands | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Sonstige betriebliche Erträge | 6,4 | 5,3 | 1,1 | 20,8 |
| Personalaufwand | 76,6 | 79,8 | - 3,2 | -4,0 |
| Anderer Verwaltungsaufwand | 35,8 | 35,0 | 0,8 | 2,3 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | 6,2 | 7,3 | - 1,1 | -15,1 |
| Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge | 56,6 | 52,2 | 4,4 | 8,4 |
| Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge | -3,6 | - 11,4 | 7,8 | 68,4 |
| Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken | 12,6 | 4,1 | 8,5 | 207,3 |
| Ergebnis vor Steuern | 40,4 | 36,7 | 3,7 | 10,1 |
| Steueraufwand | 21,5 | 17,8 | 3,7 | 20,8 |

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, der Digitalisierung sowie des anhaltenden Niedrigzinsumfelds bewertet die Sparkasse den Geschäftsverlauf und die Lage der Sparkasse im Geschäftsjahr 2021 als zufriedenstellend. Ursächlich für die positive Entwicklung des Geschäftsvolumens bzw. der Bilanzsumme waren die überdurchschnittlichen Zuwächse im Kreditgeschäft sowie die anhaltenden Zuflüsse an Kundeneinlagen. Das wirtschaftliche Eigenkapital konnte weiter gestärkt werden.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Die **Risikoinventur** umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bilden die relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Auf Grundlage der im Geschäftsjahr 2021 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken als wesentlich eingestuft:

| Risikoart | Risikokategorie |
|-------------------------------|--|
| Adressenausfallrisiken | Kundengeschäft |
| | Handelsgeschäft |
| | Beteiligungen |
| Marktpreisrisiken | Zinsspannenrisiko |
| | Marktpreisrisiko aus Handelsgeschäft; darin: |
| | • Zinsänderungsrisiko |
| | • Spreadrisiko |
| | • Aktienkursrisiko |
| | • Immobilienrisiko |
| | • Zahlungsunfähigkeitsrisiko |

Der Ermittlung der **periodischen Risikotragfähigkeit** liegt ein Going-Concern-Ansatz zu Grunde, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen erfüllt werden können.

Der Vorstand hat in 2021 ein Gesamtlimit von 168,0 Mio. EUR bereitgestellt. Unser Risikodeckungspotenzial und die bereitgestellten Limite reichten auf Basis unserer Risikoberichte sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurde das Konfidenzniveau auf 95,0 % und eine rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung einheitlich festgelegt. Die Risikotragfähigkeit wird vierteljährlich ermittelt. Wesentliche Bestandteile des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sind das geplante Betriebsergebnis nach Bewertung des laufenden Jahres sowie ein Teil des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Das auf der Grundlage des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials eingerichtete **Limitsystem** stellt sich zum 31. Dezember 2021 wie folgt dar:

| Risikoart | Risikokategorie | Limit | | Anrechnung | |
|-------------------------------|---|---------|--------|------------|--|
| | | TEUR | TEUR | % | |
| Adressenausfallrisiken | Kundengeschäft | 30.000 | 15.346 | 51,2% | |
| | Handelsgeschäft | 9.000 | 3.819 | 42,4% | |
| | Beteiligungen | 15.000 | 10.588 | 70,6% | |
| Marktpreisrisiken | Zinsspannenrisiko | 8.000 | 0 | 0,0% | |
| | Marktpreisrisiko aus aus Handelsgeschäft; darin: | 100.000 | 30.111 | 30,1% | |
| | - Zinsänderungsrisiko | | | | |
| | - Spreadrisiko | | | | |
| | - Aktienkursrisiko | | | | |
| | - Immobilienrisiko | | | | |
| | | 6.000 | 3.094 | 51,6 | |

Die zuständigen Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft.

Stresstests werden regelmäßig durchgeführt. Als Ergebnis der regelmäßigen Simulationen zum 31. Dezember 2021 ist festzuhalten, dass auch der Eintritt unerwarteter Ereignisse von der Sparkasse Paderborn- Detmold getragen werden kann.

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, besteht ein zukunftsgerichteter **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2026. Dabei wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen. Für den im Rahmen der Kapitalplanung zum 30. September 2021 betrachteten Zeitraum bis zum Jahr 2026 können die Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei adversen Entwicklungen vollständig eingehalten werden. Es besteht ein ausreichendes internes Kapital (einsetzbares Risikodeckungspotenzial), um die Risikotragfähigkeit im Betrachtungszeitraum unter Going-Concern-Aspekten sicherstellen zu können.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen dienen die Einrichtung von Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen sowie insbesondere die Tätigkeit der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Das **Risikocontrolling**, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird durch die Mitarbeiter der Abteilung Controlling wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter des Bereiches Controlling und Finanzen. Unterstellt ist er dem Überwachungsvorstand.

Das **Reportingkonzept** umfasst die regelmäßige Berichterstattung sowohl zum Gesamtbankrisiko als auch für einzelne Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen.

Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Risikogesamtberichts informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Die Sparkasse Paderborn-Detmold setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swappeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2021 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 37,5 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit war und ist derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zum 31. Dezember zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung per 30. September 2021 ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen im Hinblick auf die durch die anhaltende Niedrigzinsphase weiter rückläufige Ertragslage, der wir durch eine Intensivierung der Vertriebsaktivitäten und eine konsequente Kostenbewirtschaftung begegnen. Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Die Chance auf eine Stabilisierung unserer Ertragskraft wollen wir vor dem Hintergrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem nutzen, indem wir künftig insbesondere die Geschäftsfelder Firmenkunden und das gehobene Privatkundengeschäft mit zusätzlichen Produkten und Dienstleistungen ausbauen, auf denen wir bislang noch unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren. Chancen wollen wir nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik das Multikanalbanking, Internetbanking-Angebote und digitale Vertriebskanäle weiter ausbauen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

Prognosebericht

Rahmenbedingungen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet mit einer Zunahme der Weltproduktion (BIP) um 4,4 % und einem Anstieg des Welthandels um 6,0 % im Jahr 2022. Im Folgejahr erwartet der IWF ein BIPWachstum von

3,8 %. Dies entspricht einem erneuten starken Wachstum der Weltwirtschaft im Jahr 2022 und einer Normalisierung auf Vor-Krisen-Niveau in 2023. Für Deutschland erwarten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren vor dem Jahreswechsel veröffentlichten Prognosen eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3,5 % bis 4,0 % im laufenden und 1,8 % bis 3,3 % im kommenden Jahr. Die steigende Nachfrage bei gleichzeitigen Produktionsengpässen hat dazu geführt, dass der Auftragsbestand seit Juni 2020 stetig gestiegen ist und im Dezember 2021 einen neuen Rekordwert erreicht hat. Angesichts einer Auftragsreichweite von 7,7 Monaten sind die Aussichten für eine dynamische Entwicklung der Industrieproduktion sehr gut.

Ein Großteil der prognostizierten BIP-Zunahme im Jahr 2022 dürfte auf den privaten Konsum entfallen. Da die privaten Haushalte in der Pandemie aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten in großem Umfang zusätzliche Ersparnis gebildet haben, stehen erhebliche Mittel zur Verfügung, die für einen zusätzlichen bzw. nachgeholten Konsum genutzt werden könnten und - nach den Erfahrungen im zweiten Quartal 2021 - wohl auch genutzt werden. Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren im Gesamtjahr 2022 einen Anstieg der privaten Konsumausgaben um +4,7 % bis 7,6 %. Die Sparquote dürfte sich nach dem Rückgang auf jahresdurchschnittlich 15,0 % im vergangenen Jahr nunmehr stärker reduzieren. Die Prognosen bewegen sich für 2022 in der Spanne von 9,6 % bis 12,2 %, für 2023 zwischen 7,9 % und 11,5 %.

Der Erholungsprozess auf dem deutschen Arbeitsmarkt wird sich nach Einschätzung der meisten Wirtschaftsforscher mit einer gewissen Schwächephase im Winter 2021/2022 weiter fortsetzen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bis Januar saisonbereinigt weiter gesunken, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, für die Daten bis November vorliegen, hat in saisonbereinigter Rechnung kräftig zugenommen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften blieb bis zuletzt hoch. Für das Gesamtjahr 2022 erwarten die Konjunkturforscher einen Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,2 % bis 5,3 % und einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen auf über 45 Millionen (+0,6 % bis +1,0 %).

Den Prognosen der Mehrheit der großen Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge werden die Verbraucherpreise in Deutschland 2022 mit +2,3 % bis +4,0 % und in 2023 mit +1,8 % bis +2,5 % zwar voraussichtlich weniger stark steigen als in 2021 (+3,1 %), aber dennoch weit stärker als in den Jahren zuvor. Die Gründe dafür sind vielfältig. So haben sich die deutlich gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise bislang erst teilweise in höheren Verbraucherpreisen niedergeschlagen; die preissteigernd wirkenden Lieferengpässe werden nur schrittweise überwunden werden und schließlich könnte aufgrund der erzwungenen Konsumzurückhaltung und der erhöhten Ersparnisbildung die Zahlungsbereitschaft der Verbraucher künftig höher ausfallen. Auf mittlere Sicht besteht das Risiko, dass sich der höhere Preisdruck aufgrund steigender Inflationserwartungen verfestigt. In der Eurozone erwartet die EZB nach einem allgemeinen Preisanstieg um 2,6 % im vergangenen Jahr eine Beschleunigung auf 3,2 % in 2022, sowie +1,8 % in den beiden Folgejahren. In der Pressekonferenz zur Erläuterung der geldpolitischen Entscheidungen am 3. Februar 2022 räumte die EZB jedoch ein, dass die Inflation länger erhöht bleiben werde als bislang erwartet. Im Laufe des Jahres 2022 werde sie aber zurückgehen.

Auch zu Jahresbeginn 2022 bleiben alle Einschätzungen zur weiteren Entwicklung der Pandemie und damit auch der wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Das zeigte die Entwicklung im vergangenen Jahr sehr deutlich, als sich die Hoffnung einer Überwindung der Pandemie in 2021 nicht erfüllt hat. Neben der Unsicherheit über den weiteren Pandemieverlauf stellt sich derzeit die Frage, ob und in welchem Zeitraum die Beschaffungsprobleme weiterhin die Industrieproduktion aber auch die Bautätigkeit behindern. Für 2022 kommt als besonderer Risikofaktor die weitere Entwicklung der geopolitischen Lage hinzu. Die Folgen

aus der derzeitigen Situation in der Ukraine sind in den vorangestellten Zahlen noch nicht enthalten und lassen sich gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen. Nach aktuellen Einschätzungen werden sich die Wachstumsaussichten Deutschlands jedoch verschlechtern, da die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konfliktes die bestehenden Störungen in den Lieferketten und den Inflationsdruck durch die steigenden Energiepreise verstärken.

Eine Reihe von Notenbanken hat in 2021 begonnen, den außergewöhnlich hohen Expansionsgrad der Geldpolitik etwas zurückzunehmen. Die Federal Reserve, die ihre Bilanzsumme in 2021 noch massiv ausgeweitet hat, richtet ihr Augenmerk inzwischen stärker auf die Inflation und hat Zinserhöhungen in Aussicht gestellt. Die Helaba hat ihre Prognose zur Inflationsentwicklung in den USA auf +5,1 % (zuvor +4,8 %) angepasst und erwartet nun, dass die Fed ihren Leitzins in 2022 mindestens fünfmal um 0,25 %- Punkte anheben wird. Der geldpolitische Schwenk der Fed und der starke Anstieg der Inflation in der Eurozone setzen die EZB zunehmend in Zugzwang. Zwar hat sich die EZB in ihrer offiziellen Kommunikation bislang sehr abwartend gezeigt und eine rasche Zinswende bislang verneint. Die Äußerungen im Umfeld der EZB nehmen jedoch ebenso wie der öffentliche Druck zu, dem Inflationsrisiko eine stärkere Bedeutung zuzumessen. Auch wenn die EZB Ende März 2022 die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie- Notfallkaufprogramms PEPP einstellen wird, hat sie ein generelles Ende der Nettokäufe bislang nicht angekündigt. Da eine Zinserhöhung gemäß ihrer Forward Guidance erst danach erfolgen wird, war bislang nicht mit einer Anhebung der Leitzinsen in 2022 zu rechnen.

Für die Bankenbranche folgt daraus, dass sie zunächst auch weiterhin in einem anhaltenden Niedrig- und Negativzinsumfeld agieren muss, auch wenn eine Zinswende näher rückt. Für das stark zinsabhängige Geschäftsmodell der Sparkasse bedeutet dies, dass die im Abschnitt „Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen“ bzw. „Branchenumfeld 2021“ dargestellten Entwicklungen der Zins- und Provisionserträge sowie der Verwaltungsaufwendungen voraussichtlich auch das Geschäftsjahr 2022 prägen werden. Das Betriebsergebnis vor Bewertungsmaßnahmen wird sich daher voraussichtlich trotz aller Bemühungen zur Steigerung von Erträgen und zur Kosteneinsparung weiter abschwächen. Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Zwar ist die befürchtete Insolvenzwelle bislang ausgeblieben. Je nach Branche muss jedoch mit Insolvenzen insbesondere in den Branchen gerechnet werden, die sowohl durch die Pandemie stark betroffen sind wie auch durch die zunehmende Konkurrenz durch Onlineanbieter. Laut Münchener ifo-Institut sehen sich beispielsweise bei den Reisebüros und -veranstaltern fast drei Viertel der Unternehmen in ihrer Existenz bedroht. Über alle Branchen hinweg sieht sich knapp jedes siebte Unternehmen existenziell gefährdet.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar.

Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Auswirkungen der Covid-19-Krise haben wir im Einklang mit unserem internen Reporting bei der Ermittlung der Prognosen für das Geschäftsjahr 2022 berücksichtigt.

Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2021 rechnen wir mit einem spürbaren Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft um rund 4,5 %, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Privaten und Firmenkunden. Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung erwarten wir für 2022 ein leichtes Wachstum der Kundeneinlagen um rund 2,1 % und der Kundengeldanlagen im Wertpapiergeschäft.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen weiteren Anstieg. Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2021 aufgrund der Forcierung des Vermittlungs- und Wertpapiergeschäfts von leicht steigenden Erträgen aus.

Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können. Für das Jahr 2022 sind größere Investitionen in den Umbau und auch Neubau von Filialen geplant.

Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2022 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein. Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2022 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch günstig.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Die Auswirkungen aus der derzeitigen Situation in der Ukraine lassen sich gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen und können zu einer abweichenden Einschätzung führen.

4.25.11 Organe und deren Zusammensetzung

Die Organe einer Sparkasse sind der Vorstand als geschäftsführendes Gremium und der Verwaltungsrat als Aufsichtsgremium.

Vorstand

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Paderborn-Detmold ist Herr Arnd Paas. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Hubert Böddeker und Andreas Trotz.

Verwaltungsrat

Nach dem Anhang des Jahresabschlusses 2021 gehören dem Verwaltungsrat der Sparkasse Paderborn - Detmold folgende Mitglieder an:

| lfd. Nr | Name | |
|---------|-----------------------|------------------|
| 1. | Dreier, Michael | |
| 2. | Kottmann, Ilka | |
| 3. | Rosenkranz, Michael | |
| 4. | Astler, Michael | |
| 5. | Bauernkämper, Jürgen | |
| 6. | Bekiersch, Oliver | |
| 7. | Bönigk, Hubertus | |
| 8. | Celik, Celil | |
| 9. | Friedrich, Rainer | |
| 10. | Grigat, Stephan | |
| 11. | Hilker, Frank | |
| 12. | Hohenner, Klaus-Peter | |
| 13. | Höschen, Hartwig | |
| 14. | Hülsiggensen, Lars | (bis 30.04.2021) |
| 15. | Tewes, Claudia | (ab 07.10.2021) |
| 16. | Kirchhof, Erhard | |
| 17. | Koch, Eva | |
| 18. | Loke, Werner | |
| 19. | Mertens, Markus | |
| 20. | Mürköster, Silke | |
| 21. | Pohlmeier, Günther | |
| 22. | Rüther, Christoph | |

4.25.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 22 Mitgliedern vier Frauen an (Frauenanteil: rd. 18,2 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.25.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.26 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland

4.26.1 Basisdaten

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland

Aldegrevewall 24

59494 Soest

Tel.:02921/3641-0, Fax: 02921/3641-30, Internet: www.studieninstitut-soest.de

Gründungsdatum: Begründet wurde das Studieninstitut 1922 als "Verwaltungsschule" und wird seit 1926 in der Rechtsform eines Zweckverbandes geführt.

4.26.2 Zweck/ Gegenstand des Institutes

Dem Institut obliegen die praxisbezogene theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern, Beamten, Angestellten und sonstigen Dienstkräften der öffentlichen Verwaltung sowie die Abnahme der vorgeschriebenen Prüfungen.

Das Institut kann zusätzliche Aufgaben übernehmen, insbesondere solche, die der Auswahl und der Fortbildung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes dienen.

4.26.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland ist eine Einrichtung zur Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Personalbereich (Aus- und Weiterbildung). Sie dient somit mittelbar dem öffentlichen Zweck.

4.26.4 Mitglieder des Institutes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Kreise Höxter, Soest, Unna, Warendorf, der Hochsauerlandkreis und die Stadt Hamm Mitglieder des Zweckverbandes

4.26.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Auf den Kreis Paderborn entfiel im Haushaltsjahr 2021 eine Verbandsumlage in Höhe von 114.705,14 €. Die Zahlung wurde auf dem Konto 531301 „Umlage an das Studieninstitut Soest“ des Produktes 010401 „Personalangelegenheiten“ verbucht.

4.26.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|---------------------|---------------------|---|
| Aktiva | | | |
| Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit | 34.060,69 | 51.796,40 | 18 |
| A. Anlagevermögen | 6.180.633,73 | 6.294.042,93 | 113 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 14.814,87 | 3.891,58 | -10.923 |
| II. Sachanlagen | 3.826.233,44 | 3.700.565,93 | -125.668 |
| III. Finanzanlagen | 2.339.585,42 | 2.589.585,42 | 250 |
| B. Umlaufvermögen | 2.089.215,72 | 2.187.483,05 | 98 |
| I. Vorräte | 0,00 | 0,00 | 0 |
| II. Forderungen u. sonst. VG | 556.981,67 | 581.683,00 | 25 |
| III. Wertpapiere | 0,00 | 0,00 | 0 |
| IV. Flüssige Mittel | 1.532.234,05 | 1.605.800,05 | 74 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 41.618,12 | 48.776,13 | 7 |
| Summe Aktiva | 8.345.528,26 | 8.582.098,51 | 237 |
| Passiva | | | 0 |
| A. Eigenkapital | 552.386,95 | 623.453,91 | 71 |
| I. Allgemeine Rücklage | 597.900,78 | 552.353,12 | -45.548 |
| II. Sonderrücklagen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| III. Ausgleichsrücklage | 64.992,60 | 0,00 | -64.993 |
| IV. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag | -110.506,43 | 71.100,79 | 182 |
| B. Sonderposten | 484,52 | 327,38 | -157 |
| C. Rückstellungen | 7.745.808,59 | 7.915.334,25 | 170 |
| D. Verbindlichkeiten | 46.848,20 | 42.982,97 | -3.865 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Passiva | 8.345.528,26 | 8.582.098,51 | 237 |

4.26.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Ergebnisrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|---------------------|---------------------|--|
| 1. Steuern und ähnliche Abgaben | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 550.157,14 | 550.157,12 | -0 |
| 3. sonstige Transfererträge | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 4. öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte | 1.854.603,19 | 2.022.041,46 | 167 |
| 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 144.245,34 | 62.035,00 | -82.210 |
| 7. sonstige ordentliche Erträge | 39.907,77 | 6.461,46 | -33.446 |
| 8. aktivierte Eigenleistungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 9. Bestandsveränderungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 10. ordentliche Erträge | 2.588.913,44 | 2.640.695,04 | 52 |
| 11. Personalaufwendungen | 1.599.752,59 | 1.578.063,43 | -21.689 |
| 12. Versorgungsaufwendungen | 618.759,18 | 477.376,28 | -141.383 |
| 13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 216.473,30 | 188.154,44 | -28.319 |
| 14. bilanzielle Abschreibungen | 168.066,69 | 180.575,75 | 13 |
| 15. Transferaufwendungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 16. sonstige ordentliche Aufwendungen | 130.428,80 | 163.160,06 | 33 |
| 17. ordentliche Aufwendungen | 2.733.480,56 | 2.587.329,96 | -146.151 |
| 18. ordentliches Ergebnis | -144.567,12 | 53.365,08 | 198 |
| 19. Finanzerträge | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 21. Finanzergebnis | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 22. Ergebnis aus der lfd. Verw.-Tätigkeit | -144.567,12 | 53.365,08 | 198 |
| 23. Außerordentliche Erträge | 34.060,69 | 17.735,71 | -16.325 |
| 24. Außerordentliche Aufwendungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 25. Außerordentliches Ergebnis | 34.060,69 | 17.735,71 | -16.325 |
| 26. Jahresergebnis | -110.506,43 | 71.100,79 | 182 |

4.26.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 7 | 7 | 1 |
| Eigenkapitalrentabilität | 11 | -20 | 31 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 136 | 135 | 1 |
| Verschuldungsgrad | 1276 | 1411 | -134 |
| Umsatzrentabilität | 0 | 0 | 0 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Fortbildung | | | | |
|---|-------|-------|-------|-------|
| Jahr | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| Teilnehmer-tage | 2.971 | 2.635 | 2.066 | 2.982 |
| Vor-Ort-Seminare | 29 | 39 | 34 | 80 |
| Teilnehmer der Vor-Ort-Seminare | 685 | 627 | 420 | 790 |
| | | | | |
| Ausbildung | | | | |
| Jahr | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| geleistete Unterrichtsstunden | 8.997 | 9.800 | 9.974 | 9.648 |
| davon erbracht durch nebenamtliche Dozenten | 4.355 | 4.266 | 4.035 | 3.645 |

4.26.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte das Studieninstitut 14 Mitarbeiter (Vj. 14 [davon 2 in Teilzeit]).

4.26.10 Geschäftsentwicklung

Rückstellungen

Gegenüber den erforderlichen Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zum Stichtag 31.12.2020 i. H. v. 7.284.449,00 EUR haben sich diese zum Stichtag 31.12.2021 um 186.429 EUR auf nunmehr 7.470.878,00 EUR erhöht.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich um 16.903,34 EUR auf 444.456,25 EUR verringert. Hierunter fallen die Rückstellungen für Dienstherrenwechsel, Überstunden, Urlaub und Leistungsprämien.

Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung handelt es sich u.a. um Zahlungen, die erst Anfang des Folgejahres geleistet wurden aber in die Jahresrechnung 2021 gehören. Hierunter gehören z. B. Erstattungen für nebenamtlichen Unterricht, Fortbildungsveranstaltungen, Reisekosten, Steuerverbindlichkeiten etc. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um 5.241,00 EUR auf 6.392,43 EUR gesunken. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um 1.375,77 EUR auf nunmehr 36.590,54 EUR gestiegen.

Forderungen

Die Forderungen sind gegenüber dem Vorjahr um 24.701,33 EUR auf nunmehr 581.683,00 EUR gestiegen. Darin enthalten sind ca. 552.000 EUR aus Dienstherrenwechseln gegen den Kreis Unna, die Stadt Lippstadt und die Gemeinde Holzwickede. Bei den restlichen Forderungen handelt es sich überwiegend um Forderungen aus Seminarveranstaltungen oder Unterricht.

Kassenlage

Die Kassengeschäfte des Zweckverbandes Studieninstitut Soest werden von dem Kreis Unna wahrgenommen.

Die Kassenlage (Bankkonto) im Haushaltsjahr 2021 konnte als solide bezeichnet werden. Der Kassenbestand lag im Durchschnitt bei ca. 1.300.000 EUR.

Vermögensübersicht

Anlagevermögen

Die Summe des Anlagevermögens beträgt nunmehr 6.294.042,93 EUR. Gegenüber dem Vorjahr mit 6.180.633,73 EUR liegt somit eine Erhöhung um 113.409,20 EUR vor.

a. Bebaute Grundstücke

Die Gebäude sowie das Grundstück des Zweckverbandes wurden mit einem Anfangswert i. H. v. 3.236.000,00 EUR in die Eröffnungsbilanz 01.01.2008 bilanziert. Nunmehr liegt der Wert zum 31.12.2021 bei 3.391.248,71 EUR. Ursächlich sind die Erweiterungen am Schulgebäude (Fahrstuhl) sowie die Umbaumaßnahme des Internats in 2017.

b. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde in der Eröffnungsbilanz mit 57.025,94 EUR bilanziert. Unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge im laufenden Jahr ergibt sich eine Verringerung um 14.383,73 EUR gegenüber dem Vorjahreswert auf nunmehr 304.293,25 EUR.

c. Finanzanlagen

In der Eröffnungsbilanz waren die Anteile an dem Versorgungsfond der wvk mit 41.205,33 EUR bilanziert. Zum 31.12.2021 ist der Versorgungsfond gegenüber dem Vorjahr um 250.000,00 EUR gestiegen auf 2.589.585,42 EUR.

Umlaufvermögen

a. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Insgesamt sind hier zum 31.12.2021 Forderungen i. H. v. 552.461,00 EUR bilanziert und somit 29.462,00 EUR mehr als im Vorjahr.

b. Privatrechtliche Forderungen

Die Forderungen gegenüber dem privaten Bereich (z.B. für Mieten, Teilnehmerentgelte etc.) sind gegenüber dem Vorjahr um 3.988,80 EUR auf 29.222,00 EUR gesunken.

c. Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Position „aktive Rechnungsabgrenzung“ über 48.776,13 EUR bezieht sich auf die Besoldung für Januar 2022, die bereits in 2021 gezahlt werden musste.

Vergleich Haushaltsplan (Ansatz) zum Rechnungsergebnis (Ist)

Ergebnisrechnung (Auswahl von Teilergebnissen)

| Produkt | Bezeichnung | Ansatz in EUR | Ergebnis in EUR | Vergleich Spalte 4-3 |
|-----------|------------------|------------------|--------------------|-------------------------|
| 01.111.01 | Verwaltung | -235.909,32 | -254.114,53 | -18.205,21 |
| 01.111.02 | Gebäude | -244.019,32 | -150.292,72 | 93.726,60 |
| 01.111.03 | Kantine | -33.633,96 | -29.999,67 | 3.634,29 |
| 01.111.04 | Ausbildung | -102.885,53 | -107.871,58 | -4.986,05 |
| 01.111.05 | Fortbildung | 67.059,34 | 63.671,27 | -3.388,07 |
| 01.111.06 | Personalberatung | 0,00 | -291,96 | -291,96 |

Vergleich Ansatz/Ergebnis 2021 bei den Leistungsentgelten, Personalaufwendungen und ordentlichen Aufwendungen.

Ausbildung/Prüfungen

| Bezeichnung | Ansatz in EUR | Ergebnis in EUR | Vergleich Spalte 3-2 |
|------------------------------|----------------------|----------------------|-------------------------|
| Leistungsentgelte | 1.320.450,00 | 1.428.929,00 | 108.479,00 |
| Kostenerst. und Kostenumlage | 0,00 | 62.035,00 | 62.035,00 |
| sonst. ord. Erträge | 0,00 | 137,78 | 137,78 |
| Personalaufwendungen | -944.990,00 | -1.097.225,67 | -152.235,67 |
| ord. Aufwendungen | -1.423.335,53 | -1.598.973,36 | -175.637,83 |

Gegenüber den für 2021 geplanten 8.695 Unterrichtsstunden wurden 9.648 Stunden abgerechnet. Entsprechend ergeben sich die hohen Schwankungen bei den Leistungsentgelten (Teilnehmer- und Prüfungsentgelte) sowie den Personalaufwendungen für die Abrechnung der Dozenten und deren Prüfungsleistungen. Darüber hinaus musste eine deutliche Steigerung bei den Pensions- und Beihilferückstellungen verbucht werden.

Fortbildung

| Bezeichnung | Ansatz in EUR | Ergebnis in EUR | Vergleich Spalte 3-2 |
|----------------------|------------------|--------------------|-------------------------|
| Leistungsentgelte | 400.000,00 | 403.755,00 | 3.755,00 |
| sonst. ord. Erträge | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Personalaufwendungen | -248.240,00 | -250.000,39 | -1.760,39 |
| ord. Aufwendungen | -332.940,66 | -340.083,73 | -7.143,07 |

Die Teilnehmerentgelte konnten gegenüber den Planungen knapp überstiegen werden. Darüber hinaus sind auch die Personalkosten gestiegen.

Kantine

| Bezeichnung | Ansatz in EUR | Ergebnis in EUR | Vergleich Spalte 3-2 |
|----------------------|-------------------|--------------------|-------------------------|
| Verkauf von Vorräten | 33.000,00 | 9.899,39 | -23.100,61 |
| sonst. ord. Erträge | 1.000,00 | -65,74 | -1.065,74 |
| Personalaufwendungen | -35.310,00 | -35.353,99 | -43,99 |
| ord. Aufwendungen | -67.633,96 | -46.653,59 | 20.980,37 |

Aufgrund des Onlineunterrichts konnte die Kantine nicht planungsgemäß betrieben werden. Die Mindererträge wurden gem. den Vorgaben des NKF-CIG berücksichtigt.

Besonderheiten

NKF-CIG

Bedingt durch die COVID-19-Pandemie gab es am Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland in einigen Bereichen Mindererträge bzw. Mehraufwendungen, die bei der Haushaltsplanung nicht berücksichtigt werden konnten und sich dementsprechend auf den Haushalt 2021 auswirkten. Gem. § 5 NKF-CIG sind diese Belastungen bei der Aufstellung der Jahresrechnung zu ermitteln und als außerordentlicher Ertrag in der Ergebnisrechnung darzustellen. Darüber hinaus ist der Betrag gem. § 6 NKF-CIG bilanziell gesondert zu aktivieren.

Für das Studieninstitut Soest ergibt sich ein Gesamtbetrag in Höhe von 17.735,71 EUR.

Zusammenfassung

Abschließend kann festgestellt werden, dass es insbesondere bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen erhebliche negative Abweichungen aufgrund des Heubeck-Gutachtens gab. Im Haushaltsjahr 2021 generierte Mehrerträge und Einsparungen bei den Sach- und Dienstleistungen und den sonstigen ordentlichen Aufwendungen konnten die erhöhten Aufwendungen im Rahmen der flexiblen Mittelbewirtschaftung Teil abfangen, sodass für 2021 ein positives Jahresergebnis erwirtschaftet wurde.

Gem. § 75 Abs. 2 GO muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Dies ist erfüllt, wenn die Erträge die Aufwendungen erreichen oder übersteigen.

Das Eigenkapital des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland in Soest weist folgende Bestände auf:

| Eigenkapital | Stand 01.01.2021 Ansatz in EUR | Stand 31.12.2021 Ergebnis in EUR |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------------|
| Allgemeine Rücklage | 552.386,95 | 552.353,12 |
| Ausgleichsrücklage | 0,00 | 0,00 |
| Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | 0,00 | 71.100,79 |
| Summe | 552.386,95 | 623.453,91 |

Der Jahresüberschuss ist nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen der Allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage zuzuführen. Dabei ist gem. § 96 Abs 1 der Jahresüberschuss zunächst der Allgemeinen Rücklage zuzuführen, sofern innerhalb der drei vorherigen Haushaltsjahre aufgrund entstandener Fehlbeträge der Ergebnisrechnung die Allgemeine Rücklage reduziert wurde. Dies war im Haushaltsjahr 2020 der Fall. Somit ist ein Betrag in Höhe von 45.513,83 EUR der Allgemeinen Rücklage zuzuführen. Die restlichen 25.586,96 EUR können der Ausgleichsrücklage zugeführt werden.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Im Ausbildungsbereich sind die Teilnehmerzahlen in den vergangenen Jahren in allen Lehrgangsformen kontinuierlich angestiegen. Es wurden überplanmäßige Lehrgänge eingerichtet. Die daraus resultierende Steigerung der Unterrichtsstunden dürfte auch in den kommenden Jahren zu einer sehr hohen Auslastung der vorhandenen personellen und räumlichen Kapazitäten führen. Dies stellt das Studieninstitut auch künftig vor eine sehr hohe Herausforderung, um den Ausbildungsbedarf der Mitgliedskommunen erfüllen zu können.

Aus den hohen Teilnehmerzahlen resultieren künftig bei den vorgeschriebenen Prüfungen auch mehr Prüfungsteilnehmer.

Auch wenn in 2021 in weiten Teilen kein Präsenzunterricht stattfinden konnte und auch zu Beginn 2022 weiterhin nur Online-Unterricht durchgeführt wurde, zeichnen sich daraus bis zum jetzigen Zeitpunkt keine negativen Auswirkungen auf den Ausbildungsbereich ab.

Im Fortbildungsbereich mussten in 2020 noch Veranstaltungen abgesagt werden, sodass auch die Teilnehmerzahlen erkennbar zurückgingen. Mit der Umstellung auf Online-Seminare ließen sich wieder steigende Teilnehmerzahlen erkennen. Auch das Jahresergebnis 2021 ist durchweg positiv zu betrachten. Die Entwicklungen der Fortbildungsveranstaltungen lassen eine positive Prognose für den Fortbildungsbereich zu.

Die neuen "Modularen Qualifizierungen" wurden unabhängig von der Pandemie sehr gut angenommen.

Die Kantine konnte bedingt durch die COVID-19-Pandemie nur geringe Umsätze generieren. Erst mit einer Rückkehr zu Präsenzveranstaltungen sind hier wieder Umsätze zu erwarten.

Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt bestehen nicht. Die jährlichen Abschreibungen für das Anlagevermögen sowie die Rückstellungen für die Pensionslasten stellen weiterhin einen großen Aufwandsposten dar. Hier bleibt abzuwarten, wie sich diese weiter entwickeln werden.

4.26.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Studienleiter

Verbandsvorsteher des Studieninstitutes ist der Kreisdirektor des Kreises Soest Herr Lönnecke. Der Studienleiter ist Herr Brüggendorst.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist die Amtsleiterin des Personalamtes.

4.27 Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land

4.27.1 Basisdaten

Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land

Aldegrevestraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.: , Fax: , Internet: meine-wertstofftonne.de

Gründungsdatum: Die Satzung des Verbandes und die Genehmigung der Verbandssatzung durch die Bezirksregierung Detmold wurden am 9. November 2015 in der Nr. 46 des Amtsblattes für den Regierungsbezirk Detmold öffentlich bekannt gemacht. Nach § 11 Abs. 2 GkG ist der Verband damit am 10. November 2015 entstanden.

4.27.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband erfüllt für seine Mitglieder als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Kreis Paderborn die Aufgabe der Abstimmung mit den Systemen nach § 6 Abs. 4 S. 1 Verpackungsverordnung vom 21. August 1998 (BGBl. I S. 2379), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Juli 2014 (BGBl. I S. 1061) geändert worden ist (VerpackV).

Der Zweckverband vereinbart für seine Mitglieder die Entgelte nach § 6 Abs. 4 S. 8 VerpackV (sog. Nebenentgelte) mit den Systembetreibern und zieht dieselben ein.

Der Zweckverband erfüllt für die Städte und Gemeinden des Kreises Paderborn auf Grundlage der jeweils gültigen Abfallsatzungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Aufgabe der Erfassung des kommunalen Anteils aus einer gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen nach der jeweils für den Kreis Paderborn gültigen Abstimmung i. S. d. § 6 Abs. 4 S. 1 VerpackV. Die Satzungshoheit der Städte und Gemeinden des Kreises Paderborn bleibt von dieser Aufgabenübertragung unberührt. Das Recht, für diese Leistung Benutzungsgebühren nach § 6 des Kommunalen Abgabengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG) zu erheben, geht nicht mit über. Von der Aufgabenübertragung nach Satz 1 dieses Absatzes ausgenommen ist die Erfassung des kommunalen Anteils für die Stadt Paderborn, da diese die Aufgabe durch die Stadt Paderborn – den ASP – Eigenbetrieb der Stadt Paderborn (ASP) – selbst erfüllt wird.

Der Zweckverband erfüllt anstelle des Kreises Paderborn die kommunale Aufgabe der Verwertung des kommunalen Anteils aus einer gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen nach der jeweils für den Kreis Paderborn gültigen Abstimmung i. S. d. § 6 Abs. 4 S. 1 VerpackV. Die Satzungshoheit der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und des Kreises Paderborn bleiben von den vorstehenden Aufgabenübertragungen unberührt

4.27.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband übernimmt die Aufgaben seiner Mitglieder, zu denen diese als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger gesetzlich verpflichtet sind. Somit dient er dem öffentlichen Zweck.

4.27.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof, die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn, Salzkotten Mitglieder des Zweckverbandes.

4.27.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt nach der Satzung zum 1. Januar und zum 1. Juli eines Jahres auf der Grundlage des von der Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplanes eine Umlagen-Vorauszahlung. Die Zahlung erfolgt über den Haushalt des A.V.E. Eigenbetriebes.

4.27.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.25.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.27.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.27.8 „Finanzkennzahlen“, 4.27.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Verbandes können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.27.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.27.6

4.27.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.27.6

4.27.9 Personalbestand

Der Zweckverband verfügte im Jahr 2021 über kein Personal.

4.27.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.27.6

4.27.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher des Zweckverbandes ist Herr Dezernent Dipl.-Ing. Martin Hübner. Geschäftsführendes Verbandsmitglied ist der A.V.E. Eigenbetrieb des Kreises Paderborn.

Verbandsversammlung

Mitglieder der Verbandsversammlung ab dem 15.11.2020

| Ifd. Nr. | Name | Gemeinde /Kreis |
|----------|-----------------------|------------------------|
| 1. | Meinolf Päsch | Kreis Paderborn |
| 2. | Katharina Fiebig | Kreis Paderborn |
| 3. | Matthias Möller | Gemeinde Altenbeken |
| 4. | Hermann Striewe | Gemeinde Altenbeken |
| 5. | Ulrich Lange | Stadt Bad Lippspringe |
| 6. | Dirk Born | Stadt Bad Lippspringe |
| 7. | Christian Carl | Stadt Bad Wünnenberg |
| 8. | Norbert Münster | Stadt Bad Wünnenberg |
| 9. | Uwe Gockel | Gemeinde Borchten |
| 10. | Hansjörg Frewer | Gemeinde Borchten |
| 11. | Burkhard Schwuchow | Stadt Büren |
| 12. | Christian Bambeck | Stadt Büren |
| 13. | Werner Mattiza | Stadt Delbrück |
| 14. | Josef Westerhorstmann | Stadt Delbrück |
| 15. | Andreas Schwarzenberg | Sennegemeinde Hövelhof |
| 16. | Dr. Christian Berg | Sennegemeinde Hövelhof |
| 17. | Ute Dülfer | Stadt Lichtenau |
| 18. | Jürgen Urban | Stadt Lichtenau |
| 19. | Reinhard Nolte | Stadt Paderborn - ASP- |
| 20. | Sascha Pöppe | Stadt Paderborn |
| 21. | Ulrich Berger | Stadt Salzkotten |
| 22. | Hubertus Kaiser | Stadt Salzkotten |

Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

4.28 Wasserverband Aabach-Talsperre

4.28.1 Basisdaten

Wasserverband Aabach-Talsperre

Bleiwäscher Straße 6

33181 Bad Wünnenberg

Tel.:02953/9877-0, Fax: 02953/9877-10/15, Internet: www.aabachtalsperre.de

Gründungsdatum: 16. August 1973

4.28.2 Zweck/ Gegenstand des Wasserverbandes

Der Verband hat die Aufgaben:

- aus der Aabach-Talsperre seinen Mitgliedern Trink- und Brauchwasser zu beschaffen und an den Übergabeanlagen bereitzustellen
- die hierfür erforderlichen Anlagen der Gewinnung, Förderung, Aufbereitung, Speicherung und des Transportes zu bauen, zu betreiben, instand zu halten und zu erneuern
- mit der Talsperre zum Hochwasserschutz beizutragen
- anfallende Wasserkraft zur Energierückgewinnung zu nutzen

4.28.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Menschen benötigen Wasser; Flüsse und Seen sind ein wesentliches Element unseres Ökosystems, aber auch Erholungsräume und Transportwege. Sauberes Trinkwasser ist ein knappes und Tees Gut. Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit müssen daher langfristig mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage Wasser verträglich sein. Von der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung bis zur Unterhaltung von Gewässern und Deichen nehmen Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl öffentlicher Aufgabe wahr.

4.28.4 Mitglieder des Wasserverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind der Kreis Soest, die Lörmecke-Wasserwerk GmbH (Erwitte), die Wasserversorgung Beckum GmbH (Beckum), die Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH (Rheda-Wiedenbrück) und die Wasserwerke Paderborn GmbH (Paderborn) Mitglieder des Wasserverbands Aabach-Talsperre.

4.28.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn hat die Rechte für die Wasserabnahme abgetreten und zahlt somit keine Verbandsbeiträge.

4.28.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--------------------------------------|----------------------|----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 12.888.921,42 | 12.127.982,00 | -761 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 132.066,00 | 85.663,00 | -46 |
| II. Sachanlagen | 12.756.855,42 | 12.042.319,00 | -715 |
| B. Umlaufvermögen | 2.182.253,71 | 3.861.058,84 | 1.679 |
| I. Vorräte | 53.739,36 | 42.861,85 | -11 |
| II. Forderungen und sonstige | 221.805,22 | 454.295,86 | 232 |
| III. Kassenbestand, Guthaben | 1.906.709,13 | 3.363.901,13 | 1.457 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 36.187,39 | 36.184,29 | 0 |
| Summe Aktiva | 15.107.362,52 | 16.025.225,13 | 918 |
| Passiva | | | 0 |
| A. Eigenkapital | 14.316.172,67 | 14.316.172,67 | 0 |
| B. Rückstellungen | 257.950,93 | 404.799,31 | 147 |
| C. Verbindlichkeiten | 533.088,92 | 1.304.103,15 | 771 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 150,00 | 150,00 | 0 |
| Summe Passiva | 15.107.362,52 | 16.025.225,13 | 918 |

4.28.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|--------------|--------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 4.949.640,13 | 5.677.850,15 | 728 |
| a) Beiträge | 4.898.256,48 | 5.903.754,24 | 1.005 |
| b) Beitragsunterdeckung / Beitragsüberzahlung (-) | -19.014,83 | -344.645,82 | -326 |
| c) Stromerzeugung Steinhausen | 34.182,33 | 92.559,41 | 58 |
| d) sonstige Umsatzerlöse | 36.216,15 | 26.182,32 | -10 |
| 2. andere aktivierte Eigenleistungen | 33.955,00 | 18.640,00 | -15 |
| 3. Sonstige betriebliche Erträge | 3.248,20 | 28.759,08 | 26 |
| 4. Materialaufwand | 2.122.374,40 | 2.556.977,66 | 435 |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren | 1.501.163,03 | 1.587.432,51 | 86 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 621.211,37 | 969.545,15 | 348 |
| 5. Personalaufwand | 1.562.054,46 | 1.606.744,32 | 45 |
| a) Löhne und Gehälter | 1.215.769,92 | 1.244.240,66 | 28 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 346.284,54 | 362.503,66 | 16 |
| 6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 1.086.290,98 | 1.328.327,09 | 242 |
| 7. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 195.749,63 | 223.428,55 | 28 |
| 9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0,00 | 0,42 | 0 |
| 8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 13.105,06 | 2.585,86 | -11 |
| 9. Ergebnis nach Steuern | 7.268,80 | 7.186,17 | 0 |
| 10. sonstige Steuern | 7.268,80 | 7.186,17 | 0 |
| 11 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 0,00 | 0,00 | 0 |

4.28.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 89 | 94 | -4 |
| Eigenkapitalrentabilität | 0 | 0 | 0 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 115 | 111 | 4 |
| Verschuldungsgrad | 4 | 5 | -1 |
| Umsatzrentabilität | 0 | 0 | 0 |

4.28.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte der Wasserverband 27 Mitarbeiter (Vj. 26).

4.28.10 Geschäftsentwicklung

Der Wasserverband im Berichtsjahr 2021

Die Ziele des Wasserverbandes Aabach-Talsperre waren auch im Jahr 2021 auf Versorgungssicherheit, Anlagensicherheit und Wassergütesicherung sowie auf straffes Kostenmanagement ausgerichtet.

Die Entwicklungen bei gesetzlichen Regelungen werden aufmerksam durch die Geschäftsführung verfolgt. Wesentliche Veränderungen mit Auswirkungen auf den Betrieb der Talsperre, der Wasseraufbereitung (siehe hierzu Punkt Trinkwasserqualität) bzw. der Speicherung und des Transportes sind nicht eingetreten bzw. bekannt geworden.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Wasserverbandes ist unverändert gut und stabil. Die Umsatzerlöse verhalten sich entsprechend der Aufwandsentwicklung. Die Liquidität war jederzeit gesichert. Die Kapitalausstattung ist ausreichend. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

Auch dieses Jahr war der Wasserverband erheblich von der Corona-Pandemie beeinflusst. Es wurden alle vorgeschriebenen Corona-Schutzmaßnahmen sowie weitergehende Verhaltensweisen umgesetzt. Innerbetriebliche Ansteckungen konnten so erfolgreich verhindert werden. Die Handlungsfähigkeit des Verbands war jederzeit gewährleistet, so dass die volle Versorgungsleistung bereitgestellt werden konnte. Jedoch konnten einzelne Maßnahmen bzw. Projekte nicht in der geplanten Zeit umgesetzt bzw. fertiggestellt werden.

Am 09.09.2021 fand routinemäßig die Talsperrenkontrolle durch die jeweiligen Aufsichtsbehörden statt. Beanstandungen wurden nicht festgestellt.

Die Abschlussarbeiten zur Beseitigung des Rohrschadens der Transportleitung DN 500 bei Ehringhausen im August 2020 wurden Anfang 2021 beendet, nachdem ein spezielles Ersatzteil gefertigt worden war.

Die letzte Überprüfung der Wasserversorgungsanlagen des Wasserverbandes Aabach-Talsperre gem. §§ 18 ff. TrinkwV 2001 und § 93 Abs. 1 Landeswassergesetz durch das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn fand am 25.10.2021 statt. Die Qualität des abgegebenen Trinkwassers entspricht uneingeschränkt den Anforderungen der TrinkwV und weist eine über den Jahresgang gleichmäßige Beschaffenheit auf.

Das 2015 zertifizierte Energiemanagementsystem des Wasserverbands nach ISO 50001 wurde einem Überprüfungsaudit am 25.05.2021 unterzogen, welches erfolgreich bestanden wurde. Neben den ökologischen Effekten des effizienten Energieeinsatzes bewirkt die Zertifizierung auch steuerliche Vorteile bei der Besteuerung der eingesetzten Energie.

Das Managementsystem wurde und wird weiterentwickelt. Die Schwerpunkte waren im Jahr 2021 Organisation und Ablaufdokumente, Arbeitssicherheit, Bestandsdokumentation und wiederkehrende Wartungen und Aufgaben.

Wasserdargebot

Das Berichtsjahr fiel ausgesprochen trocken aus. Der Zufluss betrug im Berichtsjahr 11,16 Mio. m³ (Vorjahreswert 10,24 Mio. m³). Dies entspricht einer Unterschreitung des Mittelwertes der Beobachtungsreihe 1953 bis 2021 (13,46 Mio. m³) um 2,3 Mio. m³ bzw. 17 %.

Der größte Speicherinhalt im Berichtsjahr betrug 15,32 Mio. m³ (29.07.2021). Danach verminderte sich der Stauinhalt stetig bis auf 13,34 Mio. m³ im Dezember des Berichtsjahres. Zum 01.01.2021 hatte die Talsperre einen Inhalt von rd. 10,69 Mio. m³, was für diese Jahreszeit durchschnittlich war.

Bei einem Gesamthalt von rd. 13,6 Mio. m³ lag das geringste für die Trinkwasserförderung nutzbare Volumen in der Talsperre im Jahr 2021 Anfang/Mitte November bei 2,86 Mio. m³ (Vorjahr 2,8 Mio. m³), was zu diesem Zeitpunkt als ausreichend angesehen werden konnte.

Trinkwasserabgabe

Die Niederschlagsdefizite der letzten Jahre und die damit verbundenen niedrigen Wasserstände der Talsperre veranlassten den Vorstand am 01.05.2021 eine Festsetzung der verfügbaren Vorhaltemenge auf 9,5 Mio. m³ für ein Jahr auszusprechen. Die Aussprache der Reduzierung erwies sich erneut als ein notwendiges Instrument, um eine Tiefabsenkung der Talsperre mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Rohwasserqualität zu vermeiden.

Nach dem im Juli 2021 durch die außergewöhnlich starken Regenereignisse auch die Aabach-Talsperre einen größeren unterjährigen Zufluss als üblich erhalten hat, konnte zum 01.08.2021 die verfügbare Vorhaltemenge auf 7,8 Mio. m³ bis zum 30.04.2022 erhöht werden (Gesamt 10,24 Mio. m³).

Damit Versorgungseinschränkungen zukünftig vermieden werden können, sind verschiedene Untersuchungen für die Bewirtschaftung von Extremereignissen weiter vorangetrieben worden. Die Klimafolgenanpassung soll mit Hilfe der Anpassung der Bewirtschaftung, der Suche nach neuen Ressourcen und der Senkung der Mindestwasserabgabe erreicht werden.

Die Trinkwasserabgabe an Mitglieder und Ausübungsberechtigte des Wasserverbandes betrug im Berichtsjahr 8.492.501 m³ (Vorjahreswert 8.903.313 m³). Sie liegt damit deutlich unter dem angestrebten Bereich.

Trinkwasserqualität, Meldungen an das Gesundheitsamt, Biofilm-Erscheinung

Die Qualität des vom Wasserverband Aabach-Talsperre abgegebenen Trinkwassers steht auf hohem Niveau und wies auch im Berichtsjahr eine über den Jahresgang gleichmäßige gute Beschaffenheit auf. In der Zeit von August bis Dezember 2021 wurde das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn pflichtgemäß über

mikrobiologische Auffälligkeiten in verschiedenen Bereichen (Rohrnetz, Hochbehälter und Wasserwerk) unterrichtet. Die Befunde konnten keiner definierten Ursache zugewiesen werden. Die sofortige Nachuntersuchung, die in einem solchen Fall üblich ist, war jeweils unauffällig.

Zum Sachstand der Biofilm-Erscheinung im Rohrnetz wurden die Mitglieder und Ausübungsberechtigten regelmäßig durch die Geschäftsführung unterrichtet. Zusätzlich fanden drei Online-Besprechungen der Arbeitsgruppe Aufbereitung mit dem Vorstand statt. Die vertieften Untersuchungen zur Ursachenermittlung im Jahr 2021 werden auch im Jahr 2022 fortgeführt. Seit September 2021 ist ein kontinuierlicher Rückgang der Biofilmentwicklung festzustellen, was vermuten lässt, dass die ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigen. Die Umstellung der Aufhärtung auf die ursprünglichen Werte vor 2018 hatten gemäß guter bewerteter Bewertung keine Auswirkungen auf das Vorhandensein und die Ausprägung der Biofilm-Erscheinung. Aus diesem Grund wird die Aufhärtung zum 01.02.2022 wieder auf die Zielwerte eingestellt.

Die Trinkwasserqualität entsprach auch an den Übergabestellen zu jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

Verbandsbeiträge und spezifische Wasserpreise

Der Wasserverband Aabach-Talsperre arbeitet nach dem Umlageverfahren und erzielt satzungsgemäß keine Gewinne. Die aus dem Jahresabschluss für das Berichtsjahr ermittelten Verbandsbeiträge und spezifischen Wasserpreise spiegeln damit auch unmittelbar die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wider. Näheres hierzu wird unter den entsprechenden Abschnitten dieses Lageberichtes ausgeführt.

Die Umstellung 2018 auf eine monatliche Abrechnung der Mengenbeiträge gegenüber den Mitgliedern und Ausübungsberechtigten zeigen weiterhin eine positive Entwicklung der Liquidität.

Die endgültige Abrechnung wird anhand des festgestellten Jahresabschlusses genau nach Abnahme und Anteil abgerechnet.

Die Mitgliedsbeiträge erhöhten sich von rd. 4.879 T€ im Jahr 2020 um rd. 680 T€ auf rd. 5.559 T€ im Berichtsjahr 2021. Darin enthalten sind Erträge aus der Weitergabe der Belastungen des Wasserentnahmeentgelts Nordrhein-Westfalen von rd. 606 T€. Von diesen sind ca. 170 T€ als Forderung aus 2021 (zur Rückzahlung) an das WEE eingestellt, welches dann in die Bilanz eingeht und nach Zahlungseingang zurückerstattet wird.

Die Umlage aller Aufwendungen auf die im Berichtsjahr erzielte Wasserabgabe ergibt unter Berücksichtigung der Erlöse aus Stromerzeugung und sonstiger betrieblicher Erträge einen mittleren spezifischen Wasserpreis von 64 ct/m³.

Dieser Betrag liegt 9 ct/m³ bzw. 16 % über dem Vorjahreswert. Der mittlere spezifische Wasserpreis setzt sich wie folgt zusammen: 48 ct/m³ entfallen auf fixe Kosten (Festbeitrag), 11 ct/m³ sind auf variable Kosten (Mengenbeitrag) und 5 ct/m³ werden für das Wasserentnahmeentgelt berechnet.

Die Verteilung der Beiträge und Wasserabgabe an die Mitglieder und Ausübungsberechtigten ist der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

| Beiträge 2021 | Fest-beiträge T€ | variable Beiträge*) T€ | Insgesamt T€ | Wasser-abgabe Tm ³ |
|---|---------------------|------------------------------|-----------------|----------------------------------|
| Stadt Bad Wünnenberg | 411 | 155 | 566 | 888 |
| Stadt Büren | 407 | 180 | 587 | 969 |
| Lärmecke-Wasserwerk GmbH | 818 | 295 | 1.113 | 1.635 |
| Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH | 738 | 337 | 1.075 | 1.858 |
| Wasserversorgung Beckum GmbH | 809 | 372 | 1.181 | 2.049 |
| Wasserwerke Paderborn GmbH | 860 | 177 | 1.037 | 1.094 |
| insgesamt | 4.043 | 1.516 | 5.559 | 8.493 |

*) inkl. Wasserentnahmeentgelt Beträge ohne Umsatzsteuer

Die gemittelten spezifischen Wasserpreise des Wasserverbandes haben sich seit dem Jahr 2017 wie folgt entwickelt:

| Spezifische Wasserpreise ct/m ³ | | | | | |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| Fest- und Mengenbeiträge | 48 | 47 | 53 | 50 | 59 |
| Wasserentnahmeentgelt | 5 | 5 | 5 | 5 | 5* |
| Summe | 53 | 52 | 58 | 55 | 64 |

*170T€ Rückerstattung WEE, Vorauszahlung war zu hoch

Beträge ohne Umsatzsteuer

Finanzierungsmaßnahmen

Die Deckung des Finanzbedarfs für Investitionen und Darlehenstilgungen des Berichtsjahres erfolgte gemäß Vermögens- und Finanzplan des Wirtschaftsplanes 2021 über Anlagenabschreibungen.

Kapitalflussrechnung (gemäß DRS = Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr. 21)

| | 2019 | 2020 | 2021 |
|---|--------------|--------------|--------------|
| Mittelzufluss auslaufender Geschäftstätigkeit | 808 | 1.181 | 1.974 |
| Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit | - 894 | - 444 | - 361 |
| Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit | - 319 | - 284 | - 156 |
| Finanzmittelfonds am Ende der Periode | 1.450 | 1.907 | 3.364 |

Insgesamt erhöht sich der Finanzmittelfonds um 1.457 T€ auf 3.364 T€. Dieser setzt sich im Wesentlichen aus Kontokorrentguthaben und Termingeldanlagen zum Stichtag zusammen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Durch den Rückgang der Buchrestwerte beim Anlagevermögen sowie einen geringeren Darlehensstand auf der Passivseite und einer Mehrung des Umlaufvermögens erhöhte sich die Bilanzsumme des Wasserverbandes im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres um rd. 918 T€ auf 16.025 T€.

Aufgrund dieser Entwicklung bei unverändertem Eigenkapital verringerte sich der Eigenkapitalanteil um 5,5 Prozentpunkte auf 89,3 %.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte ausschließlich aus vorhandenen liquiden Mitteln. Das Anlagevermögen wird vollständig durch Eigenkapital langfristig finanziert. Im Geschäftsjahr ergab sich eine Substanzminderung des Anlagevermögens in Höhe von 761 T€ netto, da die Investitionen nicht ausreichten die planmäßigen Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu decken.

Im Berichtsjahr wurden neben einer vorläufigen mengenunabhängigen Umlage von 4.274 T€ mengenabhängige Beiträge von 11 ct/m³ (Vorjahr 9 ct/m³) festgesetzt. Grundlage hierfür war unter anderem eine mit 9,5 Mio. m³ budgetierte Trinkwasserabgabe. Die tatsächliche Trinkwasserabgabe lag mit rd. 8,5 Mio. m³ unter der Prognose, die daraus resultierenden Erlöse erreichten rd. 679 T€.

Die Summe der Aufwendungen betrug rd. 5.725 T€ und erhöhte sich erwartungsgemäß um rd. 738 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Im Wesentlichen erhöhten sich die Aufwendungen für Material sowie Lieferungen und Leistungen (+435 T€), Abschreibungen (+242 T€), Personalaufwendungen (+45 T€) und sonstige betriebliche Aufwendungen (+28 T€). Dem entgegen ergab sich im Zinsaufwand (-11 T€) eine entlastende Entwicklung.

Mit den Erträgen aus vorläufiger Beitragsumlage, den mit der Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr ausgewiesenen Gesamtaufwendungen, den Erlösen aus Stromverkauf sowie sonstigen betrieblichen Erträgen ergibt sich für das Berichtsjahr 2021 eine Beitragsüberzahlung von 345 T€.

Das für 2021 veranschlagte Budget von 5.788 Mio. € erhöht sich durch die Einnahme von Fördermitteln (18 T€) und die Aktivierung von Eigenleistungen (19 T€) um 37 T€ auf 5.825 Mio. €. Mit den Ausgaben von 5.725 Mio. € ergibt sich eine Unterschreitung des Budgets von 100 T€ (1,7 %).

Ausblick

Der Wasserverband liefert seit Bestehen effizient, zuverlässig und sicher qualitativ hochwertiges Trinkwasser an seine Verbandsmitglieder und Ausübungsberechtigten.

Großer Aufwand wurde für die Errichtung aller notwendigen Anlagen und Komponenten betrieben. Viele sicherheitsrelevante Bauteile sind bereits älter als 35 Jahre. Deshalb ist es unerlässlich, den Fokus neben der wirtschaftlichen Optimierung und personellen Ausstattung des Verbandes auch auf einen nachhaltigen, sicheren Betrieb und darauf ausgerichtete zustandsorientierte, risikobasierte Instandhaltung und Modernisierung zu richten.

Auf Grundlage der Personalanalyse 2020 wurde ein erhöhter Personalbedarf festgestellt, in diesem Zusammenhang wurde Ende 2021 bereits ein neuer Mitarbeiter eingestellt und zwei weitere Teilzeitstellen im Jahr 2022 eingerichtet. Mit drei Mitarbeitern wurden im Jahr 2021 Altersteilzeitverträge geschlossen, die einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen sollen. Die Arbeitsphasen beginnen bei den drei Mitarbeitern im Jahr 2022 bzw. 2023, die Freistellungsphasen beginnen im Jahr 2024 bzw. 2025. Regulärer Renteneintritt der betroffenen Mitarbeiter ist im Jahr 2025, 2026 und 2027.

Satzungsgemäß wird der Verband in den Jahren 2021 und 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis ausweisen.

Der Stauinhalt der Talsperre bewegte sich zum Jahreswechsel 2021/2022 bei ca. 13,34 Mio. m³ auf einem guten Niveau. Im weiteren Verlauf stellten sich in 2022 steigende Wasserpegel der Talsperre ein.

Prognosen zeigen, dass das Stauziel von 17,4 Mio. m³ vermutlich erreicht werden kann. Diese Situation ist allerdings auf die ungewöhnlich hohen unterjährigen Zuflüsse im Sommer 2021 zurückzuführen.

Mit dieser Entwicklung der Zuflüsse zur Talsperre könnte sich eine vergleichbare Festsetzung der verfügbaren Wasservorhaltemenge ab Mai 2021 wie im Vorjahr ergeben. Abschließend kann die Situation

jedoch erst Ende April 2021 bewertet werden, wenn die letzte Festsetzung der verfügbaren Wasservorhaltemenge ausläuft.

Eine Abgabemenge, wie in „normalen“ Jahren, scheint derzeit nicht gesichert. Die Situation wird intensiv beobachtet und regelmäßig mit den Computermodellen abgeglichen. Ähnliche Verhältnisse zeigten sich in den Jahren 1996, 1998, 2001, 2014 und 2017 bis 2021 in denen eine Trinkwasserabgabereduzierung bzw. reduzierte Wasservorhaltemenge ausgesprochen werden musste.

In den zurückliegenden Jahren konnten aus der Mengenbeschränkung resultierende Zusatzbedarfe einzelner Mitglieder durch Mengenüberlassungen aus den Kontingenten der übrigen Mitglieder ausgeglichen werden. Zukünftig ist nicht auszuschließen, dass sich in klimabedingten Trockenphasen Lieferengpässe häufen, wenn alle Ausübungsberechtigten ihre Kontingente voll in Anspruch nehmen.

Die Geschäftsführung beschäftigt sich weiterhin damit, wie der Betrieb in Extremsituationen angepasst werden kann und wie weitere Ressourcen erschlossen werden können. Der Vorstand wird regelmäßig über den Fortgang informiert.

Im Übrigen sind alle für eine sichere und zuverlässige Durchführung der Verbandsaufgaben geltenden Steuerungs-, Überwachungs- und Maßnahmensysteme einschließlich Risikomanagementsystem angemessen strukturiert und werden ständig weiterentwickelt.

Durch vorbeugende und zustandsorientierte Instandhaltungsmaßnahmen wird die technische Sicherheit der Anlagen gewährleistet. Als Risiken werden u. a. unvorhersehbare Witterungseinflüsse gesehen. Durch eine optimale Bewirtschaftung der Talsperre und angepasste Trinkwasseraufbereitung ist die Versorgungssicherheit der Verbandsmitglieder zu einem angemessenen Wasserbezugspreis weiterhin gesichert. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Lage des Verbandes haben, sind nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres nicht eingetreten.

Ende 2021 Anfang 2022 gab es einige Ereignisse, die auch die Arbeit des Verbandes erheblich beeinflusst haben. Neben der andauernden Corona-Pandemie sei hier das Hochwasser-Ereignis im Ahrtal vom Juli 2021, die politische Neuausrichtung der deutschen Politik im Zuge der Bundestagswahl und die kriegerische Auseinandersetzung Russlands mit der Ukraine zu nennen. Dies führt zu einem starken Kostenanstieg von Strom, Grundchemikalien und einer verminderten Einsatzfähigkeit der Mitarbeiter. Im Budget 2022 wurden bereits Kostensteigerungen eingeplant, die im Verlauf des Wirtschaftsjahres 2022 regelmäßig überprüft und angepasst werden.

Die rechtlichen Randbedingungen und Entwicklungen werden regelmäßig beobachtet und von der Geschäftsführung bewertet.

Die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz hat keine Feststellungen ergeben.

4.28.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Vorstand

Dem Vorstand gehörten im Berichtsjahr an:

| lfd. Nr. | Name | |
|----------|---------------------------------|---|
| 1. | Dipl. Ing. Björn Wölfel | Geschäftsführer Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH (Verbandsvorsteher) |
| 2. | Dipl. - Kfm. Bernhard Hartmann | Geschäftsführer Wasserwerke Paderborn (1. stellv. Verbandsvorsteher ab 29.11.2021) |
| 3. | Dipl.-Wirt.-Ing. Daniel Rohring | Geschäftsführer Wasserwerke Paderborn GmbH (2. stellv. Verbandsvorsteher ab 29.11.2021) |
| 4. | Dipl.- Ing. Andreas Becker | Geschäftsführer Wasserversorgung Beckum GmbH (stellv. Verbandsvorsteher bis 29.11.2021) |
| 5. | Eva Irrgang | Landrätin Kreis Soest |
| 6. | Michael Beninde | Dezernent Kreis Paderborn (bis 29.11.2021) |
| 7. | Dr. Andre Brandt | Dezernent Kreis Paderborn (ab 29.11.2021) |
| 8. | Holger Hellemeier | Geschäftsführer Lörmecke-Wasserwerke GmbH |

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des Wasserverbandes wird vom Verbandsvorsteher ausgeübt.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung sind die Frau Kreistagsabgeordnete Henneke und die Herren Kreistagsabgeordneten Nolte und Müller sowie Herr Amtsleiter Kasmann.

4.29 Wasserverband Obere Lippe

4.29.1 Basisdaten

Wasserverband Obere Lippe

Königstraße 16

33142 Büren

Tel.:02951/93390-0, Fax: 02951/93390-10, Internet: www.wol-nrw.de

Gründungsdatum: 01. Februar 1971

4.29.2 Mitglieder des Wasserverbandes

Neben dem Kreis Paderborn ist der Kreis Soest Mitglied des Wasserverbandes Obere Lippe.

4.29.3 Zweck/ Gegenstand des Wasserverbandes

Der Wasserverband Obere Lippe ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Verband hat zur Aufgabe

1. Regelung des Wasserabflusses, einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte seines Verbandsgebietes und in deren Einzugsgebieten,
2. Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen gemäß Verbandsplan, insbesondere Hochwasserrückhaltebecken, Bedeichungen, Aufforstungen und sonstige abflussregelnde Maßnahmen im Verbandsgebiet auszuführen, zu unterhalten und zu betreiben,
3. seine in einem Verzeichnis eingetragenen Wasserläufe zu unterhalten und nach Bedarf auszubauen einschließlich naturnahen Rückbaus.

Der Verband kann auf Beschluss der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber.

Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes nicht beeinträchtigt wird. Über auftretende Interessenkollisionen beschließt die Verbandsversammlung.

Die Verbandsversammlung kann beschließen, dass verwaltungsmäßige Aufgaben des Verbandes durch die Verwaltung eines Mitglieds gegen Erstattung der Kosten wahrgenommen werden.

4.29.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Menschen benötigen Wasser. Flüsse und Seen sind ein wesentliches Element unseres Ökosystems, aber auch Erholungsräume und Transportwege. Sauberes Trinkwasser ist ein knappes und Tees Gut. Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit müssen daher langfristig mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage Wasser verträglich sein.

Von der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung bis zur Unterhaltung von Gewässern und Deichen nehmen Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl öffentlicher Aufgabe wahr.

4.29.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2021 einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.462.500,00 €.

Der Mitgliedsbeitrag wird auf dem Konto 531307 „Zuweisungen an Wasserverband Obere Lippe“ des Produktes 130101 „Gewässerschutz“ verbucht.

4.29.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|----------------------|----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 42.771.367,49 | 43.157.612,13 | 386 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 126.560,72 | 144.947,39 | 18 |
| II. Sachanlagen | 42.644.806,77 | 43.012.664,74 | 368 |
| B. Umlaufvermögen | 934.581,18 | 1.373.614,03 | 439 |
| I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 11.824,18 | 19.824,78 | 8 |
| II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten | 922.757,00 | 1.353.789,25 | 431 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Aktiva | 43.705.948,67 | 44.531.226,16 | 825 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 5.454.217,32 | 5.630.593,48 | 176 |
| B. Sonderposten | 30.714.309,45 | 31.391.372,88 | 677 |
| C. Rückstellungen | 109.815,31 | 156.998,96 | 47 |
| D. Verbindlichkeiten | 7.427.606,59 | 7.352.260,84 | -75 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Passiva | 43.705.948,67 | 44.531.226,16 | 825 |

4.29.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in EUR) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|--------------|--------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 1.915.200,36 | 1.942.511,87 | 27 |
| 2. andere aktivierte Eigenleistungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 3. Sonstige betriebliche Erträge | 582.948,09 | 590.106,66 | 7 |
| - davon aus Mitgliedsbeiträgen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 4. Materialaufwand | 345.633,74 | 313.824,69 | -32 |
| a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren | 16.499,90 | 17.828,40 | 1 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 329.133,84 | 295.996,29 | -33 |
| 5. Personalaufwand | 940.273,46 | 924.412,94 | -16 |
| a) Löhne und Gehälter | 739.828,54 | 722.945,96 | -17 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen | 200.444,92 | 201.466,98 | 1 |
| 6. Abschreibungen auf immater. Vermögen | 842.916,90 | 905.885,21 | 63 |
| 7. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 160.724,54 | 180.729,69 | 20 |
| 8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 168.725,34 | 179.236,62 | 11 |
| 10. Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit | 39.874,47 | 28.529,38 | -11 |
| 11. außerordentliche Erträge | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 12. außerordentliche Aufwendungen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 13. außerordentliches Ergebnis | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 14. sonstige Steuern | 2.146,64 | 2.153,22 | 0 |
| 15. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 37.727,83 | 26.376,16 | -11 |
| 16. Einstellungen in die allgemeine Rücklage | 37.727,83 | 26.376,16 | -11 |
| 16. Einstellungen in die Gewinnrücklagen | 0,00 | 0,00 | 0 |
| 17. Bilanzgewinn / Bilanzverlust | 0,00 | 0,00 | 0 |

4.29.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 13 | 12 | 1 |
| Eigenkapitalrentabilität | 0 | 1 | -1 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 30 | 30 | 0 |
| Verschuldungsgrad | 133 | 138 | -5 |
| Umsatzrentabilität | 1 | 2 | -1 |

4.29.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte der Wasserverband 14 Mitarbeiter (Vj. 14).

4.29.10 Geschäftsentwicklung

Grundlagen des Verbandes

Der Verband hat zur Aufgabe

1. Regelung des Wasserabflusses, einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte seines Verbandsgebietes und in deren Einzugsgebieten,
2. Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen gemäß Verbandsplan, insbesondere Hochwasserrückhaltebecken, Bedeichungen, Aufforstungen und sonstige abflussregelnde Maßnahmen im Verbandsgebiet auszuführen, zu unterhalten und zu betreiben,
3. seine in einem Verzeichnis eingetragenen Wasserläufe zu unterhalten und nach Bedarf auszubauen einschließlich naturnahen Rückbaus.

Der Verband kann auf Beschluss der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes nicht beeinträchtigt wird. Über auftretende Interessenkollisionen beschließt die Verbandsversammlung.

Wirtschaftsbericht- Geschäftsverlauf und Lage des Verbandes

Gemäß seinen satzungsgemäßen Aufgaben strebt der Verband langfristig n, für sein gesamtes Verbandsgebiet einen möglichst einheitlichen Hochwasserschutzgrad für die gefährdeten sensiblen Überflutungsgebiete zu erreichen.

Darüber hinaus sind die Verbandsgewässer gemäß der EU-WRRL bis spätestens 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu führen. Zur Erlangung dieser Ziele hat der Wasserverband mit mehreren Städten und Gemeinden wo nötig Kooperationsverträge geschlossen, die das Zusammenwirken – Hochwasserschutz für die Gemeinde – Erlangung des guten Gewässerzustands – regeln.

Wegen seiner großen Erfahrung auf den Gebieten des Hochwasserschutzes und der Gewässerrenaturierung übernimmt der Verband in der Regel die Federführung für die Projekte und wickelt auch die gemeinsame Landesfinanzierung ab.

Der Wasserverband bucht seine Geschäftsvorfälle nach dem System der kaufmännischen doppelten Buchführung (§ 26 Abs. 1 der Satzung) gem. Wasserverbandsrecht (§ 8 NRW AGWVG i.V. m § 65 WVG).

Der Verband kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2021 zurückblicken. Der Verband erzielte einen ausgeglichenen Haushalt. Der Jahresüberschuss beträgt EUR 26.376,16 wie die nachstehende Erfolgsübersicht (Gewinn- u. Verlustrechnung) zum 31.12.2021 im Vergleich zum Wirtschaftsplan belegt. Die Abweichungen zum Wirtschaftsplan waren geringfügig.

| Bezeichnung | Jahresabschluss 2021 EUR | Wirtschaftsplan 2021 EUR | Abweichung EUR |
|---|---|---|---------------------------|
| Umsatzerlöse incl. Mitgliedsbeiträge | 1.942.512 | 1.947.000 | -4.488 |
| (davon Mitgliedsbeiträge) | (1.800.000) | (1.800.000) | (0) |
| sonstige betriebliche Erträge | 590.107 | 584.898 | 5.209 |
| Zwischensumme | 2.532.619 | 2.531.898 | 721 |
| Materialaufwand/Fremdleistungen | 313.825 | 349.384 | -35.559 |
| Personalaufwand | 924.413 | 961.425 | -37.012 |
| Abschreibungen | 905.885 | 859.756 | 46.129 |
| sonst. betriebliche Aufwendungen | 180.730 | 169.775 | 10.955 |
| sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge | 0 | 0 | 0 |
| Zinsaufwand | 179.237 | 188.558 | -9.321 |
| Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit | 28.529 | 3.000 | 25.529 |
| sonstige Steuern | 2.153 | 3.000 | -847 |
| Jahresüberschuss | 26.376 | 0 | 26.376 |

Der vorliegende Jahresabschluss des Wasserverbandes Obere Lippe zeigt in jeder Hinsicht geordnete Verhältnisse auf sicherer finanzieller Basis.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 beträgt TEUR 44.531,2 und weist damit eine Erhöhung in Höhe von TEUR 174,7 (0,4 %) gegenüber der Bilanz zum 31.12.2020. auf.

Die Vermögensstruktur zum 31.12.2021 ist durch einen Anteil vom Anlagenvermögen an der Bilanzsumme von TEUR 43.157,6 (96,9 %) gekennzeichnet. Das Anlagevermögen besteht überwiegend aus wasserwirtschaftlichen Anlagen und Grundstücken mit TEUR 37.550,5 (87,0 %). Der Bestand des Anlagevermögens hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 2021 durch Zugänge vermindert um Abschreibungen um TEUR 386,2 auf TEUR 43.157,6 erhöht.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich um TEUR 439,0 und umfasst einen Gesamtbetrag in Höhe von TEUR 1.373,6.

Die Kapitalstruktur zum 31.12.2021 ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von TEUR 5.604,2 (12 %) gekennzeichnet. Die ausgewiesenen Sonderposten bilden mit TEUR 31.391,4 (70,5 %) einen weiteren Anteil am wirtschaftlichen Eigenkapital. Die Rückstellungen betragen zum 31.12.2021 TEUR 157,0 (0,4 %).

Auf die Verbindlichkeiten entfallen TEUR 7.352,3 (16,5 %).

Bei Berücksichtigung der Sonderposten im Eigenkapital beträgt die Anlagendeckung 83,1 %; diese Kapitalausstattung bietet eine solide Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Verbandes.

Die Liquidität war im Berichtsjahr gegeben und das ganze Jahr über gewährleistet. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten waren in vollem Umfang durch liquide Mittel abgesichert.

Der Personalbestand entwickelt sich wie folgt:

| Geschäftsjahr | 2016 | 2017 | Ver- änder- ung (in %) | 2018 | Ver- änder- ung (in %) | 2019 | Ver- änder- ung (in %) | 2020 | Ver- änder- ung (in %) | 2021 | Ver- änder- ung (in %) |
|------------------------------|------|------|---------------------------------|------|---------------------------------|------|---------------------------------|------|---------------------------------|------|---------------------------------|
| Mitarbeiter am Jahresende | 14 | 14 | 0,00 | 14 | 0,00 | 14 | 0,00 | 14 | 0,00 | 14 | 0,00 |

Einzelheiten zum Verlauf des Haushaltsjahres 2021 (Haushaltswirtschaftsbericht)

Geschäftsverlauf

Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Im Investitionsbereich wurden folgende wesentliche Maßnahmen durchgeführt:

Das Förderprojekt „Hochwasserschutz und Umgestaltung des Krollbaches in Hövelhof“ wurde festgestellt.

Für zwölf Hochwasserrückhaltebecken wurden die gesetzlich vorgeschrieben und sehr umfangreichen vertieften Überprüfungen fertiggestellt und den jeweiligen Bezirksregierungen zur Prüfung und Anerkennung eingereicht. Die meisten Berichte wurden zwischenzeitlich von den Bezirksregierungen geprüft und freigegeben. Am HRB Ebbinghause wurden die Hydraulikzylinder der Fischbauchklappen demontiert und zur Generalüberholung in ein Instandsetzungswerk verbracht. Zur Steuerung der Mindestwasserabgabe an der Pader-Alme-Überleitung wurde ein neuer Flachschieber montiert. Am HRB Kedinghausen erfolgte eine umfangreiche Sanierung des Stahlwasserbaus der Fischbauchklappen. Hierzu wurden die Klappen vollständig korundgestrahlt und neu beschichtet. Im Bereich der Klappenaufleger erfolgen zusätzlich Betoninstandsetzungsarbeiten. Für das Hochwassermanagement-Portal wurden einige Erweiterungen beauftragt. Hierbei handelte es sich um die Datenbereitstellung für die Öffentlichkeit und um die Anbindung von Außenstationen, die bereits über das neue Daten- und Warnsystem FlowChief verfügen. Die Softwareentwicklungen sind nicht abschließend, sondern zeigen sich als fortwährendes Projekt mit ständiger Weiterentwicklung und Pflege.

In Kooperation mit der Stadt Paderborn (Federführung) wurde die bauliche Umsetzung zur Umgestaltung der Beke in Neuenbeken weiter fortgeführt. Die Bauabschnitte 1.1.1 bis 1.14 wurden 2019 fertiggestellt. Die bauliche Umsetzung für die Bauabschnitte 1.3 – 1.3 erfolgte in 2021. Ziel der Maßnahme ist die ökologische Verbesserung des Gewässers und die Verbesserung des Hochwasserschutzes für die Ortslage. Die weiteren Bauabschnitte werden voraussichtlich bis 2023 fertiggestellt. Der WOL betreut die Maßnahme fachtechnisch und beteiligt sich zu 50 % an den nicht geförderten Kosten.

An der Altenau wurde zwischen Henglarn und Etteln eine umfangreiche Auenrenaturierung (10 ha) fertiggestellt. Am Troztbach im Bereich zwischen Erwitte Millinghausen und Böckum sowie an der Alme im Bereich Ringelstein wurde mit der Umsetzung zweier ebenfalls umfangreichen Renaturierungsmaßnahmen begonnen. Die Fertigstellungen sollten in 2021 erfolgen, verschieben sich aber witterungsbedingt bis zum Sommer 2022.

Im Rahmen der Flurbereinungsverfahren Altenau II, Büren II und Brenken II konnten weitere Flächen erworben werden, die für die Umsetzung der Ziele der WRRL genutzt werden können. Im FB Verfahren Brenken II konnten die Flächen für die Umsetzung des Hochwasserschutzprojektes Ortslage Brenken bereitgestellt werden. Die Baumaßnahme soll 2022 begonnen werden.

Insgesamt hat sich die Verbandsstrategie bewährt zahlreiche (>35) Projekte in unterschiedlicher Projekttiefe parallel zu bearbeiten. Erst dadurch ist gewährleistet, dass trotz der zahlreichen projektspezifischen Probleme jährlich die bauliche Umsetzung von Einzelprojekten erfolgen kann. Dabei ist festzustellen, dass die Planung und der Bau von Renaturierungsmaßnahmen zeitlich deutlich schneller als lokale Hochwasserschutz-Projekte durchzuführen sind. Neben der Komplexität der Planungen innerhalb der Ortslagen, der i.d.R. längeren Genehmigungsphasen und intensiver Bürgerbeteiligung behindern z.B. auch Klageverfahren die Umsetzung. Der Verband bearbeitet z. Z. 6 derartige lokale Hochwasserschutzprojekte in unterschiedlicher Projekttiefe.

Diese und weitere 2021 durchgeführte Maßnahmen wurden den Mitgliedern der Verbandsversammlung in einer ausführlichen Präsentation mitgeteilt und erläutert.

Die Finanzierung des Verbandes ist im Übrigen wie folgt geregelt:

Der durch den Vorstand aufzustellende und durch die Verbandsversammlung festzusetzende Wirtschaftsplan enthält alle für die Erfüllung der Verbandsaufgaben erforderlichen Erträge und Aufwendungen des kommenden Haushaltsjahres. Er bildet die Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Verbandes. Die zur Deckung der Aufwendungen benötigten Mittel werden im Wesentlichen in Form von Beiträgen von den Verbandsmitgliedern erhoben.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

- a) Durch die EU-Hochwasserrisiko-Management-Richtlinie und die EU-Wasserrahmenrichtlinie in Verbindung mit den entsprechenden Bundes- und Landesgesetzen, sind die Aufgaben des Verbandes konform mit dem Landesinteresse. Im Ausblick auf die kommenden Jahre kann deshalb weiterhin mit der starken Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Projekte und mit der Gewährung von Landeszuwendungen für die Maßnahmen des Hochwasserschutzes und der Gewässerentwicklung ausgegangen werden.
- b) Der WOL ist zur ordnungsgemäßen Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben auch in der Zukunft auf ein auskömmliches Budget aus Beiträgen seiner Mitglieder und Zuwendungsmitteln des Landes angewiesen. Solange dies gewährleistet ist, bestehen in finanzieller Hinsicht keine Risiken, die die Umsetzung der durchzuführenden Maßnahmen und den Bestand des WOL gefährden, könnten.
- c) Durch das stark fortgeschrittene Alter der ersten Hochwasserrückhaltebecken des WOL entstehen zwangsläufig Sanierungsaufgaben, die sowohl den Betonbau, den Stahlwasserbau sowie die Messtechnik betreffen. Hier werden fortlaufend verstärkte, unvermeidbare Investitionen nötig sein.
- d) Die Kompetenz des WOL begründet sich auf langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Planung und Umsetzung von Maßnahmen des überörtlich wirksamen Gewässer- und Hochwasserschutzes im Einvernehmen mit allen Beteiligten.

Die Forderung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie, die Belange des Hochwasserschutzes und des Gewässerschutzes aufeinander abzustimmen passt exakt in die bisherige Projektphilosophie des Verbandes und wird als Chance angesehen, mit den zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln im Rahmen der Daseinsvorsorge und der nachhaltigen Gewässerentwicklung in Erfüllung der zwingenden

rechtlichen Vorgaben und Verpflichtungen einen guten Wirkungsgrad zu erreichen und das zwingend erforderliche flussgebietsbezogene Handeln auf dem Sektor des Hochwasser- und Gewässerschutzes auch weiterhin erfolgreich in die Tat umsetzen zu können.

4.29.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Versammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Vorstand, der von der Versammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

Verbandsvorsteher, Vorstand und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher des Wasserverbandes Obere Lippe ist Herr Landrat Rütter. Der Vorstand besteht darüber hinaus aus:

Eva Irrgang, Landrätin des Kreises Soest

Martin Hübner Dezernenten Kreis Paderborn.

Die Funktion des Geschäftsführers hat Herr Dipl.-Ing. (FH) Karthaus inne.

Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises Paderborn in der Versammlung sind die Frauen Kreistagsabgeordneten Bunte, Gramlich und Köster und die Herren Kreistagsabgeordneten Lutgens, Zündorf, Niggemeier, Müller, Schmitt, Scholle und Lambrecht sowie Herr Dezernent Dr. Brandt.

4.30 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe

4.30.1 Basisdaten

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe (CVUA-OWL)

Westerfeldstraße 1

32758 Detmold

Tel.:05231/9111-9, Fax: 05231/9111-503, Internet: www.cvua-owl.de

Gründungsdatum: Die Anstalt wurde am 01. Januar 2008 errichtet.

4.30.2 Zweck/ Gegenstand der Anstalt

Die Aufgaben des CVUA-OWL ergeben sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) sowie der Verordnung zur Errichtung einer integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Detmold. Darüber hinaus ist die Untersuchungsanstalt mit der Durchführung vergleichbarer Aufgaben auf dem Gebiet des Gentechnikrechts, der Strahlenschutzvorsorge und der Untersuchung von Tierarzneimitteln – mit Ausnahme der Untersuchung von Fertigarzneimitteln – betraut.

4.30.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes dient der effizienten, qualitativ homogenen und leistungsstarken hoheitlichen Untersuchungsstruktur dieser Bereiche in Nordrhein-Westfalen und liegt somit im öffentlichen Interesse.

4.30.4 Träger der Anstalt

Träger der Untersuchungsanstalt sind Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Bielefeld und die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn.

4.30.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Jahr 2021 eine Umlage in Höhe von 729.578,72 €. Die Zahlungen wurden auf dem Konto 523401 „Erstattungen an das CVUA (Entgelte)“ des Produktes 020401 „Veterinärwesen und Verbraucherschutz“ verbucht.

4.30.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--------------------------------------|----------------------|----------------------|---|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 19.498.098,42 | 22.455.112,92 | 2.957 |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 52.141,93 | 50.170,04 | -2 |
| II. Sachanlagen | 2.825.956,49 | 3.204.942,88 | 379 |
| III. Finanzanlagen | 16.620.000,00 | 19.200.000,00 | 2.580 |
| B. Umlaufvermögen | 3.562.638,42 | 3.001.923,82 | -561 |
| I. Vorräte | 134.161,71 | 130.947,71 | -3 |
| II. Forderungen u. sonst. VG | 610.130,70 | 604.377,59 | -6 |
| III. Wertpapiere | 0,00 | 0,00 | 0 |
| IV. Liquide Mittel | 2.818.346,01 | 2.266.598,52 | -552 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 197.293,20 | 205.747,13 | 8 |
| Summe Aktiva | 23.258.030,04 | 25.662.783,87 | 2.405 |
| Passiva | | | |
| A. Eigenkapital | 4.229.567,60 | 4.179.077,07 | -50 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 250.000,00 | 250.000,00 | 0 |
| II. Kapitalrücklage | 630.028,50 | 630.028,50 | 0 |
| III. Gewinnrücklage | 3.558.370,27 | 3.338.370,27 | -220 |
| IV. Bilanzgewinn / -verlust | -208.831,17 | 39.321,70 | 248 |
| B. Sonderposten | 976.311,98 | 920.751,95 | -56 |
| C. Rückstellungen | 17.577.001,31 | 20.344.381,37 | 2.767 |
| D. Verbindlichkeiten | 258.923,30 | 218.573,48 | -40 |
| E. Rechnungsabgrenzungsposten | 216.225,85 | 0,00 | -216 |
| Summe Passiva | 23.258.030,04 | 25.662.783,87 | 2.556 |

4.30.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---|--------------------|------------------|---|
| 1. Umsatzerlöse | 14.647.555,37 | 15.873.780,51 | 1.226 |
| 2. Sonstige betriebliche Erträge | 294.023,21 | 131.404,81 | -163 |
| 3. Materialaufwand | 1.558.032,18 | 1.559.457,53 | 1 |
| a) Aufwendungen für R/H/B | 1.180.891,36 | 1.170.069,01 | -11 |
| b) Aufwendungen für bezogene Leistungen | 377.140,82 | 389.388,52 | 12 |
| 4. Personalaufwand | 9.629.183,32 | 9.591.251,18 | -38 |
| a) Löhne und Gehälter | 6.261.893,44 | 6.338.598,57 | 77 |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | 3.367.289,88 | 3.252.652,61 | -115 |
| 5. Abschreibungen auf immaterielle VG | 702.161,31 | 697.059,43 | -5 |
| 6. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 2.936.807,90 | 3.884.533,14 | 948 |
| 7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 7.166,54 | 237,43 | -7 |
| 8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 341.478,94 | 322.659,00 | -19 |
| 9. Ergebnis nach Steuern | -218.918,53 | 49.537,53 | 268 |
| 10. sonstige Steuern | 1.144,00 | 935,00 | -0 |
| 11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | -220.062,53 | 50.490,53 | 271 |

4.30.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 16 | 18 | -2 |
| Eigenkapitalrentabilität | -5 | -5 | 0 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 109 | 113 | -4 |
| Verschuldungsgrad | 492 | 422 | 70 |
| Umsatzrentabilität | 0 | -2 | 2 |

Individuelle Leistungskennzahlen

| Untersuchungen im Geschäftsjahr | 2019 | 2020 | Veränderung (in %) | 2021 | Veränderung (in %) |
|---------------------------------|----------------|----------------|-----------------------|----------------|-----------------------|
| Fleischhygiene-Untersuchungen | 52.473 | 42.136 | -19,70 | 45.349 | 7,63 |
| TSE-Untersuchungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Diagnostische Untersuchungen | 133.470 | 148.010 | 10,89 | 143.085 | -3,33 |
| Lebensmittel-Untersuchungen | 10.618 | 8.431 | -20,60 | 8.592 | 1,91 |
| Futtermittel-Untersuchungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Umweltanalytik | 12.363 | 12.018 | -2,79 | 11.525 | -4,10 |
| sonstige Untersuchungen | 465 | 571 | 22,80 | 402 | -29,60 |
| Summe | 209.389 | 211.166 | 0,85 | 208.953 | -1,05 |

4.30.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2021 beschäftigte die Anstalt öffentlichen Rechts 145 (davon 9 Beamte) Mitarbeiter (Vj. 142 [davon 9 Beamte]).

4.30.10 Geschäftsentwicklung

Die fachlichen Ergebnisse und Statistiken werden in einem gemeinsamen Jahresbericht der CVUÄ in NRW auf den jeweiligen Homepages der Ämter veröffentlicht.

Im Berichtsjahr arbeitete das CVUA-OWL daran, die Umsetzung der ab 01.01.2022 geltenden Neuregelungen aus der Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 23.11.21 vorzubereiten. Dazu wurden zahlreiche Abläufe im Labor neu strukturiert und die Aufgaben in den Dezernaten der Abteilungen 300 (Lebensmittel) und 400 (Instrumentelle Analytik, Wasser, Non-Food) umfassend neu geordnet.

Im CVUA-OWL wurden in 2021 nur 2.248 Humanproben mittels PCR auf SARS-CoV-2 untersucht (Vorjahr: 10.674). Die Untersuchungskapazitäten, die das virologische Labor neben den zu untersuchenden veterinärmedizinischen Proben gehabt hätte, wurden vom öffentlichen Gesundheitswesen nicht abgerufen. Einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie konnte das CVUA-OWL allerdings bei der sogenannten Mutationskontrolle, also der Untersuchung positiver Proben mittels NGS (Next-Generation-Sequenzierung) auf die unterschiedlichen Varianten des Coronavirus, leisten: Im Jahr 2021 konnten 295 positive Proben, die uns vom CVUA Münster-Emscher-Lippe übersandt worden waren, in diesem aufwändigen Verfahren untersucht und die Ergebnisse an das Robert-Koch-Institut übermittelt werden.

In NRW wurde in 2021 in insgesamt 22 Fällen hochpathogene aviäre Influenza (Geflügelpest) bei Hausgeflügel festgestellt. Die virologische Diagnostik dazu kam in 14 Fällen aus dem CVUA-OWL, da Betriebe in unseren Trägerkreisen betroffen waren. 27-mal wurde in NRW Geflügelpest bei Wildvögeln festgestellt. Hier kamen 15 dieser Befunde aus dem CVUA-OWL.

Das Seuchengeschehen um die afrikanische Schweinepest (ASP) erreichte im September 2020 Deutschland. Das Ausbruchsgeschehen insbesondere unter Wildschweinen hält seither unvermindert an. Besonders besorgen muss das Ausbreiten der Schweineseuche innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns in Richtung Westen. Das CVUA-OWL führt weiterhin Untersuchungsleistungen zur Kontrolle und Bestätigung der Abwesenheit des Krankheitserregers in hiesigen Wild- und Hausschweinebeständen durch und ist neben dem virologischen Nachweis der Tierseuche auch auf serologische Surveillance-Untersuchungen vorbereitet.

Insgesamt stiegen die Untersuchungszahlen – mit Ausnahme der diagnostischen Untersuchungen- gegenüber dem Vorjahr wieder leicht an. Bei der Zahl der diagnostischen Untersuchungen wirkte sich der deutliche Rückgang der Corona-Untersuchungen aus. Bereinigt hierum stiegen aufgrund der Geflügelpest sowie dem vom der Tierseuchenkasse veranlassten Geflügel-Monitoring auch hier die Untersuchungszahlen. Coronabedingt lag die Anzahl der Untersuchungen aber noch deutlich unter den Zahlen der vorhergehenden Jahre.

Im Berichtsjahr konnte das CVUA-OWL ein zweites NMR-Gerät (Magnet-Resonanz-Spektroskopie) in Betrieb nehmen. Sowohl durch die quantitative Bestimmung zahlreicher Parameter, als auch durch die Kontrolle der Authentizität von Lebensmitteln (z.B. Öle, Milch, Wein) können wir somit in ganz NRW noch mehr zur Lebensmittelsicherheit beitragen und dem Lebensmittelbetrug vorbeugen.

Sowohl im Bereich der NMR- als auch der NGS-Untersuchungen wurden nicht nur wir als einzelnes Amt, sondern auch unsere Zusammenarbeit mit den Untersuchungsämtern CVUA-RRW (NMR und NGS) und CVUA-MEL (NGS) erfolgreich akkreditiert. Dies ist ein Beispiel für das Ziel einer landesweiten Ausrichtung von Untersuchungsleistungen und einer effizienten Vernetzung des CVUA-OWL.

Ende des Jahres ereignete sich ein großer Wasserschaden im Neubau. Kurze Zeit nach der Aufstellung eines neuen Laborgerätes durch die Herstellerfirma löste sich ein Wasserschlauch am Gerät, sodass am Wochenende ungehindert Wasser auslaufen konnte. Von dem Schaden sind große Bereiche im Ober- und Erdgeschoss des Neubaus betroffen. Die Untersuchungen wurden so weit wie möglich in die verbleibenden Laborbereiche verlagert. Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen wurden unter Beteiligung von Sachverständigen mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW als Vermieter abgestimmt. Die Umsetzung muss nun entsprechend erfolgen. Die Versicherung der Geräteherstellers/Lieferanten hat die Haftung dem Grunde nach anerkannt. Die konkrete Schadensregulierung muss abgewartet werden.

Mit Ablauf des 30.11.2021 wechselte der bisherige Vorstandsvorsitzende Herr Dr. Manfred Stolz in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Das bisherige Vorstandsmitglied Herr Dr. Ulrich Kros führt die Vorstandsgeschäfte seither bis auf weiteres allein fort.

Die Ergebnisse der einzelnen Geschäftsbereiche stellen sich wie folgt dar:

| Umsatzträger | Jahr 2020 | | Jahr 2021 | | Veränderungen | |
|-------------------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|--------------------|
| | Unter-suchungs-zahlen | Ergebnis in Tsd. € | Unter-suchungs-zahlen | Ergebnis in Tsd. € | Unter-suchungs-zahlen | Ergebnis in Tsd. € |
| Fleischhygiene-Untersuchungen | 42.136 | -278 | 45.349 | -343 | 3.213 | -65 |
| Diagnostische Untersuchungen | 148.010 | -2.659 | 143.085 | -3.248 | -4.925 | -589 |
| Lebensmittel-untersuchungen* | 8.431 | -8.167 | 8.592 | -8.641 | 161 | -474 |
| Umweltanalytik* | 12.018 | -390 | 11.525 | -425 | -493 | -35 |
| sonstige Untersuchungen* | 571 | -142 | 402 | -140 | -169 | 2 |
| Sonstiges | | | | | | 0 |
| Summe | 211.166 | -11.636 | 208.953 | -12.797 | -2.213 | -1.161 |
| *Probenzahl | | | | | | |

Forschung und Entwicklung

Tätigkeiten im Bereich Forschung und Entwicklung wurden nicht ausgeübt.

Ertragslage

Das CVUA-OWL hat das Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag von 50 T€ gegenüber einem Defizit von 220 T€ im Vorjahr abgeschlossen. Die Ergebnisverbesserung resultiert insbesondere aus der Anpassung der Umlage. Die Umlage wurde so bemessen, dass sie für die nächsten drei Jahre auskömmlich ist, sodass folgerichtig für das erste Jahr des Drei-Jahreszeitraums ein höherer Überschuss geplant wurde. Durch die notwendige Rückstellung für die Sanierung des Wasserschadens wurde das Wirtschaftsjahr nun mit einem Defizit abgeschlossen. Insgesamt konnten in einigen Untersuchungsbereichen höhere Erträge erzielt werden als erwartet. Die Zuführungen für Pensions- und Beihilferückstellungen lagen unter den prognostizierten Werten.

Einzelne Aufwendungen, wie z.B. Aufwendungen für Verbrauchsmaterial, Dienstreisen und Fortbildungen, waren u.a. coronabedingt geringer als geplant.

Im Folgenden wird hierauf näher eingegangen:

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 15.874 T€ (Vorjahr: 14.648 T€):

| in T€ | 2020 | 2021 | Differenz |
|--|---------------|---------------|--------------|
| Umlage Träger | 11.480 | 12.747 | 1.267 |
| Fleischhygiene-Untersuchungen | 1.474 | 1.601 | 127 |
| Umweltanalytik | 886 | 850 | -36 |
| Diagnostische Untersuchungen | 293 | 365 | 72 |
| davon: Entgelte von der Tierseuchenkasse | 182 | 227 | 45 |
| Lebensmitteluntersuchungen | 39 | 51 | 12 |
| Zusatzaufgaben | 75 | 81 | 6 |
| Corona-Untersuchungen | 300 | 78 | -222 |
| Sonstige Untersuchungen und fachliche Stellungnahmen | 100 | 100 | 0 |
| periodenfremde Umsatzerlöse | 0 | 0 | 0 |
| Sonstiges | 1 | 1 | 0 |
| Gesamt | 14.648 | 15.874 | 1.226 |

Der Anstieg der Umsatzerlöse beruhte vorrangig auf der Anpassung der Umlage der Träger. Die Erträge für die Fleischhygiene-Untersuchungen stiegen nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2020 wieder, erreichten aber noch nicht wieder das Niveau der Vorjahre. Der Anstieg ist insbesondere auf die vermehrten Schlachtungen, aber auch auf die Anpassung der Gebührensätze im März 2021 zurückzuführen. Ein Anstieg der Erträge war auch bei den diagnostischen Untersuchungen, hier insbesondere bei den Untersuchungen für die Tierseuchenkasse, zu verzeichnen.

Die Erträge aus den Untersuchungen für die Tierseuchenkasse stiegen aufgrund des zwischenzeitlichen Früherkennungssystems bei Geflügel deutlich (+ 45 T€). Die Erträge in den anderen Untersuchungsprogrammen waren weitestgehend konstant. Bei den sonstigen diagnostischen Untersuchungen setzte sich die Tendenz der steigenden Erlöse aus den letzten Jahren fort (+ 27 T€).

Die Erträge aus Lebensmitteluntersuchungen gem. Art. 79 EU VO 2017/625 (Verfolgspuren) gingen im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück (2021: 9 T€, 2020: 12 T€, 2019: 5 T€, 2018: 10 T€). Hier sind regelmäßig erhebliche Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren zu verzeichnen. Die Erträge aufgrund von Beanstandungen von Lebensmittelproben stiegen auf 24 T€ (Vorjahr: 16 T€); die Erträge für die Exportuntersuchungen lagen bei 18 T€ (2020: 11 T€). Insgesamt lagen die Erträge aus den Lebensmitteluntersuchungen über dem Niveau der letzten Jahre. Es besteht hier eine große Variabilität.

Demgegenüber gingen die Erträge für Corona-Untersuchungen deutlich zurück. Einnahmen konnten hier im Wesentlichen durch die Bestimmung der jeweiligen Variante mittels NGS erzielt werden. Bei der Umweltanalytik (Betrieb gewerblicher Art) wirkte sich der Verlust eines größeren Kunden nach dem Ergebnis eines Vergabeverfahrens aus.

Die übrigen Umsatzerlöse lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen noch einmal deutlich zurück (2021: 131 T€, 2020: 294 T€). Hier wirkt sich die die Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit den Mietstreitigkeiten mit dem BLB im Jahr 2020 aus. Zusätzliche Erträge ergaben sich durch die Zuweisung des Landes für Investitionen für Innovationen in den Vorjahren, die nun über die gebildeten Sonderposten abgeschrieben werden.

Die betriebsgewöhnlichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr (2021: 15.732 T€, 2020: 14.826 T€).

Die Personalkosten stellten insgesamt den größten Posten bei den Aufwendungen dar. Der Anteil der Personalaufwendungen an den betrieblichen Aufwendungen betrug 61 % (2020: 65 %). Die Personalaufwendungen waren gegenüber 2020 relativ konstant. Mehraufwendungen bei den Gehältern und entsprechenden Sozialbeiträgen (+ 277 T€) wurden durch Rückgänge bei den Zuführungen zu Rückstellungen, insbesondere zu den Pensions- und Beihilferückstellungen (-164 T€), aber auch für Altersteilzeit, Urlaub und Überstunden (- 63 T€) kompensiert. Bei den Gehältern gab es Verschiebungen von der Beamtenbesoldung hin zu den Entgelten für Tarifbeschäftigte. Gestiegen sind die Kosten der Tarifbeschäftigten (Gehälter und Sozialabgaben, 2021: 7.238 T€, 2020: 6.961 T€) aufgrund von Tarifsteigerungen und der vorübergehenden Besetzung einer Beamtenstelle durch einen Tarifbeschäftigten.

Die Aufwendungen für die Beamtenbezüge sanken trotz Besoldungserhöhungen aufgrund von Veränderungen bei einzelnen Beschäftigungsverhältnissen (Pensionierung, Elternzeit, Altersteilzeit) von 708 T€ im Jahr 2020 auf 632 T€. Für Altersteilzeit wurden weitere 13 T€ zurückgestellt. Die Aufwendungen für Beihilfeleistungen für die aktiven Beamten sanken von 54 T€ in 2020 auf 40 T€. Innerhalb der vergangenen Jahre gab es hier, auch durch die geringere Zahl an Beamten, erhebliche Schwankungen.

| in T€ | 2020 | 2021 | Differenz |
|---|--------------|--------------|------------|
| Bezüge der Beamten | 708 | 632 | -76 |
| Gehälter der Tarifbeschäftigten | 5.483 | 5.697 | 214 |
| Beiträge zur Sozialversicherung | 1.114 | 1.169 | 55 |
| Beihilfen | 54 | 40 | -14 |
| Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigten | 363 | 372 | 9 |
| Anpassung Rückstellungen | 1.873 | 1.647 | -226 |
| Sonstiges | 34 | 34 | 0 |
| Summe | 9.629 | 9.591 | -38 |

Ein weiterer großer Aufwandsposten waren die Gebäudemieten mit 1.579 T€ (2020: 1.561 T€). Die Jahresmiete stieg aufgrund des Anstiegs des Preisindex für die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in Deutschland (Basis für die Anpassung des Mietzinses laut Mietvertrag) um 1,13 %.

Die Kosten für den Materialaufwand, insbesondere für Laborverbrauchsmaterial, gingen leicht zurück (2021: 1.170 T€, 2020: 1.181 T€, 2019: 1.002 T€). Bereinigt um den coronabedingten Anstieg im Vorjahr, ist hier eine Steigerung aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung zu verzeichnen.

Die bezogenen Leistungen stiegen erneut, wie schon im Vorjahr an (2021: 389 T€, + 3 %, 2020: 377 T€, + 22 %). Ein Anstieg war vor allem bei den Aufwendungen für die sonstigen Dienstleistungen aufgrund höherer Kosten für das IT-Rechenzentrum, u.a. durch Anpassung der Abrechnungsverfahren (+ 42 T€), zu verzeichnen. Dagegen gingen die Aufwendungen für Unteraufträge zurück. Diese erfolgten überwiegend im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art (95 T€). Hier wurden einige Sonderuntersuchungen im Berichtsjahr nicht nachgefragt, sodass die Aufwendungen in diesem Bereich nach dem Anstieg im Vorjahr um 20 T€ im Jahr 2021 um 16 T€ zurückgingen. Weitere Unteraufträge erfolgten insbesondere in den Bereichen der Textilkennzeichnung und der Pathologie. Bei den Sachverständigenkosten fielen im Rahmen der üblichen Schwankungen bei den Auditierungen durch zeitliche Verschiebungen anstelle des erwarteten Mehraufwandes geringere Kosten für die DAkS an (- 7 T€), während die Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung im Zuge der Neuvergabe der Leistung sowie der jährlichen Schwankungen bei den arbeitsmedizinischen Untersuchungen um 5 T€ stiegen. Die übrigen bezogenen Leistungen lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Die Materialintensität (Materialaufwand/Gesamtleistung) betrug wie im Vorjahr 10 %.

Der Abschreibungsaufwand war gegenüber dem Vorjahr relativ konstant (2021: 697 T€, 2020: 702 T€); dabei entfielen auf die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern 21 T€. Hier gab es gegenüber dem Vorjahr, in dem im größeren Umfang IT-Geräte ausgetauscht wurden, einen Rückgang von 9 T€.

Die sonstigen Gebäudekosten -neben der schon erwähnten Miete- stiegen durch die Bildung der Rückstellung für die Sanierung des Wasserschadens, einer höheren Rückstellung für die Nachzahlung von Mietnebenkosten entsprechend dem Abrechnungsergebnis für das Jahr 2020 sowie einer finanziellen Beteiligung an technischen Anpassungen der Sektion an die erhöhten Sicherheitsanforderungen im Labor durch den BLB (2021: 1.789 T€, 2020: 822, 2019: 719 T€). Da es sich bei den sonstigen Gebäudekosten im Wesentlichen um Abschlagszahlungen für die Mietnebenkosten handelt, sind die Zahlen nur bedingt aussagekräftig.

Die Nebenkostenabrechnung des BLB für das Jahr 2021 liegt noch nicht vor. Es kann daher noch keine Aussage zu der Entwicklung der Verbrauchskosten getroffen werden. Aus der Nebenkostenabrechnung 2020 ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine

Steigerung der Stromkosten um 3 % und ein Rückgang der Heizkosten um 5 %. Die Kosten für die Wartung der technischen Anlagen sanken von 193 T€ auf 163 T€, bereinigt um die nur alle vier Jahre stattfindende Prüfung der ortsfesten elektrischen Betriebsmittel DGUV A 3 in 2019 war allerdings ein Anstieg von 27 T€ zu verzeichnen. Die übrigen Kosten waren im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant.

Die Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen von Laborausstattung stiegen gegenüber dem Vorjahr erneut um 34 % (+ 56 T€). Bei der Vielzahl der technischen Laborgeräte im Amt gibt es hier naturgemäß eine erhebliche Schwankungsbreite. Die Aufwendungen im Berichtsjahr lagen aber mit 221 T€ deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre (177 T€). Insgesamt ist hier aufgrund des zunehmenden Grades der Technisierung sowie der Anforderungen des Qualitätsmanagements und der Arbeitssicherheit über die Jahre ein deutlicher Trend nach oben zu sehen. Die Aufwendungen für Wartungskosten für Hard- und Software gingen

nach dem deutlichen Anstieg durch Updates von Laborsoftware im Zuge der Umstellung auf das Betriebssystem Windows 10 wieder auf das übliche Niveau zurück.

Die Kraftfahrzeugkosten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 1 T€ (+ 5 %). Hier gab es gegenläufige Entwicklungen durch erhöhte Aufwendungen für laufende Betriebskosten (Treibstoff) bedingt durch die Reduzierung von Fahrten im Zuge der Corona-Pandemie im Vorjahr und die steigenden Preise, demgegenüber sanken die sonstigen KFZ-Kosten (insbes. Reifen).

Die Reisekosten gingen wie schon 2020 coronabedingt noch einmal deutlich zurück (2021: 7 T€, 2020: 13 T€, 2019: 32 T€).

Die Nebenkosten des Geldverkehrs u.a. für Verwahrengebühren stiegen um 9 T€, Fortbildungskosten nach dem coronabedingten Einbruch im Vorjahr, u.a. auch durch vermehrte Online-Veranstaltungen, um 5 T€, sonstige Geschäftsaufwendungen, u.a. für die Beschaffung von Lizenzen, um 4 T€ und Transportkosten, insbesondere für den regelmäßigen Austausch zwischen den CVUÄ in NRW, um 4 T€.

Geringere Kosten gab es bei den Verwaltungskosten für das Personal, insbesondere im Rahmen der Personalgestellung, (- 7 T€) und für Rechtsberatung (- 4 T€). Insgesamt stiegen die Verwaltungskosten um 8 T€ (2021: 212 T€, 2020: 204 T€).

Periodenfremde Aufwendungen fielen im geringen Umfang für Wartung und Reparaturen an (416 €).

Die übrigen Aufwendungen lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Der Aufwandsdeckungsgrad (Verhältnis betriebliche Erträge zu betriebliche Aufwendungen) lag bei 102 % (Vorjahr: 101 %), die Deckung durch Umsatzerlöse bei 101 % (Vorjahr: 99 %).

Das Finanzergebnis verbesserte sich trotz des fast kompletten Wegfalls von Guthabenzinsen vorwiegend durch die geringere kalkulatorische Verzinsung der Pensions- und Beihilferückstellungen (2021: - 322 T€, 2020: - 334 T€).

Finanz- und Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln (Bankguthaben bis zu einer Laufzeit von einem Jahr) auf 2.267 T€ (2020: 2.818 T€). Neben den Mitteln auf den Kontokorrentkonten für die laufenden Geschäftsausgaben sind die Mittel als Termingelder angelegt. Entsprechend dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 07.12.2017 wurden weitere Pensionsgelder in die Versorgungsfonds der kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kwv) investiert. Insgesamt waren zum Bilanzstichtag 19,2 Mio. € gegenüber 16,62 Mio. € Ende 2020 in den Versorgungsfonds angelegt.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 1.094 T€ in Vermögensgegenstände (Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände) investiert (vgl. Anlagespiegel).

Die Investitionen wurden vorwiegend in neue Laborgeräte (1.005 T€) getätigt. Insbesondere wurden ein zusätzlicher NMR-Foodscreener für das vollautomatisierte Qualitäts- und Authentizitäts-Screening spezifischer Lebensmittelmatrices und in dem Zuge ein weiterer Tiefkühlschrank – 86 °C zur Probenlagerung sowie eine weitere Software zur Auswertung angeschafft.

Als Ersatz für veraltete Geräte wurden u.a. eine HPLC-Anlage mit Photodiodenarray-Detektor, vorwiegend zur Farbstoffbestimmung in Bedarfsgegenständen, eine Kjeldahlapparatur für die Proteinanalytik, eine

automatisierte Abfüllstation für Nährmedien, ein System für die Soxhlet-Extraktion zur Fettbestimmung sowie Werkbänke für die Sicherheit bei der Arbeit mit Erregern beschafft.

Darüber hinaus wurden zwei Dienstfahrzeuge ausgetauscht und in IT- Hard- und Software investiert.

Für IT-Geräte wurden im Rahmen der Anpassung an den aktuellen Standard 12 T€ verausgabt. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter (vorrangig IT- und Labor-Geräte sowie Einrichtungsgegenstände) im Umfang von 25 T€ wurden überwiegend sofort abgeschrieben.

Der Anteil des Anlagevermögens (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) an der Bilanzsumme lag bei 13 % (Vorjahr: 12 %). Die Investitionsquote (Verhältnis Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 131 % (2020: 108 %). Insgesamt stieg das Anlagevermögen von 2.878 T€ auf 3.255 T€.

In der Position Sonderposten finden sich die aktuellen Buchwerte der Investitionszuschüsse, insbesondere des Landes für Investitionen im Zuge der Kapazitätsausweitung für die ASP-Diagnostik sowie für die Durchführung und Weiterentwicklung des Untersuchungsportfolios von Landesaufgaben. Diese werden parallel zu den beschafften Anlagegütern abgeschrieben (Wert 2021: 921 T€, 2020: 976 T€).

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr von 23.258 T€ auf 25.663 T€. Der Anstieg bei den Aktiva ergab sich in erster Linie aus den Anteilen an den Versorgungsfonds der kww zur Deckung zukünftiger Pensionsverpflichtungen (+ 2,58 Mio. €) und der Entwicklung des Anlagevermögens (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (+ 377 T€)). Demgegenüber sanken die liquiden Mittel um 556 T€.

Bei den Passiva sank das Eigenkapital aufgrund des Jahresfehlbetrags um 50 T€. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) sank auf 16 % (Vorjahr 18 %).

Im Einzelnen entwickelte sich das Eigenkapital wie folgt:

| in T€ | 2020 | 2021 | Differenz |
|--|------|------|-----------|
| Stammkapital | 250 | 250 | 0 |
| Kapitalrücklage | 630 | 630 | 0 |
| Investitionsrücklage gem. § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung | 728 | 728 | 0 |
| Investitionsrücklage gem. § 3 Abs. 2 der Finanzsatzung | 550 | 550 | 0 |
| allg. satzungsmäßige Rücklage gem. § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung | 728 | 728 | 0 |
| allg. satzungsmäßige Rücklage gem. § 3 Abs. 3 der Finanzsatzung | 750 | 750 | 0 |
| andere Gewinnrücklagen | 803 | 583 | -220 |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | -220 | -50 | 170 |
| Vortrag auf neue Rechnung | 11 | 11 | 0 |

Die Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Leistungen stiegen aufgrund im Berichtsjahr erworbener Ansprüche der Beamten sowie einer Verringerung des Rechnungszinssatzes für die potentielle Verzinsung der Rückstellungsbeträge um 2.741 T€ (2021: 31.284 T€, 2020: 28.543 T€). Dem stehen Erstattungsansprüche an die ehemaligen Dienstherrn der Beamten i. H. v. 2021: 12.875 T€ (2020: 11.963 T€) gegenüber; diese werden nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) mit den Pensionsrückstellungen saldiert.

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die sonstigen Rückstellungen (2021: 1.935 T€, 2020: 997 T€). Der Anstieg ist in erster Linie auf die Rückstellung für die Sanierungskosten aufgrund des Wasserschadens zurückzuführen (910 T€).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken gegenüber dem Vorjahr um 39 T€ (2021: 203, 2020: 242 T€). Dies liegt aufgrund der Stichtagsbetrachtung der Bilanz im Bereich der üblichen Schwankungen.

Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt gab es zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr nicht. Die Werte sind jeweils abhängig vom Zeitpunkt der Abrechnung der Kosten für das gestellte Personal durch die jeweiligen Träger und der Personalkostenabrechnung durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung.

Ergebnisverwendung

Der Jahresfehlbetrag i. H. v. 50 T€ wird wie folgt verwendet: 50 T€ werden den anderen Gewinnrücklagen entnommen. Die entstehende Rundungsdifferenz wird mit dem Bilanzgewinn verrechnet.

Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Um Risiken für den Erfolg sowie den Fortbestand des CVUA-OWL frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. nach deren Auftreten den möglichen Schaden zu minimieren, wurde ein Risikomanagement eingerichtet, das voll in das vorhandene Qualitätsmanagement-System integriert ist.

Die Einhaltung der Vorgaben für die Akkreditierung des Amtes wird regelmäßig durch die DAkkS überprüft. Bei erheblichen Abweichungen stünde die Akkreditierung für die betroffenen Bereiche in Frage.

Der Anteil der Umlagen der Träger an der Gesamtleistung des Amtes beträgt 80 %. Die Aufgabenwahrnehmung und Leistungsfähigkeit hängt damit entscheidend von der sachgerechten und angemessenen Anpassung der Umlagehöhe an die Kosten- und Bedarfsentwicklung entsprechend den fachlichen Vorgaben ab. Beschlüsse über die Höhe der Umlage bedürfen gem. § 9 Abs. 3 i.V.m. § 8 Abs. 3 des IUAG NRW einer

Mehrheit von mindestens Dreiviertel der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder des Verwaltungsrates, d.h. mindestens 11 Stimmen. Dies erschwert eine kurzfristige Reaktion auf aktuelle Bedarfsänderungen.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 vom 02.11.2015 wurde die Umsatzsteuerpflicht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts neu geregelt. Nach § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) gelten juristische Personen des öffentlichen Rechts nicht als Unternehmer, soweit sie Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen; dies gilt nicht, sofern dies zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Beim CVUA-OWL könnte sich die geänderte Rechtslage auf die Untersuchungsgebühren, die Zahlungen an die Träger für die Personalgestaltung sowie die wechselseitigen Beistandsleistungen der CVUÄ-NRW, insbesondere im Rahmen von Schwerpunktbildungen, auswirken. Eine Klärung der konkreten Auswirkungen läuft derzeit. Das CVUA-OWL hat mit Antrag beim Finanzamt Detmold von dem Optionsrecht

der Fortführung des bisherigen Umsatzsteuerrechts bis zum 31.12.2020 Gebrauch gemacht (§ 27 Abs. 22 UStG). Die Frist wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2022 verlängert (§ 27 Abs. 22 a UStG).

Die Körperschaftsteuerbescheide des Finanzamtes Detmold für die Jahre 2013 bis 2020 stehen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 165 Abs. 1 Satz 2 Abgabenordnung; die Bescheide für die Jahre 2017 und 2018 darüber hinaus unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 164 Abs. 1 Abgabenordnung. Ebenso stehen die Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 2015 bis 2020 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 164 Abgabenordnung. Nachträgliche Änderungen können nicht ausgeschlossen werden.

Der Betrieb gewerblicher Art (BgA) erwirtschaftet weiterhin Verluste; Möglichkeiten einer grundlegenden Verbesserung der Situation sind aufgrund der Marktgegebenheiten nicht erkennbar. Ferner steht der Vorwurf des Landesrechnungshofs einer nicht zulässigen staatlichen Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV im Raum. Bei kurzfristiger Aufgabe des BgA würde dessen Deckungsbeitrag für die Overheadkosten des CVUA-OWL entfallen und sich das wirtschaftliche Jahresergebnis des CVUA-OWL entsprechend verschlechtern.

Allgemeine Risiken werden durch Versicherungen (u.a. D&O-, Inventar- und Betriebshaftpflichtversicherung) abgedeckt.

Ausblick/Prognose

Wenn das Seuchengeschehen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) sich in Deutschland weiter verbreitet, wie die zwischenzeitliche Ausbreitung Richtung Westen erwarten lässt, wird sich der Umfang entsprechender Untersuchungen auch in OWL deutlich erhöhen.

Hinzu kommt, dass sich die Geflügelpest zwischenzeitlich zu einem Tierseuchengeschehen entwickelt, das in Deutschland offensichtlich nie vollständig abebbt, also ganzjährig auftreten kann. Insbesondere im wirtschaftsgeflügelreichen Ostwestfalen-Lippe müssen alle Beteiligten, auch das Untersuchungsamt, daher ständig auf den Ausbruch und die nachfolgenden Maßnahmen zur Bekämpfung vorbereitet sein. Die Labordiagnostik muss hier einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung leisten. Bereits in 2021 waren dazu u.a. Bereitschafts- und Wochenenddienste erforderlich, die in dieser Intensität in der Vergangenheit nur selten auftraten und die wir in Zukunft dauerhaft erwarten, somit organisieren und finanzieren müssen.

Das Corona-Pandemiegesehen führt uns allen seit über zwei Jahren vor Augen, dass insbesondere im Bereich der Labordiagnostik nicht mehr in Sparten gedacht und gehandelt werden darf. Die eine Gesundheit der Menschheit, der Tiere und unserer Erde – One Health – muss zukünftig auch in der veterinärmedizinischen Diagnostik stärkere Beachtung finden, um z.B. auf das effektive Zurückdrängen von Pandemien besser vorbereitet zu sein und sich in die Bekämpfungsstrategien besser einbringen zu können.

4.30.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand bzw. die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat.

Vorstand/ Geschäftsführung

Ab 01.12.2021 ist Dr. Ulrich Kros alleiniger Vorstand des CVUA-OWL.

Verwaltungsrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind:

| lfd. Nr. | Name |
|----------|--|
| 1. | Frau Dr. Christiane Krüger (Vorsitzende) |
| 2. | Herr Dr. Thomas Delschen |
| 3. | Frau Anja Ritschel (bis zum 31.10.2020 n.n.) |
| 4. | Herr Thomas Kuhlbusch |
| 5. | Herr Markus Altenhöner |
| 6. | Herr Dr. Ronald Woltering |
| 7. | Frau Astrid Lehre |
| 8. | Herr Jörg-Michael Schrader |
| 9. | Herr Dr. André Brandt |

4.30.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern drei Frauen an (Frauenanteil: rd. 33,33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

4.30.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

4.31 d-NRW AöR

4.31.1 Basisdaten

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

Rheinische Str. 1

44137 Dortmund

Tel.:0231/222438-10, Fax: 0231/222438-11, Internet: www.d-nrw.de

Gründungsdatum: Die Anstalt wurde am 1. Januar 2017 errichtet.

4.31.2 Zweck/ Gegenstand der Anstalt

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten.

4.31.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Einsatz von Informationstechnik und die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen leisten einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung: Die Prozesse werden beschleunigt, die Kommunikation vereinfacht und damit insgesamt die Qualität und Effizienz des öffentlichen Verwaltungshandelns erhöht. Für die Bürgerinnen und Bürger und die ansässigen Unternehmen eröffnen sich neue Möglichkeiten, mit der Verwaltung in Kontakt zu treten.

4.31.4 Träger der Anstalt

Die Träger der d-NRW AöR zum 31.12.2021 sind:

- a) Land Nordrhein-Westfalen – vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium,
- b) 253 Städte und Gemeinden,
- c) 28 Kreise inkl. Der Städteregion Aachen sowie
- d) Die Landschaftsverbände LVR und LWL.

4.31.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2021 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

4.31.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

| Bilanz (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|---------------------------------------|----------------------|----------------------|-------------------------------------|
| Aktiva | | | |
| A. Anlagevermögen | 77.425,25 | 75.850,25 | -2 |
| I. Immaterielles Vermögen | 1.715,00 | 7.416,00 | 6 |
| II. Sachanlagen | 75.710,25 | 68.434,25 | -7 |
| B. Umlaufvermögen | 12.935.046,98 | 20.520.081,37 | 7.585 |
| I. Vorräte | 2.852.755,02 | 2.392.488,83 | -460 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögen | 2.895.314,06 | 7.780.437,14 | 4.885 |
| III. Flüssige Mittel | 7.186.977,90 | 10.347.155,40 | 3.160 |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 3.998,35 | 5.088,01 | 1 |
| Summe Aktiva | 13.016.470,58 | 20.601.019,63 | 7.585 |
| Passiva | | | 0 |
| A. Eigenkapital | 2.799.752,40 | 2.809.752,40 | 10 |
| I. Gezeichnetes Kapital | 1.271.000,00 | 1.281.000,00 | 10 |
| II. Kapitalrücklage | 1.528.752,40 | 1.528.752,40 | 0 |
| III. Jahresüberschuss | 0,00 | 0,00 | 0 |
| B. Rückstellungen | 1.883.658,13 | 3.339.662,11 | 1.456 |
| C. Verbindlichkeiten | 8.333.060,05 | 14.451.605,12 | 6.119 |
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | 0,00 | 0,00 | 0 |
| Summe Passiva | 13.016.470,58 | 20.601.019,63 | 7.585 |

4.31.7 Entwicklung der Gewinn und Verlustrechnung

| Gewinn- und Verlustrechnung (in €) | 2020 | 2021 | Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€ |
|--|-------------------|---------------------|-------------------------------------|
| 1. Umsatzerlöse | 28.061.527,33 | 10.779.090,93 | -17.282 |
| 2. Bestandsveränderungen | 0,00 | -41.902,23 | -42 |
| 3. Sonstige betriebliche Erträge | 22.953,89 | 19.732,51 | -3 |
| 4. Materialaufwand | 24.774.858,64 | 6.812.702,78 | -17.962 |
| 5. Personalaufwand | 2.343.268,81 | 1.749.927,88 | -593 |
| a) Löhne und Gehälter | 1.894.255,24 | 1.421.013,97 | -473 |
| b) soziale Abgaben und Aufwendungen | 449.013,57 | 328.913,91 | -120 |
| 6. Abschreibungen | 55.211,69 | 34.570,55 | -21 |
| 7. sonstige betriebliche Aufwendungen | 736.465,46 | 453.697,39 | -283 |
| 8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 31.173,34 | 18.125,63 | -13 |
| 9. Ergebnis nach Steuern | 143.503,28 | 1.687.896,98 | 1.544 |
| 10. Sonstige Steuern | 143.503,28 | 1.687.896,98 | 1.544 |
| 11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 0,00 | 0,00 | 0 |

4.31.8 Kennzahlen

Finanzkennzahlen

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung Berichts- zu Vorjahr |
|--------------------------|--------------|---------|--|
| | % | % | % |
| Eigenkapitalquote | 14 | 22 | -8 |
| Eigenkapitalrentabilität | 0 | 0 | 0 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 81 | 144 | -63 |
| Verschuldungsgrad | 633 | 365 | 268 |
| Umsatzrentabilität | 0 | 0 | 0 |

4.31.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2020 beschäftigte die Anstalt öffentlichen Rechts durchschnittlich 62 (VJ. 43) Mitarbeiter.

4.31.10 Geschäftsentwicklung

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25. 10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 - seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes. Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2021 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 283 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist gegenüber dem Vorjahr, das aufgrund Corona-Pandemie durch eine schwere Rezession gekennzeichnet war, in 2021 um 2,7 % gewachsen. Davon profitiert hat auch die IT-Branche, die ohnehin vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Die Pandemie hat auch im weiteren Verlauf dazu beigetragen, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung bildete im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Umsetzung verschiedener „nrwGOV-Projekte“, das öffentliche Auftragswesen inklusive der Umsetzung der E-Rechnung, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKFFI, die Weiterentwicklung der Online- Sicherheitsprüfung (OSiP), diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte, der Landesredaktion FIM und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln , die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die.

Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum MindenRavensberg/ Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2021 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2021 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2021 im Durchschnitt 62 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Kennzeichnend war - wie bereits in den Vorjahren - die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Der Verwaltungsrat hat - korrespondierend zu der am 13.11 .2020 beschlossenen Durchführung einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) unter Berücksichtigung des zu erwartenden Auftragsvolumens des Konjunkturpaketes des Bundes mit einer Obergrenze von bis zu 200 Mio. EUR und einer Laufzeit von 4 Jahren - im Berichtsjahr der Zuschlagserteilung über einen Rahmenvertrag zur Erbringung von Entwicklungs- und Unterstützungsleistungen mit insgesamt 34 Bietern, die sich auf 6 Lose verteilen, zugestimmt. überdies hat der Verwaltungsrat der Durchführung von sog. Miniwettbewerben zur Ermittlung des konkreten Partners für die Umsetzung der jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW zugestimmt.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der medienbruchfreien Digitalisierung (Landtag NRW, Drucksache 17/15478) ist gemäß Artikel 5 im Berichtsjahr eine Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR auf den Weg gebracht worden, die maßgeblich vorsieht, dass der Anstalt durch Rechtsverordnung strategisch bedeutsame Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung zur ausschließlichen Wahrnehmung übertragen werden können. Auf der Grundlage dieses Gesetzes, das am 19.02.2022 in Kraft getreten ist, ist zu erwarten, dass die Rolle der weiterhin im Wachstum befindlichen Anstalt durch Aufgabenübertragungen zusätzlich gestärkt werden wird.

Die Umsatzsteuersonderprüfung der d-NRW AöR ist mit Bericht der zuständigen Finanzbehörde vom 04.10.2021 für abgeschlossen erklärt worden. Basierend auf den Feststellungen des Abschlussberichts konnten die Umsatzsteuerjahreserklärungen für die Jahre 2017 bis 2020 abgegeben und die sich ergebenden Nachforderungen in Höhe von insgesamt 2.041 TEUR ausgeglichen werden. Sonstige Forderungen im Zusammenhang mit der Umsatzsteuernachzahlung bestehen nicht. Im Übrigen hat das Finanzamt für Groß- und Konzernprüfung Dortmund im Dezember 2021 angekündigt, dass die Betriebsprüfung der d-NRW AöR als ergebnislos abgeschlossen wird. Die entsprechende schriftliche Mitteilung der Finanzbehörde erfolgte mit Datum vom 01.02.2022. Steuerliche Unwägbarkeiten zur ertragssteuerlichen Beurteilung des Umwandlungsprozesses zur d-NRW AöR sind damit ausgeräumt.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 51.002 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 28.062) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

| Wesentliche Bilanzposten | 31.12.2020 | 31.12.2021 | Veränderung |
|--------------------------|---------------|---------------|--------------|
| Aktiva | T€ | T€ | T€ |
| Anlagevermögen | 77 | 76 | -1 |
| Umlaufvermögen | 12.935 | 20.520 | 7.585 |
| Rechnungsabgrenzung | 4 | 5 | 1 |
| Passiva | | | |
| Eigenkapital | 2.800 | 2.810 | 10 |
| Fremdkapital | 10.216 | 17.791 | 7.575 |
| Bilanzsumme | 13.016 | 20.601 | 7.585 |

Im Vergleich zum 31.12.2020 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 7.585 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 460) vor allem zusätzliche Geldmittel (+ TEUR 3.160), erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+ TEUR 4.007.) sowie eine Zunahme bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+ TEUR 878). Auf der Passivseite ist das Eigenkapital leicht erhöht (+ TEUR 10) und das Fremdkapital um + TEUR 7.575 gestiegen. Beim Fremdkapital sind vor allem die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+ TEUR 8.575) gewachsen. Demgegenüber sind die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 680) sowie die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (-TEUR 1.777), die sich Vorjahr im Wesentlichen aus der Umsatzsteuerpflichtigkeit ergeben hatten, im Vergleich zum 31.12.2020 verändert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 1.456). Maßgeblich

sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+ TEUR 1.423), für „sonstige Rückstellungen“ (+ TEUR 264) und Rückstellungen für Gewährleistungen (+ TEUR 73). Aufgelöst werden konnten im Berichtsjahr demgegenüber die „Rückstellungen für Kulanzgewährung“ (-TEUR 310).

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2021 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt. Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+ TEUR 7.585), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+ TEUR 3.160) sowie von erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+ TEUR 4.007), auf 13,6 % (31.12.2020: 21,5 %) verringert. Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 10.347 (31.12.2020: TEUR 7.187). Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,9 % (Vorjahr: 98,7 %).

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2021 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Online Zugangsgesetz, Wirtschafts-Service-Portal, Öffentliches Auftragswesen, E-Rechnung, nrwGOV, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Serviceportal NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

| | 2020 T€ | 2021 T€ | +/- VJ. T€ |
|-----------------------|----------|----------|------------|
| Betriebserträge | 28.084 | 51.345 | 23.261 |
| Betriebsaufwendungen | -28.053 | -51.314 | 23.261 |
| Finanzergebnis | -31 | -31 | 0 |
| Jahresergebnis | 0 | 0 | 0 |

Für das Geschäftsjahr 2021 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt. Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst - soweit möglich - auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

| | 2020 T€ | 2021 T€ | +/- VJ. T€ |
|--|---------------|---------------|---------------|
| Projekterlöse | 21.273 | 22.604 | 1.331 |
| Dienstleistungen | 7.715 | 29.819 | 22.104 |
| Übrige Umsatzerlöse | 0 | 1 | 1 |
| | 28.988 | 52.424 | 23.436 |
| Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung | -624 | -1.423 | -799 |
| Erlösschmälerungen wegen Korrektur | -302 | -0 | 302 |
| Umsatzsteuer 2017 – 2019 | | | |
| | <u>28.062</u> | <u>51.001</u> | <u>22.939</u> |

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um+ TEUR 22.567 auf TEUR 47.342 gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen TEUR 637 (Vorjahr: TEUR 736) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt-z.B. Telefonkosten TEUR 21 (Vorjahr: TEUR 11), Raummiete TEUR 185 (Vorjahr: TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 62 (Vorjahr: TEUR 22), Rechts und Beratungskosten TEUR 52 (Vorjahr: TEUR 74), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 11 (Vorjahr: TEUR 3), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 22 (Vorjahr: TEUR 25), Buchführungskosten TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 28 sowie Aufwand für Gewährleistungen TEUR 73 (Vorjahr: TEUR 74).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 31) - ausgewiesen im Finanzergebnis - handelt es sich um Verwahrgeld.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR die noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister erneut besonders hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld.

An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die neue Rolle der Anstalt als sog. „Kommunalvertreter.NRW“. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, werden sich voraussichtlich durch die mit der Änderung des Errichtungsgesetzes verbundenen Möglichkeit, der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung zu übertragen, ergeben. Damit wird sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen können.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen. Perspektive Unwägbarkeiten können zudem durch die nordrhein- westfälischen Landtagswahlen im Mai 2022 entstehen, deren Ausgang auch für die weitere Digitalisierung der Verwaltung in NRW bedeutsam sein wird.

4.31.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand bzw. die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat.

Vorstand/ Geschäftsführung

Die Geschäftsführung besteht aus der/ dem Vorsitzenden und einer allgemeinen Vertreterin/einem allgemeinen Vertreter. Sie wird vom Verwaltungsrat für die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Eine erneute Bestellung ist zulässig. Als Vorsitzenden der Geschäftsführung der d-NRW AöR hat die Aufsichtsbehörde im Dezember 2016 Herrn Dr. Roger Lienenkamp bestellt. Zum allgemeinen Vertreter der Geschäftsführung der Anstalt hat die Aufsichtsbehörde Herrn Markus Both bestellt.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat setzt sich zum 31.12.2021 wie folgt zusammen:

| lfd. Nr. | Name | |
|----------|--------------------------------|---|
| 1. | Sebastian Kopietz | Stadtdirektor Stadt Bochum |
| 2. | Harald Zillikens | Bürgermeister Stadt Jüchen |
| 3. | Andreas Wohland | Beigeordneter Städte & Gemeindebund NRW |
| 4. | Dirk Brügge | Kreisdirektor Rhein-Kreis-Neuss |
| 5. | Dr. Marco Kuhn | Erster Beigeordneter Landkreistag NRW |
| 6. | Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke | CIO - Beauftragter Landesregierung für IT MWIDE NRW |
| 7. | Dr. Helma Hagen | Ministerialrätin MWIDE NRW |
| 8. | Simone Dreyer | Regierungsbeschäftigte MAGS NRW |
| 9. | Lee Hamacher | Ministerialdirigentin MKFFI NRW |
| 10. | Dr. Heinz Oberheim | Ministerialrat FM NRW |
| 11. | Katharina Jestaedt | Ministerialdirigentin IM NRW |
| 12. | Diane Jägers | Ministerialdirigentin MHKBG NRW |

4.31.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsratsgremium diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern vier Frauen an (Frauenanteil: 33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.31.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist uns nicht bekannt.

4.32 Breitband OWL eG

4.32.1 Basisdaten

Breitband OWL eingetragene Genossenschaft

Aldegreverstraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.:05251/308-9115, Fax: 05251/308-899115, Internet: -

Gründungsdatum: Die Breitband OWL eG wurde am 12.03.2018 in das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Paderborn unter GnR 351 eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB.

4.32.2 Zweck/ Gegenstand der Genossenschaft

Ziel der Genossenschaft ist es, ein flächendeckendes Telekommunikationsnetz zu schaffen, welches auch der steigenden Nachfrage an hochbitratigen symmetrischen Bandbreiten standhalten kann. Das Genossenschaftsmodell sieht vor, dass die von der Genossenschaft errichteten oder an die Genossenschaft übertragenen Infrastrukturen gebündelt vermarktet werden. So sollen sich die kommunalen Investitionen im Laufe des Betriebes innerhalb von 20 Jahren refinanzieren. Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.

4.32.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Traditionell gehört zu den gemeindlichen Aufgaben die Schaffung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge umfasst auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitaler Infrastruktur. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb stattfinden - und nur so bleibt der ländliche Raum überhaupt angeschlossen und überlebensfähig in Konkurrenz zur Sogkraft der urbanen Räume.

Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen. Traditionell gehört zu den gemeindlichen Aufgaben die Schaffung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge umfasst auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitaler Infrastruktur. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb stattfinden - und nur so bleibt der ländliche Raum überhaupt angeschlossen und überlebensfähig in Konkurrenz zur Sogkraft der urbanen Räume.

Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

4.32.4 Mitglieder der Genossenschaft

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Delbrück, Lichtenau und Salzkotten sowie die Gemeinden Altenbeken, Borchon und Hövelhof Mitglieder der Genossenschaft.

4.32.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn hat zur Deckung der laufenden Kosten 1.930,91 € an die Genossenschaft gezahlt. Die Zahlung wurde über das Konto 543155 „Prüfungs- und Beratungsleistungen“ des Produktes 150101 „Wirtschaftsförderung“ verbucht.

4.32.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Generalversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.32.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.32.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.32.8 „Finanzkennzahlen“, 4.32.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Genossenschaft“ können für die hier behandelte Genossenschaft daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

4.32.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.32.6

4.32.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.32.6

4.32.9 Personalbestand

Die Genossenschaft hat kein eigenes Personal.

4.32.10 Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB. Kleine Kapitalgesellschaften und Kleinstkapitalgesellschaften brauchen keinen Lagebericht i. S. d. § 289 HGB zu erstellen.

4.32.11 Organe und deren Zusammensetzung

Eine eingetragene Genossenschaft (eG) hat drei Organe: den Vorstand, den Aufsichtsrat und die Generalversammlung.

Vorstand:

Vorstandsmitglieder sind Herr Landrat Rüther, Frau Dezernentin Mühlenhoff, Herr Dezernent Tiemann sowie der Bürgermeister der Stadt Bad Wünnenberg Herr Christian Carl.

Generalversammlung: Vertreter des Kreises in der Generalversammlung ist ab dem 27.10.2021 Herr Kreistagsabgeordneter Langer, Dieser wird vertreten von Herr Kreistagsabgeordneten Konersmann.

Aufsichtsrat: Dem Aufsichtsrat gehören seit dem 27.10.2021 an:

| lfd. Nr. | Name |
|----------|------------------------------|
| 1. | Christoph Rütter (Vors.) |
| 2. | Ulrich Berger(stellv. Vors.) |
| 3. | Stefan Lütke-meier |
| 4. | Ulrich Lange |
| 5. | Christian Carl |
| 6. | Uwe Gockel |
| 7. | Dirk Freise |
| 8. | Udo Neisens |
| 9. | Hermann Dickgreber |
| 10. | Michael Dreier |

4.32.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsratsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

4.32.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

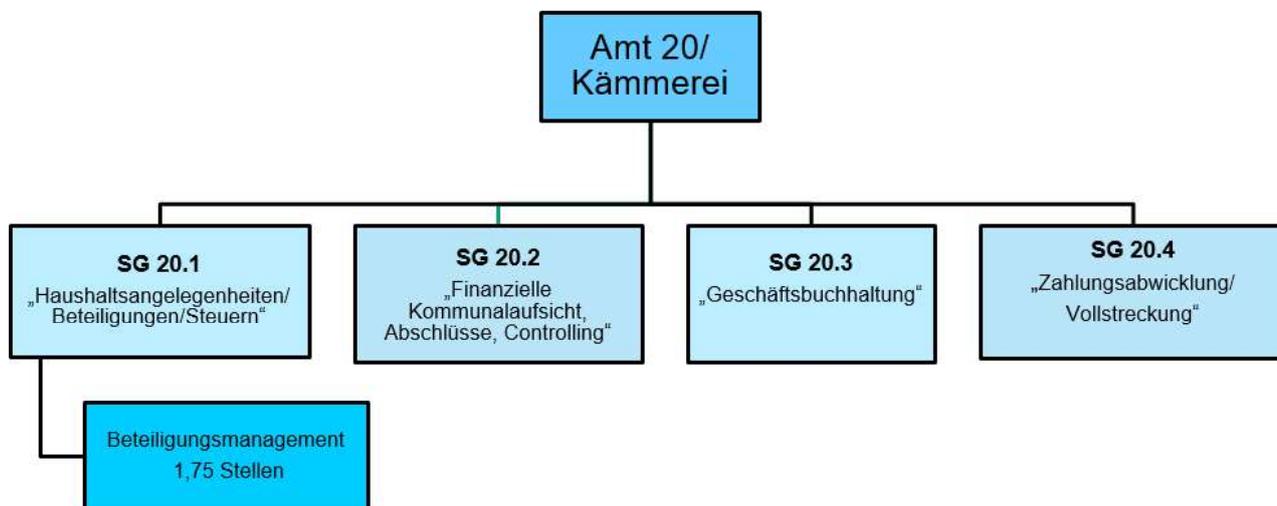
Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt uns nicht vor.



5. ORGANISATION DER BETEILIGUNGSVERWALTUNG

5.1 Organisation der Beteiligungsverwaltung

Der Kreis Paderborn hat die Verwaltung der Beteiligungen organisatorisch im Amt 20 Kämmerei angesiedelt. Sowohl die Beteiligungen in privater Rechtsform, die Beteiligungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform als auch die Beteiligungen anderer Rechtsformen werden aufgabenorientiert nach den zugrundeliegenden wichtigen gemeindlichen Interessen und nicht in erster Linie gewinnorientiert geführt.



Impressum

Kreis Paderborn
- Der Landrat – Kämmererei
Aldegrevestraße 10 – 14
33102 Paderborn
Tel.: 05251 308 - 2010
E-Mail: kaemmerei@kreis-paderborn.de, www.kreis-paderborn.de;

 @KreisPaderborn

 [kreis_paderborn](https://www.instagram.com/kreis_paderborn)

Satz und Gestaltung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kreis Paderborn

Stand: September 2022



**Kreis
Paderborn**

...nah bei den Menschen!